

CHRISTINE KLUGE

DIE GEPLANTE VERNICHTUNG

DER WEG ZUR WELTHERRSCHAFT



Christine Kluge

Die geplante Vernichtung

Der Weg zur Weltherrschaft

*Die Autorin dankt insbesondere
Herrn Walter Ruthard für seine Mithilfe bei der ersten
Auflage dieses Buches.*

Christine Kluge

Die geplante Vernichtung

Der Weg zur Weltherrschaft

Lektorat, Bildauswahl
Firma SAMO s.r.o.
firmasamo@googlemail.com

Satz/Umbruch, Bildbearbeitung, Umschlaggestaltung
libergraphix
www.libergraphix.de
info@libergraphix.de

© 2012

3. komplett überarbeitete und korrigierte Auflage

Urheberrecht bei/Copyright by:

Klosterhaus-Verlag

Klosterhof 4

37194 Wahlsburg

Tel.: 05572-7310

Fax: 05572-999823

klosterhausverlag@gmx.de

www.klosterhausbuch.de

ISBN 978-3-941730-07-6

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 3. Auflage (2012).....	7
Vorwort zur 1. Auflage (2007).....	8
Einführung – Die geplante Vernichtung.....	10
1. Einleitung.....	11
2. Rückblick 1648-1870.....	13
3. Gründung des Zweiten Deutschen Reiches 1871, Einkreisung, Federal Reserve Bank (USA).....	21
4. Der Erste Weltkrieg 1914-1918 und das Diktat von Versailles.....	31
5. Der Council on Foreign Relations, die Paneuropa-Union, der Börsenkrach 1929 und die Inflation.....	46
6. Deutschland 1933 bis 1939.....	54
7. Der Zweite Weltkrieg 1939 bis 1941.....	77
7.1. Die Planung.....	77
7.2. Polen.....	79
7.3. Norwegen.....	83
7.4. Frankreich.....	86
7.5. Afrika.....	95
7.6. Balkan.....	95
7.7. Hetze.....	98
8. Der Zweite Weltkrieg 1941 bis 1945.....	101
8.1. Sowjetunion.....	101
8.2. USA.....	106
8.3. Unfälle.....	109
8.4. Der Abfall Italiens.....	117
8.5. Der Bombenkrieg.....	120
8.6. Die Luftwaffe.....	126
8.7. Die Invasion.....	133
9. Die bedingungslose Kapitulation und die Zeit danach – 1945 bis 1948.....	139
9.1. Die Konferenz von Jalta.....	139
9.2. Dresden.....	141
9.3. Die „Befreiung“.....	150
9.4. Mord und Vertreibung.....	152
9.5. Kriegsbeute.....	165

9.6. Umerziehung.....	169
10. BRD und DDR	176
11. Aufstände und Kriege weltweit	196
11.1. DDR.....	196
11.2. Ungarn.....	198
11.3. Die Suezkrise	198
11.4. Korea.....	200
11.5. Vietnam.....	201
11.6. Kolonialpolitik.....	207
11.7. John F. Kennedy	211
12. Die Bundesrepublik Deutschland (BRD), 1949 bis 1982.....	213
12.1. Das Grundgesetz.....	214
12.2. Konrad Adenauers Kanzlerschaft 1949 bis 1963.....	218
12.3. Die Kanzlerschaft Willy Brandts 1969 bis 1974.....	220
12.4. Helmut Schmidt als Bundeskanzler 1974 bis 1982	224
13. Die Außenpolitik der USA seit 1921	227
13.1. Grundlagen der US-Außenpolitik	227
13.2. Organisationen/Verbände	229
13.3. Die Regierung Jimmy Carters 1971 bis 1981.....	231
13.4. Die Präsidentschaft Ronald Reagans 1981 bis 1989.....	233
13.5. Die Amtszeit George Bushs sen. 1989 bis 1993	235
14. Auf dem Weg zur Globalisierung.....	243
15. Schlußbetrachtung	293
Anhänge.....	297
A) Richard von Weizsäckers Familie im Spiegel der Zeit – 1894 bis 1994	298
B) Auszug aus dem „Höchenschwander Tagebuch“	300
C) „Bombing Vindicated“ –	302
Nachwort	336
Zur Autorin.....	339
Personenverzeichnis	341

Vorwort zur 3. Auflage (2012)

Diese Neuauflage wurde um die politischen Entwicklungen der Jahre 2008 bis 2011 erweitert, die sich lückenlos an das bisherige Geschehen anschließen.

Zu Beginn des Jahres 2012 stehen die Zeichen auf Sturm. Die Finanzen und die daran gefesselte Wirtschaft der westlichen Welt sind in ein bedrohliches Schwanken versetzt worden.

Während seines Urlaubs in Hawaii unterzeichnete Präsident Obama am Neujahrsabend 2011 neue, verschärfte Sanktionen gegen den Iran, mit dem Ziel, dort Unsicherheit und Aufstände auszulösen und dadurch das gegenwärtige System zu stürzen. *France 24* kommentierte dies mit der Schlagzeile: „*Schlafwandeln die USA in eine militärische Konfrontation mit dem Iran?*“

Am selben Tag unterzeichnete Barack Obama den „National Defence Authorization Act“, der in Bezug auf das Guantanamo Bay-Gefängnis erlaubt, dort Gefangene auf unabsehbare Zeit ohne gerichtliches Verfahren zu inhaftieren. Die Welt weiß inzwischen, wie sie dort behandelt werden.

Einige Tage später eröffnete der Präsident die neue militärische Strategie der USA, die das Schwergewicht auf unbemannte Flugträger und Cyberwarfare, d. h. auf den Krieg der Computertechnik zur Schädigung des Gegners, legt.

Chinas Reaktion in Richtung Washington erfolgte prompt: „*Benehmt Euch nicht wie ein Elefant im Porzellanladen!*“

Mehr über diesen und andere Elefanten findet der geneigte Leser in diesem höchst aktuellen Buch.

Gibsons, im April 2012.

Christine Kluge

Vorwort zur 1. Auflage (2007)

Es gibt schon eine Reihe von eindrucksvollen Werken aus berufener Feder von Kern bis Kofler, die sich mit der Erscheinung der geplanten Vernichtung eines ganzen Volkes – nämlich des deutschen – befassen, aber noch keines, welches sich so treffsicher der Quellen des Gegners bedient und den Bogen gekonnt vom Westfälischen Frieden 1648 bis zur Rechtfertigung des Bombenterrors gegen wehrlose Frauen und Kinder in unserem Jahrhundert (J. M. Spaight: „Bombing Vindicated“) spannt.

Christine Kluge – besser bekannt durch eine Reihe von Veröffentlichungen unter ihrem Mädchennamen Vera Stark – rundet mit ihrem neuen Werk „Die geplante Vernichtung“ die Berichterstattung über jene an sich unfaßbare Erscheinung, daß gewisse Kräfte ein ganzes Volk gezielt und vorsätzlich ausrotten wollen, in sehr anschaulicher Weise ab. Sie hebt dabei nicht zuletzt auf – teils noch unbekannte – US-amerikanische Quellen ab und breitet dabei einen Reigen von Belegen aus, der jedem, der gerne den Gegner beim Wort nimmt, das Herz höher schlagen läßt.

Vor allem aber besticht das Werk durch die klar erkannten und ebenso knapp wie treffsicher zu Papier gebrachten geschichtlichen Wechselwirkungen, die dem Kenner wie dem Laien ein rasches Zurechtfinden in scheinbar verwirrenden Vorgängen erlaubt. Das Gewebe des geschichtlichen Geschehens wird nur sichtbar, wenn man das zeitgleiche Wirken der Mächte schildert, die am Webstuhl sitzen.

Daß zu Zeiten, während das Deutsche Reich noch erkennbar um den Frieden rang, die andere Seite längst nicht nur auf Krieg schlechthin, sondern auf unsere Vernichtung eingeschworen war, können wir gar nicht laut genug in die Welt hinausschreien, denn nun droht die gleiche Vernichtung allen anderen Völkern, die der geplanten Globalisierung im Wege stehen.

Da werden „Menschenrechte“ zum Vorwand für Massenmord im Irak und in Afghanistan genommen, in Orwellscher Verdrehung der Begriffe, was indes den Tätern immer weniger abgenommen wird.

Christine Kluge könnte es mit ihrer bestechenden Beweisführung gelingen, das deutsche Volk aus seiner abartigen Büsserrolle, dem „induzierten Irresein“, zu befreien, indem sie die Leser zwingt, selbst die sich anbietenden Schlußfolgerungen zu ziehen.

Das Begreifen des scheinbar Unbegreiflichen, das Erkennen der entsetzlichen Pläne des Gegners ist schon der erste Schritt zum Vereiteln seiner Absichten.

Vollends werden wir aber seinen Vernichtungsplan erst wenden können, wenn wir – voran wir Deutschen – unser Schicksal wieder selbst entschlossen in die Hand nehmen.

Verden, im Juli 2007.

Dr. Rigolf Hennig

Einführung – Die geplante Vernichtung

Die Autorin versucht mit ihren Analysen und Reflektionen eine Nachzeichnung des geschichtlichen Geschehens seit 1648, eine Zusammenstellung von Ereignissen und Entwicklungen zu skizzieren, die auf den ersten Blick in keiner Beziehung miteinander zu stehen scheinen. Mehr und mehr aber zeichnet sich ab, daß sehr wohl Zusammenhänge bestehen, und daß Ziele verfolgt worden sind, die uns jetzt an einen Abgrund gebracht haben, der einen Großteil der Menschheit zu verschlingen droht

Im Anhang wird aus dem 1944 in England erschienenen Buch „Bombing Vindicated“ zitiert. Die erfrischend offenherzigen Darlegungen des seinerzeitigen Unterstaatssekretärs im britischen Luftfahrtministerium, J. M. Spaight, mögen dem Leser als weitere Erklärung dienen, welche Motivationen das Denken und Handeln bestimmter Mächte bewegten und noch immer bewegen.

Es ist Zeit, daß sich Deutschland aus seinem Schuldkomplex befreit und die Rolle antritt, die ihm auf Grund seiner Veranlagung und den gewonnenen Erfahrungen zusteht: die Welt von dem herrschenden krassen Materialismus zu befreien, die Wahrheit zu leben und zu verkünden: *„Der Mensch lebt nicht vom Brot allein!“*

Immanuel Kant gab uns den Kategorischen Imperativ als Formel für das Sittengesetz: *„Handle so, daß die Maxime Deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte.“*

Der deutsche Idealismus wird mit seiner Idee der freien Pflichterfüllung helfen, die Wunden einer kranken Welt zu heilen.

1. Einleitung

Es dürfte einmalig in der Weltgeschichte sein, daß ein großes Volk nach einem verlorenen Krieg für mehr als 60 Jahre die Schuldzuweisungen seiner ehemaligen Feinde nicht nur erträgt, sondern mit wahrer Inbrunst an diese glaubt und sie sich zu eigen macht. Mit perverser Eifer verschließt sich die Mehrzahl des umerzogenen Volkes allen gegenteiligen Forschungen und Erkenntnissen. Man kommt nicht umhin, in diesem Verhalten ein „induziertes Irresein“ zu erkennen, was nicht als Affront dem aufgeschlossenen Leser gegenüber zu verstehen ist. – Aber was hat man aus dem Land der Dichter und Denker gemacht?

Ganz im Gegensatz zu dem in Münster 1648 abgeschlossenen Westfälischen Frieden, der den ersten Dreißigjährigen Krieg (1618-1648) beendete, brachte uns das Ende des laut Premierminister John Major „zweiten Dreißigjährigen Krieges“ (1914-1945) bis heute keinen Friedensvertrag und keinen allgemeinen Schuld(en)erlaß, sondern eine noch immer anhaltende Verfolgung und Tötung aller Deutschen – physisch und psychisch.

Bekanntlich wurde 1648 von allen Seiten für alle Taten während des Krieges eine Generalamnestie gewährt.

Dabei sind die Parallelen dieser 300 Jahre auseinanderliegenden Verwüstungskriege gegen das Herz Europas mannigfaltig. Beide Male wurde ein zunächst lokaler Krieg durch das Eingreifen fremder Mächte zu einem Flächenbrand entfacht, der dem deutschen Volk nicht nur unglaublich hohe Menschenverluste, sondern auch die Abtrennung großer Gebiete seines Landes abverlangte und es geteilt und entmannt seinem Schicksal überließ; mit dem einen entscheidenden Unterschied allerdings, daß 1648 Deutschland wohl seiner Einheit beraubt und in 355 Territorien aufgeteilt, aber eben doch noch deutsch regiert wurde, während die Sieger bereits 1944 eine Militärregierung mit anti-deutschen Verordnungen, Gesetzen und Vorschriften einsetzten, die nur „quasi“ deutsch eingekleidet wurde, als 1948/49 die beiden Staaten BRD und DDR gebildet wurden.

John Foster Dulles (1888-1959), Amerikas zukünftiger Außenminister, äußerte nach Kriegsende: „*Wir betreiben in Europa keine deutsche Politik, wir*

*betreiben in Europa keine französische Politik, wir betreiben in Europa amerikanische Politik!*¹

Auf der anderen Seite gründete die Sowjetunion 1947 das *Kominform* (Kommunistisches Informationsbüro) als Nachfolge- und Tarnorganisation der *Komintern* (Kommunistische Internationale), um sowjetische Politik in Europa zu betreiben.

Daß aber die Besitzergreifung von Deutschland als europäischem Kerngebiet nicht das Endziel der die Geschichte treibenden Mächte ist, wird von Jahr zu Jahr deutlicher. Wir erleben die Entwicklung einer Weltmacht, einer „Neuen Ordnung“, einer Oligarchie², die auf das Allgemeinwohl der Menschheit keinerlei Rücksicht nimmt, sondern die brutal alles zerstört, was ihren Bestrebungen entgegensteht oder diese in Frage stellen könnte.

1 Rede Dr. Konrad Adenauers am 23. Juni 1964 vor dem Industrieklub und dem deutsch-französischen Kreis in Düsseldorf; Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, maschinenschriftlicher, handkorrigierter Text einer stenographischen Nachschrift.

2 Die Oligarchie (von griechisch oligarchia, dt.: „Herrschaft von wenigen“, zusammengesetzt aus oligoi/wenige und archē/Herrschaft) bezeichnet in der klassischen (antiken) Verfassungslehre die Entartung der Aristokratie.

2. Rückblick 1648-1870

Nach dem Westfälischem Frieden (1648) gelang es innerhalb von 100 Jahren, auf den Trümmern des alten Reiches mit Fleiß, Mut und Beharrlichkeit eine neue wirtschaftliche und kulturelle Blüte zu entfalten. Der Deutsche Kaiser verlegte seinen Regierungssitz von Prag nach Wien und richtete 1663 in Regensburg den „Immerwährenden Reichstag“ ein. Hier traten unter dem Kaiser die Kurfürsten, weltliche und geistliche Reichsfürsten, und die Reichsstädte sowie Ständevertreter zusammen, um Gesetze und Rechte auszuarbeiten, die im ganzen Reich Gültigkeit haben sollten. Kriegswesen und Außenpolitik aber blieben dem Ermessen der Länder überlassen.

Als Kurfürst von Sachsen regierte Friedrich August I. (August der Starke) von 1694 bis 1733. Er wurde 1697 außerdem zum König von Polen gewählt. Ihm und später seinem Sohn ist die Gestaltung der Residenzstadt Dresden zum einmaligen „Elbflorenz“ zu verdanken. Auch Warschau und Krakau ließ er künstlerisch verschönern. Er starb in Warschau und ruht im Dom zu Krakau. Sein Herz aber ruht in der Hofkirche zu Dresden.

Der Kurfürst von Brandenburg, seit 1701 König von Preußen, wurde in der Person Friedrichs des Großen (1740-1786) zum zweitstärksten Fürsten neben dem Kaiser. Er regierte unter dem Motto: *„Ich bin der erste Diener meines Staates“*, was selbstlose Pflichterfüllung zum Wohle des Ganzen bedeutete. Folter und Leibeigenschaft wurden abgeschafft, Korruption dagegen schwerstens bestraft. Er übernahm die Thronfolge im selben Jahr (1740) wie Maria Theresia, die Erzherzogin von Österreich, Königin von Ungarn und Böhmen. Sie war Kaiserin des Deutschen Reiches durch Vermählung mit Franz I. von Lothringen.

„Vergeßt nicht, daß ihr Deutsche seid!“ hat sie ihren Landeskindern eingeschärft.

Kurz nach Übernahme der Regierung schlug Friedrich der Große ein Bündnis zwischen Preußen und Österreich vor. Für die Übergabe Schlesiens, das laut Erbvertrag schon 1675 an Preußen hätte fallen sollen, schlug er eine Partnerschaft mit seinem schuldenfreien Land und seinem erstklassigen Heer von 80.000 Mann vor. Aber Maria Theresia, 23 Jahre alt, lehnte ab.

So kam es zu den drei Schlesischen Kriegen (1740-1763). Die Siege Friedrichs bei Breslau und Freiberg brachten endlich den Frieden von Hubertusburg, wodurch Schlesien als fester Bestandteil Preußens anerkannt wurde. Der letzte der Schlesischen Kriege ist als der Siebenjährige Krieg in die europäische Geschichte eingegangen.

In der „Neuen Welt“ gab es 13 Jahre später auch einen Siebenjährigen Krieg, und zwar den Unabhängigkeitskrieg (1776-1783), da England die neugegründeten Vereinigten Staaten von Amerika nicht anerkennen wollte. Mit Hilfe des preußischen Offiziers Friedrich Wilhelm von Steuben und der von ihm ausgebildeten Mannschaften konnten die Engländer 1783 in Yorktown besiegt und zur Anerkennung der USA gezwungen werden.

Bereits im Juli 1785 schloß Friedrich der Große mit den Vereinigten Staaten einen Freundschafts- und Handelsvertrag, der u. a. folgenden Wortlaut hatte: *„Seine Majestät, der König von Preußen, und die Vereinigten Staaten von Amerika wünschen in einer dauernden und gerechten Weise die Regeln festzulegen, die im gegenseitigen Verkehr und Handel beachtet werden sollen, den sie zwischen ihren jeweiligen Ländern einzurichten wünschen ...“*

Unterzeichnet wurde dieser Vertrag von Thomas Jefferson, Benjamin Franklin, John Adams und Friedrich dem Großen.

The London Monthly Review schrieb dazu: *„Dieser Vertrag ist phänomenal in der Geschichte der Nationen – ein Vertrag voller Wohlwollen ... (Er) ist die beste Lektion der Menschlichkeit, die ein philosophischer König (Friedrich) zusammen mit einem philosophischen Patrioten (Franklin) den Staatsmännern der Erde hat geben können.“*

George Washington schrieb an Comte de Rochambeau: *„Der Vertrag ... leitet ein neues Zeitalter in Verhandlungen ein. Er ist in vielen seiner Artikel gänzlich neuartig. Er ist der freisinnigste Vertrag, der je zwischen unabhängigen Mächten geschlossen wurde ...“*

Nur vier Jahre später brach die Französische Revolution aus. *„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“* waren die Schlagworte, mit denen die Menge aufgestachelt worden war. Mit der Inbesitznahme der Bastille am 14. Juli

1789 begann eine über fünf Jahre andauernde Herrschaft der Gewalt und des Terrors, die etwa einer Million Menschen in Frankreich das Leben kostete.

1792 begannen die internen Koalitionskriege. Am 20. 4. 1792 erfolgte die französische Kriegserklärung an Österreich und damit auch an das verbündete Preußen. Die Revolutionäre hofften, dadurch die Bevölkerung auf ihre Seite zu bringen. Durch die Wahl des Konvents gewannen die radikalen Jakobiner (Robespierre u. a.) das Übergewicht. Die Elite des Landes fiel der Guillotine zum Opfer, 1793 auch der König und seine Gemahlin Maria Antoinette, die Tochter Maria Theresias.

Unmenschliche Grausamkeiten wurden begangen. Nach dem Aufstand in der Vendée z. B. wurden 170.000 Menschen hingemetzelt und bestialisch ertränkt. Ein jakobinischer Offizier ließ im Zuge der Colones Infernales, der militärischen Operationen zur Niederschlagung des Vendée-Aufstandes, die Backöfen anheizen und warf dann Frauen und Kinder hinein.

Friedrich Schiller (1759-1805), der uns den in Form gegossenen realen Idealismus gab, dichtete in „Die Glocke“:

*„Freiheit und Gleichheit hört man schallen,
der ruh'ge Bürger greift zur Wehr,
die Straßen füllen sich, die Hallen,
und Würgerbanden ziehn umher. ...*

*Nichts Heiliges ist mehr, es lösen
sich alle Banden frommer Scheu:
das Gute räumt den Platz dem Bösen,
und alle Laster walten frei. ...*

*Weh denen, die dem Ewigblinden
des Lichtes Himmelsfackel leihn!
Sie strahlt ihm nicht, sie kann nur zünden,
und äschert Städt und Länder ein.“*

Am 17. Oktober 1797 beendete der Frieden von Campo Formio zwischen Frankreich und dem militärisch geschlagenen Österreich den Ersten Koalitionskrieg. Das linke Rheinufer wurde von Frankreich annektiert. Napoléon Bonaparte, nun Oberbefehlshaber der französischen Armee, unternahm 1798 den Zug nach Ägypten, gewann die Schlacht an den Pyramiden, verlor aber seine Flotte (Seeschlacht bei Abukir). Durch einen Staatsstreich wurde Frankreich am 9. 11. 1799 Konsulat, mit Napoléon als Erstem Konsul.

Nachdem Österreich bereits 1797 in Oberitalien besiegt worden war, versuchte es im Bündnis mit Rußland und England noch einmal, dem französischen Eroberer Einhalt zu gebieten. Aber Napoléon war weiter siegreich. 1801/02 erfolgte der Friedensschluß von Lunéville und Amiens.

Mit dem Code Napoléon bekam das Rechtswesen eine neue Ordnung, ein „freier Bauernstand“ wurde ins Leben gerufen und mit dem Papst ein Konkordat abgeschlossen. Napoléons Reformen in Frankreich lösten weitgehend Bewunderung und sogar Begeisterung aus, man sah in ihm den großen Einiger Europas. Beethoven hatte ihm zunächst seine „Eroica“ widmen wollen. Auch Goethe äußerte sich anfänglich sehr positiv über ihn. Aber Napoléons selbstherrliche Krönung zum Kaiser von Frankreich (1804) und seine Ernennung zum König von Italien (1805) brachten eine große Ernüchterung.

1806 bildeten 16 deutsche Staaten den Rheinbund, erklärten ihren Austritt aus dem Deutschen Reich und stellten sich auf die Seite Napoléons. Das bedeutete zugleich das Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Franz II. legte die deutsche Kaiserkrone nieder, blieb aber als Franz I. Kaiser von Österreich.

Das neuerliche Aufbegehren Preußens – im Verbund mit Rußland – gegen Napoléon führte zunächst zu den Niederlagen von Jena und Auerstedt. Im Frieden von Tilsit 1807 mußte Preußen trotz Fürbitte von Königin Luise unter anderem alle Gebiete westlich der Elbe abtreten. Bei ihrer und König Friedrich Wilhelms III. Rückkehr in das französisch besetzte Berlin brachen die Berliner in Tränen aus.

Preußen wurde auf die Hälfte seines Landbesitzes verkleinert, militärisch entmachtet und mußte noch dazu hohe Reparationen bezahlen. Baron vom und zum Stein hatte bereits 1804 das Zoll- und Steuersystem verbessert; als führender Staatsminister leitete er eine neue politische und soziale Ordnung ein, die Bürgern, Bauern, den Städten und dem Adel vergleichbare Rechte und Pflichten einräumte. Eine solche Stärkung Preußens lag nicht im Interesse Napoléons. So wurde vom Stein entlassen und des Landes verwiesen. Sein Nachfolger von Hardenberg führte, wenn auch weniger dynamisch, weitere Reformen durch.

In Rußland bereiteten die Generale Gneisenau und Clausewitz den preußischen Aufstand vor. Freiherr vom Stein trug als Berater des Zaren viel zum Scheitern Napoléons bei. So riet er während der Besetzung Moskaus von sofortigen Verhandlungen ab. Der einsetzende Winter zwang den Korsen zum Rückzug. Die Russen drängten in Richtung Ostpreußen nach und schlossen am 30. 12. 1812 im nach der dritten polnischen Teilung zu Rußland gehörenden Taugoggen mit dem preußischen Kontingent Napoléons unter Feldmarschall Graf Yorck von Wartenburg einen Neutralitätspakt, die Konvention von Taugoggen, ab.

Mit dem Aufruf des preußischen Königs vom 20. 3. 1813 begann der deutsche Freiheitskampf, dem sich das ganze Volk begeistert anschloß. Die mit dem Leben bezahlten Einsätze Andreas Hofers in Tirol und Major Schills und seiner Offiziere in Norddeutschland waren nicht umsonst gewesen. Es bildeten sich Freikorps wie das von Major Lützow. Theodor Körner, Ernst Moritz Arndt und Max von Schenkendorf riefen in bewegten Liedern und Schriften zum Freiheitskampf auf.

Rußland, Preußen und Österreich verbündeten sich, um Napoléon nach Gneisenaus Plan mit drei Armeen in die Zange zu nehmen. Die Völkerschlacht zu Leipzig im Oktober 1813 brachte dann den entscheidenden Sieg. Napoléon mußte abdanken und wurde auf die Insel Elba verbannt. Bei einem nochmaligen Versuch, seine Herrschaft zurückzugewinnen, wurde er 1815 bei Belle-Alliance (Waterloo) durch englische und preußische Truppen vernichtend geschlagen. Er starb 1821 in der Verbannung auf der Insel St. Helena.

In Wien wurde 1815 die Bundesakte unterzeichnet, die statt des alten Deutschen Reiches den Deutschen Bund als loses Staatengefüge ohne gemeinsame Volksvertretung errichtete. Wiederholte Bemühungen des Freiherrn vom Stein und anderer, ein Deutsches Reich unter der Oberhoheit der Habsburger (Österreich) oder der Hohenzollern (Preußen) zu schaffen, führten zu keinem Ergebnis.

Im Volk und an den Universitäten (die z. B. in Berlin von Wilhelm von Humboldt gegründet wurde) breiteten sich die nationalen Bestrebungen immer weiter aus, denn man fühlte sich um den Lohn der Freiheitskriege betrogen. Turnvater Otto Jahn, dem die sportliche Ertüchtigung der Jugend am Herzen lag, stand in enger Verbindung mit der Deutschen Burschenschaft, die sich von Jena aus sehr schnell verbreitete. Ihr Wahlspruch war: „*Freiheit, Ehre, Vaterland*“. Am 18. Oktober 1817 wurden am Rande des Wartburgfestes auf der Wartburg bei Eisenach mehrere Dutzend als unsittlich oder undeutsch eingestufte Bücher verbrannt.

Gegen die nationalen und freiheitlichen Bestrebungen in Deutschland wurden 1819 unter Leitung des Fürsten Metternich, des Außenministers und späteren Staatskanzlers Österreichs, die Karlsbader Beschlüsse ausgearbeitet, die dann allerdings 1848 aufgehoben wurden. Auf Grund dieser Beschlüsse wurde einer Zentraluntersuchungskommission die Überwachung der Universitäten, die Verfolgung der Burschenschaften und aller freiheitlichen Bestrebungen, die man als „Volksverhetzung“ verteuflte, sowie eine allgemeine Pressezensur übertragen. Auf Grund dessen wurde Turnvater Jahn sechs Jahre eingekerkert, Fritz Reuter, der mecklenburgische Dichter, zum Tode verurteilt und nach sieben Jahren Festungshaft begnadigt, Hoffmann von Fallersleben nach Helgoland verbannt, wo er das Deutschlandlied dichtete, Ernst Moritz Arndt, Dichter und Geschichtspräsident, von 1821 bis 1840 seines Lehramtes enthoben, Freiherr vom Steins Briefwechsel überwacht.

Auch Friedrich List, der bereits 1817 als Professor in Tübingen einen Deutschen Zollbund befürwortete, mußte, wie viele andere Patrioten, das Land verlassen. Nach seiner Rückkehr gelang es ihm 1834, den Deutschen Zollverein zu gründen, dem nach und nach alle Länder des Bundes beitraten, – außer Österreich.

Nach dem Sturz Metternichs im März 1848 gingen die nationalführenden Deutschen für eine Neugestaltung Deutschlands auf die Barrikaden. König Friedrich Wilhelm IV. in Berlin gab nach.

Am 18. 5. 1848 trat in der Frankfurter Paulskirche die gewählte Nationalversammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung für einen Staat aller Deutschen zusammen. Ihre Forderungen lauteten: Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Freiheit von Lehre und Forschung, Gleichheit vor dem Gericht und in Art. 5: *„Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit.“*

Unter den fast 600 Abgeordneten waren berühmte Männer wie Arndt, Uhland, Jakob Grimm, Droysen und Dahlmann. Präsident der Nationalversammlung war Heinrich von Gagern. Erzherzog Johann von Österreich wurde zum Reichsverweser gewählt. Die meisten Abgeordneten waren für die großdeutsche Lösung: Deutschland und Österreich mit dessen deutschem Teil. Aber Österreich wollte seinen gesamten Besitz, auch den fremdvölkischen, zusammenhalten und ins Reich einbringen. Deshalb setzte sich nun langsam die kleindeutsche Lösung durch: Deutschland ohne Österreich unter Preußens Führung. So wurde am 28. 3. 1849 als beschlossene Reichsverfassung die kleindeutsche Lösung mit erblichem Kaisertum verkündet und Friedrich Wilhelm IV. von Preußen zum deutschen Kaiser gewählt. Dieser aber lehnte die Krone aus den Händen der Nationalversammlung ab, da er meinte, sie nur von den Fürsten annehmen zu können. Damit war die „Herberge deutscher Hoffnung“ zunächst gescheitert.

Im Volk machte sich die Enttäuschung Luft. Es entstanden Unruhen. Aufstände in der Pfalz, in Baden und in Sachsen wurden durch das Militär niedergeschlagen. Auch Richard Wagner, seit 1843 Königlich-Sächsischer Hofkapellmeister, mußte nach Zürich fliehen, um einer Verhaftung zu entgehen.

In der Folge ergaben sich immer wieder Ansätze zu einer gesamtdeutschen Lösung, wie z. B. 1853 der Handelsvertrag zwischen Österreich und Preußen. Dann wieder kamen Veränderungen im Regierungsapparat und den Machtverhältnissen dazwischen.

Am 23. 9. 1862 wurde Otto von Bismarck, der vorher Gesandter Preußens in Rußland und Paris war, von König Wilhelm I. zum preußischen Ministerpräsidenten berufen. Nachdem 1866 unter seinem Vorsitz der Norddeutsche Bund gegründet worden war und ein konstituierter Reichstag 1867 die Reichsverfassung beschlossen hatte, schlossen die süddeutschen Staaten mit Preußen Schutz- und Trutzbündnisse und seit 1868 Militärbündnisse ab – gegen einen eventuellen französischen Angriff.

Dänemark hatte 1863 versucht, sich Schleswig einzuverleiben. Mit der Erstürmung der Düppeler Schanzen wurde das vereitelt. Dänemark mußte auf Schleswig-Holstein und das Herzogtum Lauenburg verzichten. Leider kam es zwischen Preußen und Österreich wegen der Eingliederung und Verwaltung dieser Länder zu Streitigkeiten. Als Österreich beim zu dieser Zeit noch existierenden Deutschen Bund den Einsatz des Bundesheeres gegen Preußen beantragte, brach am 11. 6. 1866 ein Bruderkrieg aus, der drei Wochen später in Königgrätz zu Gunsten Preußens entschieden wurde. Im Frieden von Prag setzte Bismarck sehr günstige Bedingungen für Österreich durch, da ihm für die Zukunft an einem freundschaftlichen Verhältnis zu Österreich gelegen war.

Unter Napoléon III. machte Frankreich Gebietsansprüche auf linksrheinische Gebiete geltend, die von Bismarck brüsk abgelehnt wurden. Obwohl im Kronrat – aus Rücksicht auf Frankreich (!) – das Angebot der spanischen Königskrone an Kronprinz Leopold zu Hohenzollern abgelehnt worden war, verlangte Frankreich eine formelle Entschuldigung dafür, daß dieses Angebot überhaupt diskutiert wurde. König Wilhelm I. wies dieses Ansinnen aufgebracht zurück, Bismarck sandte dementsprechend die von ihm noch etwas frisierte „Emser Depesche“ an Napoléon. Das genügte, um am 19. 7. 1870 die Kriegserklärung Frankreichs auszulösen.

3. Gründung des Zweiten Deutschen Reiches 1871, Einkreisung, Federal Reserve Bank (USA)

Durch alle deutschen Staaten ging eine Welle des nationalen Aufbegehrens. Die Nord- und Süddeutschen marschierten gemeinsam unter der genialen Kriegsführung von Feldmarschall Helmuth von Moltke. Sie waren in fast allen Gefechten und Schlachten siegreich und drangen bis Paris vor. Frankreich mußte kapitulieren, der Krieg war gewonnen. Noch vor Kriegsende waren die süddeutschen Staaten Bayern und Württemberg dem Norddeutschen Bund beigetreten. Der Titel eines Deutschen Kaisers wurde in der Reichsverfassung verankert. Am 18. 1. 1871 erfolgte durch die Kaiserproklamation im Spiegelsaal von Versailles die Gründung des Zweiten Deutschen Reiches.



*Der Reichsadler des Deutschen
Kaiserreiches ab 1889.*

Aus Kaiser Wilhelms Thronrede sei folgende Passage zitiert: „*Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen ... allezeit Mehrer des Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.*“

Dementsprechend richtete auch Bismarck seine Außenpolitik aus. Er faßte es in die Worte: „*Jede Großmacht, die außerhalb ihrer Interessensphäre auf die Politik der anderen Länder zu drücken und einzuwirken und die Dinge zu leiten sucht, die periklitert (gefährdend wirkt; d. A.) außerhalb des Gebietes, welches ihr Gott angewiesen hat, die treibt Machtpolitik und nicht Interessen-*

politik. Solche Großmacht wirtschaftet auf Prestige hin. Wir werden das nicht tun.“

Frankreich mußte nur Elsaß-Lothringen zurückgeben, aber jede Entehrung „des Feindes“, jede Entehrung seines Kaisers und später der republikanischen Regierung unterblieb. Durch kluge Diplomatie hatte Bismarck erreicht, daß Rußland und England nicht eingriffen, daß Italien freundlich blieb und daß sich Österreich zum deutschen Bündnispartner entwickeln konnte.

Durch die fortschreitende Industrialisierung entstand einerseits ein wirtschaftlicher Aufschwung, der die Bevölkerungszahl des Reiches innerhalb von 40 Jahren (1870-1910) von 41 auf 65 Millionen erhöhte. Andererseits brachte sie die Landflucht mit sich, die Verstädterung des Menschen und einen neuen „Stand“, den des Arbeiters. Das Proletariat war ein aufnahmebereiter Boden für den Marxismus, der sich analog zu dem um die Jahreswende 1847/48 von Karl Marx und Friedrich Engels verfaßten „Kommunistischem Manifest“ entwickelt hatte. In Deutschland schloß sich die Sozialdemokratische Partei 1875 unter August Bebel voll an die Maxime der marxistischen Internationale an und rief zum Klassenkampf gegen das Bürgertum auf.

Bismarck erkannte die Gefahr, die dazu angetan war, die Solidarität des Volksganzen zu zerstören. 1881 konnte er, teils gegen den Widerstand der Parteien, seine Sozialgesetzgebung in Deutschland einführen. Die kaiserlichen Erklärungen vom Februar und November 1881 betonten den Willen des Staates zur „positiven Förderung des Wohles der Arbeiter“, und so wurde vom Reichstag beschlossen:

- 1883 – Die öffentliche Krankenversicherung.
- 1884 – Die betriebliche Unfallversicherung.
- 1889 – Die Altersrentenversicherung und die Invalidenversicherung.

Vergleichbare soziale Gesetzgebungen gab es in anderen Staaten erst wesentlich später, so im „Mutterland der Demokratie“ England erst nach dem Zweiten Weltkrieg, in der „Vorzeigedemokratie“ USA und in Kanada gar erst in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts.

Im März 1888 starb Kaiser Wilhelm I., zwei Jahre später wurde Bismarck, nach 28 Jahren treuen Staatsdienstes, vom jungen Kaiser Wilhelm II. entlassen.

Im selben Jahr, 1890, wurde durch Reichskanzler Leo von Caprivi, den Nachfolger Bismarcks – aus Rücksicht auf England (!) – der Rückversicherungsvertrag mit Rußland nicht erneuert. Rußland nahm die Gelegenheit wahr, durch neue Bündnispartner seine panslawistischen Pläne voranzubringen. Bereits 1891 verbündete es sich mit Frankreich zu der Entente Cordiale.

Noch während Bismarcks Amtszeit war der Suezkanal ganz unter englischen Einfluß gekommen. Zunächst von den Franzosen begonnen, wurde er mit ägyptisch-englischer Beteiligung fertiggestellt. 1875 hatte der englische Premierminister Benjamin Disraeli die Mehrheit der Suezkanal-Akten aufkaufen und die Ufer des Kanals militärisch besetzen lassen, wodurch der kurze Seeweg nach Indien für England gesichert war. Innere Rivalitäten zwischen den herrschenden Osmanen veranlaßten 1882 Frankreich und England, Alexandria zu besetzen. Damit nicht genug, übernahm England 1883 die Verwaltung von ganz Ägypten. Erst 1904 wurde Frankreich für seine Interessen dadurch abgefunden, daß England der Entente Cordiale beitrat.



Der konservative britische Politiker und erfolgreiche Romanschriftsteller Benjamin Disraeli (21. Dezember 1804 in London; † 19. April 1881 in Mayfair), seit 1876 1. Earl of Beaconsfield, bekleidete zwei Mal das Amt des britischen Premierministers. Er entstammte einer sephardisch-jüdischen Familie aus Italien.*

Vom Beginn des 17. Jahrhunderts an hatten britische und französische Handels-Kompanien in Ostindien steigenden Einfluß gewonnen. 1761 konnte die Britische Ostindien-Kompanie die französische Konkurrenz ausschalten und „erwarb“ Land für militärische Einrichtungen. Ganz In-

dien wurde 1773 der Kontrolle des britischen Parlaments unterstellt, mit Warren Hastings als erstem Generalgouverneur. Die Sepoy-Rebellion von 1857 beschleunigte die direkte Übernahme des „erworbenen“ Landes durch die Krone. Es war dann wiederum Disraeli, First Earl of Beaconsfield, der für Königin Viktoria von England den Titel „Kaiserin von Indien“ aus der Taufe hob.

Von Disraeli ist auch der Ausspruch in seinem Roman „Coningsby“, 1844, überliefert: *„Sehen Sie, mein lieber Coningsby, die Welt wird von ganz anders gearteten Kräften regiert, als diejenigen glauben, die nicht hinter den Kulissen stehen.“*

Daß Kräfte am Werk sein mußten, die er sich nicht erklären konnte, erfuhr der deutsche Schriftsteller Hans Grimm bei seinen Auslandsaufenthalten am Ende des 19. Jahrhunderts. Aus seinem Buch „Warum – Woher – aber Wohin“, 1954, nachfolgend einige Beobachtungen.

1895, gerade 20, empfand er in Lausanne erstmals eine „nationale Störung“: *„Ich fragte mich immer wieder, wie kommen diese Leute plötzlich zu ihrer ungeahnten Deutschen-Abneigung; und was hat ihnen Deutschland getan, welches fortwährend Geld in die Schweiz bringt und an Gottfried Keller so sehr hängt?“*

Im Hause seines englischen Schulfreundes war Hans Grimm zunächst willkommen, nach dem Motto: *„Jedem weißen Mann gleiches Recht unter der britischen Fahne.“* Aber dann wurde ihm gesagt: *„Der Grund für Englands ‚Made in Germany‘-Gesetz sei Selbstschutz vor Unterbietung durch deutsche Ware; die Deutschen würden ja für Hungerlöhne und viele Überstunden arbeiten, um billig auf den Markt zu kommen!“* Auf Grimms Gegenargument, daß das gar nicht wahr sei, sagte sein Hausherr: *„So steht’s halt in der Zeitung, und wer hört schon darauf?“*

Empfindlicher getroffen wurde Hans Grimm von einem am 24. 8. 1895 in der *Saturday Review* publizierten Beitrag zur Außenpolitik Englands: *„Unser Hauptwettbewerber in Handel und Verkehr ist heute nicht länger Frankreich, sondern Deutschland. Bei einem Krieg mit Deutschland kämen wir in die Lage, viel zu gewinnen und nichts zu verlieren.“* Der Artikel kam von einer ganz

bestimmten Richtung im englischen Außenamt, gelenkt von dem Halbdeutschen Sir Eyre Crow, der außer einer krankhaften Abneigung gegen Deutschland einen persönlichen Haß gegen den Kaiser und das Hohenzollernhaus zu hegen schien.

Hübsch zu lesen ist auch die Episode, die der in London und Südafrika als Außenhandelskaufmann tätige Hans Grimm mit seinem englischen Chef Anfang Januar 1896 im Zusammenhang mit einem Zwischenfall im Transvaal während des Burenkrieges erlebte. Der sagt nämlich zu ihm, daß es um reiche Goldadern bei Johannesburg gehe, und: *„Gold ist ja nicht nur für den Zahnarzt und den Juwelier und die Eheringe da; und wer es in größtem Maße besitzt, der bestimmt am Ende die Währung der ganzen Welt.“*

Am 11. 9. 1897 stand dann nochmals ein antideutscher Artikel in der *Saturday Review*, davon hier Auszüge: *„Würde Deutschland morgen ausgelöscht, gäbe es übermorgen weltein, weltaus keinen Engländer, der nicht seinen Gewinn davon hätte (engl., who would not be the richer). Staaten haben jahrelang um eine Stadt oder ein Thronfolgerecht Krieg geführt; und da sollten sie nicht Krieg führen, wenn ein jährlicher Handel von fünf Milliarden auf dem Spiel steht?“*

Die Hafenstädte der Ostsee lägen so lange unter englischen Schiffsgeschützen, bis Deutschland seine Kriegsentschädigung bezahlt hätte. *„Wir könnten dann also zu Frankreich und Rußland sagen: ‚Sucht euch die Entschädigung selbst aus, nehmt euch in Deutschland was ihr wollt, ihr sollt es haben ... Germaniam esse delendam. (dt., Deutschland muß vernichtet werden)“*

Der AEG-Industrielle, Berater und Wirtschaftsminister des Kaisers, der Jude Walther Rathenau, schrieb 1909 in der Weihnachtsnummer der *Neue Freie Presse* seine bekannte Aussage nieder: *„Dreihundert Männer, von denen jeder jeden kennt, leiten die wirtschaftlichen Geschicke des Kontinents und suchen sich Nachfolger aus ihrer Umgebung.“*

Man mag die Reden und das Auftreten Wilhelms II., des Enkels Wilhelms I. wie auch von Englands Königin Viktoria, gelegentlich als ungeschickt und undiplomatisch bewerten, aber der letzte deutsche Kaiser hatte keinerlei Kriegsabsichten. Während Deutschland unter Kanzler Bethmann Hollweg

unablässig für Frieden eintrat und Österreich-Ungarn seinen Staat erhalten wollte, waren die auf einen Krieg drängenden Interessen

- Frankreichs: die Wiedereinverleibung des deutschen Elsaß-Lothringens.
- Rußlands: der Durchbruch zum Schwarzen Meer.
- Englands: die Ausschaltung der deutschen Wirtschaftskonkurrenz.

Der US-amerikanische Historiker und Zivilisationstheoretiker Prof. Carroll Quigley schrieb 1966 in „Tragödie und Hoffnung“: *„Es war der Einfluß der internationalen Bankverbindungen, durch den die Bildung und Stärkung der Triple-Entente (Frankreich, Rußland, England; d. A.) bewerkstelligt wurde.“* – Und damit die Einkreisung der Mittelmächte.

Daß die Geldmacht Ankerpunkt der geschichtlichen Entwicklung nicht nur des 19. und 20. Jahrhunderts, sondern schon weit davor war, geht aus der Erklärung anlässlich der Gründung der internationalen Bankenallianz 1913 in Paris hervor: *„Die Stunde hat geschlagen für die Hochfinanz, öffentlich ihre Gesetze für die Welt zu diktieren, wie sie es bisher im Verborgenen getan hat. Die Hochfinanz ist berufen, die Nachfolge der Kaiserreiche und Königtümer anzutreten, mit einer Autorität, die sich nicht nur über ein Land, sondern über den ganzen Erdball erstreckt.“*³

Dem ging im Jahr 1910 eine geheime Tagung auf Jekyll Island im US-Bundesstaat Georgia voraus, wo die Grundsätze zur Bildung einer sog. Zentralbank, der späteren „Federal-Reserve-Bank“ ausgearbeitet wurden. Die Geheimhaltung war absolut berechtigt, hing doch von dieser Tagung die Kontrolle über die gesamte Wirtschaft ab. Von Senator Aldrich eingeladen, trafen sich Vertreter der Bankhäuser J. P. Morgan & Co., National City Bank (Rockefeller) und der 1902 aus Deutschland eingewanderte Paul Warburg, der die Rothschild-Interessen in den Bankhäusern Schiff und Kuhn, Loeb & Co. vertrat. Später verband sich Paul Warburg durch Heirat mit den Bankiersfamilien noch enger; wie auch sein Bruder Felix Warburg. Die als „Aldrich Bill“ dem US-Kongreß vorgelegte Bankreform fiel, auch von Präsident Taft abgelehnt, 1912 zunächst durch.

3 Mullins/Bohlinger: „Die Bankierschwörung“, Struckum, 1990, S. 9.

So half man dem Demokraten Woodrow Wilson mit großzügigen Zuschüssen von (u. a.) Jacob Schiff, Bernard Baruch, Henry Morgenthau sen. und *New York Times*-Verleger Adolph Ochs zu seinem Wahlsieg über Taft – und damit der Bankenreform unter dem jetzt gewählten neuen Namen „Federal-Reserve-Bill“ zum Durchbruch. Am 22. Dezember 1913 ratifizierte der durch das Weihnachtsfest bereits stark reduzierte US-Kongreß das neue Bankgesetz, und zwar ironischerweise als „*ein dem Volke nutzendes Gesetz*“, als „*a people's bill*“.

Der Historiker und Journalist Gary Allen, Autor des Buches „Die Insider“, stellte die Frage: „*Wie mächtig ist unsere ‚Zentralbank‘?*“ und antwortete: „*Die Federal Reserve (FED) kontrolliert unseren Geldvorrat und die Zinssätze und manipuliert dadurch die gesamte Wirtschaft. Sie löst Inflation oder Deflation, Rezession oder Konjunktur aus und jagt die Börse nach Belieben herauf oder herunter. Weder Präsidenten, Abgeordnete noch Finanzminister haben Einfluß auf die Federal Reserve! Bezüglich der Finanzen ist es die Federal Reserve, die die Regierung beeinflußt.*“

Dazu kommt der Einfluß einer gelenkten Presse, wie sie Adolphe Isaac Moïse Crémieux schon 1860 bei einem Kongreß der Alliance Israélite Universelle vorsah: „*Wir müssen die ganze Presse in unsere Hand bringen, dann ist uns der Sieg sicher. Wir können mit der Presse Recht in Unrecht und Ehre in Schmach verwandeln, die Throne erschüttern, die Familien trennen, Krieg und Frieden machen und den Glauben an das Recht untergraben.*“

Wie Henry Ford in „Mein Leben und Werk“ ganz richtig sagt: „*Wir dürfen nicht vergessen, daß der Krieg ja ein künstlich fabriziertes Übel ist. Eine Kriegshetz-Kampagne wird nach ganz ähnlichen Grundsätzen geführt wie jede andere*



Der Rechtsanwalt, Politiker und Journalist Isaac Moïse Crémieux, bekannt als Adolphe Crémieux (1796-1880), war Repräsentant des Consistoire central israélite. Er plädierte bereits 1860 für eine gelenkte Presse.

Kampagne. Dazu ist eine Presse nötig, deren Interessen mit denen, die durch den Krieg profitieren werden, verknüpft sind. Es ist nicht im geringsten schwer, einen Auftakt zu finden, sobald der Haß einen genügenden Höhepunkt erreicht hat.“

Deutschland hatte 1903 im Einvernehmen mit dem Osmanischen Reich den Bau der 2400 km langen Bagdad-Bahn begonnen, die von Istanbul nach Basra am Persischen Golf führen sollte. Damit handelte es sich den Protest Englands ein, das dadurch seine Vorherrschaft in Indien bedroht sah (!). Die Arbeiten wurden wegen der resultierenden diplomatischen Verwicklungen unterbrochen bzw. eingestellt. (Bis 1918 war die Bahn zu zwei Dritteln fertiggestellt, erst 1940 wurden die Arbeiten beendet.)

Admiral Tirpitz nahm 1912 eine Verstärkung der deutschen Flotte in Angriff, weil man in der Annäherung Englands an Rußland eine Bedrohung sah. Das war eine Schutzmaßnahme und keine Herausforderung. Man versuchte, dies von der Gegenseite anders darzustellen. So schrieb ein Edmund Stillman in *Horizon* (American Heritage Publ.) im Sommer 1964 in dem Artikel „Sarajewo, das Ende der Unschuld“:

„Wenn der Kaiser nur Geduld gehabt hätte, Deutschland hätte alles haben können. Österreich-Ungarn war wirklich ein deutscher Satellit, der Balkan und Kleinasien schauten nach Berlin; Deutschlands industrielle Vorherrschaft auf dem Kontinent war gesichert und würde vielleicht bald Britannien von seiner Vorrangstellung im Welthandel vertrieben haben.“

Das klingt wie ein Aufzählen der Kriegsgründe für die Entente – nicht aber für Deutschland.

Zur Person Kaiser Wilhelms II., der einerseits als „gerissener Potentat“ (engl., astute potentate) oder als „Bestie“ und „Schlächter“ dargestellt, andererseits von den Franzosen als „Guillaume le timide“ (dt., Wilhelm der Furchtsame) verhöhnt wurde, seien hier zwei sehr interessante Urteile genannt.

Der republikanische Vizepräsidentschaftskandidat von 1912 N. M. Butler urteilte: *„Wenn der deutsche Kaiser nicht als Monarch geboren worden wäre,*

so hätte ihn jedes moderne Volk durch eine Volksabstimmung zum Monarchen oder zum Regierungschef gewählt.“⁴

Der US-amerikanische Soziologe und Kulturhistoriker Harry Elmer Barnes urteilt in seinem Buch „The Genesis of the World War“ zusammenfassend: *„Deutschland ist von allen kriegsführenden Mächten die einzige gewesen, die am Ausbruch des Krieges überhaupt keine Schuld trug.“⁵*

Walther Rathenau äußerte sich 1901 nach der ersten Begegnung mit dem Kaiser auf die Frage nach Eindruck der Erscheinung und des Gespräches: *„Ein Freund fragte nach dem Eindruck der Erscheinung und des Gesprächs. Ich sagte: ein Bezauberer und ein Gezeichneter. Eine zerrissene Natur, die den Riß nicht spürt; er geht dem Verhängnis entgegen. – Der Mann, dem ich dies in der höchsten Blüte wilhelminischer Ära sagte, ein Kenner der Menschen, erstaunte nicht und hat in der langen Glanzzeit bis zum Kriege mir dieses Wort nicht vorgehalten. Als der Krieg begann, begegneten wir uns, beide vom schlimmen Ausgang überzeugt. Abermals widersprach er mir nicht, als ich sagte: Nie wird der Augenblick kommen, wo der Kaiser, als Sieger der Welt, mit seinen Paladinen auf weißen Rossen durchs Brandenburger Tor zieht. An diesem Tage hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren. Nein! Nicht einer der Großen, die in diesen Krieg ziehen, wird diesen Krieg überdauern. – Moltke stürzte und starb, Falkenhayn, Bethmann, Jagow, Tirpitz stürzten; im letzten Jahr war nur der Kaiser übrig, und zum Schluß stürzte auch er.“⁶*



Der US-amerikanische Diplomat und Politiker Edward Mandell „Colonel“ House (1858-1938) war wichtigster außenpolitischer Berater von US-Präsident Woodrow Wilson.

⁴ Barnes, Harry Elmer: „The Genesis of the World War“, New York, 1926, Seite 593 ff.

⁵ Barnes, H. E. „The Genesis of the World War“; zit. nach Maier-Dorn, Emil: „Alleinkriegsschuld“, Großaitingen, 1970, S. 118.

⁶ Rathenau, Walther: „Der Kaiser“, Berlin, 1919, S. 27/28; ders.: „Gesammelte Schriften - Schriften aus Kriegs- und Nachkriegszeit“, Berlin, 1929, S. 305.

Im Frühjahr 1914 schrieb Edward Mandell „Colonel“ House, ein US-amerikanischer Diplomat, Politiker und der wichtigste außenpolitische Berater von US-Präsident Woodrow Wilson, aus Berlin an seinen Präsidenten: *„Ganz Deutschland ist elektrisch aufgeladen. Jedermanns Nerven sind angespannt. Es bedarf nur eines Funkens, um das Ganze zur Explosion zu bringen (engl., to set the whole thing off).“* Am 29. 4. 1914 schrieb House, ebenfalls an Wilson: *„Sobald England zustimmt, werden Frankreich und Rußland den Ring um Deutschland und Österreich schließen.“*⁷

7 Stillman, Edmund: „Sarajewo, das Ende der Unschuld“, in: *Horizon* (American Heritage Publ.), Sommer 1964.

4. Der Erste Weltkrieg 1914-1918 und das Diktat von Versailles

„Colonel“ House wird von Gary Allen wie folgt beschrieben: *„Der mysteriöse ‚Colonel‘ Edward Mandell House wurde in England erzogen; er war der Sohn eines Vertreters der englischen Finanzinteressen im Süden Amerikas. Er balancierte das Federal Reserve-Gesetz durch den Kongreß und war der Drahtzieher hinter den Kulissen. Viele Historiker sehen in ihm den eigentlichen Präsidenten der Vereinigten Staaten während der Wilson-Regierung. Der Biograph George Viereck versichert uns, daß die Schiffß, die Warburgs, die Kuhns, die Rockefellers und die Morgans ihr ganzes Vertrauen in House setzten.“*

„Der Funke“, von dem „Colonel“ House schrieb, wurde am 28. Juni 1914 in Sarajewo durch die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Gemahlin gezündet. Der junge Täter, Gavrilo Princip, war von dem logenähnlich strukturierten serbischen Geheimbund „Die Schwarze Hand“ angeleitet worden. Dadurch wurde das Haus Habsburg bis ins Mark getroffen. Kaiser Franz Joseph hatte 1867 bereits seinen Bruder Maximilian verloren, der – von Napoléon III. in Mexiko als Kaiser eingesetzt – im Verlauf der mexikanischen Revolution erschossen wurde. 1869 verlor Franz Joseph seinen einzigen Sohn Rudolf, der in Mayerling durch Mord oder Selbstmord umkam. 1898 wurde seine Gattin Elisabeth („Sissi“) in Genf erdolcht.

In Serbien bejubelten indessen die Zeitungen den Mörder Princip als Freiheitshelden. Wien beanspruchte Genußtuung und Mitwirkung an der Aufklärung des Falles, was von Serbien abgelehnt wurde. Ein österreichisches Ultimatum, auch zur Einstellung der fortgesetzten Hetze, löste auf Serbien bezogene Solidaritätserklärungen von Rußland, Frankreich und England aus. Dies gab Serbien freie Hand. Es beantwortete das Ultimatum ausweichend und rief am 25. Juli zur Mobilmachung auf, worauf Österreich-Ungarn am 28. Juli Serbien den Krieg erklärte.

Aber erst nachdem Rußland – die Vermittlungsversuche Kaiser Wilhelms II. waren vergeblich gewesen – am 30. Juli die allgemeine Mobilmachung anordnete, und Frankreich zur gleichen Zeit seinen Grenzschutz aufstellte,

erfolgte am 31. Juli die allgemeine Mobilmachung in Österreich-Ungarn. Frankreich verkündete am 1. 8. um 16 Uhr die Generalmobilmachung und erklärte, daß es zum Krieg gegen Deutschland entschlossen sei.

Das Reich sah sich nun von Frankreich und Rußland bedroht und entschloß sich zum Handeln, bevor es selbst angegriffen wurde. Am 1. 8. um 17 Uhr rief Deutschland die Generalmobilmachung aus und erklärte noch am selben Abend Rußland den Krieg, am 3. 8. auch Frankreich. Am 4. 8. erfolgte die Kriegserklärung Englands an Deutschland.

Der Erste Weltkrieg war nach Plan angelaufen und wurde von dem englischen Dichter Rupert Brooke wie folgt begrüßt: *„Gott sei gedankt, daß er uns diese Stunde gab.“*

Nahum Goldmann schrieb 1915 in „Der Geist des Militarismus“, daß die Zerstörung die dringendste Aufgabe der Zeit sei; das gesamte Gesellschaftsgefüge des alten Systems müsse zerstört und die einzelnen Menschen müßten von ihren herkömmlichen Wurzeln abgetrennt werden; Traditionen dürften ihre Werte nicht erhalten; das Althergebrachte wäre nur ein Zeichen von Siechtum; das Motto heiße: was war, muß gehen.

Die Kräfte, die diese negative Aufgabe unserer Zeit erfüllten, seien:

- bezüglich Wirtschaft und Gesellschaft – der Kapitalismus,
- in politischer und geistiger Hinsicht – die Demokratie.

Der „Geist des Militarismus“ sei es, der mit seinem Prinzip der Gleichschaltung die Aufgabe vollende.

„Aber dann stehen wir der anderen, größeren und schwierigeren Aufgabe gegenüber: die Neue Ordnung aufzubauen. Die verschiedenen sozialen Verknüpfungen, die von ihren alten Verwurzelungen und Schichtungen losgelöst wurden, liegen ungeordnet und chaotisch umher und müssen nun in neue Formationen und Unterteilungen gebracht werden. Während, als Teil der Bewältigung des ersten Problems, alle Menschen als gleich erklärt wurden, müssen sie nun wieder neu eingeteilt und differenziert werden.“

Ein neues, pyramidales Herrschaftssystem muß aufgebaut werden. Diese zweite Aufgabe kann nur durch den Geist des Militarismus gelöst werden, mit Hilfe seines anderen großen Erfolgsprinzips, dem der Unterordnung. Es wird dem wahren aristokratischen Prinzip zum Durchbruch helfen. Möge derjenige herrschen, der es kann.“

Der US-Präsident Woodrow Wilson war im November 1916 mit dem Schlagwort „*Er hat uns aus dem Krieg herausgehalten*“ wiedergewählt worden, während hinter den Kulissen der Kriegseintritt längst geplant war. Obwohl die USA sich als neutral erklärten, unterstützten sie vor allem England mit Kriegslieferungen in Milliardenhöhe. Als Geste einer Vermittlung wandte sich Wilson im Januar 1917 mit einer Friedensnote an alle Kriegführenden, auf die die Mittelmächte positiv, die Entente aber ausweichend reagierten.

England hatte bereits Mitte 1914 eine Hungerblockade gegen Deutschland errichtet, die laut des französischen *Matin* 1915 vom englischen „Humanisten“ und späteren Karlspreis-Träger Winston Churchill, damals Erster Lord der Admiralität, damit gerechtfertigt wurde, daß man die „bedingungslose Kapitulation“ Deutschlands erzwingen müsse, indem man es solange an der Kehle würgen, bis sein Herz aussetze.⁸

Auf Grund der hochgespielten Torpedierung des zu einem britischen Hilfskreuzer und Munitionstransporter umgebauten Luxussschiffes „Lusitania“ am 7. 5. 1915 – das Schiff hatte größere Mengen Kriegsmaterial für England an Bord – drohten die USA im Wiederholungsfalle mit Kriegseintritt. Nach Einhaltung einer gewissen Beschränkung sah sich Deutschland aber aus Lebensnotwendigkeit heraus gezwungen, ab Februar 1917 einen uneingeschränkten U-Boot Krieg zu führen. Daraufhin erklärten die USA am 6. 4. 1917 Deutschland offen den Krieg, den sie versteckt seit Jahren gegen das Reich führten bzw. unterstützten.

„*Die Welt muß für die Demokratie gesichert werden*“, sagte Wilson. Es begann eine unwahrscheinliche Haßorgie gegen das „*verbrecherische Deutschland*“, gegen die „*preußisch-deutsche Barbarei*“. Die sittenreinen Verfechter der rei-

⁸ Aigner, Dietrich: „Churchill“, Göttingen, 1975, S. 64.

nen demokratischen Lehre verkündeten einen „*Kampf für Kultur, Zivilisation und Freiheit*“. Man nannte die Deutschen bereits damals „*Hunnen*“ und „*Barbaren*“, „*tollwütige Hunde Europas, die an die Kette gelegt gehören*“. Wenn sie keine wehrlosen Frauen erschossen oder Nonnen in den Klöstern vergewaltigten, hackten sie Kindern unter Anleitung des Kaisers die Hände ab oder nagelten Bauern an Scheunentore. Man hielt es damals nicht mit der „6“, sondern mit der „7“ und ließ auch eine „0“ weg. So waren auf deutschen Befehl angeblich 700.000 Griechen deportiert und ermordet worden. Nach dem *Daily Telegraph* vom 16. 3. 1916 haben die Österreicher schon damals 700.000 Serben vergast (sic!).

Am 10. Januar 1918 eröffneten die Abgeordneten des US-amerikanischen Kongresses unter Vorbeter Billy Sunday (Sonntag), einem Enkel deutscher Emigranten, die neue Sitzungsperiode mit diesem feierlichen Gebet:

„Allmächtiger Gott – unser himmlischer Vater! ... Du weißt, o Herr, daß wir in einem Kampf auf Tod und Leben stehen gegen eine der gemeinsten, übelsten, gierigsten, geilsten, blutdürstigsten, sündhaftesten und habgierigsten aller Nationen, die jemals das Buch der Geschichte geschändet haben. Du weißt, daß Deutschland aus den Augen der Menschen genügend Tränen gepreßt hat, um einen neuen Ozean zu füllen, daß es genügend Blut vergossen hat, um jede Woge auf diesem Ozean zu röten, und daß es aus den Herzen von Männern, Frauen und Kindern genügend Schreie und Stöhnen gepreßt hat, um daraus ein neues Gebirge aufzutürmen.

Wir bitten Dich, o Herr, entblöße Deinen mächtigen Arm und schlage das große Rudel dieser hungrigen, wölfischen Hunnen zurück, von deren Fängen Blut und Schleim tropfen. Wir bitten Dich, laß die Sterne auf ihren Bahnen und die Winde und Wogen gegen sie kämpfen ... Und wenn alles vorüber ist, werden wir unser Haupt entblößen und unser Antlitz zum Himmel erheben ... Und Dir sei Lob und Preis immerdar, durch Jesus Christus. Amen!“⁹

Neben der Triple-Entente hatte noch eine vierte Macht ihre Ansprüche geltend gemacht. 1896 war dem Zionismus durch Theodor Herzl, dem Autor des zionistischen Grundlagenwerkes „Der Judenstaat“, ein Ziel und

9 Congressional Record of the Session of the 65th Congress of the USA, Bd. LVI.

ein politisches Programm vorgegeben worden. Anfang 1917 führte dann, auf Vorstellungen von Chaim Weizmann, der englische Außenminister James Balfour Verhandlungen mit dem US-amerikanischen Zionistenführer Dembitz Brandeis, der eng vertraut mit Wilsons Berater, dem besagten „Colonel“ Mandell House war. Man wurde sich in allen Punkten einig. Die US-amerikanische Kriegserklärung dürfte ein Teil dieser Abmachungen gewesen sein.

Hier ist der Wortlaut der geschichtemachenden Balfour-Deklaration:

„Werter Lord Rothschild, es freut mich, Ihnen im Auftrag der Regierung seiner Majestät die folgende Übereinstimmung mit dem Bestreben der jüdischen Zionisten mitzuteilen, die dem Kabinett unterbreitet und von ihm gutgeheißen wurde.

„Die Regierung seiner Majestät betrachtet wohlwollend die Gründung einer nationalen Heimat für die Juden in Palästina und wird ihr bestes tun, die Ausführung dieses Vorhabens zu fördern, im klaren Einvernehmen, daß nichts getan werden soll, das die zivilen und religiösen Rechte der bestehenden nichtjüdischen Gemeinden in Palästina benachteiligen könnte oder die Rechte und politische Stellung, die Juden in irgendeinem anderen Lande genießen.“

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Erklärung zur Kenntnis des zionistischen Bundes bringen würden.

*gezeichnet Arthur James Balfour,
datiert 2. November 1917“*

Nun war allerdings Palästina seit 1517 ein Teil des Osmanischen Reiches, und die Türkei kämpfte seit November 1914 auf der Seite der Mittelmächte. Erst als Mitte September 1918 (also fast ein Jahr nach der Balfour-Erklärung) die türkischen Truppen Palästina und Syrien freigaben, besetzte England das gesamte Gebiet, das 1920 – wie auch Transjordanien – zum britischen Mandatsgebiet erklärt wurde.

Aber rechtzeitig, vielleicht auch „gut beraten“, wechselte das englische Königshaus 1917 seinen deutschen Namen Sachsen-Coburg-Gotha gegen den Namen ihres Sommersitzes, das Haus Windsor, aus. Durch Verleugnung ihrer wahren Identität mögen die englischen Monarchen dem Schicksal der ihnen verwandten europäischen Herrscherhäuser entronnen sein.

Während die eingekreisten Mittelmächte um die Erhaltung ihrer staatlichen Existenz kämpften, machten andere Kreise große Geschäfte. So äußerte der US-amerikanische Journalist Isaak Marcossohn anlässlich eines von ihm gegebenen Banketts: *„Der Krieg ist ein riesenhaftes Geschäftsunternehmen, wobei nicht der Heroismus der Soldaten, sondern die Geschäftsorganisation das Schönste ist, und Amerika ist stolz auf die günstige Geschäftslage, die es erlebt.“*¹⁰

Im Mai 1917 wurde in Rußland das Mitglied der Partei der Sozialrevolutionäre, seit März 1917 bereits Justizminister in der Übergangsregierung Lwow, Alexander Fjodorowitsch Kerenski, Kriegs- und Marineminister; er zwang Zar Nikolaus II. zur Abdankung. Am 1. Juli begann er die nach ihm benannte Offensive, die aufgefangen wurde und den Russen eine Million Menschen kostete. Nach einem mißglückten Aufstandsversuch linker Gruppen im Juli 1917 und dem Rücktritt von Ministerpräsident Lwow übernahm Kerenski auch den Regierungsvorsitz. In den Jahren von 1915 bis 1916 war Kerenski Sekretär der Obersten Freimaurerversammlung Rußlands. Mehrere Minister seiner künftigen Regierung wie Konowalow oder Michail Iwanowitsch Tereschtschenko waren auch Freimaurer.¹¹

Lenin, der wie Trotzki mit Unsummen Dollars durch die Wallstreet finanziert wurde, agierte nach dem im Zuge der Oktoberrevolution erfolgten Sturz Kerenskis landesweit für einen radikalen Bolschewismus. In St. Petersburg und Moskau brach im Oktober 1917 die blutigste aller Revolutionen aus, die sich von dort weiter nach Westen ausdehnen sollte – unter dem Motto: *„Arbeiter aller Länder vereinigt Euch!“*

Zunächst war die Räteregierung an der Beendigung des Krieges interessiert, so daß es am 3. 3. 1918 zum Frieden von Brest-Litowsk kam. Rußland mußte Finnland, den baltischen Staaten und der Ukraine Selbständigkeit einräumen. Auch Polen sollte auf Verlangen Deutschlands und Österreichs-

10 Meldung des „Informations-Bureaus“ aus Rotterdam vom 13. März 1917.

11 Müller, Roland: „Über 450 berühmte Freimaurer mit besonderer Berücksichtigung der Schweizer und der Schweiz“; Artikel „Februar 1917: Kerenskis Stunde“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1. August 2007, Seite N3; Miljukov, Pavel: „Vospominanija“, Moskau, 1991, S. 475 ff.

Ungarns wieder ein eigenständiger Staat werden. Der Zar und seine Familie wurden im Juli 1918 von den Bolschewiken grausam ermordet. Ebenso die deutschen Emissäre, die versucht hatten, durch Verhandlungen den Zaren zu retten: Botschafter Mirbach im Juni in Moskau und General von Eichhorn im Juli in Kiew.

Nach Beendigung der Feindseligkeiten im Osten konnte die Front im Westen verstärkt werden, doch blieb den deutschen Truppen der Durchbruch versagt – weitgehend wegen der nunmehr in Millionenstärke eingesetzten, unverbrauchten US-amerikanischen Truppen. Die deutsche Front wurde jedoch einheitlich zurückgenommen und konnte bis zum letzten Kriegstag gehalten werden.

Aus einem offenen Brief Walther Rathenaus (Ende 1918) an „Colonel“ House: *„Niemals, solange es Weltgeschichte gibt, ist das Sein oder Nichtsein eines ungebrochenen, gesunden, begabten, arbeitsfrohen Volkes und Staates von einem einzigen Entschluß verantwortlicher Männer so abhängig gewesen ... Wenn in Jahrzehnten und Jahrhunderten die blühenden deutschen Städte verödet und verkommen sind, das Erwerbsleben vernichtet, der deutsche Geist in Wissenschaft und Kunst verebbt, die deutschen Menschen zu Millionen von ihrer heimatlichen Erde losgerissen und vertrieben ... wird diese Gewalttat eine Segenszeit der Völker einleiten? Was uns angedroht wird, was der Haß uns anzutun vorschlägt, ist die Vernichtung des deutschen Lebens jetzt und in alle Zukunft.“*

Was war geschehen? Im Vertrauen auf die vierzehn Punkte des Wilsonschen Friedensprogramms vom 8. 1. 1918, das unter anderem einen ehrenvollen Waffenstillstand ohne Reparations- oder Gebietsansprüche und das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker in Aussicht stellte, waren im Oktober 1918 deutsche Friedensfühler ausgestreckt worden. Daraufhin kartete der US-Präsident unfair nach und verlautbarte, daß man nach dem Abtreten der jetzigen deutschen Regierung und nach der Beseitigung der Monarchie zu billigen Friedensbedingungen bereit sein werde.

Am 9. November begann in Berlin der manipulierte Aufstand, nachdem bereits im Oktober, im Bewußtsein des nahen Kriegsendes und unter dem

Einfluß roter Propagandisten, Mannschaften der deutschen Hochseeflotte den Dienst verweigert hatten. In Kiel und anderen deutschen Häfen brach eine allgemeine Meuterei gegen die Offiziere aus. Auf vielen Schiffen wurde die rote Fahne gehißt.

Dazu schrieb der französische Generalstabsoffizier Pierre Desgranges, alias Joseph Crozier, vom 2. Büro des Französischen Generalstabes, Sektion I (Geheimer Nachrichtendienst und Gegenspionage), am 10. November 1918 an seinen Vorgesetzten, General Boucabeille, in Paris: *„Die deutsche Revolution ist in dem Augenblick ausgebrochen, den wir vorausgesehen hatten, und man weiß noch nicht, ob die Revolution den militärischen Zusammenbruch herbeigeführt hat oder umgekehrt. Diese Revolution geht von den Leuten aus, die wir kennen, und wird, wie wir vorausgesagt haben, bis zum äußersten gehen.“*¹²

Der neue Reichskanzler, Prinz Max von Baden, gab ohne Befugnis die Abdankung des Kaisers bekannt. Der Sozialdemokrat und kaiserliche Staatssekretär ohne Portfeuille Philipp Scheidemann rief vom Reichstagsgebäude in Berlin die Republik Deutschland aus. In ganz Deutschland wurden die Fürsten abgesetzt und Übergangsregierungen gebildet, oft von kommunistischen Arbeiter- und Soldatenräten.

Am 11. November wurden einer deutschen Abordnung unter Minister Matthias Erzberger im Wald von Compiègne die Waffenstillstandsbedingungen übergeben.

Der Lyriker Hans Friedrich Blunck (1888-1961) zeichnete Wilsons versprochenen „Sieg ohne Sieger“ und die damit verbundene Hoffnung in seinem Epos „Sagen vom Reich“ wie folgt:

*„So hatte Wilson am Ende des Weltkrieges gesprochen –
anmaßvoll, ein schwacher Richter, doch gläubig,
und schon in jedem Worte ein betrogener Narr –,*

12 Desgranges, Pierre: „In geheimer Mission beim Feinde“, Grethlein & Co., Leipzig/Zürich, 1930, Seite 285.

*„Streckt die Waffen, Männer, und ich verbürge
 Freiheit der Meere, Gleichheit des Handels,
 Beschränkung Jedermanns in der Rüstung;
 dazu die Verteilung kolonialen Besitzes.
 Und Selbstbestimmung aller Völker.“
 Da schien ein FRIEDE beschlossen,
 Vorfriede zwar – doch hätten die Völker für lange,
 ach, für immer vielleicht, so hofften viele,
 Freund sich werden können. Was noch an Bitterem,
 Unverständlichem zwischen den Sätzen stand,
 ließ sich behandeln,
 so meinten die Führer der Deutschen.
 Müde legten die Heere die Waffen nieder,
 horchten auf ein ritterlich Wort des Feindes.
 Guten Frieden erwartet‘ die Welt.“*

Doch Walther Rathenau wußte es damals schon anders. Im Dezember 1918 veröffentlichte die Presse des neutralen Auslandes seine Schrift „Nach der Flut“. Daraus entnehmen wir folgendes: *„Die meisten kennen ihr Geschick noch nicht, sie wissen nicht, daß sie und ihre Kinder geopfert sind. Auch die Völker der Erde wissen noch nicht, daß es um das Leben eines Menschenvolkes geht. Vielleicht wissen es noch nicht einmal die, mit denen wir gekämpft haben ... Wir werden vernichtet. Deutschlands lebendiger Leib und Geist werden getötet. Millionen deutscher Menschen werden in Not und Tod, in Heimatlosigkeit, Sklaverei und Verzweiflung getrieben. Eines der geistigsten Völker im Kreise der Erde verlischt. Seine Mütter, seine Kinder, seine Ungeborenen werden zu Tode getroffen.“*

Im Januar 1919 hatten die Alliierten in Paris – ohne deutsche Beteiligung – mit den offiziellen Friedensverhandlungen begonnen. Den Vorsitz führte der französische Premierminister Georges Clemenceau, ein Deutschenhasser. *„Der Fehler der Deutschen ist, daß es 20 Millionen zu viel von ihnen gibt“*, meinte er.¹³ Entgegen der von Wilson proklamierten Friedensgrundsätze entstand ein Diktat, daß auf Versklavung und Völkermord hinzielte. Die wesentlichen

¹³ http://www.schule-bw.de/unterricht/faecher/geschichte/materialien_und_medien/versailer-vertrag/

Bestimmungen dieses „Friedensvertrages“, der auf 200 Seiten 75.000 Worte umfaßte, waren die folgenden:

1. Deutschland muß die volle Verantwortung für die Auslösung des Krieges übernehmen (der sogenannte „Alleinschuld-Paragraph“).
2. Kaiser Wilhelm II. und an die 800 andere verdächtige „Kriegsverbrecher“ sollen an die Alliierten zur Aburteilung ausgeliefert werden.
3. Deutschland muß über 70.000 Quadratkilometer, das sind etwa 13 % seines Landes abgeben. (Nach der Haager Landkriegsordnung von 1899 und 1907 darf dem Besiegten kein Gut und Land genommen werden.)
4. Die deutschen Flüsse werden internationalisiert; Deutschlands Hoheit über den Rhein wird eingeschränkt.
5. Die deutsche Kriegsflotte und die deutschen Handelsschiffe müssen den Alliierten übergeben werden. Deutschland muß fünf Jahre lang neue Schiffe für die Alliierten bauen. (Dadurch werden Wirtschaft und Handel Deutschlands in Übersee unmöglich gemacht.)
6. Alle deutschen Kolonien müssen den Alliierten überlassen werden, einschließlich von Privateigentum und Privatbesitzungen.
7. Deutschlands Wehrmacht wird auf 100.000 Mann beschränkt. (Stark genug, um während eines Aufstandes die Ordnung wieder herzustellen, aber zu schwach, um eine Invasion abzuwehren.)
8. Deutschland darf keine Luftwaffe haben, auch keine speziellen Akademien zur Offiziersausbildung. (Selbst Organisationen wie Schützenvereine u. a. wurden verboten.)
9. Eine alliierte Kommission wird gebildet, die das Recht hat, sich überall und zu allen Zeiten in Deutschland zu bewegen und allerorts Inspektionen vorzunehmen.

Die von Deutschland zu zahlenden Kriegsschädigungskosten wurden später auf die horrende Summe von 132 Milliarden Goldmark festgesetzt, plus 26 % der Gewinne deutschen Exports.

Eine deutsche Delegation wurde im April 1919 zur Übernahme der Bedingungen nach Versailles beordert. Der als US-Abgeordneter anwesende John Foster Dulles erinnerte sich: *„Ich erinnere mich lebhaft, wie dort die Mitglieder*

*der deutschen Friedensdelegation in ein mit Stacheldraht eingefasstes Gehege verwiesen wurden, den Blicken wie Tiere in einem zoologischen Garten ausgesetzt und ihnen jede persönliche Berührung mit alliierten Delegierten versagend.*¹⁴

Erwartete die Deutschen ein Verhandlungsfriede, ähnlich wie er Frankreich 1815 in Wien gewährt worden war, oder vielmehr ein Friedensdiktat ohne Mitspracherecht? Nach Durchsicht der Bedingungen, die ihnen am 7. Mai 1919 im Trianon-Palast vor 200 Abgeordneten übergeben worden waren, wies Graf von Brockdorff-Rantzau mit scharfen Worten die Kriegsschuld als eine Lüge zurück und klagte die Alliierten dafür an, daß noch nach dem 11. November 1918 Hunderttausende von Zivilisten durch die anhaltende Blockade mit kalter Berechnung getötet worden seien, obwohl der Sieg der Alliierten bereits sichergestellt war. In Berlin bezeichnete Kanzler Scheidemann den „Vertrag“ als unannehmbar, und für Felix Fechenbach, den Präsidenten der Nationalversammlung, bedeutete er die Vernichtung des Deutschen Volkes.

Walther Rathenau schrieb 1919 in der „Kritik der dreifachen Revolution“, S. 67 ff., über die Zukunft Deutschlands: *„Prometheus Deutschland! Auch wenn Du Dich niemals wieder von Deinem Fels entkettest, wenn Dein dem Gott verschuldetes Blut in Schmach und Schmerz über die Erde strömt, leide, leide den großen Segen, der den Wenigen, den Starken erteilt wird. Ringe nicht mehr um Glück, denn Dir ist anderes beschieden. Nicht Rache, nicht Einrichtungen, nicht Macht und nicht Wohlstand kaufen Dich los. Sei was Du warst, was Du sein sollst, was zu sein Du niemals vergessen durftest. Sei gehaßt und hasse nicht, sei verhöhnt und verteidige Dich nicht.*

„Simson Deutschland! Dein Auge ist blind. Deine Stirn ist kahl. Wende Deinen Blick in Dich, wende Deine titanische Kraft gegen Dich selbst. Du wirst die Säulen der Erde nicht zerbrechen, das Gericht ist nicht Dein. Drehe die Mühlen der Philister und singe das Lied Gottes.

„Ahasver Deutschland! Du hast nicht die Macht zu sterben. Deutsche Füße werden über die Erde ziehen und eine Heimat suchen. Du wirst bitteres Brot essen, und Deine Heimat wird nicht Deine Heimat sein. Vor fremde Türen werden sie Dich jagen wegen des Abglanzes in Deinen müden Augen.

¹⁴ Lutz, Hermann: „Verbrechervolk im Herzen Europas“, Tübingen, 1959, S. 43

„Oh, Du Deutschland!“ Geliebt in Deinem törichten Wahn, zehnmal geliebt in Deinem gottverlassenen, irren Laster, zehntausendmal geliebt in Deinem schmachvollen Leiden, was weißt Du von Deinem Schicksal? Was weißt Du davon, daß Du um Deines Geistes willen da bist, um Deines Geistes willen, den Du nicht kennst, den Du vergessen hast, den Du verleugnest? Wehe Dir! Um seinetwillen, um Deines Geistes willen, darfst Du nicht ruhen. Du bist verhaftet und verfallen, und wenn die Hände der Menschen Dich loslassen, so fällst Du in die Hände Gottes!“

Walther Rathenau, zweifellos ein hochintelligenter Mann und ein Wissender, sagte auch: *„Was wir erleben und verwirklichen, ist ein Teil der ewigen Zeugung des immerwährenden Weltbrandes, der die Stoffe umwälzt, um Geist zu entbinden.“*

Ist es Genie oder Irrsinn, ist es der Jude oder der Deutsche, der uns anspricht, oder ist es der Versuch, beiden gerecht zu werden? Er wurde vor Mordplänen gewarnt, verschmähte aber einen polizeilichen Schutz. Am 24. Juni 1922 wurde Rathenau erschossen. – Von „Nationalen“ heißt es im Lexikon von 1956; von „Rechtsextremisten“ im Lexikon von 1965.

Oder wurde er für ein zu selbständiges Handeln bestraft? Als deutscher Außenminister hatte er am 16. April 1922 das Rapallo-Abkommen mit Rußland in die Wege geleitet, das die Zusammenarbeit beider Staaten im gegenseitigen Interesse wieder ermöglichte. – Vielleicht auch hatte er in seinen Schriften zu viel aus der Schule geplaudert, so daß seine Beseitigung beschlossen und in die „rechten“ Hände geschoben wurde?

Paris hatte alle deutschen Denkschriften verworfen, die um eine Milderung der Friedensbedingungen ersuchten, so daß Scheidemann mit den Worten zurücktrat: *„Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt?“* Graf Brockdorf-Rantzau trat ebenfalls zurück, wie das schon am 12. November Prinz Max von Baden nach den Verlautbarungen des Waffenstillstandes getan hatte.

Um die gewünschte Anerkennung des Vertrages zu erzwingen, drohten die Alliierten mit einer Total-Invasion Deutschlands, die am 24. 6. 1919 mor-

gens 6.45 Uhr beginnen sollte. Dem Druck dieses Ultimatums war die neue deutsche Regierung nicht gewachsen. Am 23. Juni 1919 wurde das Versailler Diktat unterzeichnet. Nach Bekanntgabe ging ein Schrei des Entsetzens durch das besiegte Land, das so furchtbar hintergangen worden war.

Im Laufe der Neugestaltung Europas wurde alles getan, um Deutschland und Österreich zu schwächen. Im Vertrag von St. Germain wurde Österreich eine Vereinigung mit Deutschland verboten, wie auch die Führung des Namens Deutsch-Österreich, der beim Zustandekommen der neuen Republik am 12. 11. 1918 gewählt worden war. Auch die später angestrebte Zollunion mit Deutschland wurde untersagt.

Dagegen wurde der Vertrag von Brest-Litowsk annulliert, der Polnische Korridor geschaffen, eine Anomalie, die dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ glatt entgegenlief. Das deutsch besiedelte Sudetenland wurde der neugeschaffenen Tschechoslowakei zugeschlagen und neben Polen und der Tschechoslowakei ein weiteres, seine Minderheiten unterdrückendes Staateingebilde geschaffen, das man Jugoslawien nannte.

Sven Hedin, schwedischer Gelehrter und Forscher, schrieb u. a.: *„Die führenden Staatsmänner hatten eine ausgezeichnete Arbeit getan, indem sie die Grenzen verschiedener Länder Europas so zogen, daß neue Kriege garantiert wurden.“*

Jaques Bainville, französischer Historiker, 1920 in Paris: *„Der endlose Krieg (nicht der ewige Friede, für den angeblich gekämpft wurde) war in Versailles organisiert worden. Danzig und der Korridor werden die Gründe für diesen Krieg sein.“*

Lloyd George, der als britischer Premier am Versailler Vertragswerk mitgewirkt



Der berühmte schwedische Geograph und Entdeckungsreisende Sven Hedin (1865-1952) wußte über die Kriegstreiber in Washington und London bestens Bescheid. Dennoch versuchte er, ausgleichend und vermittelnd zu wirken, allerdings ohne Erfolg.

hatte, gestand am 7. Oktober 1928 bei einer Rede in der Guild Hall zu London: *„Die gesamte Dokumentation, die uns gewisse unserer Alliierten vorgelegt haben, war erlogen und erswindelt. Wir haben auf Grund von Fälschungen entschieden.“*

Der Historiker und Journalist Gary Allen, zeitweise Sprecher der konservativen John Birch Society, konstatiert in „Die Insider“: *„Die Insider entfachten den Ersten Weltkrieg hauptsächlich deswegen, weil sie den Plan gefaßt hatten, als eine Folgeerscheinung dieses Krieges eine Weltregierung zu schaffen. Nach dem Waffenstillstand am 11. November 1918 kamen Woodrow Wilson und sein Berater Colonel House nach Europa, um dort diese Weltregierung in Form eines Völkerbundes gründen zu können.“*

Präsident Wilson – bei seiner Ankunft in Europa mit Jubel begrüßt – hatte sich bei den „Friedens-Verhandlungen“ in Paris weitgehend auf Colonel House als Sprecher der Vereinigten Staaten verlassen. Er war enttäuscht, daß es diesem nicht gelang, sich für einen wirklichen Frieden, analog der „Vierzehn Punkte“, durchzusetzen.

Am 5. 9. 1919 erklärte er resigniert: *„Der Krieg war ein Industrie- und Handelskrieg.“* Er kehrte niedergeschlagen in die USA zurück, wo er sich in zahlreichen öffentlichen Ansprachen für die Schaffung eines Völkerbundes einsetzte, der die Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages (der übrigens von den Vereinigten Staaten nicht unterzeichnet wurde) ausgleichen und doch noch einen anhaltenden Völkerfrieden herstellen sollte. Durch diese Anstrengungen völlig erschöpft, erlitt er im September 1919 einen Schlaganfall, von dem er sich bis zu seinem Tod 1924 nicht mehr erholte.

Als der Völkerbund dann am 10. Januar 1920 offiziell gegründet wurde, entsprach er nicht den Erwartungen, die zunächst von vielen der ursprünglichen Befürworter gehegt worden waren. Die Vertragsklauseln gingen auf Versailles zurück und erschienen dadurch als ein Werkzeug der Sieger, das gegen die ehemaligen Feinde verwendet werden sollte. Die USA enthielten sich der Mitgliedschaft.

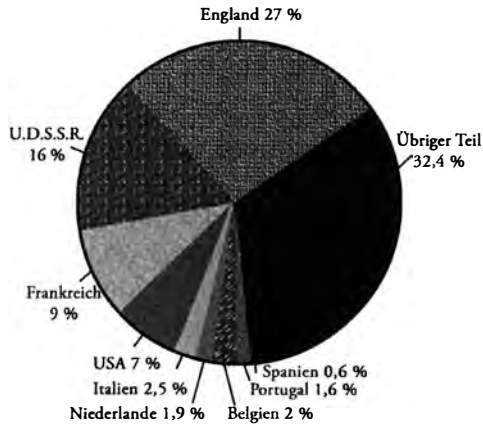
Kräfteverhältnis der Hauptgegner des Zweiten Weltkrieges



In der obigen Graphik wird das Kräfteverhältnis zwischen Großdeutschland und den Alliierten (USA, Großbritannien, Frankreich, UdSSR) hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Landfläche, der Rohstoffvorkommen und der Bevölkerungszahl veranschaulicht.

Quelle: DSZ-Verlag, München.

Die Anteile der Staaten an der festen Oberfläche der Erde.



Deutschland besitzt nur etwa 0,45 %
der festen Erdoberfläche.

Stand: 1937

5. Der Council on Foreign Relations, die Paneuropa-Union, der Börsenkrach 1929 und die Inflation

Inoffiziell wurden ganz andere Ziele verfolgt, die bis heute das Weltgeschehen in großem Maße beeinflussen. Die Organisation The Round Table entsprang dem Lebenstraum des Gold- und Diamant-Magnaten Cecil Rhodes (1853-1902), der die Ausdehnung der britischen Herrschaft über die ganze Welt und damit die Errichtung einer so großen Macht anstrebte, die am Ende jeden Krieg unmöglich machen würde.

Rhodes arbeitete zur Verwirklichung seiner Pläne eng mit Lord Rothschild, seinem Finanzier im Bergbau-Unternehmen im Transvaal, Südafrika, zusammen, dem er auch testamentarisch sein gesamtes riesiges Vermögen zur Weiterführung seiner Pläne vermachte.

Bereits im März 1891 wurde mit Rhodes Geld der Kern der auf dieses Ziel hinarbeitenden Hintergrundmächte geschaffen. Die Organisation wurde für Rothschild von Lord Alfred Milner geführt, der auch als Schlüsselfinanzier der bolschewistischen Revolution gilt.

The Round Table arbeitete hinter den Kulissen der britischen Regierung und beeinflusste diese und somit Englands Verhalten im Ersten Weltkrieg. Gegen Ende des Krieges wurde es als erforderlich erachtet, in England und allen Kolonien Frontorganisationen der Round-Table-Gruppe zu gründen, die man RIIA (Königliches Institut für Internationale Angelegenheiten) nannte.

In New York war die Frontorganisation als CFR (Council on Foreign Relations; dt., Rat für ausländische Beziehungen) bekannt. Die US-amerikanischen Organisatoren waren zum größten Teil Morgan-„Experten“, die zu der Pariser Friedenskonferenz geladen waren, um dort Verbindung zu der gleichartigen Gruppe englischer „Experten“ aufzunehmen, die sich aus der Milner-Gruppe rekrutierten.

Joseph Kraft (CFR) teilte in *Harper's Magazine* vom Juli 1958 mit, daß der Hauptagent der offiziellen Gründung des CFR „Colonel“ House war,

unterstützt von einflußreichen Leuten wie Walter Lippmann, John Foster Dulles, Allen Welsh Dulles und Christian Herter. Es war „Colonel“ House, der als Gastgeber für die Round-Table-Gruppe – sowohl für die US-amerikanische als auch für die englische – bei dem Schlüsseltreffen vom 19. Mai 1919 im Majestic Hotel in Paris fungierte.

Die Pläne des RIIA und des CFR wurden also in Paris nach der Festschreibung des Versailler Diktat-Friedens entworfen – kein Wunder, daß weder dann noch später ein Völkerfriede nach der Wilsonschen Vorstellung (gleiche Rechte für alle Völker) zustande kommen konnte.

Hier wurde der Aufbau einer Organisation geplant, die den Bürgern der USA, Englands und Westeuropas die Vorzüge einer Weltregierung unter absoluter anglo-amerikanischer Vorherrschaft plausibel machen sollte, als Garantie für Frieden, Freiheit und Demokratie.

Was einerseits im Westen von England und den USA in Zusammenarbeit mit der Finanzmacht angestrebt wurde, die EINE WELT kapitalistischer Prägung, wurde im Osten von der Sowjetunion und der Komintern, ebenfalls mit Unterstützung der Finanzmacht, propagiert, die EINE WELT proletarischer Prägung. So wie sich die Ziele glichen, so glichen sich auch die Symbole: Der fünfzackige Stern und das Auge Jahwes, die beide auf Adam Weishaupt zurückgehen, der im Jahr 1776 den Orden der Illuminaten gegründet hatte.

Mit Hilfe neu formulierter alt-agnostischer Weisheiten setzte der ehemalige Jesuitenpriester Weishaupt eine Formel für die Weltherrschaft auf, derer sich die beiden nur scheinbar konträren Welteinheitsbestrebungen bedient haben und noch bedienen.

Nach Prof. John Robinson¹⁵ lautet diese Formel wie folgt:

1. Die Zerstörung aller friedlich arbeitenden Regierungen.
2. Die Abschaffung des Erbrechtes (physisch und psychisch).

¹⁵ Nicolov, N. M.: „The World Conspiracy“, The Noontide Press, 1988.

3. Die Abschaffung des Privateigentums (evtl. auch durch Zins und Zinsezins).
4. Die Vernichtung der Vaterlandsliebe.
5. Die Zerstörung der Familie.
6. Die Zerstörung aller Religionen.
7. Die Schaffung einer Weltregierung.

Durch die Niederlage und den dadurch zustande gekommenen Versailler Schandvertrag war die Anwendung der ersten drei Punkte dieser „Formel“ in Deutschland schon zum Teil realisiert worden. Doch vor einem gewaltsamen kommunistischen Umsturz, der die Erfüllung der weiteren Punkte hätte nach sich ziehen können, wurde das Land zunächst teils durch Freiwillige, teils durch Formationen des alten kaiserlichen Heeres bewahrt, dessen Tradition im Offizierskorps der Reichswehr weiterlebte.

Auf Grund der erst Mitte 1919 aufgehobenen Blockade der Alliierten, die fast eine Million Tote gefordert hatte, war Hunger Küchenmeister in Deutschland. Die Menschen verloren ihre Widerstandskraft gegen Krankheiten und Ansteckungsgefahren; die Unterernährung hatte eine geistige Lähmung bei den Erwachsenen zur Folge und konnte bei Kindern „Hunger-Wahnsinn“ auslösen. Besonders die städtische Bevölkerung war darauf angewiesen, auf dem Land „hamstern“ zu gehen. Meist waren es die Frauen, die wöchentlich aufs Land gehen mußten, um die lebensnotwendigen Güter gegen andere Werte zu erbetteln. Sie schleppten schwere Taschen mit Kartoffeln, Rüben, Kraut und – wenn sie Glück hatten – etwas Butter, Schmalz, Milch oder Eier nach Hause, um ihrer Familie eine Mahlzeit bereiten zu können.

Die sich langsam anbahnende Gesundung, auch wirtschaftlich, wurde durch ins Grenzenlose gesteigerte Wiedergutmachungs-Ansprüche der Siegerstaaten ständig gestört und in Frage gestellt. Dadurch erklären sich auch die rasch aufeinanderfolgenden Regierungswechsel in Berlin. Jede neue Regierung versuchte, die begründeten deutschen Milderungswünsche darzulegen, wurde aber unverzüglich mit einem „Nein“ der Siegermächte abgewiesen.

Ein deutsches „Nein“ aber erhielten die Westmächte vom Leipziger Reichsgericht, als im Februar 1920 die im Versailler Diktat vorgesehene Liste der

deutschen Kriegsverbrecher zwecks deren Auslieferung übergeben wurde. Auch die holländische Königin verweigerte die Auslieferung des in Holland lebenden Wilhelm II. So kam es nicht zu den angestrebten Schauprozessen.

Anfang 1921 wurden die „Pariser Reparationsbeschlüsse“ bekanntgegeben, wonach Deutschland 226 Milliarden Goldmark in von zwei bis sechs Milliarden steigenden Jahresraten bis zum Jahr 1963 zahlen sollte. Als Antwort auf den Protest der Reichsregierung wurden im März 1921 sofort die rechtsrheinischen Städte von Düsseldorf bis Oberhausen von französischen Truppen besetzt.

Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht schreibt in seinem Buch „76 Jahre meines Lebens“ (1953) über die durch Versailles entstandene Krise in den zwanziger Jahren: *„Inflationszeit, das ist für alle, die sich noch daran erinnern: Hungerblockade, Ablieferung von Sachwerten an fremde Mächte, politische Rechtlosigkeit, Umschichtung der Bevölkerung, Aufstieg dunkler Gestalten zu plötzlichem Reichtum. Substanzverlust der bisher vermögenden Klassen, Verarmung der groß-, mittel- und klein-bürgerlichen Schichten. Korruption in Regierungs- und Beamtenkreisen, politische Geschäftemacherei zwischen den Parteien ... Wachsende Kinder-Sterblichkeit, wachsende Kriminalität, rachitische Verkrüppelung der Jungen, früher Tod der Alten. Dies alles und vieles mehr enthält das Wort Inflationszeit.*

Inflation ist Substanzverlust ... Zu Kriegsende war die Mark etwa halb soviel wert wie zu Kriegsbeginn. Eine Goldmark galt 2,02 Papiermark. Im November 1923 aber galt eine Goldmark eine Billion Papiermark. Theoretisch hätte man zu Kriegsende 500 Milliarden Eier für das gleiche Geld kaufen können, für das man fünf Jahre später ein einziges Ei bekam. Das bedeutete bitterste Not. Die gesparten Altersrücklagen lösten sich in Nichts auf. Arbeitslosigkeit, Hoffnungslosigkeit und Selbstmorde nahmen beängstigend zu. Der Staat mußte eine ‚Fürsorge‘ organisieren, um der größten Not entgegenzuwirken ...“

Auf den Seiten 214/215 schildert Schacht einen Bericht des Berliner Polizeipräsidenten, den dieser zu Anfang des Jahres 1920 an den Minister des Inneren geschrieben hatte: *„Es wimmelt hier von großen Mengen Elementen unlauterster Art, die nicht nur in kriminalistischer, sondern auch in politischer Beziehung überaus gefährlich sind, weil sie aus ihrer polnisch-russischen Hei-*

mat bolschewistische Ideen hier einführen und weiter verbreiten. Dazu wird die Volksgesundheit durch diese Einwanderer stark gefährdet. Der Begriff Reinlichkeit ist diesen Leuten vollkommen fremd. Die mit Bewohnern unglaublich überfüllten Wohnungen starren vor Schmutz und Ungeziefer. Gleichzeitig sind sie angefüllt mit Lebensmitteln und Delikatessen aller Art, die im Wege des Schleichhandels erworben und weiter verschoben werden.

Auch sei noch erwähnt, daß die große Wohnungsnot zum Nachteil der einheimischen, steuerzahlenden Bevölkerung durch Aufnahme einer solchen Mengen von Ausländern unnötigerweise weiter gesteigert wird. Irgendwelche Rücksicht auf diese Existenzen, die hier keinerlei ehrliche Arbeit leisten, keine Steuern zahlen, sich jeglicher Kontrolle entziehen, andererseits aber jede Gelegenheit benutzen, um die deutschen Gesetze zu umgehen und das deutsche Vermögen zu schädigen oder gar zu vernichten, dürfte völlig überflüssig sein. Vielmehr wäre es mehr als nötig, diese Ausländer bis zu ihrer Abschiebung in ihre Heimat in Gefangenenlagern unterzubringen, sie im wahrsten Sinne des Wortes unschädlich zu machen.“

Dazu bemerkt Schacht, daß die politische Agitation, die mit den ostjüdischen Immigranten nach Westeuropa kam, in staatsbürgerlichen Kreisen Ärgernis erregte – nicht nur in Deutschland. Auch bereicherten sich in dieser Zeit jüdische Aufkäufer an Geschäftshäusern, Grundstücken, Hypotheken, Bauernhöfen und Kunstwerken, die sie für lächerlich niedrige Preise der verarmten Bevölkerung abnahmen.

Sehr interessant ist die Ende des 19. Jahrhunderts gemachte Beobachtung Walther Rathenaus, die in der Zeitung *Zukunft* vom 6. 3. 1897 erschien und eine andere Schicht der in Deutschland lebenden Juden beschreibt: „*Wer immer es sehen will, sollte an einem Sonntag Mittag durch Berlins Tiergartenstraße wandeln, oder am Abend einen Blick in das Foyer eines Theaters werfen. Merkwürdiger Anblick! Da ist mitten im deutschen Leben eine isolierte Rasse Menschen. Auffällig und selbstbewußt in ihrer Kleidung, hitzig und unruhig in ihrem Benehmen ... eine asiatische Horde auf der sandigen Ebene Preußens ... formen sie unter sich einen engen Zusammenhalt und schließen sich streng vom Rest der Welt ab. So leben sie halbgewollt in ihrem unsichtbaren Ghetto, nicht als ein lebendiger Teil des Volkes sondern als ein störender Fremdkörper.“*

1923, mitten während der Inflationszeit, gründete Graf Coudenhove-Kalergi, der Sohn eines adeligen österreichischen Vaters und einer japanischen Mutter, die Paneuropa-Union, deren Ideen später in der EWG und in der EU realisiert wurden.

In seinem Buch „Praktischer Idealismus“ heißt es: *„Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein ... Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse ... wird die Vielzahl der Völker durch eine Vielzahl der Persönlichkeiten ersetzen ... Der theokratischen Idee der Identifikation von Politik und Ethik ist das Judentum im Wandel der Jahrtausende treu geblieben: Christentum und Sozialismus sind beides Versuche (ihrerseits), ein Gottesreich zu errichten ... Den jüdischen Propheten der Gegenwart, die eine neue Weltepoche vorbereiten, ist allen das Ethische primär: in Politik, Religion, Kunst und Philosophie. In dieser ethischen Grundeinstellung liegt eine Wurzel der einzigartigen Größe des jüdischen Volkes – zugleich aber die Gefahr, daß Juden, die ihren Glauben an die Ethik verlieren, zu zynischen Egoisten herabsinken ... Hauptträger des korrupten wie des integeren Hirnadels: des Kapitalismus, Journalismus und Literarientums, sind Juden. Die Überlegenheit ihres Geistes prädestiniert sie zu einem Hauptfaktor künftigen Adels.“*

Der Historiker Hellmut Diwald schreibt in „Geschichte der Deutschen“ (1979): *„Die Folgen der katastrophalen Inflation des Jahres 1923 waren noch nicht überwunden, die innenpolitische Situation, die Unversöhnlichkeit der zerstrittenen und sich blutig bekämpfenden Parteien hielten das Klima der Republik im Zustand eines ununterbrochenen Brodelns.“*

Da wurde 1923 Gustav Stresemann, Gründer der Deutschen Volkspartei, Reichskanzler und Reichsaußenminister, nachdem sein Vorgänger, Wilhelm Cuno, nach nur einem Jahr Regierungszeit gestürzt worden war. Stresemann sprach vom *„Silberstreifen am Horizont“*, beendete den Ruhrkampf und nahm, im Glauben an eine Verständigungspolitik, 1924 den Dawes-Plan an, der Deutschland gegen Verpfändung der Deutschen Reichsbahn und andere Bedingungen einen Überbrückungskredit von 800 Millionen Goldmark einräumte, so daß die Reparationskosten – nach einer deutschen Währungsumstellung auf Reichsmark – weiter abgezahlt werden konnten.

Der Oktober 1929 brachte dann den Youngplan, der in Paris 1929 als Revision des Dawes-Plans ausgearbeitet worden war, und der deutsche Reparationszahlungen bis 1988 vorsah. Dieser wurde allerdings 1931 vom Hoover-Moratorium wegen seiner weiteren Undurchführbarkeit abgelöst.

Im Oktober 1929 starb Gustav Stresemann. Kurz danach kam es zum jähen Zusammenbruch der New Yorker Börse, der, wie Diwald schreibt „*am Donnerstag, 24. Oktober 1929, begann und am folgenden ‚Schwarzen Freitag‘ schon das Stadium eines Kollapses erreichte. Er ist in der Geschichte (bis jetzt; d. A.) einmalig. Von den Auswirkungen dieser Weltwirtschaftskrise wurde praktisch jedes Land der Erde hart getroffen, doch für die Weimarer Republik bedeutete sie eine Katastrophe.*“

Während Reichskanzler Brüning von März 1930 bis Mai 1932 vergeblich versuchte, der Verelendung und Massenarbeitslosigkeit entgegenzusteuern, nahmen Krawalle und Zusammenstöße der sich feindlich gegenüberstehenden politischen Gruppierungen immer drohendere Formen an. Die von der Sowjetunion geleiteten kommunistischen Organisationen (vor allem der Rotfrontkämpferbund und der Kampfbund gegen den Faschismus) waren dazu ausgebildet, Versammlungen der nationalen Parteien zu stören und mit brutaler Gewalt Terror zu erzeugen. Ihr Endziel war der bewaffnete Aufstand, die Auflösung des Staates und dessen Eingliederung in die Internationale, nämlich die der bolschewistischen Komintern.

Diesem Bestreben widersetzten sich die Nationalsozialisten nachhaltig. Gegen den roten Terror wurde die Bildung der Schutzverbände S.A. und S.S. erforderlich. Aber selbst dann noch mußten reichstreue Menschen einen hohen Blutzoll zahlen. Von 1918 bis 1933 wurden 216 Polizisten getötet und 1.976 verwundet. Von 1928 bis 1933 wurden 163 Nationalsozialisten getötet und 20.319 verwundet.¹⁶

16 Zahlen nach Adolf Ehrh: „Bewaffneter Aufstand! Enthüllungen über den kommunistischen Umsturzversuch am Vorabend der nationalen Revolution“, 4., erweiterte Aufl., Eckart-Verlag, hrsg. vom Gesamtverband deutscher antikommunistischer Vereinigungen, Berlin/Leipzig, 1933.

In diesem Rückblick kommen wir nicht umhin, auf die „geschichtliche Erscheinung Hitler“ – wie Hans Grimm den Führer der NSDAP und späteren Reichskanzler nannte – einzugehen. *„Zum Zeitpunkt der ersten Wahlen nach dem Börsenkrach, im September 1930, sahen nicht nur die ‚Arbeiter der Faust‘, sondern auch die ‚Arbeiter der Stirn‘ (um den Juristen, Politiker und Publizisten Edgar Julius Jung, einen der wichtigsten Vertreter der Konservativen Revolution in der Weimarer Republik, anzuführen, wie ihn Diwald in „Geschichte der Deutschen“ zitiert; d. A.) in Adolf Hitler den einzigen schöpferischen Politiker und Massenführer unserer Zeit, der die Rettung mit Hilfe einer Politik der Nationalen Vernunft herbeiführen könnte.“*

Hitlers erster Versuch, das deutsche Schicksal zu wenden, war der Marsch auf die Feldherrnhalle am 9. November 1923, nachdem im Münchner Bürgerbräukeller am Abend zuvor eine neue provisorische National-Regierung ausgerufen worden war – im Beisein des bayerischen Regierungschefs Ritter von Kahr. General Ludendorff führte, zusammen mit Hitler, die etwa 1.200 unbewaffneten Nationalsozialisten des Demonstrationszuges an, der jedoch von der bayerischen Landespolizei durch heftiges Feuer gestoppt wurde. Es gab 16 Tote und eine Menge Verletzte.

Bei dem gegen die Anführer eingeleiteten Gerichtsverfahren wurde Ludendorff wegen seines Ansehens als Weltkriegsgeneral freigesprochen. Hitler erhielt fünf Jahre Festungshaft, wurde aber am Weihnachtsabend 1924 vorzeitig entlassen. Während der Haft schrieb er „Mein Kampf“. Das Buch ist heute in Deutschland verboten, aber weltweit in vielen Sprachen ein „Bestseller“.

Am 27. 2. 1925 wurde die NSDAP neu gegründet. In Gaue, Kreise und Ortsgruppen organisiert, gewann sie bei den Reichstagswahlen am 31. 7. 1932 36,9 % der abgegebenen Wählerstimmen und wurde damit die stärkste Partei des Reichstages mit 230 Mandaten.

6. Deutschland 1933 bis 1939

Worauf gründete sich der Zustrom der deutschen Wähler zu der Partei, die den nationalen Sozialismus propagierte?

Es war in den Notzeiten nach dem Versailler Diktat in allen Kreisen des Volkes die Sehnsucht und das Verlangen nach einer grundlegenden Änderung, Besserung und Gesundung vorhanden; das galt für die Betriebe der Industrie ebenso wie für den kaufmännischen und handwerklichen Mittelstand und für die Millionen arbeitsloser, ausgesperrter und aussichtslos mit Plakaten und Streiks protestierenden Arbeiter. Für sie alle schienen die Parteipunkte der NSDAP und damit Hitler eine Antwort zu haben.

Unterdessen griffen Korruption und Gesetzlosigkeit weiter um sich, die Wirtschaftskrise entwickelte sich von Tag zu Tag verheerender, die Arbeitslosenzahl stieg über 6 Millionen. Im Reichstag protestierte die Opposition in großem Durcheinander, wobei es zu Prügeleien kam und gar mit Tintenfassern „geschossen“ wurde.

Obwohl Reichskanzler Brüning mit Notverordnungen regierte, gelang es ihm nicht, Herr der Lage zu werden. Wegen interner Differenzen wurde er am 30. Mai 1932 von Hindenburg als Reichskanzler entlassen. Seine Nachfolge trat zunächst der frühere Generalstabsoffizier Franz von Papen an. Die am 31. Juli 1932 abgehaltene Reichstagswahl ergab keine absolute Mehrheit, obwohl die NSDAP daraus mit 38 % als stärkste Partei hervorging. Hitler lehnte das ihm daraufhin von Papen angebotene Amt des Vizekanzlers ab.

Der zu dieser Zeit amtierende Reichstagspräsident Hermann Göring ließ einen Mißtrauensantrag der Kommunisten zur Abstimmung zu, der für Papen und sein Kabinett das „Aus“ bedeutete. Hindenburg ernannte nun den Reichswehrminister Kurt von Schleicher zum Reichskanzler, der aber kein wirksames Kabinett zusammenstellen konnte und am 28. Januar 1933 zurücktrat.

Papen hatte schon Anfang Januar 1933 Gespräche mit Hindenburg geführt, zwecks Ablösung Schleichers und Übernahme der Regierung durch die

stärkste Partei, die NSDAP, zumal Hugenberg (Deutschnationale Volkspartei) und Seldte (Stahlhelm) sich bereit erklärten, in einem Kabinett unter Hitler mitzuarbeiten.

Am 30. Januar 1933 berief Reichspräsident von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. Noch vor seiner Vereidigung hatte Hitler die Forderung auf neue Wahlen zum Reichstag gestellt. Diese fanden am 5. März statt. Die NSDAP hatte 17 Millionen Stimmen und damit 45 % erreicht und bildete zusammen mit den 8 % der Deutschnationalen die Mehrheit der neuen Regierung.

Der Reichstagsbrand am 27. Februar 1933, als dessen Brandstifter der holländische Kommunist van der Lubbe ermittelt wurde, zog die von Hindenburg unterzeichnete „Verordnung zum Schutze von Volk und Reich“ nach sich, mit der – zur Abwehr kommunistischer Gewalttaten – wichtige Grundrechte aufgehoben wurden; die kommunistische Partei wurde verboten.

Am 23. März 1933 wurde dem Reichstag, der nun in der Kroll-Oper tagte, das „Gesetz zu Behebung der Not von Volk und Reich“ zur Verabschiedung vorgelegt. Dieses sog. „Ermächtigungsgesetz“ sollte der Regierung den Erlaß von Notgesetzen erlauben, ohne Reichstag oder Reichsrat einberufen zu müssen. Bereits am 11. Februar hatte Hitler das vorgesehene Wirtschafts- und Arbeitsprogramm als Vierjahres-Plan mit den Worten „*Gebt mir vier Jahre Zeit!*“ angekündigt. Im Bewußtsein des allgemeinen Notstandes wurde das Gesetz mit 441 Stimmen angenommen, auch Theodor Heuss, später (1949) erster Präsident der Bundesrepublik, stimmte dafür, nur die SPD stimmte mit 94 Stimmen dagegen.

„Hitler wollte die Auflösung des Parteienstaates“, schreibt Diwald. Und weiter: „Das Überleben der Parteien war für die Mehrheit der Deutschen kein Problem, das sie sonderlich bewegte. Der Überdruß an ihrem Gezänk, an ihrer Unfähigkeit ... hatte längst einen Grad erreicht, der das Schicksal der politischen Parteien völlig verblässen ließ, vor dem übermächtigen Wunsch, daß alles endlich besser würde.“ So hatte Hitler am 30. Juli 1932 erklärt: *„Ist das vielleicht deutsch, wenn unser Volk in 30 Parteien zerrissen ist, wenn nicht eine mit der anderen sich vertragen kann?“*

Im Juni 1933 wurde die SPD verboten, alle anderen Parteien lösten sich von selbst auf. Bereits am 26. Mai 1933 wurde das Vermögen der KPD eingezogen.

Um die soziale Ordnung des Staates herzustellen, wurden Arbeitsscheue, Asoziale und Homosexuelle, wie auch aktive Regimegegner für kürzere oder längere Zeit in Konzentrationslagern in „Schutzhaft“ genommen, wo sie, in Baracken untergebracht, zur Arbeit herangezogen wurden.

Der 1. Mai wurde 1933 zum „Tag der Arbeit“ und zum staatlichen Feiertag erklärt, in Erfüllung einer jahrzehntelangen Forderung der Sozialisten. Am 2. Mai 1933 wurden die dem Klassenkampf verschriebenen Gewerkschaften aufgelöst und durch die „Deutsche Arbeitsfront“ ersetzt. Sie wurde zur weltweit größten Arbeiterorganisation mit rund 25 Millionen Mitgliedern. Ihr war ein Arbeitgeberverband angeschlossen, um Schwierigkeiten am Arbeitsplatz im gegenseitigen Interesse beilegen zu können. Es wurden Betriebs-Verbesserungen angeregt, Weiterbildung unterstützt, Arbeiterwohnheime und Siedlungen mit Gärten und Spielplätzen gebaut. Dem preußischen Staatsrat Dr. Ley, dem Hauptverantwortlichen für die „Deutsche Arbeitsfront“, unterstand auch die angegliederte NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ (KdF). Auf KdF-eigenen Schiffen wurden Urlaubsreisen für Hunderttausende organisiert, ebenso Konzerte und anderes Freizeiterleben.

Im Mai 1933 erfolgte die Gründung der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt e.V. (NSV), die der Hauptträger der öffentlichen Wohlfahrt wurde. Darunter fiel das Hilfswerk „Mutter und Kind“, das bedürftige Familien, vor allem Schwangere und Mütter mit Kindern betreute. In über 30.000 Hilfsstellen und 20.000 Kindertagesstätten waren mehr als 500.000 Helfer tätig.

Am 1. Juni 1933 wurde das „Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit“ erlassen, dem folgte am 27. Juni 1933 die Gründung der Firma „Reichsautobahn“ als Unternehmen des öffentlichen Rechtes. Leiter wurde der geniale Dr.-Ing. Fritz Todt, durch den die neuen, großzügig angelegten Autostraßen dem Gelände und der Landschaft angepaßt wurden. Grünstreifen und unterschiedlicher Straßenbelag dienten dazu, die Ermüdung auf längeren Fahrstrecken zu bannen.

Neben einem Heer von Arbeitslosen wurde auch der Reichsarbeitsdienst (RAD) zum Bau herangezogen. Er wurde 1934 zunächst auf freiwilliger Basis eingeführt. Ab dem 26. Juni 1936 wurde der RAD durch Gesetz zum sechsmonatigen Pflichtdienst für die männliche Jugend von 18 bis 25 Jahren. Bei der Arbeit mit Hacke und Spaten, durch das gemeinsame Lagerleben, wie auch bei Sport und Spiel entstand ganz von selbst eine Kameradschaft, die Unterschiede der Herkunft vergessen ließ. Seit 1939 wurde der Arbeitsdienst auch auf die weibliche Jugend ausgedehnt, die man zur tätigen Mithilfe auf dem Land oder bei kinderreichen Familien einsetzte. Viele dieser jungen Menschen haben sich noch Jahrzehnte danach begeistert an die Zeit des gemeinsamen Schaffens und Erlebens erinnert.

Wie konnte all das so schnell aufgebaut und finanziert werden? Zumal am 24. März 1933 der *Daily Express* in London mit der Schlagzeile herausgekommen war: „*Judäa erklärt Deutschland den Krieg*“, „*Die Juden der ganzen Welt vereinigen sich zu Protestdemonstrationen gegen das judenfeindliche Deutschland.*“ (Dabei wurden die sog. „Nürnberger Gesetze“ erst zweieinhalb Jahre später erlassen.) Die jüdische anti-deutsche Aktivität leitete einen weltweiten Boykott deutscher Erzeugnisse ein, auf den dann ein eintägiger, symbolischer Boykott jüdischer Geschäfte in Deutschland folgte.

Es muß hier festgehalten werden, daß die „Nationaldeutschen Juden“ unter Dr. Naumann gegen die im *Daily Express* gemachten Anschuldigungen scharf protestierten und ihre Solidarität mit dem „neuen“ Deutschland erklärten.

Die Goldreserven Deutschlands waren durch Reparationszahlungen an die Alliierten fast völlig aufgebraucht. Das veranlaßte den wieder als Reichsbankpräsidenten eingesetzten Dr. Hjalmar Schacht, die deutsche Währung vom Goldstandard zu lösen. Das Bruttogroßprodukt der Arbeitsleistung des deutschen Volkes wurde hinfort die Deckung der deutschen Währung. Der Import/Export wurde im Tauschhandel abgewickelt, was vor allem von kleineren Ländern sehr begrüßt wurde. Zinsbillige Reichsbankkredite wie auch großzügige Spenden der Industrie halfen rasch, Wirtschaft, Bauwesen und Handel wieder in Gang zu bringen. Ein allgemeiner bescheidener Wohlstand begann sich zu entfalten.

Nachdem im Mai 1933 alle deutschen evangelischen Kirchen in dem 1927 gegründeten Verband Deutscher Christen unter einem Reichsbischof (zunächst Dr. Friedrich von Bodelschwingh, später Ludwig Müller) zusammenkamen, wurde mit dem Vatikan im Juli 1933 das Reichskonkordat abgeschlossen, das am 10. September 1933 in Kraft trat und bis heute Gültigkeit hat.

© Bundesarchiv, Bild 146-1984-020-23 / Grimm, Kurt / CC-BY-SA

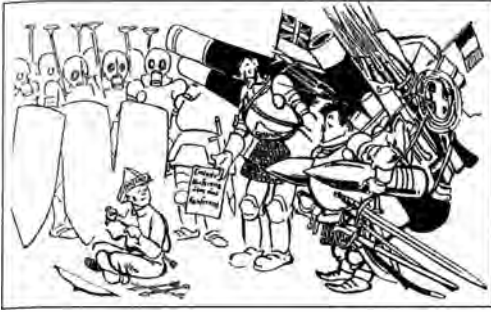


Reklametafel des Winterhilfswerks in Nürnberg, 1936.

Im August 1933 wurde auf der Berliner Funkausstellung der Volksempfänger vorgestellt und dann von den 28 deutschen Radioherstellern baugleich auf den Markt gebracht. Der Preis betrug RM 76,--.

Am 13. September 1933 wurde das „Winterhilfswerk“ unter dem Motto „Keiner soll hungern und frieren“ ins Leben gerufen. Einmal im Monat war „Eintopfsonntag“, den man zu Hause auf den Tisch bringen konnte. Oder man aß mit viel Spaß und bei guter Laune die schmackhaften Gerichte, die von der Wehrmacht mit Gulaschkannonen in den Straßen ausgegeben wurden. Das am „Sonntagsessen“ gesparte Geld ging in die Sammelbüchsen. So auch die Groschen für die von Jungen und Mädels angebotenen Abzeichen aus Bernstein und Klöppelspitze, für geschnitzte Holzfigürchen u. ä., die in Notstandsgebieten hergestellt worden waren. Schon im ersten Winter erbrachte das 320 Millionen RM.

Da der Bauernstand als wichtigster Lebensträger des Volkes erkannt worden war, wurde der Diplom-Volkswirt Walter Darré zum Leiter des Reichsnährstandes berufen. Am 29. September 1933 wurde das Reichserbhofgesetz erlassen, um einer Aufsplitterung des bäuerlichen Grund und Bodens vorzubeugen.



Diese Anfang der dreißiger Jahre im Londoner „Evening Standard“ erschienene Karikatur verdeutlicht das seinerzeitige Kräfteverhältnis zwischen Deutschland und den es umgebenden „friedliebenden Nationen“, die sich nie an die Bestimmungen im Versailler

Vertrag und an diverse internationale Proklamationen und Verträge der zwanziger Jahre gehalten haben, die sie dazu verpflichteten selbst abzurüsten. Während der deutsche Michel sich einige Pfeile für seinen Bogen zurechtschneidet, sind die anderen bis an die Zähne bewaffnet.

Am 14. Oktober 1933 trat Deutschland nach siebenjähriger Mitgliedschaft aus dem Völkerbund aus, nachdem die Genfer Abrüstungsverhandlungen weiter erfolglos verliefen. Hitler erklärte dazu: *„Die deutsche Regierung sieht sich außerstande, unter solchen Umständen als rechtlose und zweitklassige Nation noch weiterhin an den Verhandlungen teilzunehmen.“* Diwald kommentiert dazu: *„Immerhin konnte sich Hitler mit Recht darauf berufen, daß Deutschland schon vor seinem Regierungsantritt und dann das ganze Jahr hindurch genügend praktische Vorschläge gemacht hatte, die eine allgemeine drastische Rüstungsbegrenzung verwirklicht hätten, wenn die anderen Staaten dazu bereit gewesen wären, Deutschland endlich Gleichberechtigung und uneingeschränkte Souveränität zuzugestehen: Begrenzung der Heeresstärke, Beschränkung auf bestimmte Waffen, Verbot von Bombenflugzeugen.“* (Das – wir wissen es aus den im Anhang abgedruckten Ausführungen von Herrn Spaight vom britischen Luftfahrtministerium – lief aber den englischen Interessen entgegen!¹⁷)

Dem deutschen Volk wurde Gelegenheit gegeben, zum Austritt aus dem Völkerbund sowie zu der bisherigen Politik der Regierung Stellung zu nehmen. Durch Hindenburg wurde der Reichstag aufgelöst. Neuwahlen wurden für den 12. November 1933 ausgeschrieben, die erstmals mit einer

¹⁷ Siehe Anhang C!

Volksbefragung verbunden waren. Das Ergebnis war ein überwältigendes „Ja“; mit 95,1 % der abgegebenen Stimmen bekannten sich die Wähler zur Reichsführung.

Dr. Otto Wagener, Vertrauter Hitlers von 1929 bis 1933, beschreibt in seinem Buch „Hitler aus nächster Nähe“, daß im Herbst 1930 bei der Reichsleitung in München ein inoffizieller Gesandter des polnischen Präsidenten Marschall Józef Piłsudski dessen Vorschlag überbrachte, *„daß sofort nach einer national-sozialistischen Machtübernahme Deutschland und Polen einen zehnjährigen Friedens- und Freundschaftsvertrag abschließen sollten. Dieser Vertrag solle weiter eine Geheimklausel enthalten mit der Bestimmung, daß innerhalb dieses Zeitraumes Ostpreußen mit Deutschland in einer Weise vereinigt würde, die Polens freien Zugang zur Ostsee nicht gefährdet ... Sagen Sie Herrn Hitler, er solle sich beeilen. Ich bin schon alt!“*

Am 26. Januar 1934 schloß Deutschland einen zehnjährigen Nichtangriffspakt mit Polen. Leider starb Marschall Józef Piłsudski ein Jahr später. Seine Nachfolger gingen von der Linie einer freundlichen Verständigung mit Deutschland immer mehr ab.

Am 21. Juni 1934 drohte Reichswehrminister Werner von Blomberg, die Macht des Staates zu übernehmen, da Ernst Röhm, Stabschef der SA (Sturmabteilung), eine zweite Revolution vorbereite. Der Chef der Heeresleitung, Werner von Fritsch, ordnete vier Tage später die Alarmbereitschaft für die Reichswehr an. Hitler sah sich zum sofortigen Eingreifen gezwungen und veranlaßte am 30. Juni die Niederschlagung des sog. Röhm-Putsches. Es kam dabei zu 80 Verurteilungen beziehungsweise Erschießungen, die zur Erhaltung des ordentlichen Staatsgefüges als notwendig erachtet wurden.

Die Internationale Automobilausstellung wurde seit 1934 alljährlich in Berlin durchgeführt. In den dreißiger Jahren gab es zahlreiche deutsche Automobil-Weltrekorde mit Spitzenfahrern vor allem der Firmen Daimler-Benz und Auto-Union.

Am 2. August 1934 verstarb Paul von Hindenburg. Das Amt des Reichspräsidenten wurde danach mit dem des Reichskanzlers auf Hitler vereinigt.

Dem stimmten in der am 19. August abgehaltenen Volksabstimmung 90 % der deutschen Wähler zu.

Die unter Bismarck eingeführte und dann weiter ausgebauten Sozialversicherung wurde mit Gesetz vom 3. Juli 1934 neu geordnet. Ebenso wie Löhne und Gehälter gesetzlichen Richtlinien unterlagen, galt das auch für die Preisbildung, zur Verhinderung von Preisauswüchsen und Wucher. Am 17. Februar 1935 wurde der 8-Stunden-Tag eingeführt, eine in der Welt erstmalige Arbeitszeitregelung.

Das am 14. Juli 1933 erlassene „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ bestimmte, daß ab Oktober 1935 von jedem Brautpaar ein ärztliches Eheauglichkeitszeugnis erbracht werden mußte.

Beim VII. Reichsparteitag wurden am 15. September 1935 die beiden sog. „Nürnberger Gesetze“ verkündet: das „Reichsbürgergesetz“ und das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“. Dazu schreibt der deutsche Jude Dr. Erwin Goldmann in seinem Buch „Zwischen zwei Völkern“, daß der überzeugte Zionist Georg Kareski diese Gesetze ehrlich bejahte und in ihnen einen klaren Weg zur Trennung der beiden Völker sah.¹⁸

Der angestrebte Zusammenschluß aller deutschen und deutschstämmigen Menschen zu einer wahren Volksgemeinschaft war das Ziel des politischen Programms der NSDAP, wobei das Wohl des Ganzen dem des einzelnen vorzugehen müsse. Neben der damit verbundenen Hebung des Lebensstandards wurden auch Kunst und Wissenschaft als Allgemeingut gefördert und gepflegt.

Bei der Volksabstimmung am 13. 1. 1935 bekannte sich das Saargebiet, seit 1920 unter französischer Verwaltung, mit 90,5 % zu Deutschland und wurde am 1. März 1935 offiziell wieder an das Deutsche Reich angegliedert.

18 Das Gespräch zwischen Dr. Goldmann und Georg Kareski fand in Berlin statt. Der Bankier und Politiker (Jüdische Volkspartei) Georg (Gedalya) Kareski (1878-1947) war seit 1920 im Vorstand der Jüdischen Gemeinde Berlin. Außerdem war er Präsident der Jugendbewegung „Betar“ und treibender Motor des Sportvereines „Bar Kochba“.

Nachdem am 15. 3. 1935 Frankreich die militärische Dienstpflichtzeit auf 24 Monate erhöht und England schon am 4. 3. 1935 die Aufstockung seiner Streitkräfte angekündigt hatte, sah sich Deutschland veranlaßt, am 16. März 1935 die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen.

In Anerkennung der englischen Seemacht schloß Deutschland am 18. Juni 1935 ein Flottenabkommen mit England ab und verpflichtete sich, die eigene Flotte im Verhältnis von 35:100 zur britischen Commonwealth-Flotte zu beschränken.

Die Olympischen Winterspiele fanden vom 6. bis 16. Februar 1936 in Garmisch-Partenkirchen statt. Mehr als 1.000 Teilnehmer aus 28 Nationen kämpften um die Medaillen; mehr als 15.000 Menschen drängten sich, als Zuschauer dabei zu sein.

© Bundesarchiv, Bild 146-1976-116-08A / CC-BY-SA



Olympischer Fackelläufer 1936 auf dem Weg nach Berlin.

Die Olympischen Sommerspiele fanden vom 1. bis 16. August in Berlin in dem von Albert Speer gestalteten Olympiastadion statt, das 63.500 Sitzplätze und 33.500 Stehplätze hatte. Zur Unterbringung der rund 4.000 Sportler aus 51 Nationen war das Olympische Dorf, eine schöne Anlage mit 140 Bungalows, Trainingplätzen usw., von

der Wehrmacht gebaut worden. Beim Einmarsch ins Stadion wurde von den meisten Mannschaften mit erhobenem Arm begrüßt; auf der großen Olympiaglocke waren die Worte geprägt: *„Ich grüße die Jugend der Welt.“* Die Jugend der Welt grüßte mit Leistungen und Jubel zurück.

Der Zusammenschluß aller Jugendverbände in Deutschland oblag dem Reichsjugendführer Baldur von Schirach. Von ihm stammt der Ausspruch: *„Jugend muß von Jugend geführt werden.“* Man sah damals die Jugend *„als*

Träger der Zukunft“ und gab ihr alle Möglichkeiten, Geist und Körper zu schulen. Es wurden Heime gebaut, Jugendburgen erschlossen und Rechte wie der auf jeden Sonnabend fallende „Staatsjugendtag“ eingeräumt. Es wurden aber auch Anforderungen an sie gestellt: Disziplin, innere und äußere Sauberkeit, Mut und Ausdauer; voller Einsatz in Schule und Arbeitsplatz, selbständiges, verantwortungsvolles Denken und Handeln, Gemeinschaftssinn. Kein Wunder war es demnach, daß die Jugend davon begeistert war, als Glied eines Ganzen eine Aufgabe zu haben, ein Teil der schaffenden Kräfte zu sein, die das Land und seine Menschen einer aufblühenden, neuen Epoche entgegenführten.

Der ehemalige englische Premier (1916-1922) und Mitunterzeichner des Versailler Vertrages, Lloyd George, war als Mann der Härte gegen Deutschland im Ersten Weltkrieg bekannt. Im September 1936 besuchte er Hitler auf dem Obersalzberg und schilderte am 17. 9. 1936 seine Eindrücke im Londoner *Daily Express* mit den Worten: *„Erstmals seit dem Krieg (1914-1918; d. A.) ist ein allgemeines Gefühl der Sicherheit festzustellen. Die Menschen sind glücklicher, und im ganzen Land kann man eine gesteigerte Lebensfreude feststellen ... Ein Mann hat dieses Wunder vollbracht ... Hitler ist Deutschlands George Washington.“*

Am 30. Januar 1937 wurde das in Versailles erzwungene Bekenntnis zur deutschen Alleinschuld widerrufen, die deutschen Ströme wurden wieder deutsch; Eisenbahn und Reichsbank unterlagen nicht mehr der Verpfändung.

Statt wegen dieser Maßnahmen gerügt zu werden, machten Würdenträger aller Nationen der Reichsführung ihre Aufwartung. Deutschland wurde ob seiner wiedergefundenen Identität von der Welt bewundert. In dem 1937 erschienenen Buch „Ordeal in England, England speaks again“ von Sir Philip Gibbs schreibt dieser: *„Gesetzt den Fall, unser englisches Volk hätte den Krieg verloren, wäre der Hoheitsrechte über sein Land beraubt und dem Diktat fremder Menschen und einem verhaßten Vertrag unterworfen worden, wir hätten genauso für unsere Wiedererstarkung und für die Wiedererlangung unserer alten Freiheiten gekämpft. Wir hätten genauso jedem Führer zugejubelt, der unseren Stolz wieder aufgerichtet und unsere Ketten zerbrochen hätte.“*

Wir hätten über die Vaterlandsliebe der englischen Jugend frohlockt, die nach Jahren der Erniedrigung, der Bitterkeit, des Unglücks und der Demoralisation zum wahren englischen Geist zurückgefunden hätte. Frei ist unsere englische Erde! Wir stehen da wie früher, frei und unerschütterlich. Wir haben diesen schamlosen Vertrag beiseite geschleudert!“

Der britische Journalist, Politiker und Diplomat Philip Henry Kerr, 11. Marquess of Lothian, erklärte in seiner Ansprache in Chatham House 1937: *„Wenn das Prinzip der Selbstbestimmung für Deutschland in derselben Weise angewendet würde, wie man es den anderen gewährte, würde das den Wiedereintritt Österreichs in das Deutsche Reich bedeuten, die Vereinigung der Sudetendeutschen, Danzigs und vielleicht des Memelgebietes mit dem Reich und bestimmte Berichtigungen mit Polen bzgl. Schlesiens und des Korridors.“*

Daß im Zuge einer endgültigen Befriedung Europas die 1918/19 abgetrennten deutschen Siedlungsgebiete dem Reich wieder angegliedert werden sollten, bestätigte auch Lord Halifax bei einem Besuch in Berchtesgaden im November 1937, als er zu Hitler sagte, daß verschiedene Änderungen in Europa notwendig seien. Er nannte dabei namentlich Österreich, Danzig, den Korridor und die Tschechoslowakei.¹⁹

Wie schon erwähnt, wurde im Vertrag von St. Germain (1919) eine Vereinigung Österreichs mit Deutschland verboten. Dieses nach dem Ersten Weltkrieg entstandene „neue Österreich“ war wirtschaftlich schwach; eine von Berlin und Wien 1931 beabsichtigte Zollunion wurde auf Betreiben Frankreichs verboten. Mehr und mehr wünschte sich die Bevölkerung einen Anschluß an das wiedererstarke Reich. Als dann am 12. März 1938 die deutschen Truppen im Rahmen des sog. „Blumenkrieges“ in Österreich einmarschierten, war der Freude kein Ende. Alle Glocken läuteten, Hitler fuhr im offenen Wagen über seinen Geburtsort Braunau in die alte Kaiserstadt Wien, wo er einen Empfang erlebte, wie er großartiger keinem Staatsmann vor oder nach ihm zuteil geworden ist. Bei der am 10. 4. 1938 durchgeführten Volksbefragung bestätigten im Altreich wie auch in der Ostmark über 95 % der Wähler die deutsch-deutsche Vereinigung als Willen des Volkes.

19 Diwald, H.: „Geschichte der Deutschen“, Berlin/Frankfurt am Main, 1987, S. 238.

Die Tschechoslowakei war ein in Versailles konstruierter Sechs-Völker-Staat, in den u. a. – neben Ungarn, Slowaken, Polen, Ukrainern und Ruthenen – 3,7 Millionen Sudetendeutsche gegen ihren Willen einverleibt worden waren. Sie lebten schon spätestens seit dem 13. Jahrhundert besonders im Norden von Böhmen und Mähren. Unter Karl IV. (1347-78) wurde das deutsche Prag die „Goldene Stadt“ und Kaisersitz. 1348 erfolgte die Gründung der ersten deutschen Universität in Prag.

Die Unterdrückung der deutschen Minderheit besonders seit 1935 durch Dr. Edvard Beneš rief deren Widerstand hervor, so daß es im Mai 1938 zu einem erheblichen Wahlsieg der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins kam. Beneš reagierte darauf mit dem Befehl einer Teilmobilmachung, was die Lage noch zuspitzte.

Im Auftrag Londons studierte im Sommer 1938 eine britische Kommission unter Walter Runciman zwei Monate lang die Situation in der Tschechoslowakei. Lord Runcimans Bericht bildete die Grundlage des Münchner Abkommens, unterzeichnet am 29. September 1938 von England, Frankreich, Italien und Deutschland, mit der Bestimmung, daß die Sudetengebiete an das Reich zurückzugeben seien.

Gleich nach Inkrafttreten des Münchner Abkommens besetzte Polen am 2. 10. 1938 das früher Österreich-Ungarn gehörende Olsa-Gebiet, das territorial mit dem früheren Herzogtum Teschen deckungsgleich war und zum großen Teil von der (polnischsprachigen) lachischen Sprachgruppe bewohnt war. Auch Ungarn verlangte die von ihm abgetrennten Grenzgebiete zurück. Die Slowaken drängten auf einen selbständigen Staat. Der neue tschechische Staatspräsident Emil Hácha stellte den verbliebenen tschechischen Reststaat am 15. März 1939 als „Protektorat“ unter den Schutz des Deutschen Reiches.

Daraufhin verkündete Neville Chamberlain am selben Tag, daß die Münchner Garantie Englands für die Tschechoslowakei erloschen sei, da sich der Staat selbst aufgelöst habe.

Großadmiral Karl Dönitz schreibt in „Zehn Jahre und zwanzig Tage“, 1958, – der Titel bezieht sich auf seine nach Nürnberg in Spandau verbüß-



Arthur Neville Chamberlain (1869-1940) war Mitglied der Conservative Party und von 1937 bis 1940 Premierminister des Vereinigten Königreiches.

te „Kriegsgefangenschaft“ – auf S. 301 f.: *„Im November 1934 ging ich als Kommandant des Kreuzers Emden auf eine Auslandsreise, die bis zum Sommer 1935 dauerte und um Afrika und in den Indischen Ozean führte. Mein Eindruck war, daß das deutsche Ansehen, verglichen mit dem Sommer 1933, merklich gestiegen war ... Wenn mir ein englischer Admiral in Gegenwart seiner Offiziere, unzufrieden mit englischen Regierungsmaßnahmen, erklärte: ‚We want a Hitler!‘ ... so war das eine Folge dieses steigenden deutschen Ansehens ... Als Hitler die Regierung übernahm, war die Ansicht sehr weit verbreitet, daß er bei der Lösung der vielen Probleme ebenso scheitern würde wie die bisherigen Regierungen. Das war jedoch nicht eingetreten ... Auf den Kriegsdenkmälern des Ersten Weltkrieges stand oft der Satz ‚Herr, mach uns frei‘. Wir waren frei geworden. Von dem Erfolg der Saarabstimmung über die Erklärung der Wehrhoheit und die Rheinlandbesetzung bis zum Anschluß Österreichs und des Sudetenlandes ging eine Welle großer außenpolitischer Erfolge. Welcher Patriot,*

welcher Soldat hätte nach Jahren der Erniedrigung und der Armut einem solchen Aufstieg Deutschlands nicht zugestimmt? Das einige große Deutsche Reich, die Sehnsucht unserer Väter, war Wirklichkeit geworden.

Es überraschte mich auch nicht, daß selbst der alte Gegner Deutschlands, Churchill, in einem offenen Brief an Hitler in ‚The Times‘ im Jahre 1938 schrieb: ‚Sollte England in ein nationales Unglück geraten, das dem Unglück Deutschlands von 1918 vergleichbar wäre, so würde ich Gott bitten, uns einen Mann zu senden von Ihrer Kraft des Willens und des Geistes.‘ Wenn damals der Engländer Churchill so dachte, sollten wir in jener Zeit in Deutschland anders gedacht haben?“

Es gab aber Mächte, denen dieser Aufstieg Deutschlands nicht in ihre Pläne paßte. Anders sind die Geschehnisse vom 9./10. November 1938 nicht zu erklären. Schon die Ermordung des Landesgruppenleiters der NS-DAP-Auslandsorganisation in der Schweiz, Wilhelm Gustloff, im Februar 1936 durch den Juden David Frankfurter war ein erstes Fanal. Das zweite ereignete sich in der Deutschen Botschaft in Paris am 7. November 1938, wo der Legationsrat Ernst von Rath von dem Juden Herschel Grynszpan niedergeschossen wurde. Von Rath erlag seinen Wunden am 9. November, Grynszpan überlebte den Krieg. In der Nacht vom 9./10. November wurde Deutschland durch die „Reichskristallnacht“ erschüttert, deren Hintergründe bis dato nicht vollends aufgeklärt worden sind. Eine Anzahl jüdischer Geschäfte, Wohnhäuser und etwa 12 % der 1.420 Synagogen wurden zerstört bzw. demoliert. Tragischerweise kamen dabei



© Bundesarchiv, Bild 183-578682 / CC-BY-SA

Die kriegszerstörte Neue Berliner Synagoge in der Oranienburger Straße im April 1948. In der „Reichskristallnacht“, deren Hintergründe nach wie vor ungeklärt sind, wurde sie am 9./10. November 1938 nicht demoliert. Noch am 20. November 1942 – also zur „Hochzeit des Holocausts“ – fand hier der letzte jüdische Gottesdienst statt.

36 Menschen ums Leben, Tausende wurden kurzfristig inhaftiert. Hitler war außer sich, als ihm alles berichtet wurde. Sein Kommentar lautete: *„Meine Arbeit ist dadurch um fünf Jahre zurückgeworfen, wenn nicht ganz vernichtet worden!“*

Göring, Himmler und Goebbels schöpften Verdacht gegeneinander, aber es ist heute bewiesen, daß kein Befehl „von oben“ für diesen Wahnsinnsakt gegeben wurde.²⁰ Sofortige Schutzmaßnahmen für die Juden und deren Eigentum wurden in Kraft gesetzt. Aber Deutschlands Ansehen war weltweit schwer geschädigt worden. – Cui bono?

Das neu erstandene Polen okkupierte im Zuge der Bestimmungen des Versailler Diktates die deutschen Provinzen Westpreußen, Posen und Ost-Oberschlesien, die seit 800 Jahren deutsch waren. Man hatte sogar weitere Expansionspläne. Auf Landkarten des expansionistischen Westmarkenvertrages wurden Grenzen des angestrebten „Großpolens“ eingezeichnet, die bis kurz vor Berlin gingen. Bis 1938 waren zwei Drittel des deutschen Besitzes durch sog. „Landreformen“ und „Flurbereinigungen“ brutal enteignet worden, was Hunderttausende von Deutschen zum Verlassen des Landes zwang.

8.000 Deutsche waren vor 1939 von den Polen teils bestialisch ermordet worden, darunter katholische und evangelische Geistliche, Frauen und Kinder. Hetze, Terror und Behördenschikane läuteten dann den Schlußakt ein.

Am 24. Oktober 1938 waren dem polnischen Botschafter in Berlin Vorschläge zur Bereinigung aller bestehenden Reibungsmöglichkeiten zwischen Deutschland und Polen dargelegt worden. Danach sollte der rein deutsche Freistaat Danzig aus der polnischen Zollunion entlassen werden, in die er am 1. April 1922 eingebunden worden war. Und weiter sollte die 1920 dem Land Westpreußen vorenthaltene Volksabstimmung nachgeholt werden.

20 Siehe: Weckert, Ingrid: „Feuerzeichen – Die Reichskristallnacht. Anstifter und Brandstifter – Opfer und Nutznießer“, Grabert-Verlag, Tübingen, 1981, 1989, 1997. Diese wissenschaftliche Studie von Ingrid Weckert ist in Deutschland beschlagnahmt, existiert aber im Original und in englischer Übersetzung als Flashpoint und kann aus dem Internet heruntergeladen werden. <http://vho.org/D/adjaddr/>

Sollte diese zugunsten Polens ausfallen, sei ein Damm für Eisenbahn und Autobahn zwischen Bütow in Pommern und Dirschau im Freistaat Danzig zu errichten, der Ostpreußen mit dem Reich verbinde. Sollte sie zugunsten Deutschlands ausfallen, müsse ein gleicher Damm von der polnisch okkupierten Provinz Posen nach dem Hafen Gdingen – der in jedem Falle bei Polen verbleiben sollte – gebaut werden. Der deutsch-polnische Nichtangriffspakt von 1934 sollte dann auf 25 Jahre verlängert werden.

Wie schon erwähnt, war dieser Nichtangriffspakt mit Marschall Józef Piłsudski geschlossen worden, der eine Verständigungspolitik mit Deutschland befürwortete. Nach seinem Tod wurde 1936 der im galizischen Breschan (poln., Brzeżany) geborene Edward Rydz-Śmigły Marschall von Polen. Sich gern mit Napoléon vergleichend, hatte er in den dreißiger Jahren erklärt, er werde dem deutschen Erbfeind endgültig die Giftzähne ausbrechen.

Sein Außenminister Józef Beck lehnte dann auch im Auftrag seiner Regierung und des polnischen Generalstabes den sehr maßvollen deutschen Vorschlag vom Oktober 1938 rundweg ab.



Der polnische Außenminister Józef Beck (1894-1944) ließ sich von England und Roosevelt gegen Deutschland aufhetzen und lief in die Falle. Er flüchtete während des Polenfeldzuges nach Rumänien, wo er 1944 an Trunksucht verstarb.

Nachdem Warschau vier weitere Versuche der Reichskanzlei zur Behebung der deutsch-polnischen Frage abgelehnt hatte, verkündete Hitler am 21. März 1939 dann in aller Form den deutschen Anspruch auf Rückgabe Danzigs und auf eine freie Bahn- und Straßenverbindung durch den Korridor, verbunden mit einem Garantie- und Schutzvertrag für den Staat Polen.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an den Ausspruch des ehemaligen Reichsaußenministers Gustav Stresemann, der 1926 den Friedensnobelpreis erhalten hatte: „Eine meiner wichtigsten Aufgaben ist die Revision unserer Ost-

grenzen: Die Zurückgewinnung Danzigs und des polnischen Korridors und eine Revision der Grenze in Oberschlesien. “Auch an Reichskanzler Brüning's Worte, vom französischen Präsidenten Laval 1935 in Genf an den polnischen Außenminister Beck weitergegeben, sei erinnert: „Eine deutsche Regierung, die alle Ansprüche auf den Korridor aufgeben würde, könnte sich nicht länger als 24 Stunden halten.“

Der amerikanische Historiker Dr. Harry Elmer Barnes zieht die richtige Folgerung aus diesen geschichtlichen Umständen, wenn er schreibt: „Tatsache ist, daß die einzige echte Garantie-Erklärung, die Polen in den Jahren 1938 und 1939 erhielt, von Hitler kam. Sein Angebot, nach Annahme der deutschen Vorschläge alle im Versailler Vertrag festgelegten Grenzen allen Staaten gegenüber zu garantieren, wäre selbst in der Weimarer Republik nicht für auch nur einen Augenblick in Erwägung gezogen worden.“

Das internationale diplomatische Korps, von Hitler im März 1939 zu einer feierlichen Abendtafel geladen, war natürlich von den Vorschlägen des Reiches an Polen unterrichtet. Aus den freundlichen Mienen der vollzählig erschienenen Exzellenzen und des in angeregtem Gespräch mit dem Reichskanzler stehenden englischen Botschafters, Sir Nevile Henderson, ist eher eine wohlwollende Zustimmung als eine Ablehnung zu lesen.

Doch waren diplomatische Höflichkeiten wie auch echte Sympathien schon von langer Hand unterlaufen worden. Die polnische Regierung war seit einiger Zeit von gewissen Kräften in England darin bestärkt worden, in der Frage Danzigs und des Korridors unnachgiebig zu bleiben. Demzufolge lehnte sie am 26. März 1939 den deutschen Verhandlungsvorschlag in herausfordernder Art und Weise ab, nachdem sie bereits am 23. März die Teilmobilmachung ausgerufen hatte.

Am 31. März erfolgte dann die englisch-französische Garantie-Erklärung an Polen, die einer gerechten und friedlichen Lösung des deutsch-polnischen Problems bewußt entgegenarbeitete. Sofort verstärkte sich in Polen die wü-

ste Hetze gegen Deutschland. Polnischen Zeitungen forderten, Danzig und ganz Ostpreußen zu besetzen und die Westgrenze bis zur Oder vorzuschieben. In Versammlungen wurde gefordert, daß nicht die Oder, sondern die Elbe Polens Grenze sei. Berlin sei keine deutsche Stadt, sondern eine alte polnische Ansiedlung. Plakate erschienen an den Hauswänden mit dem Aufruf „Auf nach Berlin!“.²¹

Diese gezielte Aufhetzung Polens war nicht neu. Die polnische Zeitung *Liga der Großmacht* rief ihre Leser schon 1930 zum Kampf gegen Deutschland auf. „*Unser Ideal ist ein Polen mit Oder und Neißة als westliche Grenze. Preußen muß für Polen zurückerobert werden, und zwar Preußen bis an die Spree. In einem Kampf mit Deutschland wird es keine Gefangenen geben, und da wird kein Raum für menschliche Gefühle oder kulturelle Hemmungen sein. Die Welt wird durch den deutsch-polnischen Krieg erzittern. Wir müssen in unseren Soldaten einen übermenschlichen Opfermut und einen Geist gnadenloser Rache und Grausamkeit erwecken.*“²²

Im Frühjahr 1933 prägte der Woiwode (Bezirksvorstand) von Ost-Oberschlesien, Michał Grażyński, bei einer Propagandarede im polnischen Innenministerium das Schlagwort „*Rottet die Deutschen aus!*“.



Obwohl am 26. April 1939 der britische Botschafter Henderson seinem Außenminister Halifax von Berlin aus vorstellte „*Ein Korridor durch den Korridor hindurch ist eine durchaus gerechte Regelung. Wenn Schottland von England von einem irischen Korridor getrennt wäre, würden wir mindestens so viel verlangen, wie es*

Michał Grażyński (1890-1965), Wojwode der polnischen Wojwodschaft Schlesien, rief als promovierter Philosoph und Jurist dazu auf, die Deutschen totzuschlagen.

21 Zentner, Kurt: „Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges“, Südwest-Verlag, München, 1964, S. 64.

22 Abgedruckt in: *Münchener Neueste Nachrichten*, 3. Oktober 1930.



Der US-amerikanische Journalist und Kriegsberichterstatler Karl Henry von Wiegand (1874-1961) – auf dem Bild zusammen mit Lady Grace Drummond Hay an Bord eines Dornier DO-X Flugbootes – arbeitete von 1911 bis 1917 für die United Press und ab 1917 für Hearst Newspapers. Er nahm als Kriegsberichterstatler auf deutscher Seite an der Schlacht von Wirballen (8. Oktober 1914) teil. Wiegand führte bereits im Jahr 1921 ein Interview mit Hitler, den er als „Mann, der es ernst meint“, bezeichnet haben soll.

Hitler jetzt verlangt ...“; so waren doch die Würfel längst gefallen.

Der US-amerikanische Journalist Karl Henry von Wiegand erinnerte sich, daß er am 25. April 1939 zum US-amerikanischen Botschafter in Paris, Bullitt, gerufen wurde, der ihm erklärte: *„Der Krieg in Europa ist eine beschlossene Sache ... Amerika wird in den Krieg eintreten, nach Frankreich und Großbritannien.“* Dies wird durch die „White House Papers“ von Harry Hopkins bestätigt, wonach Winston Churchill um dieselbe Zeit zu Bernard Baruch gesagt hat: *„Der Krieg kommt nun sehr bald. Wir werden hineinsteigen und sie (die Vereinigten Staaten; d. A.) werden es auch tun. Sie (Baruch; d. A.) werden die Sache drüben machen, aber ich werde hier aufpassen.“*²³

Am 28. April 1939 erst reagierte die deutsche Reichsregierung mit der Aufkündigung des Deutsch-Polnischen Vertrages von 1934 und des Deutsch-Englischen Flottenabkommens von 1935. Darüber hinaus bezog Deutschland eine abwartende

Haltung, die der polnische Außenminister Beck als Windstille bezeichnete.

Während der großen Truppenparade zum polnischen Nationalfeiertag am 3. Mai 1939 begrüßten fanatisierte Massen jeden Truppenteil mit Sprechchö-

23 Fuller, J. F. C.: „The Decisive Battles of the Western World“, London, 1956.

ren, wie „*Auf nach Danzig!*“ – „*Vorwärts nach Berlin!*“ Die deutsche Forderung nach einer Verkehrsverbindung nach Ostpreußen und die Rückkehr Danzigs zu Deutschland müsse mit einem Krieg gegen Deutschland beantwortet werden. Das lächerliche deutsche Heer, zusammengesetzt aus der unterernährten Generation des Versailler Vertrages mit ihren albernen Panzerattrappen, werde man in Berlin zusammenschlagen. So tönte es von der Tribüne.

Marschall Edward Rydz-Śmigły erklärte im Sommer 1939: „*Polen will den Krieg mit Deutschland, und Deutschland wird ihn nicht vermeiden können, selbst wenn es das wollte.*“²⁴

Nach diesen Provokationen gab Hitler der deutschen Presse die Berichterstattung über die Verfolgung der Deutschen in Polen frei, was bisher unterblieben war, um eine antipolnische Stimmung in Deutschland zu vermeiden. Eine Einladung zu Gesprächen in Berlin wurde von Polen nicht angenommen, während seit Juni 1939 Verhandlungen der Sowjetunion mit den Westmächten liefen. Stalin hatte ein Militärbündnis vorgeschlagen, was die völlige Einkreisung Deutschlands bedeutet hätte. Für den Kriegsfall verlangte er freien Durchzug durch Polen, und im übrigen freie Hand auf dem Balkan sowie gegen die Türken.

Auf Grund dieser Entwicklungen beschwor Hitler in einer großangelegten Rede England, den Frieden zu wahren. Nach Auffassung des Privathistorikers Rolf Schiebler („4000 Jahre Geschichte“) betonte er darin allerdings auch das Recht Deutschlands auf Danzig und den Korridor. Auch bot er ein Bündnis und deutsche Garantien für das englische Kolonialreich an. Hitler prophezeite die Auflösung dieses bisher größten Weltreiches, wenn sich die Briten in einen Krieg einlassen sollten. Er warnte Chamberlain vor Churchill, der den Krieg wolle. Er, Hitler, könne es einfach nicht glauben, daß England wegen Danzigs und des Korridors bereit sei, sein Weltreich aufs Spiel zu setzen.

Lord Vansittart, der wichtigste diplomatische Berater des Außenministeriums in London und stärkste Gegner eines Ausgleiches mit Deutschland,

²⁴ Kofler, J. A.: „Die falsche Rolle mit Deutschland“, Stadtbergen, 1991.

erklärte, daß nur die Erwähnung der Möglichkeit eines englisch-deutschen Bündnisses für England in den USA verheerende Folgen haben würde.

Um sich den Rücken nach Osten freizuhalten, schloß daraufhin das Reich am 23. August 1939 mit der UdSSR einen Nichtangriffs- und Wirtschaftsvertrag, wodurch es den schon in Moskau weilenden englischen und französischen Unterhändlern zuvorkam. In einem Geheimen Zusatzprotokoll wurden die deutsch-sowjetischen Interessensphären in Osteuropa festgelegt. Die Basis des Abkommens war das alte Rapallo-Abkommen von 1922, das Hitler 1933 verlängert hatte. Bereits im Dezember 1938 hatten Verhandlungen über ein Warenkreditabkommen begonnen.

Der nächste Schritt Englands war die Unterzeichnung eines britisch-polnischen Beistand-Abkommens am 25. August 1939, das die polnische Euphorie weiter aufheizte.

Die Untaten an Volksdeutschen nahmen zu. Ein Schlesier erinnert sich: *„Wegen polnischer Zwangsmaßnahmen hatten sich rund 80.000 Deutsche noch in den Jahren 1938/39 ins Altreich gerettet. Ab Mai waren wir als Grenzbewohner besonders gefährdet. Freiwillige Heimwehren versuchten, die Ortschaften vor nächtlichen Überfällen zu schützen. ... Bald flogen Steine in Fensterscheiben und Häuser, bald wurden friedliche Bürger und Bauern von Banden überfallen, Bauernhöfe im ost- und westpreussischen sowie oberschlesischen Gebiet angezündet; deutschsprechende Kinder und Frauen geschlagen.“*

Am 20. August rief Michał Grażyński, Woiwode der Woiwodschaft Schlesien, offen zum Mord auf: *„Schlagt die Deutschen nieder, wo ihr sie trefft!“*

Am 11. Mai 1939 schrieb Zofja Zelska Mrozowicka drohend im *Dziennik Bydgoski*: *„Sollte es unter den Volksdeutschen in Polen Anhänger eines ausländischen Regimes geben, so wissen sie mit Bestimmtheit: Der Führer ist weit, aber der polnische Soldat ist nahe, und in den Wäldern fehlt es nicht an Ästen.“*

Nach zuvor zusammengestellten Listen wurden Tausende von Deutschen verhaftet und in Konzentrationslagern eingekerkert, unschuldig und unter den fadenscheinigsten Gründen.

Schon längst wäre es gerechtfertigt gewesen, diesem polnischen Treiben ein Ende zu bereiten, denn welche Großmacht kann einem solchen Geschehen tatenlos zusehen? Man denke nur daran, daß die USA im Jahre 1983 den Staat Grenada überfielen, „um das Leben Unschuldiger zu schützen, darunter 1.000 Amerikaner“, so sagte damals US-Präsident Ronald Reagan. Später hat man Kriege in Panama, Nikaragua, Somalia, dem Irak und dem Balkan geführt, angeblich um diverse „Menschenrechte“ zu schützen. Verglichen damit hatte Deutschland 1939 hundertmal mehr Berechtigung, zum Schutze der Deutschen in Polen militärisch einzugreifen.

Stattdessen setzte Berlin seine Friedensbemühungen fort. Der Schwede Birger Dahlerus sagte vor dem IMT in Nürnberg aus, daß Dolmetscher Schmidt dem britischen Botschafter Henderson am 25. August eine offizielle deutsche Denkschrift überreicht hatte, die England um Vermittlung zur Lösung der polnischen Frage anging, und die mit dem – aus heutiger Sicht eigentlich völlig unangebrachten – Passus endete: *„Deutschland verpflichtet sich, das Britische Empire mit seiner Wehrmacht zu verteidigen, wo immer es auch bedroht werden sollte.“*

Am 25. August sagte Hitler zum britischen Botschafter Nevile Henderson im privaten Gespräch: *„Die Behauptung, daß Deutschland die Welt erobern wolle, ist lächerlich. Das Britische Reich umfaßt 40 Millionen Quadratkilometer, Sowjet-Rußland 19 Millionen und Amerika 9,5 Millionen, während Deutschland noch nicht einmal 600.000 Quadratkilometer umfaßt. Daraus ist ersichtlich, wer Welteroberungswünsche gehegt hat.“*

Am 27. August 1939 richtete Hitler in seiner Rundfunkansprache sehr bewegte Worte an Frankreichs Ministerpräsidenten Eduard Daladier, an die ich mich noch heute erinnere. Er sagte unter anderem in etwa: *„Ich, Herr Daladier, ringe, zusammen mit meinem Volk, um die Wiedergutmachung eines uns zugefügten Unrechts, und die anderen um die Beibehaltung desselben. Sie und ich, Herr Daladier, haben einen Krieg in all seiner Härte mitgemacht. Wir wissen, welches unsägliche Leid dadurch über die Völker kam. Wir sollten alles in unserer Macht Stehende tun, um es nicht noch einmal zu einem Krieg kommen zu lassen.“*

Noch einmal, am 30. August, ließ Hitler ein Dokument erstellen, das in 16 Punkten die deutschen Vorschläge zur Verhinderung des Krieges und zur Bereinigung des deutsch-polnischen Konfliktes darlegte. Es ging nach London, Rom und Moskau. Warschau jedoch weigerte sich, einen bevollmächtigten Vertreter zur Entgegennahme desselben zu entsenden. Im Gegenteil, am selben Tag ordnete Polen die allgemeine Mobilmachung an, was nach Verständnis der Genfer Protokolle bereits einer Kriegserklärung gleichkam.

Am 30. August wurde der deutsche Konsul Schillinger in Krakau ermordet.

Und noch immer antwortete Deutschland nicht mit Repressalien. Wir zitieren aus Birger Dahlerus' Buch „Der letzte Versuch“, S. 110: *„Als ich am 31. August 11.00 Uhr vormittags in Begleitung des britischen Legationsrates Forbes den polnischen Botschafter in Berlin, Lipski, aufsuchte, um ihm Hitlers 16 Punkte vorzutragen, erklärte dieser, davon überzeugt zu sein, daß im Falle eines Krieges Unruhen in Deutschland ausbrechen und die viel zahlreicheren polnischen Truppen erfolgreich gegen Berlin marschieren würden.“*

7. Der Zweite Weltkrieg 1939 bis 1941

7.1. Die Planung

Wir zitieren aus Karl Seegers Buch „Generation ohne Beispiel“, S. 272: *„Am 1. September um Mitternacht erklärte der polnische Rundfunk, daß sie (die Polen; d. A.) bereits auf dem siegreichen Vormarsch nach Berlin seien und am Ende der Woche dort sein würden. Die Deutschen gingen an der ganzen Front in Unordnung zurück. Hieraus ist klar ersichtlich, daß Polen der Angreifer war, da deutsches Zurückschießen erst fünf Stunden später erfolgte.“*

Als Hitler am 1. September 1939 in der Kroll-Oper vor dem Reichstag sprach, machte er einen nervösen, erregten und unvorbereiteten Eindruck. Er mußte frei sprechen, weil ihm die Zeit gefehlt hatte, seine Rede im Manuskript auszuarbeiten. Die Ereignisse hatten sich überschlagen. Hitler legte seinem Volk und der Welt nochmals die Geschehnisse der letzten Monate dar und betonte erneut, daß Deutschland keine Interessen im Westen habe. Dann die schicksalsschweren Worte: *„Ebenso wie kürzlich in einer einzigen Nacht wiederum 21 Grenzüberfälle stattgefunden haben, so waren es in dieser Nacht 14, darunter drei sehr schwerwiegende. Seit 5 Uhr 45 wird nun von deutscher Seite zurückgeschossen ...“*

Die „geplante Entwicklung“ nahm ihren Lauf. Am 3. September 1939 erklärte zunächst England und danach auch Frankreich dem Deutschen Reich den Krieg. Die Reaktion in der Reichskanzlei war eine tiefe Betroffenheit. „Was nun?“ soll Hitler gesagt haben. Man hatte bis zuletzt an den Sieg der Vernunft in England geglaubt.

Der britische Außenminister Lord Halifax gab am selben Tag seiner Befriedigung Ausdruck, indem er im Unterhaus sagte: *„Jetzt haben wir Hitler zum Krieg gezwungen, so daß er nicht mehr auf friedlichem Wege ein Stück des Versailler Vertrages nach dem anderen aufheben kann.“*²⁵

25 Nation Europa, Coburg, 1954.

Und kurz darauf wird Winston Churchill noch deutlicher. Er erklärt im englischen Rundfunk: „*Dieser Krieg ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.*“²⁶

US-Kriegsminister Forrestal schreibt in seinem Tagebuch am 27. 12. 1945 über ein Gespräch mit dem damaligen US-Botschafter in London, Joe Kennedy, daß dieser zu ihm gesagt hatte: „*Weder Franzosen noch Engländer würden Polen zum Kriegsgrund gemacht haben, wenn nicht das dauernde Drängen aus Washington gewesen wäre ... Chamberlain habe ihm erklärt, daß Amerika und das Weltjudentum England in den Krieg getrieben hätten.*“

In diesem Zusammenhang muß hier auf die zahlreichen jüdischen Kriegserklärungen gegen Deutschland hingewiesen werden. Die Mehrzahl erfolgte vor der Verkündigung der Nürnberger Gesetze. Bereits 1932, also vor Hitlers Regierungsantritt (!), erklärte Bernard Lecache (1895-1968), Präsident der Ligue internationale Contre l'Antisémitisme und Logenbruder des Grand Orient de France: „*Deutschland ist unser Weltfeind Nr. 1. Es ist unser Ziel, Krieg ohne Gnade gegen ihn herbeizuführen.*“

Am 24. März 1933 erfolgte im *Daily Express* auf der ersten Seite der bekannte Boykottaufruf: „*14 Millionen Juden stehen zusammen wie ein Mann und erklären Krieg gegen Deutschland.*“

Am 8. Mai 1933 erklärte Stephen Samuel Wise, einflußreichster Rabbi der USA: „*Ich bin für Krieg.*“

Am 7. August 1933 veröffentlichte die *New York Times* eine Rede Samuel Untermyers von der American League for the Defense of Jewish Rights, worin er zu einem „*heiligen Krieg*“ gegen Deutschland aufrief, bis zu dessen Ende und völliger Vernichtung.

Am 25. Januar 1934 schrieb Wladimir Jabotinsky, ein führender Marxist und Zionist: „*Wir werden einen geistigen und materiellen Krieg der ganzen Welt gegen Deutschland entfesseln.*“

26 Hedin, Sven: „Amerika im Kampf der Kontinente“, 1943, S. 173.

Am 18. Dezember 1938 meldete sich nochmals der eingeweihte Bernard Lecache zu Wort: „*Es ist unsere Sache, die moralische und kulturelle Blockade Deutschlands zu organisieren und diese Nation zu vierteilen.*“

Und am 29. August 1939, bevor überhaupt eine offizielle Kriegserklärung erfolgt war, schrieb Chaim Weizmann, Vorsitzender der jüdischen „Agentur für Palästina“, seit 1920 Zionistenführer und 1948 der erste Präsident des neuen Staates Israel, an Chamberlain, daß die Juden zu Großbritannien stünden und an der Seite der Demokratien kämpfen würden. Chaim Weizmann hatte am Entstehen der Balfour-Deklaration (1917) großen Anteil gehabt und konnte, dank der dann weiter betriebenen Politik, 1948 die Früchte seiner Arbeit ernten.

Deutschland kann also nicht für allein schuldig – wenn überhaupt für schuldig – am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges erklärt werden, genauso wenig wie es die Hauptschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges hatte.

7.2. Polen

Am 1. September 1939 stand den 75 deutschen Divisionen mit 1,1 Millionen Mann das polnische Heer mit 1,7 Millionen Mann gegenüber. In kurzen harten Kämpfen wurde das polnische Heer nach 18 Tagen von der noch jungen deutschen Wehrmacht niedergeworfen.

Aus einem Erlebnisbericht des deutschen Infanteristen H. J. Rätsel: „*Als unsere Einheit am 1. September zum Sturmangriff überging,*



Ermordete Volksdeutsche, die am 1. 9. 1939 von deutschen Truppen am Straßenrand aufgefunden wurden.

*fanden wir jenseits der polnischen Grenze noch frische Gräber von deutschen Zivilisten, wie auch deren blutige und zerfetzte Kleidungsstücke auf Wegen und Straßenrändern.*²⁷

Unmenschlich waren die gräßlichen Blutbäder in Bromberg und anderswo, wo Deutsche unter grauenhaften Umständen geschändet, verstümmelt und bestialisch ermordet worden waren. Den von Pommern, Ostbrandenburg, Ostpreußen, Schlesien, aus dem Sudetenland und der Slowakei einmarschierenden deutschen Truppen boten sich entsetzliche Bilder.

Der Marschall von Polen, Edward Rydz-Śmigły, der seit 1935 die Polen zu Gewalttaten gegen die Deutschen aufgehetzt und alle Verständigungsangebote Deutschlands abgelehnt hatte, ließ bereits am zweiten Kriegstag seine zusammenbrechende Armee im Stich. Ehrlos geworden, tauchte er nach verschiedenen Fluchtversuchen in der Illegalität Warschaus unter, wo er 1941 verstarb. Sein Außenminister Beck starb wenig später – völlig dem Alkohol verfallen – in Rumänien.

Seit dem 17. September 1939 standen auch sowjetische Truppen auf polnischem Staatsgebiet. Aber London und Paris beantworteten das weder mit einer Kriegserklärung gegen die Sowjetunion, noch setzten sie ihre Truppen zum Schutz Polens ein, wie es zufolge des britisch-polnischen Beistandsabkommens zu erwarten gewesen wäre – ein klarer Bruch dieses Abkommens, aber bereits ein Hinweis auf die Vorbereitung zum Zweifrontenkrieg, um Deutschlands Machtstellung auf dem Kontinent für immer zu zerstören und es seiner Freiheit und Unabhängigkeit endgültig zu berauben.

Die Reichsregierung sah dagegen die Zurückhaltung Englands und Frankreichs als positives Zeichen. Man mußte ja schließlich dort gewußt haben, daß *„die deutschen Armeen am Beginn des Polenfeldzuges nur einen Munitionsvorrat für drei Wochen hatten“*²⁸, und *„auch wirtschaftlich keine Vorkehrungen für eine längere Kriegsführung getroffen worden waren“*.²⁹

27 Pietersen, Pit: „Kriegsverbrechen der alliierten Siegermächte“, Norderstedt, 2006, S. 266.

28 Siehe hierzu bei Dr. Maximilian Czesany (Fußnote 30)!

29 Siehe hierzu bei Dr. Harry Elmer Barnes (Fußnote 4)!

So schreibt auch der britische Historiker A. J. P. Taylor: *„Der Stand der deutschen Rüstung zu Kriegsbeginn zeigt ohne Zweifel, daß Hitler keinen allgemeinen Krieg anstrebte, sondern daß er vermutlich überhaupt keinen Krieg wollte.“*



Und der britische Militärhistoriker Sir Liddell Hart stellt fest: *„Hitler wollte alles andere als einen Weltkrieg ... Nach Kriegsende sind die wesentlichen deutschen Archive in unsere Hände geraten, und wir können uns ein präzises Bild von dem außerordentlichen Grad der Kriegsfurcht in den führenden deutschen Kreisen machen.“*

Am 6. Oktober 1939 hielt Hitler seine großangelegte Friedensrede, die er mit den Worten einleitete: *„Ich hatte es aber vor allem unternommen, das Verhältnis zu Frankreich zu entgiften und für beide Nationen tragbar zu gestalten ... Ich habe es geradezu als ein Ziel meines Lebens empfunden, die beiden Völker (das deutsche und das englische Volk; d. A.) nicht nur verstandes-, sondern auch gefühlsmäßig näherzubringen ...“* Aber auch dieses Friedensangebot wurde von England und Frankreich abgelehnt.

Der britische Historiker Alan John Percivale Taylor (1906-1990) schreibt seinem Buch „Origins of the Second World War“, daß keineswegs eine kleine Clique um Hitler den Zweiten Weltkrieg ausgelöst habe. Diese Behauptung („Nuremberg thesis“) sei in die Welt gesetzt worden, um das deutsche Volk zu entschuldigen und die junge Bundesrepublik im Kalten Krieg einsetzen zu können. Tatsächlich sei Hitlers Außenpolitik „normale deutsche“ Außenpolitik gewesen. Hitler sei ein normaler Politiker wie Chamberlain oder Daladier gewesen, der sein Land stark habe machen wollen.

Dr. Maximilian Czesany schrieb hierzu in seinem Standardwerk „Alliiertes Bombenterror“: *„Vielleicht wollten oder konnten die Mächte dieses und anderer Erdteile die einmal in Gang gesetzte Kriegsmaschine nicht mehr abschalten?!“³⁰*

³⁰ Czesany, Dr. Maximilian: „Alliiertes Bombenterror - Der Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung Europas 1940-1945“, Druffel-Verlag, Leoni, 1986.

Denn, um was es in Wirklichkeit ging, erklärte der britische Oberst John C. Scott im Rahmen einer Wahlkampfrede, die er am 11. August 1947 im Rathaus von Chelsea, London, hielt. Demzufolge fand nach Abschluß der deutschen Aktionen in Polen ein ausgedehnter „Telegrammkrieg“ zwischen den Alliierten und dem deutschen Auswärtigem Amt statt. Bei diesen Verhandlungen war Oberst Scott auf britischer Seite der Übermittler gewesen. Die Alliierten hatten dem Reich zwei Bedingungen gestellt, deren Annahme die sofortige Einstellung aller Feindseligkeiten gegen das Deutsche Reich und eine freie Hand für Deutschland in Polen bedeutet hätte. Die recht eigenartigen Bedingungen, von denen sich Punkt A. inzwischen absolut gegenläufig entwickelt hat, waren folgende:

A. Deutschland kehrt zum Goldstandard zurück.

B. Der Freimaurerbund wird in Deutschland wieder zugelassen.

Diese Rede Oberst John C. Scotts wurde erst am 6. November 1947 in *Tomorrow* veröffentlicht. *Tomorrow* schließt den Artikel mit den Worten: „*Um den Goldstandard in Deutschland zu ermöglichen, mußten rund 55 Millionen Menschen ihr Leben lassen ...*“

Der britische General und Militärhistoriker J. C. F. Fuller schreibt in „Die entartete Kunst, Krieg zu führen“ (1964): „*Nicht die politischen Ideen Hitlers haben uns in den Krieg gestürzt. Anlaß war der Erfolg seines Versuches, eine neue Wirtschaft aufzubauen. Die Wurzeln waren Neid, Gier und Angst.*“

Im September 1939 hatten auch Australien, Indien, Süd-Afrika und Kanada, durch das Commonwealth an England gebunden, dem Deutschen Reich den Krieg erklärt, ohne von Deutschland irgendwie bedroht worden zu sein. Jugoslawien erteilte Frankreich die Genehmigung, Kriegslieferungen durch sein Gebiet zu leiten. Am 6. Oktober 1939 wurde ein englisch-türkisches Bündnis geschlossen.

Griechenland – durch alliierte Propaganda nervös gemacht – forderte bereits im September die sofortige Verstärkung durch französische und englische Luftwaffeneinheiten. Als England verlangte, die Hälfte der griechischen

Handelsflotte zur Verfügung gestellt zu bekommen, wies der griechische Ministerpräsident seine Reeder an, sich in streng persönlicher Weise in den Dienst Englands zu stellen, um die Neutralität nicht offiziell zu verletzen.³¹

Aber an der geplanten Einkreisung des Deutschen Reiches war die Sowjetunion als wichtigster Partner beteiligt, wie aus den finnischen Mannerheim-Archivalien hervorgeht.³²

7.3. Norwegen

Eine Fotokopie des geheimen gemeinsamen, gegen Deutschland gerichteten Angriffsplanes vom 15. Oktober 1939, unterzeichnet von Churchill und Stalin, lag dem an Marschall Mannerheim übergebenen Dossier vom 2. April 1940 bei, ebenso wie Karten, Planungen und Datenvorgabe. Demzufolge war als erstes die Besetzung von Norwegen und Dänemark angesetzt, da bis zu diesem Zeitpunkt Finnland in sowjetischer Hand sein sollte.

Danach war der Durchmarsch englischer und französischer Armeen durch Holland und Belgien zum Angriff auf die Rheinfront für denselben Zeitpunkt geplant, an dem die sowjetischen Streitkräfte Deutschland aus dem Osten her angreifen würden. Briten und Franzosen scheinen demnach mit der angeblichen „Neutralität“ der Beneluxstaaten kein Problem gehabt zu haben.

Das Geschehen entwickelte sich dann entsprechend – nur daß Deutschland den Planungen der Alliierten in wesentlichen Punkten zuvorkommen konnte. Am 30. November 1939 provozierte die UdSSR einen Angriff auf Finnland, der dank der resoluten Abwehr durch die tapferen finnischen Truppen nach vier Monaten zum Stillstand kam. Dagegen gelang der Sowjetunion die Annektierung von Estland und Lettland und schließlich auch Litauens.

England stellte unter dem Vorwand „Hilfe für Finnland“ eine Expeditionsarmee mit dem Ziel auf, Norwegen und Dänemark zu besetzen, wie Lord Halifax dies dem norwegischen Gesandten am 6. Februar 1940 mitteilte,

³¹ Bericht des französischen Militärattachés vom 30. Oktober 1939.

³² *Huttenbriefe*, August 1997 und April 1999; *Stimme des Gewissens*, Nov./Dez. 1997.

wie aus den von deutschen Truppen im Sommer 1940 in Paris gefundenen Dokumente ersichtlich ist. Nahziel war die Unterbindung schwedischer Erzlieferungen an Deutschland. Aber vor allem ging es um die Schaffung der nördlichen Ausgangsposition für den Angriff auf Deutschland per se.

Prof. Dr. Diwald stellt hierzu fest: „Großbritannien hatte seit Januar 1940 die gewaltsame Besetzung von Dänemark und Norwegen geplant. Mit der Durchführung des deutschen Verteidigungsschlages ‚Weserübung‘ kam die deutsche Wehrmacht den Engländern am 9. April 1940 um zehn Stunden zuvor.“

Nachdem die Briten bereits Anfang April norwegische Hoheitsgewässer vermint hatten, lief ihre Flotte am 8. April 1940 aus. Um dem zuvorzukommen, liefen deutsche Kriegsschiffe am 7. April aus. Die südnorwegischen und dänischen Häfen wurden gleichzeitig von deutschen Einheiten besetzt. Dänemark leistete keinerlei Widerstand und behielt seine Selbstverwaltung. Da zufolge einer Führeranweisung eine unblutige, quasi freundschaftliche Besetzung auch Norwegens angestrebt war, begann diese ohne einleitende Luftangriffe auf militärische Ziele, was den deutschen Kriegsschiffen auf dem Weg zu ihren Bestimmungshäfen teuer zu stehen kommen sollte.³³

Am Abend des 9. April 1940 waren alle bedeutenden Häfen Norwegens in deutscher Hand; innerhalb von 24 Stunden die wichtigsten sieben Flughäfen des Landes. Ein starker Widerstand von Engländern, Franzosen und Norwegern in Lillehammer konnte nach wenigen Tagen gebrochen werden. Am 8. Juni 1940 war den deutschen Gebirgsjägern nach hartem Kampf der endgültige Sieg beschieden. Die Engländer mußten Narvik räumen und auch ihre Flotte abziehen. Churchill kommentierte dazu: „In diesem norwegischen Kampf wurden unsere besten Truppen durch die Kraft, den Unternehmungsgeist und die Ausbildung von Hitlers jungen Soldaten kaltgestellt.“³⁴

Der norwegische König und die Regierung gingen nach London, so daß Norwegen vom Deutschen Reich verwaltet werden mußte. Vidkun Quis-

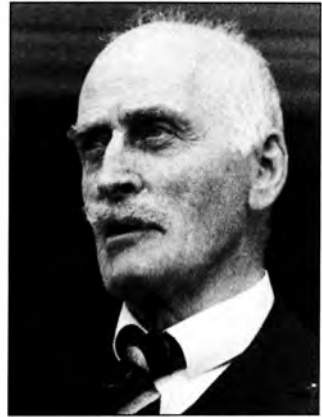
33 Siehe dazu Dr. Maximilian Czesany (Fußnote 30)!

34 Seeger, K. (Hrsg.): „1912-1932: Generation ohne Beispiel – 1924/25 sagt: So war's.“, Verlag für Zeitgeschichte, Butzbach, 1991.

ling wurde 1940 und 1942 bis 1945 Premierminister. Er hatte 1922 bis 1926 als Mitarbeiter des Polarforschers, Zoologen und Staatsmannes Fridtjof Nansen (Friedensnobelpreis 1920) viel zur Behebung der Hungersnot in der Sowjetunion beigetragen und 1933 aus sozialer und nationaler Überzeugung heraus die Partei der Nationalen Sammlung gegründet. Nach Kriegsende wurde er von den Alliierten als „Verräter“ verurteilt und hingerichtet. Bis heute wird er verleumdet. Aus seinem Namen hat man zu Unrecht ein Synonym für einen verräterischen und feigen Kollaborateur gemacht.

Der Norweger Knut Hamsun, Wegbereiter der literarischen Moderne (Nobelpreis 1920), stellte sich auf Deutschlands Seite und wurde deshalb nach 1945 in einem entwürdigendem Prozeß als „Vaterlandsverräter“ persönlich und wirtschaftlich ruiniert. Bereits 1927 hatte er geschrieben: *„Der Mensch lebt nicht von den Banken und von der Industrie ... er lebt von der Erde, die ihn nährt, von der Luft, die er atmet.“*

Ende April 1940 schrieb Hamsun: *„Norweger! Werft eure Flinten fort und geht heim. Die Deutschen kämpfen für uns alle und zerbrechen jetzt Englands Tyrannei gegen uns und alle Neutralen.“* Ebenfalls 1940 schrieb er: *„Als die Engländer sich mit den Bolschewisten verbündeten, hatten sie ihren dritten Teilhaber, Amerika, im Hintergrund ... Deutschland sollte vernichtet werden, und wenn ganz Europa darüber zugrunde ginge.“*



Der bedeutendste norwegische Schriftsteller des frühen 20. Jahrhunderts und Literaturnobelpreisträger Knut Hamsun (4. August 1859 in Vågå, Fylke Oppland, † 19. Februar 1952 in Norholm bei Grimstad) war ein Freund der Deutschen.*

Am 10. Mai 1940 löste Winston Churchill den kranken Chamberlain als Premier ab. Anthony Eden übernahm das Außenministerium. Bei seinem Regierungsantritt lehnte Churchill erneut den vom Reich angebotenen Frieden ab. Stattdessen verhiess er den Engländern *„Blut, Schweiß und Tränen“*.

Der 10. Mai 1940 war auch der Tag, an dem von englischer Seite der uneingeschränkte Bombenkrieg zur Vernichtung Deutschlands freigegeben wurde, wie J. M. Spaight in „Bombing Vindicated“ (dt., „Rechtfertigung des Bombenkrieges“) stolz feststellt.³⁵

7.4. Frankreich

Schon zum Jahreswechsel 1939/40 war ein englisches Expeditionsheer von 250.000 Mann in Dünkirchen gelandet. Churchill schreibt in seinen Memoiren, daß der Einmarsch der Alliierten am 9. Mai 1940 in Belgien erfolgte, und daß die französische 7. Armee unter General Henri Giraud den Vorstoß ins (angeblich neutrale) Holland bis zum Morgen des 11. Mai unternommen hatte.

Der deutsche Gegenangriff erfolgte als „Fall Gelb“ am 10. Mai. Bereits am 13. Mai erreichten die deutschen Truppen die englisch-französisch-belgische Frontlinie Antwerpen-Löwen-Namur-Sedan-Maginotlinie. Am 15. Mai kablete Paul Reynaud, vom 21. März bis 16. Juni 1940 der vorletzte Ministerpräsident Frankreichs, an Churchill: „*Wir sind geschlagen.*“

Die Deutschen hatten erfolgreiche Ablenkungsmanöver durchgeführt, zum einen mit dem Angriff auf die südliche Maginotlinie, zum anderen mit dem erstmaligen Einsatz von Fallschirmjägern. 85 deutsche Soldaten nahmen aus der Luft die gewaltige belgische Festung Eben Emael ein, die den strategisch wichtigen Albert-Kanal bei Maastricht beherrschte. Dabei machten sie 1.100 Gefangene.

Der geniale deutsche „Sichelschnitt“-Plan, der den Durchstoß der beweglichen Panzertruppen über die Maas bei Sedan vorsah, um dadurch die französisch-britischen Verbände in eine Nord- und Südfront zu teilen, war der Zusammenarbeit der Generale von Manstein und Guderian mit Hitler zu verdanken. Um die nördlichen Verbände von allen rückwärtigen Versorgungsstellen abzuschneiden, jagten neun Panzerdivisionen, von Infanterie und 1.000 Flugzeugen unterstützt, über die Maas. Die völlig überraschten

35 Siehe Anhang C!

Franzosen wurden in Richtung Ärmelkanal in die Flucht getrieben und zusammen mit den aus Belgien zurückflutenden englischen Armeen bei Dünkirchen in einem Kessel eingeschlossen.

Sir Liddell Hart schreibt in „The German Generals Talk“, daß Hitler den deutschen Bodenangriff auf Schußweite vor Dünkirchen zum Stillstand brachte, um den Briten die Flucht über den Kanal – unter Zurücklassung aller schweren Waffen – zu ermöglichen. Einen Tag danach, am 24. Mai, erklärte er seinen Generalstäblern von Rundstedt und Blumentritt in einem privaten Gespräch, daß sein Ziel ein Friedensabschluß mit England sei, der ihre Ehre nicht verletzen solle.

Der Münchner Notar Dr. Hans Walberer erinnert sich als Kriegsteilnehmer an den 1. Juni 1940, als er in Nieuport den Abtransport des englischen Expeditionskorps miterlebte und Rudolf Heß fragte, warum die deutsche Heeresleitung dies nicht verhindere. Darauf antwortete Heß: *„Wir wollen doch nicht mit den uns so artverwandten Engländern in Krieg, sondern in Frieden leben. Die Gefangennahme von etwa 300.000 Mann könnte England demütigen und den Friedensschluß erschweren.“*³⁶

Die Regierungen der Niederlande und Belgiens gingen, bis auf König Leopold III., kurz nach Beginn der Kampfhandlungen nach London. Die holländische Armee kapitulierte am 15. Mai, die belgische am 28. Mai. Die Gefangenen beider Länder wurden bald mit der Verpflichtung heimgeschickt, nicht weiter gegen Deutschland zu kämpfen. Viele blieben freiwillig im Reich, wo sie als Gleichberechtigte behandelt wurden und Arbeit fanden.

Die vom 20. bis zum 30. Mai 1940 geführte Flandernschlacht war die bisher erfolgreichste Großschlacht aller Zeiten. Die Zahl der Menschenopfer blieb verhältnismäßig gering, aber über eine Million Gefangene bedeutete das Ende und die Ausschaltung vieler feindlicher Armeen mit ihrem gesamten Kriegsmaterial. Hitler ließ in ganz Deutschland die Kirchenglocken läuten; sie läuteten nicht zuletzt für die 300 deutschen Flieger, die in den Kämpfen um Dünkirchen ihr Leben lassen mußten.

³⁶ Seidl, Dr. jur. Alfred: „Der Fall Rudolf Heß“, Universitas-Verlag, München, 1984.

Die deutschen Armeen schwenkten dann am 5. Juni zur Schlacht um die Maginot-Linie nach Süden. Es gelang ihnen, diese vom Westen her aufzurollen, so wie es Hitler vorausgesagt hatte. Bald war halb Frankreich von der Wehrmacht besetzt. Paris ergab sich am 14. Juni kampfflos.

Am 17. Juni verkündete der 84-jährige Staatschef Marschall Philippe Pétain dem französischen Volk die Kapitulation. Am 22. Juni erfolgte der Waffenstillstand. Am nächsten Morgen fuhr Hitler sehr früh mit dem Architekten und Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt Albert Speer in das noch schlafende Paris. Vor dem Arc de Triomphe stehend, erklärte er: *„Ich bin dem Schicksal dankbar, daß ich diese Stadt sehen durfte, die mich immer fasziniert hat. Ich hatte den Truppen den Befehl gegeben, sie zu schonen, um dieses vielseitige Wunder abendländischer Kultur unbeschädigt für die Nachwelt zu erhalten. Es ist uns gelungen.“*³⁷

Am 24. Juni sagte Hitler zu seinem Architekten Hermann Giesler: *„Ich will den Frieden, ich werde alles daran setzen, um Frieden zu schließen, noch ist es nicht zu spät. Ich werde dabei bis an die Grenze des Möglichen gehen, soweit es die Opfer und die Würde der deutschen Nation zulassen. Ich weiß mir besseres als den Krieg.“*

Hier seien zum Verhalten der deutschen Truppen zwei nicht-deutsche Stimmen erwähnt. Über den ersten Eindruck der deutschen Besetzung schreibt der US-amerikanische Historiker, Journalist und Publizist William L. Shirer, der als Europaberichterstatter und Rundfunkreporter für die „Columbia Broadcasting Berlin“ arbeitete, am 17. Juni 1940, nachdem viele Französinen Paris aus Angst, was die deutsche Armee ihnen antun würde, verlassen hatten: *„Es scheint, die Pariser glaubten wirklich, daß die Deutschen die Frauen vergewaltigen und den Männern noch Schlimmeres antun würden ... Diejenigen, die geblieben sind, sind um so mehr über das korrekte Benehmen der Truppen erstaunt, ... bis jetzt.“* Und das blieb so, wie Philippe Gautier in seinem Buch „La Germanophobie“ bezeugt: *„Die Franzosen erleben disziplinierte Soldaten, die sich anständig benehmen; sie sind höflich, freundlich und zuvorkommend ...“*

37 Gautier, Philippe: „La Germanophobie“, Verlag Editions Déterna, 1997.

Am 22. Juni 1940 wurde der Waffenstillstand mit Frankreich im Wald von Compiègne in demselben Eisenbahnwaggon wie 1918 unterzeichnet. Im Gegensatz zu den damaligen entwürdigenden Umständen für die deutschen Unterlegenen wurden 1940 die französischen Unterhändler mit allen Ehren empfangen. Man hatte ihre Bewegungsfreiheit nicht eingeschränkt. Sie hatten ein Zelt mit Ledersesseln zur Verfügung, und auf dem Tisch stand ein Rosenstrauß. Die maßvollen deutschen Forderungen bestimmten, daß der Norden und Westen Frankreichs bis zur Loire von deutschen Truppen besetzt blieb, der Süden aber unter die Verwaltung der neu gebildeten französischen Regierung mit Sitz in Vichy kam. Somit blieb Frankreich von der Loire bis zum Mittelmeer selbständig. Außerdem wurde ihm ein Hunderttausend-Mann-Heer belassen, zu dem auch eine Luftwaffe gehörte. Die nach Nordafrika geflüchtete Kriegsflotte mußte nicht an Deutschland ausgeliefert werden. Nach Unterzeichnung des Vertrages bat Generaloberst Keitel die Anwesenden, sich zu Ehren der Gefallenen beider Völker zu erheben und wendete sich dann mit den Worten an den französischen General Hunzinger: *„Ich möchte Ihnen als Soldat mein Mitgefühl für den schweren Augenblick aussprechen, den Sie als Franzose soeben erlebt haben.“*

Die britisch-französische Waffenbrüderschaft fand damit offiziell ihr Ende. Zu Grabe getragen aber wurde sie mit dem hundertfachen Geschützfeuer der britischen Flotte, die in Casablanca, Alexandria, Dakar und Mers el-Kébir am 3. Juli 1940 die dort vor Anker liegenden französischen Kriegsschiffe versenkte. 1400 französische Seeleuten fielen diesem englischen Piratenakt zum Opfer.

Am 8. Juli 1940 gab Philippe Pétain, Marshall von Frankreich, ab 10. Juli Ministerpräsident und Oberhaupt des französischen Staates mit Regierungssitz in Vichy, dazu folgende Erklärung ab: *„Unter den herrschenden Bedingungen widerspricht das Unternehmen der englischen Flotte der Ehre. Es war vorsätzlicher Meuchelmord: Kain gegen Abel!“*

Am 19. Juli 1940 erklärte Hitler in seiner Rede vor dem Reichstag: *„In dieser Stunde fühle ich mich verpflichtet, vor meinem Gewissen noch einmal einen Appell an die Vernunft, auch in England zu richten. Ich glaube dies tun zu können, weil ich ja nicht als Besiegter um etwas bitte, sondern nur als Sieger für die Vernunft*

spreche. Ich sehe keinen Grund, der zur Fortsetzung des Kampfes zwingen könnte. Ich bedaure die Opfer, die er fordern wird; auch meinem eigenen Volk möchte ich sie ersparen.“ Eine Stunde später kommt als Antwort Englands ein entschiedenes „Nein“, obwohl es klar war, daß diese uneinsichtige Politik ein ungeheures Blutbad und unermessliche Zerstörungen über die Menschheit bringen mußte. – Nach dem Frankreichfeldzug betrugen die Verluste an Menschen bei weitem noch nicht 1 % der Gesamtverluste des Zweiten Weltkrieges.

Am 17. August 1940 verkündete England die totale Blockade gegen Deutschland.

In seinem Buch „Thoughts and Adventures“ (dt., „Gedanken und Abenteuer“), 1932, bringt Winston Churchill, im Rückblick auf 1914-1918, einen bereits sieben Jahre zuvor geschriebenen Artikel ein, der besagt: *„Alles, was in den vier Jahren des Weltkrieges geschah, war nur ein Vorspiel dessen, was das fünfte Jahr gebracht hätte. Die Schlacht von 1919 hätte eine erheblich größere Gewalt der Zerstörungen mit sich gebracht. Tausende von Flugzeugen würden die deutschen Städte in Schutt und Asche gebombt haben. Diese Schlacht von 1919 ist nie gefochten worden, aber die Ideen dazu leben weiter. Der Tod steht bereit, er wartet nur auf ein Kommando. Vielleicht wird es das nächste Mal darum gehen, Frauen und Kinder oder die ganze Zivilbevölkerung zu töten ...“*

Daß diese Ideen weiter lebten, bestätigt J. M. Spaight, Erster Ministerialsekretär des britischen Luftwaffenministeriums, in seinem Buch „Bombing Vindicated“. Die folgenden Passagen des Buches, die das englische Denken und Handeln der damaligen Zeit wiedergeben, sind auch in dem 1948 erschienenen Buch „Advance to Barbarism“ (dt., „Vorwärts in die Barbarei“) von F. J. P. Veale erwähnt.

„Wir in England hatten ein Bomber-Kommando organisiert. Der ganze Raison d'être (dt., Grund für; d. A.) jenes Bomber-Kommandos war, Deutschland zu bombardieren, sollte es unser Feind werden“.

„Die riesigen, viermotorigen Bomber, die heute das Herz des industriellen Deutschland herausreißen, gehen in ihrer Entstehung auf einen geistreichen Einfall britischer Experten im Jahre 1936 zurück, während Deutschland nur in Richtung

von Kurzstreckenbomben und vor allem an Sturzkampfbomber dachte, die mit seiner schlagkräftigen, mechanisierten Armee eingesetzt werden konnten.“

„Vielleicht gab Hitlers berühmte Intuition ihm ein Gefühl der letztendlichen Bedeutung dessen, was England 1935-36 zu tun begann. Er erwähnte seine persönliche Besorgnis über das Thema des Fernbombardements gegenüber Mr. Edward Price Bell, dem bekannten Pressekorrespondenten, daß schnelle Langstreckenbomber den europäischen Großstädten ungeheuren Schaden zufügen könnten ... 1935 und 1936 machte er Vorschläge, Bombardements außerhalb von Kampfgebieten zu verbieten.“

Obwohl man nicht darauf einging, scheint England doch Bedenken gehegt zu haben.

Spaight hierzu: *„Weil wir im Zweifel über den psychologischen Effekt der propagandistischen Entstellung der Wahrheit waren – nämlich daß wir es waren, die die strategische Bombenoffensive begonnen hatten –, sind wir davor zurückgeschreckt, unserer großartigen Entscheidung vom Mai 1940 die Publizität zu geben, die sie verdient hätte. Das war gewiß ein Fehler. Es war eine glänzende Entscheidung.“*

Das ist sehr aufschlußreich, denn bei A. H. M. Ramsay lesen wir in „The Nameless War“ (dt., „Der namenlose Krieg“) 1952, daß er als Abgeordneter des Parlaments im Februar 1940 zweimal die Anfrage nach den Prinzipien der Bombardierungen gestellt habe, und daß ihm einmal sogar Chamberlain persönlich versichert habe, daß England niemals dazu übergehen werde, Frauen und Kinder oder andere Zivilisten in Terroraktion anzugreifen. Mit dem Regierungsantritt Churchills am 10. Mai 1940 änderte sich das grundlegend. Es begann der sich zunehmend verschärfende Bombenkrieg Englands gegen die Zivilbevölkerung.

Am 23. Mai 1940 wurden übrigens viele Hunderte von Engländern plötzlich unter der Defence Regulation 18B als „staatsgefährdend“ verhaftet und für die Dauer des Krieges eingekerkert. Betroffen davon waren meist Patrioten wie Captain A. H. M. Ramsay (wegen seiner anti-kommunistischen Einstellung) oder Sir Oswald Mosley (wegen seiner faschistischen Einstellung).

Obwohl die deutsche Luftwaffe sich streng an Hitlers Befehl hielt, keine Landziele in England zu bombardieren, griffen englische Bomber nun auch die Reichshauptstadt an und verursachten größere Schäden z. B. im Wilhelmstraßenviertel. Weitere Angriffe auf Berlin folgten im Sommer 1940. Nachdem Hitler bereits mehrmals gewarnt hatte, sagte er am 4. September 1940 bei der Eröffnung des Winterhilfswerkes: *„Sie kommen in der Nacht ... werfen ihre Bomben wahllos und planlos auf zivile Wohnviertel ... Ich habe das drei Monate nicht beantworten lassen in der Meinung, sie würden diesen Unfug einstellen ... Sie werden verstehen, daß wir nun Nacht für Nacht Antwort geben, und zwar in steigendem Maße.“*³⁸

So begannen die Vergeltungsangriffe auf London und spezielle englische Industrie-, Hafen- und Versorgungsanlagen, z. B. auf Industriestädte wie die Rüstungsschmiede Coventry (15. November 1940), die noch heute einseitig-propagandistisch im Geschichtsunterricht und in den Medien als Barbarei der Deutschen dargestellt werden.

Der britische Militärhistoriker Sir Liddell Hart aber schreibt dazu: *„Die Deutschen waren vollkommen berechtigt, diese Angriffe als Repressalien zu bezeichnen, zumal sie vor unserem sechsten Angriff auf Berlin erklärt hatten, daß sie zu einer solchen Handlungsweise übergehen würden, falls wir unsere Nachtangriffe auf Berlin nicht einstellen würden.“*

Am 5. November 1940 wurde Franklin D. Roosevelt erneut zum Präsidenten der USA gewählt, im Vertrauen auf seine Wahlversprechung: *„Und während ich zu euch Vätern und Müttern spreche, gebe ich euch eine nochmalige Zusage. Ich habe es bereits gesagt, und ich werde es wieder und wieder sagen, eure Männer und Söhne werden nicht in irgendwelche überseeischen Kriege gesandt werden, es sei denn, wir werden angegriffen.“* Zu Churchill hatte er sich aber so geäußert: *„Vielleicht werde ich keinen Krieg erklären, aber ich werde ihn führen.“*³⁹

38 Czesany, Maximilian: „Allierter Bombenterror – Der Luftkrieg gegen Europas Zivilbevölkerung“ (Fußnote 30).

39 Artikel (Interview von Colonel Curtis Dall) „The Warlords of Washington“ (dt., „Die Kriegsherren von Washington“), in: *National Educator*, 1971.

Auf der Grundlage der „Cash & Carry“-Klausel⁴⁰, hatte England bereits von Ende 1939 bis Anfang 1941 50 Zerstörer und zahlreiches anderes Kriegsmaterial von den „neutralen“ USA erhalten.

Am 7. November 1940 wurde der US-Amerikaner Tyler Kent zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, weil er – in London mit der Entschlüsselung der Funksprüche aus Washington beauftragt – von September 1939 bis Mai 1940 Kopien von dem geheimen Telegrammwechsel zwischen Roosevelt und Churchill gemacht hatte, woraus deren kriegstreiberische Absprachen ersichtlich waren. Vermutlich wollte Kent diese zu gegebener Zeit an den US-Kongreß weiterleiten. Sie wurden bei einer Hausdurchsuchung entdeckt. Kent wurde auf Lebzeiten zum Schweigen verpflichtet. Er starb 1988 völlig verarmt in einer Wohnwagensiedlung in Texas.



Franklin Delano Roosevelt (30. Januar 1882 in Hyde Park, New York; † 12. April 1945 in Warm Springs, Georgia) war von 1933 bis zu seinem Tode der 32. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.*

Der Demokrat arbeitete hinter den Kulissen zusammen mit seinen Kumpanen in London, Paris und Warschau seit Mitte der dreißiger Jahre zielgerichtet auf den Krieg gegen das Deutsche Reich hin.

Im November 1940 unternahm die deutsche Reichsregierung weitere Initiativen, um ein Ende des Krieges herbeizuführen. Am 12./13. November war der sowjetische Außenminister Molotow auf Einladung der Reichsregierung in Berlin, wo Hitler einen Beitritt der UdSSR zum Dreimächtepakt vorschlug.

⁴⁰ Waffen und Kriegsmaterial an jeden, der sofort bei Abnahme bezahlt; ein 1937 unter Roosevelt verabschiedetes Gesetz zur umwälzenden Neubestimmung der amerikanischen Neutralität.

Sowjet-Rußland war durch Churchill im Juni 1940 neuerlich zur Zusammenarbeit gegen Deutschland animiert worden, wobei große Zugeständnisse für eine sowjetische Expansion nach Westen in Aussicht gestellt wurden. Derart ermutigt, forderte Molotow im Auftrag Stalins als Voraussetzung zu einem sowjetischen Beitritt das deutsche Einverständnis zu einer sowjetischen Oberhoheit über ganz Finnland und die baltischen Staaten, die Südbukowina, über Bulgarien, Rumänien und die Türkei mit Zugang zum Bosphorus und den Dardanellen. Das konnte von Deutschland nicht akzeptiert werden.

Damit wäre nicht nur Verrat an der Eigenstaatlichkeit der betroffenen Länder geübt worden, sondern es wären auch dem, als Gefahr für die ganze westliche Welt und Kultur erkannten, Bolschewismus durch „friedliche Landnahme“ Tür und Tor geöffnet worden. Verschärft wurde die Diskrepanz der angestrebten machtpolitischen und ideologischen Ziele noch durch die offizielle Antwort aus Moskau am 26. November, worin zusätzlich freie Hand für Rußland in Richtung des Persischen Golfs und des Arabischen Meers gefordert wurde. Die deutsche Reichsregierung sah das mit Recht als einen Bruch des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes, in dem die jeweiligen Interessensgebiete festgelegt worden waren.

Am 14. November 1940 übermittelte der päpstliche Nuntius dem britischen Botschafter in Lissabon, Sir Samuel Hoare, ein umfassendes deutsches Friedensangebot mit der Anmerkung, daß der Papst dieses unterstütze. Aus den im Jahre 2003 vorgelegten Untersuchungen des britischen Historikers Martin Allen geht hervor, daß Hitler darin anbot, die deutschen Truppen aus Norwegen, Holland, Belgien und Frankreich zurückzuziehen und sogar die dort angerichteten Kriegsschäden wieder gutzumachen (sic!). Auch sollte ein souveräner polnischer Staat entstehen. Des weiteren sollte eine allgemeine Verringerung der Rüstung nach Abschaffung aller Angriffswaffen durchgeführt werden.

Am 10. Juni 1940, gegen Ende des Frankreichfeldzuges, war Italien noch schnell in den Krieg gegen Frankreich eingetreten, um einige Stücke des französischen Kuchens abzubekommen. Bei den Friedensverhandlungen stellte es Gebietsansprüche auf Savoyen, Nizza und Korsika, die aber keine Berücksichtigung fanden.

7.5. Afrika

Im September 1940 gelang es Italien mit einem überraschenden Handstreich vom italienischen Teil Somalias aus, den nordöstlich gelegenen, englischen Teil des Landes zu besetzen. Zur gleichen Zeit stießen italienische Truppen aus der damals italienischen Kolonie Libyen nach Ägypten vor, das trotz des englisch-ägyptischen Vertrages von 1936 noch immer nicht von den Engländern geräumt worden war. Nach anfänglichen Erfolgen der Italiener wurden diese im Dezember 1940 unter schweren Verlusten zurückgedrängt, wodurch die Cyrenaika von den Engländern erobert wurde. Italien bat nun Deutschland zufolge des Dreimächtepaktes, der am 27. September 1940 zwischen Deutschland, Italien und Japan geschlossen worden war, um Waffenhilfe.

Im Januar 1941 wurde daraufhin unter Führung von General Erwin Rommel, der sich bereits im Frankreichfeldzug ausgezeichnet hatte, das Deutsche Afrika-Korps aufgestellt. Bereits Mitte Februar gingen die ersten deutschen Truppen in Tripolis an Land. Bis Mitte April war nach den Panzerschlachten von Bengasi, Tobruk und Sollum die Cyrenaika zurückerobert. Nicht aufgehalten werden konnte die im März/Mai 1941 erfolgende Rückeroberung Abessinians durch die Engländer.

7.6. Balkan

Nachdem Albanien bereits seit 1928 von Italien wirtschaftlich abhängig gewesen war, wurden ab April 1939 auch italienische Truppen dort stationiert. Am 28. Oktober 1940 hatte Mussolini, entgegen deutschen Warnungen, von Albanien aus einen Angriff auf Griechenland unternommen, um den Engländern zuvorzukommen, die sich bereits in Kreta festzusetzen begannen. Dieser Angriff endete mit einem Fiasko; die italienischen Truppen wurden von den Griechen bis weit hinter die albanische Grenze zurückgedrängt. Die deutschen Bemühungen richteten sich auf eine friedliche Bindung der Balkanstaaten. So waren Ungarn, Rumänien und die Slowakei Ende November 1940 dem Dreimächtepakt beigetreten, im März 1941 folgten Bulgarien und Jugoslawien und im Juni 1941 Kroatien.

Am 27. März 1941, kurz nach Jugoslawiens Beitritt, kam es jedoch auf Berteiben Moskaus zu einem Militärputsch in Belgrad, durch den die achsenfreundliche Regierung gestürzt und durch eine sowjetfreundliche ersetzt wurde. Diese anti-deutsche Politik wurde am 5. April 1941 durch einen Freundschafts- und Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien untermauert. Um einer Einkreisung vom Südosten zuvorzukommen und die Lage auf dem Balkan zu stabilisieren, sah sich Deutschland gezwungen, am 6. April 1941 militärisch in Jugoslawien einzugreifen, ebenso wie in der Folge in Griechenland, wo stellenweise die Engländer bereits gelandet waren.

Die Kroaten empfingen die Deutschen als Befreier von serbischer Unterdrückung und erklärten Kroatien am 10. April 1941 zum selbständigen Staat. Gleichzeitig sagten sich die bulgarischen, ungarischen und italienischen Minderheiten von Belgrad los, was zur Auflösung des durch die Pariser Vorortverträge künstlich zusammengefügt jugoslawischen, von Serben dominierten Staates führte.

Am 17. April 1941 kapitulierte Jugoslawien, am 23. April 1941 auch Griechenland. Bis zum 27. April war das griechische Festland mit Athen in deutscher Hand. Das gelandete englisch-neuseeländisch-australische Expeditionskorps konnte gerade noch auf die Schiffe flüchten und sich nach Kreta und Malta absetzen. Die deutschen Truppen wurden von der Bevölkerung überall neugierig und teils freundlich begrüßt. Die griechische Stadt Grevena richtete am 2. Mai ein Schreiben an die Reichsregierung in Berlin, worin sie ihre „*...tiefste und aufrichtigste Dankbarkeit zum Ausdruck brachte, für das tadellose und freundliche Verhalten, das die deutschen Truppen gegen das waffenlose Volk gezeigt haben*“.

Dagegen bildete sich in Bosnien eine kommunistische Partisanenbewegung unter Tito (Josip Broz), die von der Sowjetunion unterstützt wurde, zunächst aber noch wenig ins Gewicht fiel.

Um die Insel Kreta einzunehmen, die als englischer Flottenstützpunkt den deutschen Nachschub nach Nordafrika sehr behinderte, wurde am 20. Mai 1941 die bisher größte Luftlandung mit 20.000 Fallschirmjägern unternommen. Schon nach zwei Tagen befanden sich einige Häfen in deutscher

Hand, so daß Panzer und Artillerie mit Schiffen gelandet werden konnten. Am 31. Mai 1941 kapitulierten die Engländer. Wegen der hohen Verluste der Fallschirmjäger (mehr als 10 %) untersagte Adolf Hitler deren weiteren Einsatz. Es wurde daher nicht versucht, die starken Befestigungen Maltas von der Luft aus einzunehmen. Sie wurden jedoch schweren Bombenangriffen ausgesetzt, um ihren strategischer Wert zu schwächen.

Inzwischen hatte Rudolf Heß am 10. Mai 1941 im Auftrag der Reichsregierung, mit außerordentlichen Vollmachten versehen, seinen einsamen Friedensflug nach England angetreten. Es schien, daß damit – allen verfügbaren Quellen zufolge – solide Aussichten auf einen Friedensschluß mit England verbunden waren.

Bereits nach Beendigung der Kampfhandlungen in Frankreich hatte R. A. Butler, Unterstaatssekretär des Außenministers Lord Halifax, nach Berlin telegraphieren lassen, daß „gesunder Menschenverstand und nicht Draufgängertum“ gebiete, daß Großbritannien verhandele, statt Hitler zu bekämpfen. Dieser Ansicht waren auch der Herzog von Windsor und andere Mitglieder der königlichen Familie. Es hieß, daß führende Mitglieder des Kriegskabinetts Churchill als „Lückenfüller“ betrachteten, der als Premier gestürzt und abgelöst werden sollte, sobald Hitler ein Friedensangebot zur Erhaltung des Empire unterbreitet hätte. Daß diese Meldungen durch den englischen Geheimdienst für politische Kriegsführung zur bewußten Irreführung der Reichsregierung ausgeweitet wurden, scheint nach den von Martin Allen gefundenen Unterlagen sehr wahrscheinlich. Die Akten über Plan und Ausführung dieser Intrige werden noch heute, mehr als 70 Jahre später, von der britischen Regierung unter Verschuß gehalten (derzeit bis 2017). Wie aus Spaight's Buch „Bombing Vindicated“ hervorgeht, wollte England durch die Andeutung von Friedensbereitschaft Zeit gewinnen, um das Arsenal seiner Bomberflotte weiter zu vergrößern.

Lord Hamilton, der 1938 als Gast Hitlers auf dem Obersalzberg weilte, galt als zuverlässiger Freund Deutschlands. In der Nähe seines Schlosses in Schottland sprang Rudolf Heß als Parlamentär unter Lebensgefahr mit dem Fallschirm ab. Aber statt die Friedensvorschläge des Reiches unterbreiten zu dürfen, wurde er völkerrechtswidrig vom englischen Geheimdienst verhaftet, in

Nürnberg angeklagt und entgegen allen Gesetzen kriegsrechtlicher Tradition und Menschlichkeit bis zu seinem Tod durch Strangulation, 46 Jahre später, im Gefängnis von Spandau unter strengstem Gewahrsam gefangengehalten. Nach Allen setzte die deutsche Luftwaffe 18 Tage nach dem Heiß-Flug drei Agenten ab. Sie sollten den Verbleib von Heiß feststellen und versuchen, ihn auf jede erdenkliche Art zu befreien. Sie wurden jedoch entdeckt, gefangen genommen und im Tower hingerichtet, da sie „verstockt“ blieben.

Der von geschichtsbewußten Briten in Schottland am Ort der Landung errichtete Gedenkstein, als Ehrung für den Träger der ehrlichen Friedensbotschaft Deutschlands, wurde am 19. November 1993 von Mitgliedern der ANL (Anti-Nazi-League) völlig zerstört.

7.7. Hetze

Kurz nach dem Heiß-Flug gab der jüdische Präsident der Amerikanischen Friedensgesellschaft, Theodore N. Kaufman, sein Handbuch zum Völkermord „Germany must perish“ (dt., „Deutschland muß verenden“) heraus. Die USA befanden sich noch nicht im offiziellen Kriegszustand mit Deutschland.

Kaufman beginnt sein Buch wie folgt: „Der heutige Krieg ist kein Krieg gegen Adolf Hitler. Er ist auch kein Krieg gegen die Nazis. Er ist ein Krieg Volk gegen Volk; ein Krieg zivilisierter Menschen, denen das Licht vorschwebt, gegen unzivilisierte Barbaren, die am Dunkeln festhalten. Er ist ein Krieg der Menschen der Nationen, die hoffnungsvoll vorwärts branden in eine neue und bessere Entwicklungsstufe des Lebens, gedrängt in den Widerstand gegen die Menschen, die begeistert in die Zeiten dunkelsten Mittelalters zurückfallen. Es ist ein Kampf zwischen der deutschen Nation und der Menschheit. Für diesen deutschen Krieg kann Hitler nicht mehr verantwortlich gemacht werden als der Kaiser für den vorigen, oder Bismarck für den vor dem Kaiser. Diese Männer waren weder die Urheber noch die Führer dieser Kriege Deutschlands gegen die ganze Welt. Sie spiegelten nur die jahrhundertealte, angeborene Lust der deutschen Nation für Eroberungen und Massenmord wider.“

„Dieses Mal hat Deutschland einen totalen Krieg über die Welt gebracht“, schreibt Kaufman, der geistige Großvater Daniel Goldhagens (Stichwort:

„Mördergen“), weiter. Wie gesagt, Kaufman schrieb diese Abgeschmacktheiten vor dem US-amerikanischen Kriegseintritt und vor Beginn des Russlandfeldzuges. Wußte er etwa schon über die zukünftige Entwicklung Bescheid?

„Deshalb muß Deutschland sich darauf vorbereiten, eine totale Strafe zu erdulden. Und da gibt es nur eine, eine einzige Strafe: das Deutsche Volk muß für immer vollständig ausgelöscht werden, und das nicht nur theoretisch, sondern wirklich und wahrhaftig!“

Auf den Seiten 86 bis 91 legt Kaufman dann den Plan des Völkermordes an Deutschland genau fest. Er findet, daß eine Sterilisierung der fortpflanzungsfähigen etwa 48 Millionen Deutschen in etwa drei Monaten durchgeführt werden könnte, wenn etwa 20.000 Ärzte aus verschiedenen Nationen dafür herangezogen würden. Die dann noch nicht erfaßten Frauen und Kinder könnten in den nächsten drei Jahren nachsterilisiert werden. Wörtlich heißt es weiter: *„So wird innerhalb von zwei Geschlechtern dasjenige zur vollendeten Tatsache werden, was sonst Millionen Menschenleben und jahrhundertelange Anstrengungen gekostet hätte, nämlich die Auslöschung des Deutschtums und seiner Träger. Mangels der Möglichkeit, sich weiter fortzupflanzen, wird der deutsche Wille durch Verkümmern sterben und Deutschlands Macht zu einer quantité négligeable (dt., Größe, die nicht berücksichtigt zu werden braucht; d. A.) herabsinken.“*

Die Höhepunkte dieser Haßliteratur finden sich auf Seite 16: *„Der Vergleich des deutschen Volkes mit wilden Bestien ist keineswegs ein pöbelhafter. Ich empfinde für diese Menschen keinen größeren Haß, als ich einem Rudel wilder Tiere oder einem Knäuel giftiger Reptilien entgegenbringe. Man kann keine Wesen hassen, deren Seele keine Wärme ausstrahlt. ... Die Deutschen haben das Verlangen verloren, menschliche Wesen zu sein. Sie sind nichts anderes als Bestien. Sie müssen als solche behandelt werden. ... und brauchen auch keinen eigenen Lebensraum mehr.“*

Kaufman schließt sich mit dieser Ausrottungs-Idee alles Deutschen dem Gedankengang von Walther Rathenau an, der in einem Brief vom 6. Februar 1920 an Frankreich den Rat gab: *„Frankreich ist heute politisch sehr stark:*

*Durch eine große und siegreiche Armee und durch mächtige Bündnisse. Aber auch wenn die Bündnisse fünfhundert Jahre lang mit Italien, England, Amerika standhalten, ohne sich auch nur einen Augenblick zu lockern, wird jeder weitsichtige Mensch Frankreich dennoch nur einen Rat geben können: Verlaßt Euch nicht darauf! Vernichtet Deutschland im eigentlichen Sinne, tötet seine Menschen, besiedelt das Land mit anderen Völkern...*⁴¹

In dem Buch „Entente-Freimaurerei & Weltkrieg“ von Karl Heise lesen wir auf S. 56 von bereits 1911 anlaufenden, geheimen Kriegsvorbereitungen zwischen britischen, belgischen, französischen und russischen Militärdelegierten, die der Zertrümmerung des Deutschen Reiches galten.

Sir Robert Vansittart, die graue Eminenz im britischen Außenministerium, beschreibt die Deutschen als seelenlose Mordroboter, in der genetisch die Lust zum Töten, Rauben und Vergewaltigen angelegt sei. Er schreibt in „Black Record B – Germany’s Past and Present“ 2000 Jahre deutscher Geschichte von Tacitus bis Hitler zum Verbrecheralbum um und verbot intern seinen Diplomaten, auf deutsche Friedensverhandlungen einzugehen. Bereits 1940 entwickelte er seine Vorstellungen vom Kriegsende. Deutschland solle zerteilt, entwaffnet, kriminalisiert, gebrochen, ausgeplündert und helotisiert werden.⁴²

41 „Brief an Frankreich“, 6. Februar 1920. Zit. in: „Nachgelassene Schriften“, Bd. 1, S. 113-116.

42 Rose, Dr. Olaf: „Der Hetzer – Lord Vansittart und die britische Kriegspropaganda gegen Deutschland 1939-1945“, Druffel- & Vowinckel-Verlag, Inning, 2004.

8. Der Zweite Weltkrieg 1941 bis 1945

8.1. Sowjetunion

Im Mai/Juni 1941 wurden der Reichsregierung durch den Funkhorchdienst und die Luftaufklärung die Bewegungen der Roten Armee hin zu Angriffstellungen an der deutschen Ostgrenze verstärkt gemeldet. Das löste am 22. Juni 1941 den deutschen Präventivkrieg, die „Operation Barbarossa“, aus. Finnland, Ungarn, Rumänien und die Slowakei schloßen sich dem deutschen Angriff an, der schon nach wenigen Tagen in den sowjetischen Aufmarsch hineinstieß.

Dazu der englische Historiker A. J. P. Taylor: *„Es ist über jeden Zweifel erhaben, daß er (Hitler; d. A.) den Krieg 1941 nur aus präventiven Gründen ausweitete.“*

Nach Meinung des deutschfeindlichen Dr. Edvard Beneš – dies wurde 1949 von dem Wirtschaftshistoriker Prof. Dr. H.-J. Seraphim mitgeteilt – hatte Hitler das sowjetische Spiel durchschaut, nämlich 1939 durch den Nichtangriffspakt mit Deutschland Zeit zu gewinnen, um erst später, wenn die kämpfenden Parteien geschwächt wären, in den Krieg einzutreten, um dann die Weltrevolution weiterzuführen.

Der ehemalige sowjetische Nachrichtendienststoffizier Wladimir Bogdanowitsch Resun, alias Victor Suworow, kurz nach dem Zweiten Weltkrieg geboren, seit 1978 im politischen Asyl lebend, wurde durch seine Bücher „Der Eisbrecher“, „Der Tag M“, „Die letzte Republik“ und



Viktor Suworow (recte: Wladimir Bogdanowitsch Resun; geb. 1947). Der ehemalige sowjetische Nachrichtendienstler ist seit 1985 als Autor von Büchern zu den Angriffskriegsabsichten der UdSSR im Juni oder Juli 1941 bekannt geworden. Er gilt als ein Hauptvertreter der Präventivkriegsthese.

„Stalins verhinderter Erstschlag“ weltweit bekannt. Er schreibt als Résumé:
„Der gewaltige Opfergang Deutschlands und der anderen Achsenmächte haben es verhindert, daß die Rote Armee ihr Rotes Banner auch über Paris, Amsterdam, Kopenhagen, Rom, Stockholm und womöglich auch über London hissen konnte. Stalin wollte Europa überwältigen, also nicht nur Deutschland, das ist die historische revisionistische Dimension.“

Am 12. Juli 1941 schlossen England und die UdSSR ein offenes Bündnis, die englische Garantieerklärung an Polen mißachtend, das zu großen Teilen sowjetisch besetzt war. In einem geheimen Zusatzprotokoll wurde den Forderungen der Sowjetunion in Bezug auf deren Interessen vom Balkan bis Finnland stattgegeben. Eben diese Forderungen hatte Deutschland beim Molotow-Besuch in Berlin im November 1940 strikt abgelehnt. Die Engländer erfüllten sie nun skrupellos – nicht einmal zwei Jahre später.

Die auf der Grundlage der Leih-und-Pacht-Gesetzgebung ablaufenden Lieferungen von riesigen Mengen an Kriegsmaterial durch die „neutralen“ USA gingen zunächst nach Großbritannien und in dessen asiatische und mittel-östliche Besitzungen. Sofort nach dem deutschen Angriff vom 22. 6. 1941 lieferten die Amerikaner über die sowjetischen Häfen von Murmansk und Archangelsk Lastwagen, Benzin, Weizen, P-40-Kampfflugzeuge und vieles anderes mehr.

Am 14. August 1941 fand auf der HMS „Prince of Wales“ in der Placentia Bay vor Neufundland die Atlantik-Konferenz statt, zu der Churchill von Roosevelt eingeladen wurde. In der „Atlantik-Charta“ wurde festgelegt, daß nach Kriegsende die „Neue Weltordnung“ folgendes garantieren werde:

- Ablehnung von Gebietserweiterungen,
- freie Entscheidung der Völker über ihre Regierungsformen,
- Freiheit der Meere und freier Handel für alle Völker,
- Ablehnung des Krieges als Mittel internationaler Politik.

All das erinnert sehr an Wilsons 14 Punkte aus dem Jahre 1917, an die sich dann allerdings keiner der Sieger gehalten hat.

Churchill mag erkannt haben, daß damit auch die Auflösung des Britischen Weltreiches eingeläutet wurde. Wegen der bereits sehr hohen Kriegsschuldung Englands blieb ihm jedoch keine andere Wahl, als die Charta mitzuunterzeichnen.

An der Ostfront, auf einer Länge von 1.300 km zwischen der Memel und dem Schwarzen Meer, gelang es der deutschen Wehrmacht, die nicht auf Abwehr sondern auf den eigenen Angriff vorbereiteten sowjetischen Einheiten in großen Kesselschlachten einzukreisen, wie bei Bialystok, Minsk und weiter südlich bei Uman in der Ukraine. Bis Ende August waren im Norden die drei baltischen Staaten befreit, am 8. September Leningrad eingeschlossen, am 20. September die Kesselschlacht bei Kiew gewonnen. Anfang Oktober wurden weitere Sowjetarmeen bei Wjasma-Brjansk und Orel besiegt. Die Deutschen standen dicht vor Moskau, auf der Krim und am Asowschen Meer und hatten in den großen Schlachten über vier Millionen Gefangene gemacht.

In weiten Kreisen der Sowjetunion, vor allem in der Ukraine, wurden die Deutschen als Befreier vom Bolschewismus begrüßt. Die Wehrmacht hatte strikte Befehle von der Heeresführung, sich korrekt zu verhalten; z. B. „*Vermeide Überheblichkeit!*“, „*Achte die russischen Frauen und Mädchen grundsätzlich so wie die deutschen Frauen und Mädchen!*“

Der erhoffte und in greifbarer Nähe erscheinende Sieg wurde durch eine unerwartete, frühzeitige Kältewelle vereitelt, die in der ersten Oktoberhälfte die deutschen Armeen im Norden und in der Mitte der Ostfront zum vorläufigen Stillstand brachte. Die Temperaturen fielen bis auf -20 Grad Celsius. Zehntausende deutscher Soldaten erlitten Erfrierungen. Die Kühlsysteme der Panzer erstarrten und machten sie unbeweglich.

Obwohl dieses Naturereignis den Sowjets eine entscheidende Atempause brachte, war der deutsche Aufmarsch so schnell und erfolgreich verlaufen, daß Stalin zu einem teuflischen Plan griff, um die Bevölkerung gegen die Deutschen in Rage zu bringen. Am 17. November 1941 erließ er den Befehl Nr. 0428, auch genannt „Fackelmänner-Befehl“, der folgendes besagte: „*Alle Siedlungsgebiete, an denen sich deutsche Truppen befinden, sind auf 40 bis 60 Kilometer ab der Hauptkampflinie in die Tiefe zu zerstören und in Brand*

zu setzen, 20 bis 30 Kilometer nach rechts und links von den Wegen. Zur Vernichtung der Siedlungspunkte im angegebenen Radius ist die Luftwaffe hinzuzuziehen, sind Artillerie- und Granatwerferfeuer großflächig zu nutzen, ebenso die Kommandos der Aufklärung, Skiläufer und Partisanen-Divisionsgruppen, die mit Brennstoffflaschen ausgerüstet sind.

Die Jagdkommandos sollen überwiegend aus Beutebeständen in Uniformen des deutschen Heeres und der Waffen-SS eingekleidet die Vernichtungsaktion ausführen. Das schürt den Haß auf die faschistischen Besatzer und erleichtert die Anwerbung von Partisanen im Hinterland der Faschisten. Es ist darauf zu achten, daß Überlebende zurückbleiben, die über ‚deutsche Greuelthaten‘ berichten können. Zu diesem Zweck sind in jedem Regiment Jagdkommandos zu bilden in Stärke von 20 bis 30 Mann, mit der Aufgabe, Sprengung und Inbrandsetzung der Siedlungspunkte durchzuführen. Es müssen mutige Kämpfer für diese Aktionen der Vernichtung von Siedlungspunkten ausgewählt werden. Besonders jene, die hinter den deutschen Linien in gegnerischen Uniformen Siedlungspunkte vernichten, sind zu Ordensverleihungen vorzuschlagen. In der Bevölkerung ist zu verbreiten, daß die Deutschen die Dörfer und Ortschaften in Brand setzen, um die Partisanen zu bestrafen.⁴³

Ganz im Gegensatz zu diesem unmenschlichen Befehl, der zu Mord und Totschlag aufrief – sogar der eigenen Bevölkerung –, stehen die „10 Gebote für die Kriegsführung des deutschen Soldaten“, die jeder Soldat in seinem Soldbuch mit sich führte.

„1. Der deutsche Soldat kämpft ritterlich für den Sieg seines Volkes. Grausamkeiten und nutzlose Zerstörung sind seiner unwürdig.

2. Der Kämpfer muß uniformiert sein oder mit einem besonders eingeführten, weithin sichtbaren Abzeichen versehen sein. Kämpfen in Zivilkleidung ohne ein solches Abzeichen ist verboten.

3. Es darf kein Gegner getötet werden, der sich ergibt, auch nicht der Freischärler und der Spion. Diebe erhalten ihre gerechte Strafe durch die Gerichte.

43 Archiv Serie 429, Rolle 461, Generalstab des Heeres, Abtlg. Fremde Heere Ost II H 3/70 Fr 6439568. Lagerstätte: Nationalarchiv Washington, D.C.

4. Kriegsgefangene dürfen nicht mißhandelt oder beleidigt werden. Waffen, Pläne und Aufzeichnungen sind abzunehmen. Von ihrer Habe darf sonst nichts abgenommen werden.

5. Dum-Dum-Geschosse sind verboten. Geschosse dürfen auch nicht in solche umgestaltet werden.

6. Das Rote Kreuz ist unverletzlich. Verwundete Gegner sind menschlich zu behandeln. Sanitätspersonal und Feldgeistliche dürfen in ihrer ärztlichen bzw. seelsorgerischen Tätigkeiten nicht gehindert werden.

7. Die Zivilbevölkerung ist unverletzlich. Der Soldat darf nicht plündern oder mutwillig zerstören. Geschichtliche Denkmäler und Gebäude, die dem Gottesdienst, der Kunst, Wissenschaft oder der Wohltätigkeit dienen, sind besonders zu achten. Natural- und Dienstleistungen von der Bevölkerung dürfen nur auf Befehl von Vorgesetzten gegen Entschädigung beansprucht werden.

8. Neutrales Gebiet darf weder durch Betreten oder Überfliegen noch durch Beschießen in die Kriegshandlungen einbezogen werden.

9. Gerät ein deutscher Soldat in Gefangenschaft, so muß er auf Befragen seinen Namen und Dienstgrad angeben. Unter keinen Umständen darf er über Zugehörigkeit zu seinem Truppenteil und über militärische, politische und wirtschaftliche Verhältnisse auf der deutschen Seite aussagen. Weder durch Versprechungen noch durch Drohungen darf er sich dazu verleiten lassen.

10. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Befehle in Dienstsachen sind strafbar. Verstöße des Feindes gegen die unter 1-8 aufgeführten Grundsätze sind zu melden. Vergeltungsmaßnahmen sind nur auf Befehl der höheren Truppenführung zulässig.“

Mein Mann, der an der Westfront eingesetzt war, erzählte mir nach Kriegsende, daß Übertretungen dieser Vorschriften schwer bestraft wurden. Selbst für einen Hühnerdiebstahl gab es Knast, und die Vergewaltigung eines Mädchens des besetzten Landes zog die Todesstrafe nach sich.

8.2. USA

„The War Lords of Washington“ mit dem Untertitel „Secrets of Pearl Harbor“ ist der Name der Aufzeichnung eines Interviews, das Colonel Curtis Dall, ehemaliger Schwiegersohn Franklin D. Roosevelts, dem Reporter des *National Educator*, Anthony Hilder, im Jahr 1971 gab. Curtis Dall deckte darin die Hintergründe auf, die zum japanischen Angriff auf Pearl Harbor führten. Erneut wird das Versprechen Roosevelts zitiert, womit er seinen Wählern im Herbst 1940 vorgaukelte, daß er kein US-amerikanisches Kontingent in einen Krieg auf fremder Erde senden werde – es sei denn, *„wir werden angegriffen“*.

Hitler hatte ihm diesen Gefallen bisher nicht getan, selbst nicht, nachdem am 11. März 1941 die „Cash & Carry“-Klausel durch das Leih-und-Pacht-Gesetz abgelöst wurde, das die USA nun ermächtigte, Kriegsmaterialien an befreundete Nationen zu liefern, ohne daß diese sofort bezahlt werden mußten. Die gesamte US-Industrie war inzwischen auf Kriegsproduktion umgestellt. Ihre Erzeugnisse wurden bereits an allen Fronten gegen das Deutsche Reich eingesetzt, was im Effekt einem Kriegseintritt der USA gleichkam. Ähnlich zu bewerten sind die Besetzung Grönlands und später Islands, der Begleitschutz britischer Schiffe, das Geschenk von 50 Zerstörern an die Briten, die Beschießung deutscher U-Boote – all dies waren extreme Provokationen gewesen, die aber Hitler nicht zu Vergeltungsmaßnahmen veranlaßt hatten.

„Aber ohne offiziellen amerikanischen Kriegseintritt kann der Krieg nicht gewonnen werden“, sagten die Ratgeber Roosevelts, Kriegsminister Stimson und General Marshall, beide Mitglieder des Council on Foreign Relations. *„Der letzte Kniff (engl., trick) bleibt, Japan herauszufordern und bewußt zu beleidigen. Aufgrund des Dreimächtepaktes bedeutete ein Krieg mit Japan auch Krieg mit Deutschland und Italien.“* Das nennt man *„Amerikas Kriegseintritt durch die Hintertür“*.

Am 13. April 1941 hatte Japan einen Nichtangriffspakt mit der UdSSR geschlossen, als Rückendeckung für seine durch Rohstoffmangel und Überbevölkerung ausgelöste Expansionspolitik, mit gegenseitigen Verpflichtungen

in Bezug auf die Mandschurei und die Mongolische Volksrepublik. Im Juli begann Japan damit, weitere Teile Indochinas in Besitz zu nehmen.

Die USA froren daraufhin am 24. Juli 1941 alle japanischen Guthaben in Amerika ein und verhängten ein Öl- und Rohstoff-Embargo über Japan, das von Roosevelt klar als Wirtschaftskrieg bezeichnet wurde. Trotzdem unternahm Japan in den nächsten vier Monaten wiederholte Versuche, die Situation ohne Ehrverlust zu entschärfen. Das war nicht im Interesse der USA, die jetzt den Zeitpunkt für ihren offiziellen Kriegseintritt gekommen sahen. Sie hatten ihre Streitkräfte im Pazifik verstärkt. General MacArthur und seine Bodentruppen gruppierten sich auf den Philippinen zu einer starken Armee. Die US-Pazifikflotte aber wurde auf Drängen von Admiral Harold R. Stark zum größten Teil nach Hawaii verlegt.

Am 26. November 1941 richteten die USA ein 10-Punkte-Ultimatum an Japan, worin der sofortige Abzug aller japanischen Streitkräfte aus Indochina und ganz China gefordert wurde. Roosevelts Botschafter in Japan nannte dies *„das Dokument, mit dem auf den den Krieg auslösenden Knopf gedrückt wurde“*.

Der US-Historiker für Geschichte der amerikanischen Diplomatie Prof. Charles Callan Tansill schreibt: *„Er (Außenminister Hull; d. A.) und Roosevelt wußten, daß dieses ‚Programm‘ von Japan abgelehnt werden würde. ... Es war Henry Morgenthau Assistent, Harry Dexter White, der die Punkte des Ultimatums ausgearbeitet hatte.“*

Am Nachmittag desselben Tages (26. November 1941) sandte Roosevelt



Der einer jüdisch-litauischen Familie entstammende US-amerikanische Volkswirt und Politiker Harry Dexter White (1892-1948) errichtete 1944 bei der Konferenz von Bretton Woods den Internationalen Geldfonds und gilt als Ausarbeiter des Morgenthau-Plans.

eine Geheimdepesche an Churchill: „*Verhandlungen abgebrochen. Heeresdienste (engl., services) erwarten Kampfhandlungen innerhalb von zwei Wochen.*“

Am 30. November 1941 erging der Funkspruch an die japanische Flotte: „*Gezwungen durch die Notwendigkeit seiner Selbsterhaltung und Selbstverteidigung hat Japan sich entschlossen, den Vereinigten Staaten von Amerika den Krieg zu erklären.*“

Von einem „Überraschungsangriff auf Pearl Harbor“ am 7. Dezember 1941 kann keine Rede sein. Er war von Washington inszeniert, das Auslaufen der japanischen Flotte und ihre Bewegungen waren durch entschlüsselte japanische Funksprüche bekannt, ebenso das Ziel und die Angriffszeit. Aber 18 Schiffe wurden geopfert. Geopfert wurden auch 2403 Mann, weitere 1178 wurden verwundet, um einen Kriegsgrund zu erhalten.

Die offizielle Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Japan am 8. Dezember 1941 war dann die allgemein anerkannte, berechtigte Folge dieses „hinterhältigen Angriffes“. Am gleichen Tag erfolgte die Kriegserklärung Englands an Japan. Und der größte Erfolg für die „internationalen Kriegsanstifter“, wie sie Colonel Dall nennt, waren die am 11. Dezember 1941 notgedrungen erfolgenden Kriegserklärungen Deutschlands und Italiens an die USA.

Die Hetze gegen Deutschland setzte in den Medien verstärkt ein; man erinnerte sich an die längst dementierten Greuelberichte aus dem Ersten Weltkrieg und erdachte neuerliche Varianten dazu. Die Stimmen von Vernunft und Besonnenheit wurden von angeheiztem Chauvinismus und Kriegesieber übertönt.

Am 1. Januar 1942 mußten sich im Vertrag von Washington die zu dieser Zeit im Krieg gegen die Achsenmächte stehenden 26 Staaten verpflichten, keinen Sonderwaffenstillstand zu schließen.

Neun Stunden nach Pearl Harbor gelang es Japan, die Luftflotte Mac Arthurs auf den Philippinen fast völlig zu vernichten. Nach dem Bündnisabschluß mit Thailand konnte Japan wichtige Stützpunkte wie Hongkong

und Singapur sowie auch auf den Philippinen, auf Celebes (heute Sulawesi genannt) und in Indonesien erobern.

Das Deutsche Afrika-Korps war, gemeinsam mit Italien, in Nordafrika unter General Rommel bis El Alamein vorgedrungen. An der Ostfront gelang es der deutschen Wehrmacht, mit Finnland verbündet, die 1940 abgetretenen Gebiete von Karelien zurückzuerobern. Doch vereitelte der mit sibirischen Armeen verstärkte sowjetische Widerstand im Norden eine Großoffensive. Im Süden dagegen war ein großer Durchbruch im Sommer 1942 erfolgreich. Er brachte die Eroberung der Seefestung Sewastopol auf der Krim und den Vorstoß bis zum Kaukasus, wo auf dem Elbrus in einer Höhe von 5642 Metern von deutschen Gebirgsjägern die Reichskriegsflagge gehißt wurde. Nördlich davon konnten die wichtigen Ölfelder von Maikop und Pjatigorsk in verhältnismäßig gutem Zustand besetzt werden. Damit erreichte die Ausdehnung der deutschen Front ihren Höhepunkt.

Der Kampf im Osten war ein Präventivkrieg gegen den zum Überfall bereitstehenden Sowjet-Bolschewismus; zum Schutze Deutschlands und letztendlich Europas. Geplant waren deutscherseits – nach siegreicher Beendigung des Krieges – die Neubildung eines ukrainischen Staates, eines baltischen Staatenbundes, eines Staates Weißrußland und eines vergrößerten Finnlands.⁴⁴

Dieser Kreuzzug gegen den Bolschewismus, bei dem sich seit 1941 auch französische, flämische, wallonische, norwegische, rumänische, kroatische und Einheiten anderer europäischer Länder beteiligten, mußte auf alle Fälle scheitern. Deutschland mitsamt seinen Verbündeten mußte zu Fall gebracht werden, wie es von seinen Gegnern beschlossen worden war. Dazu waren alle Mittel recht, nach dem jesuitischen Motto „*Der Zweck heiligt die Mittel.*“

8.3. Unfälle

Dr. Maximilian Czesany schreibt in „Alliiertes Bombenterror“, daß im Jahr 1934 bei einer Besprechung in Berlin unter Görings Leitung, die den zu-

⁴⁴ Gruchmann, L.: „NS-Großraum-Ordnung“, Stuttgart, 1962.

künftigen Aufbau der deutschen Luftwaffe betraf, der Generalleutnant und Chef des Generalstabes der Luftwaffe Walter Wever und Ernst Udet, der berühmte Jagdflieger des Ersten Weltkrieges, nun im Reichsluftfahrtministerium verantwortlich für die technische Ausrüstung der Luftwaffe und ab 1939 Generalluftzeugmeister der Wehrmacht, für die Herstellung eines überlegenen strategischen Bombers optierten, während eine derartige Maschine im Beschaffungsprogramm von Erhard Milch für 1934/35 nicht vorgesehen war. Milch war von 1933 bis 1945 Staatssekretär des Reichsluftfahrtministeriums (RLM), zugleich Generalinspekteur der Luftwaffe und nach Ernst Udets Suizid im November 1941 bis Juli 1944 Generalluftzeugmeister.

Am 3. Juni 1936 stürzte Generalmajor Walter Wever beim Rückflug von einem Vortrag in der Luftkriegsakademie in Dresden mit seiner HE 70 ab. Die Nachricht von dem tödlichen Unfall traf vor allem Göring wie ein fürchterlicher Keulenschlag. Dazu Czesany: *„Zweifellos war mit dem Tode Wevers, des Exponenten eines Baus des viermotorigen, strategischen Bombers, auch die Planung einer strategischen Luftkriegsführung für Deutschland zu Grabe getragen worden.“* Man vergleiche dazu die Entwicklung in England laut J. M. Spaight's Rechtfertigung des Bombenkrieges.

Am 17. November 1941 erschoss sich, so heißt es, Generaloberst Ernst Udet, Generalluftzeugmeister, Träger des Ritterkreuzes des Eisernen Kreuzes.

Was aber soll man davon halten, wenn man im 1968 erschienenen Buch „Horrido!“ der Luftkriegshistoriker Trevor J. Constable und Colonel Raymond F. Tolifer auf Seite 267 liest, daß bei einem jovialen Gespräch in einem Offizierskasino der Luftwaffe, wie es damals vor der Internierung eines abgeschossenen Gegners üblich war, ein junger britischer Pilot gegenüber dem Kommandeur des J.G. 2, Wilhelm Balthasar, behauptete, daß Ernst Udet Selbstmord begangen habe, indem er sich eine Kugel durch den Kopf geschossen habe? – Nur, dieses Gespräch fand Ende Juni 1941 statt, also fast fünf Monate vor dem tatsächlichen Geschehen. Man hatte Mühe, dem jungen Mann klar zu machen, daß er Unsinn redete, und daß Udet am Leben und bei guter Gesundheit sei.

Mein Mann war von dem dann tatsächlich geschehenen „Selbstmord“ ebenso erschüttert wie ganz Deutschland. Als Segel- und Kunstflieger war er mit Udet seit den dreißiger Jahren freundschaftlich verbunden. Kurz vor dem schicksalhaften 17. November 1941 hatte er ihn noch einmal in Berlin besucht. Er fand ihn unverändert und konnte sich seinen „Freitod“ nicht erklären.

Das Staatsbegräbnis für Ernst Udet war für den 22. November angesetzt; das Ehrengelicht bildeten Adolf Galland und fünf weitere bekannte deutsche Fliegerpiloten. Auch Werner Mölders, als erster deutscher Soldat mit den Brillanten ausgezeichnet, vorzeitig zum Oberst befördert, nach seinem 115. Luftsieg zum Inspekteur der Jagdflieger ernannt und aus den Kampfeinsätzen genommen, sollte zum Staatsbegräbnis von Ernst Udet nach Berlin geflogen werden. Er benutzte als Passagier eine HE 111, die in der Nähe von Breslau abstürzte, wobei auch er ums Leben kam.

Sind das nun alles tragische Zufälle, oder gilt hier das Wort Roosevelts *„Wenn etwas passiert, kann man darauf wetten, daß es so geplant war.“*?

Mölders Tod war auch bei weitem noch nicht das Ende der „tragischen Zufälle“, die alle darauf abzielten, Deutschland Schaden zuzufügen, seine Anstrengungen zur schnellen und siegreichen Beendigung des Krieges zu durchkreuzen und es gleichzeitig seelisch zu zermürben – die Führung wie das Volk gleichermaßen.

Am 8. Februar 1942, als Prof. Dr.-Ing. Fritz Todt, einer der fähigsten Männer dieser Epoche, Reichsminister und Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen (Bau der Autobahn), später offizieller Chef des deutschen Bauwesens, im März 1940 Reichsminister für Bewaffnung und Munition, im Juli 1941 Generalinspektor für Wasser und Energie, nach einer Besprechung im Führerhauptquartier zurückgefliegen wurde, stürzte seine Maschine bei Rastenburg ab, wobei er den Tod fand. Er erhielt postum als erster das Großkreuz des Deutschen Ordens. Sein Verlust war unersetzlich.

Am 27. Mai 1942, genau acht Monate nachdem er zum stellvertretenden Reichsprotektor von Böhmen und Mähren ernannt worden war, wurde von

zwei aus England eingeflogenen tschechoslowakischen Agenten in Prag ein Attentat auf den Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Reinhard Heydrich, durchgeführt, bei dem er schwer verletzt wurde. An den Folgen der Verletzungen verstarb er am 4. Juni 1942. Er hatte in kurzer Zeit Ruhe und Ordnung und ein gutes Verhältnis mit der tschechischen Bevölkerung herstellen können. Auch ihm wurde postum der Deutsche Orden verliehen. Die Spur der Attentäter führte nach Lidice, das aus 95 Häusern bestand und 446 Einwohner zählte. Da sich die Attentäter nicht stellten, wurden als Repressalie die 172 männlichen Einwohner im deutschen Auftrag von der tschechischen Polizei erschossen; Frauen und Kinder wurden umgesiedelt und überlebten den Krieg.

Am 23. Juni 1944 verunglückte Generaloberst Eduard Dietl tödlich bei einem Flugzeugabsturz in der Steiermark. Berühmt wurde er durch die Verteidigung von Narvik, das er mit seinen Gebirgsjägern zwei Monate lang gegen eine vielfache englisch-französische Übermacht hielt, wofür er mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz ausgezeichnet worden war. Seit 1942 war er Oberbefehlshaber der Lapplandarmee in Finnland.

Am 8. November 1944 stürzte Major Walter Nowotny wegen Turbinenversagens in Osnabrück ab, wobei er den Tod fand. Mit 258 Abschüssen war er einer der erfolgreichsten Jagdflieger. Ausgezeichnet mit den Brillanten, stellte er im Juli 1944 in Frankreich ein Kommando zur Erprobung der ME 262 auf, dem ersten düsenangetriebenen, in Serie gefertigten Jagdflugzeug der Welt.

Wie die Jewish Telegraph Agency am 29. April 1941 mitteilte, wurden alle jüdischen Führer der Länder und Verwaltungsgebiete des Deutschen Reiches geladen und von Reinhard Heydrich von den Plänen der Regierung zur Aussiedlung der Juden nach Madagaskar unterrichtet (erste Wannsee-Konferenz). Das *Journal of the Institut of Jewish Affairs*, New York, meldete im November 1941, daß bei einem Treffen im vergangenen Herbst Frankreich anscheinend eingewilligt habe, seine Kolonie Madagaskar als neue Heimat für die europäischen Juden freizugeben.

Madagaskar, die viertgrößte Insel der Welt mit einer Ausdehnung von ca. 600.000 qkm, hat ein günstiges Klima, fruchtbaren Boden (Kaffee-Anbau)

sowie Kohle-, Erz- und Mineralienvorkommen. Bereits 1880 war es von prominenten Briten als jüdisches Siedlungsgebiet vorgeschlagen worden. 1937 sandte die polnische Regierung mit jüdischer Beteiligung eine Dreimann-Kommission nach Madagaskar, und ab 1938 beschäftigte sich die deutsche Regierung mit diesem Plan, der bis 1942 immer wieder diskutiert wurde. Die dann erfolgende Besetzung der Insel durch britische Truppen und, damit verbunden, die Weigerung Englands zu einer Zusammenarbeit bedeutete das Ende des Madagaskar-Planes.

Von der zweiten Wannsee-Konferenz, die am 20. Januar 1942 stattfand, wurde durch Adolf Eichmann ein Protokoll angefertigt, das in verschiedenen, voneinander abweichenden und dadurch unglaublich werdenden Kopien nach dem Krieg vorgefunden wurde. Ralph Grandinette schreibt in *The Barnes Review*, Nov./Dez. 1998, mit genauer Quellenangabe, daß auf dieser Konferenz Reinhard Heydrich erklärte, warum der Madagaskar-Plan vorläufig zurückgestellt werden mußte. Der Chef des Reichssicherheitshauptamtes sprach weiter davon, daß eine Evakuierung der Juden nach Osten in Frage käme, und daß die Arbeitskraft der Juden für die Kriegsanstrengungen genutzt werden solle.

Durch die am 8. 11. 1942 erfolgte Landung englisch-US-amerikanischer Truppen in Marokko und Algerien war die nordafrikanische Front stärker denn je gefährdet. Die Bemühungen Hitlers, am 10. November in München einen Dreierbund zwischen Deutschland, Frankreich und Italien zustandezubringen, scheiterten an der absoluten Ablehnung Frankreichs. Daraufhin besetzte Deutschland am 11. November 1942 die nach dem Waffenstillstand von 1940 unbesetzt gebliebenen Teile Frankreichs.

Hätte Spanien zum aktiven Verbündeten gewonnen werden können, wie es von deutscher Seite nach geleisteter Waffenhilfe im spanischen Bürgerkrieg (Legion Condor) eigentlich erwartet werden konnte, wäre der englische Stützpunkt Gibraltar von den Achsenmächten besetzt und damit die Vorherrschaft im Mittelmeerraum errungen worden. Mit der Einleitung entsprechender Abmachungen wurde der Chef der Abwehr, Admiral Wilhelm Canaris, betraut. Daß Canaris aber, wie sein Adjutant Lenke später mitteilte, den Spaniern riet, neutral zu bleiben und sie wissen ließ, daß Hit-

ler in diesem Fall gegen Spanien nicht militärisch vorgehen würde, bleibt weitgehend unbekannt. – Sollten dem deutschen Abwehrchef und dem sich bildenden Kreis der Widerständler die wahren Kriegsziele der Alliierten bis Ende 1942 noch nicht zum Bewußtsein gekommen sein?



Der britische Diplomat Robert Gilbert Vansittart (1881-1957) forderte eine rigoros anti-deutsche Politik („Vansittartismus“). 1929 wurde er Unterstaatssekretär im Außenministerium. Bis 1937 war Vansittart in dieser Funktion oberster Beamter im Außenministerium. Als Gegner der Appeasement-Politik geriet er später in Konflikt mit Premier Arthur Neville Chamberlain und wurde auf den Posten eines Beraters abgeschoben. Im Spätherbst 1940 veröffentlichte er in siebenteiligen BBC-Radiosendungen, von ihm selbst verlesen, und von Januar bis März 1941 in Broschüren-Form mit einer Auflage von über einer Million Stück unter dem Titel „Black Record“ gedruckte antideutsche, jeweils 70-seitige Pamphlete.

Sir Robert Vansittart („der Hetzer“), Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, stellte bei einer Regierungssitzung fest, daß Deutschland niederzuwerfen sei, und nicht die Nazis, und wer das nicht begriffen habe, habe überhaupt nichts begriffen. Weswegen die britische Regierung auch genug von den Friedensangeboten irgendwelcher deutscher Oppositioneller habe.

Am 14. Januar 1943 veröffentlichte Ernest Albert Hooton, Professor der Anthropologie an der Harvard Universität, in dem New Yorker *Peabody Magazine* eine Abhandlung, in der er eine Bevölkerungspolitik vorschlug, die die Besatzungsmächte in Deutschland nach Kriegsende zur „Lösung der Deutschen Frage“ durchführen könnten und sollten. Diese Abhandlung erschien in einer Artikelreihe „Sollen wir die Deutschen töten?“ unter dem Titel: „Züchtet die kriegerischen Erbanlagen der Deutschen weg!“ Darin fordert er, Deutschland mehrfach zu teilen, die Geburtenrate der Deutschen drastisch zu senken und die

Ansiedlung Fremder in Deutschland (mit dem Ziel genetischer Vermischung) weitgehend zu fördern.

Über A. E. Hooten schreibt die Encyclopaedia Britannica: „Viele der bedeutendsten US-Anthropologen waren seine Schüler, sein Einfluß war außerordentlich groß.“ Er lehrte, wie schon gesagt, an der Havard Universität, an der auch Prof. Daniel Goldhagen, der Entdecker des „Mördergens“ der Deutschen, einige Jahre als Assistenzprofessor tätig war.

Hootens Vorschläge zur „Lösung der Deutschen Frage“ waren teils eine Neuformulierung von Nathan Kaufmans „Germany must perish“ (1941) und teils ein Echo auf Coudenhove-Kalergis bereits 1923 proklamierte These von der Bildung einer eurasisch-negroiden Zukunftsrasse.

Jeffrey Peck, Leiter des German Historical Institutes in Washington, D.C., betonte 1993 nochmals diese angestrebte Entwicklung. Er sagte: *„Ich hoffe, daß sich mit der Zeit der deutsche Staatskörper von rein weiß und christlich zu braun, gelb und schwarz, mohammedanisch und jüdisch ändern wird. Kurz gesagt, der Begriff der deutschen Identität muß geändert werden.“*⁴⁵

Vom 14. bis 24. Januar 1943 fand die Konferenz von Casablanca in der marokkanischen Hafenstadt statt. Hier wurden zwischen Roosevelt und Churchill – Stalin war nicht erschienen – die weiteren Kriegsmaßnahmen festgelegt, z. B. den afrikanischen Kriegsschauplatz bis Sommer 1943 abzuschließen, um mit den dann freiwerdenden



Graf Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi (1894-1972) war Hochgradfreimaurer und Gründer der für Vermischung und Multi-Kulti Eintretenden Paneuropa-Bewegung. In den Juden sah er eine Führungskaste von Geistesgnaden.

⁴⁵ German Historical Institute Washington, D.C., Occasional Paper No. 9, „Aggressive Nationalism, Immigration Pressure And Asylum Policy Disputes In Contemporary Germany“ by Jürgen Fijalkowski, 1993, with comment by Jeffrey M. Peck; Zitat des US-amerikanisch-jüdischen Prof. Dr. Jeffrey M. Peck auf S. 32.

Kräften auf dem italienischen Festland zu landen. Für Deutschland wurden verstärkte Luftangriffe beschlossen, wobei die Briten bei Nacht und die Amerikaner tagsüber ihre Angriffe fliegen sollten. Roosevelt drängte darauf, den Krieg bis zur bedingungslosen Kapitulation der Achsenmächte zu führen. Churchill mußte mitziehen, da England gegenüber den USA hoch verschuldet war. Daß die bedingungslose Kapitulation der Haager Landkriegsordnung von 1907 widersprach, die auch von den USA und England mitunterzeichnet worden war, wurde dabei völlig ignoriert. Darin heißt es nämlich: „*Kapitulationen sollen den Forderungen der militärischen Ehre Rechnung tragen.*“

Sven Hedin, der berühmte schwedische Gelehrte und Forschungsreisende, der u. a. den Transhimalaya entdeckte (Hedin-Gebirge), schreibt 1943 in „Amerika im Kampf der Kontinente“: „*Der entscheidende Anstoß zu diesem Krieg kam von jenseits des Atlantischen Ozeans.*“ – Und von dort wurde und wird bis heute die Kontrolle über Krieg und Frieden, über Moral und Unmoral, über Politik und Medien, über Schule und Universitäten direkt oder indirekt ausgeübt.

Bereits während des Krieges und auch heute noch wird von deutscher Seite wie seitens der Alliierten häufig als Wendepunkt des Kriegsgeschehens die mörderische Schlacht um Stalingrad und ihr für Deutschland tragischer Ausgang angesehen. So mußten die letzten Einheiten der 6. Armee am 2. Februar 1943 kapitulieren und gingen in sowjetische Gefangenschaft, aus der die meisten nicht zurückkehrten. Die rund 250.000 Mann der 6. Armee waren der bis dahin größte deutsche Verlust. Ganz Deutschland war in tiefer Trauer und in großer Sorge um das Schicksal seiner Männer, Brüder und Väter. Berichte über die unerhörte Grausamkeit der Sowjets waren bekannt.

Später konnte man auch die Haß predigenden Aufrufe eines Ilja Ehrenburg lesen: „*Tötet, ihr tapferen Rotarmisten, tötet! Es gibt nichts, was an den Deutschen unschuldig ist. Folgt den Anweisungen des Genossen Stalin und zerstampft das faschistische Tier ... Brecht mit Gewalt den Rassenhochmut der germanischen Frauen, nehmt sie als rechtmäßige Beute ...*“⁴⁶

46 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), 28. 2. 1995.

Wohl hatte die 6. Armee eine große Anzahl sowjetischer Verbände gebunden und dadurch anderen Wehrmachtseinheiten Zeit zur Stabilisierung und Umgruppierung – insbesondere zum Rückzug aus dem Kaukasusgebiet – erkämpft, doch war dafür personell und materiell ein enorm hoher Preis bezahlt worden. Der bisher unerschütterliche Glaube an einen siegreichen Ausgang dieses Krieges, der um Deutschlands und Europas Zukunft geführt wurde, wandelte sich in einen grimmigen Durchhaltetrotz.



Dem sowjetisch-jüdischen Schriftsteller und Journalisten Ilja Grigorjewitsch Ehrenburg (1891-1967) gebührt unbestritten der Nobelpreis für tatkräftig betriebene Greuel- und Mordhetze.

Das Afrika-Korps wurde von Rommel, dem gerade noch 35 einsatzfähige Panzer zur Verfügung standen, zunächst nach Tunis zurückgezogen. Im Mai 1943 griffen die Amerikaner von Algerien und Montgomery von Tripolis aus mit einer gewaltigen materiellen Übermacht an Panzern und Flugzeugen an, weshalb Rommel soviel wie möglich an Truppen nach Sizilien übersetzen ließ. Im Juli 1943 landeten US-Truppen auf Sizilien, nachdem sie die vorgelagerten Inseln Pantelleria und Linosa ohne Gegenwehr der dort in beschußsicheren Kasematten sitzenden und mit schwerer Artillerie ausgerüsteten Italiener hatten einnehmen können.

8.4. Der Abfall Italiens

Am 25. Juli 1943 wurde Mussolini vom italienischen König abgesetzt, gleichzeitig nahm Marschall Badoglio mit den Alliierten Kapitulationsverhandlungen auf. Deutschland reagierte mit einer blitzartigen Besetzung Nord- und Mittelitaliens und der Entwaffnung von über 500.000 Mann des italienischen Heeres.

Am 3. September erfolgte der Waffenstillstand zwischen Italien und den Alliierten, wodurch Italien zum Gegner Deutschlands wurde. Anfang September landeten die ersten amerikanischen Verbände in der Bucht von Salerno, südöstlich Neapels. Durch geschickte Abwehrtaktik mußten die US-Amerikaner hohe Verluste in Kauf nehmen, bevor sich die Deutschen nach Norden absetzten.

Fast zur gleichen Zeit spielte sich der Kampf um Rom ab. Hier mußten italienische Verbände, die das Vordringen der Deutschen aufhalten wollten, nach erbitterten Kämpfen die Waffen strecken und lösten sich größtenteils selbst auf. Hitler hatte befohlen, jedes Bombardement und Zerstörungen in der Stadt zu unterlassen, um deren Kulturwerte nicht zu gefährden. Nach Beilegung der Kampfhandlungen verblieb nur eine Truppe zum Schutz des Vatikans und zur Sicherung der wichtigsten Gebäude zurück. Alles andere Militär zog Generalfeldmarschall Albert Kesselring von Rom ab und erklärte es damit zur offenen Stadt.

Durch einen kühnen Handstreich gelang es Otto Skorzeny, mit Lastenseglern und Fallschirmjägern am 12. September 1943 Mussolini aus der Haft auf dem Gran Sasso zu befreien.

Bei der vom 28. 11. bis 1. 12. 1943 im Iran stattfindenden Konferenz von Teheran trafen sich Churchill und Roosevelt erstmalig mit Stalin, wobei die Westmächte der Sowjetunion die Errichtung einer „zweiten Front“ im Westen zusagten. Man besprach die Besetzung Deutschlands, die Errichtung von Besatzungszonen, Grundzüge der Friedensbedingungen sowie die Abgrenzung der jeweiligen Einflußsphären. (1941 hatten britische und sowjetische Truppen den Iran besetzt und den mit Deutschland sympathisierenden Schah zum Rücktritt gezwungen.)

Die deutschen Stellungen in Italien waren inzwischen auf die „Gustav-Linie“, die in etwa an der engsten Stelle der italienischen Halbinsel lag, zurückgenommen worden. Zentraler Punkt war der Monte Cassino, mit Kleinstadt und Klosterberg. Das Kloster, 529 erstmals erwähnt, gilt als Mutterkloster des Abendlandes und als Kulturdenkmal. Obwohl von den Deutschen nicht besetzt, wurde es am 15. 2. 1944 von 300 schweren alli-

ierten Bombern in einen einzigen Trümmerhaufen zerbombt. Vorsorglich waren alle wichtigen Klosterschätze, einschließlich kostbarer Handschriften, von deutschen Offizieren und Soldaten in 700 Kisten nach Rom transportiert und dem Vatikan übergeben worden. Am 17. 2. wurden auch die überlebenden Klosterbrüder mit ihrem Abt von den Deutschen in Sicherheit gebracht. Dann folgten mörderische Kämpfe, bei denen sich vor allem die Fallschirmjäger als „Grüne Teufel vom Monte Cassino“ hervorragend bewährten, bis sie am 17. 5. 1944 im Zuge der deutschen Absatzbewegungen den Berg räumten.

Aus den *Kommentare zum Zeitgeschehen* vom Juli 1998 seien hier einige Zeilen eines Feldpostbriefes wiedergegeben, den Joachim Bannes, ein Verlagslektor, geboren 1906, gefallen 1944 in Montefortino in den Marken (ca. 80 Kilometer südlich von Ancona), in Erahnung der für Deutschland vorgesehenen Totalvernichtung, am 25. Februar 1944 an seine Kinder geschrieben hat:

„Wir leben in einer Zeit, in der ich damit rechnen muß, daß Gott mich vorzeitig von Euch trennt – nur im Leibe, nicht dem Geiste nach. Jetzt seid Ihr noch so klein, daß Ihr meine Worte nicht verstehen könnt. Aber die Mutter wird Euch den Brief später geben, und Ihr werdet ihn lesen, und Eure Herzen werden mir antworten. Lernt von der Natur! In ihr offenbart sich der Wille Gottes in größerer Schrift als in der menschlichen Geschichte. Erwandert Euch ein wahres Verhältnis zu Wald und Feld, zu Gebirge und Meer. Ich rate Euch, von Zeit zu Zeit auch des Nachts unter freiem Himmel zu wachen. Geht viel mit Tieren und Pflanzen um!

Laßt Euch nicht von irgendwelchen Menschen überreden, die Euch Euer Vaterland abschwatzen wollen. Ihr seid Deutsche, Ihr wurzelt im deutschen Land und Volk. Eure Art zu denken, Welt und Menschen anzusehen, ist die deutsche Art. Die Schätze der deutschen Kultur sind Eure Schätze. Davon lebt Ihr, hütet sie ... Vor allem pflegt die deutsche Sprache und geht behutsam mit ihr um ... Haltet Euch fern vom deutschem Dünkel ... Es gibt Länder und Völker, die glücklicher sind als wir und die auf manchen Kulturgebieten mehr geleistet haben mögen. Achtet sie alle und lernt von allen ... Besonders jagt nicht dem Gelde nach, das den Menschen so oft um seine Ruhe und alle wahren Lebenswerte betrügt. Liebe Kinder! Seid geduldig! Übt Euch im Ertragen von allerlei

Entbehrungen und Ungerechtigkeiten, denn davon ist die Welt voll. Die Unvollkommenheit ist unsere Mutter, Sorgen sind unsere tägliche Speise, die uns stark macht.“

Am 6. März, zehn Tage nachdem er diesen Brief an seine Kinder geschrieben hatte, wurde Joachim Bannes von sieben Partisanen heimtückisch umgebracht.

8.5. Der Bombenkrieg

Die Verantwortlichen für die sich seit der Konferenz von Casablanca weiter verschärfenden Terrorangriffe auf deutsche Städte sowie deren Motive seien hier klar vorgestellt.

Das englische Luftfahrtministerium, vertreten durch seinen Unterstaatssekretär J. M. Spaight, gab unumwunden zu: *„Hohe Staatsbeamte Londons haben offen bestätigt, daß England einen Luftkrieg gegen Deutschland seit 1936 plante. Wir haben die Bombardierung Deutschlands begonnen, bevor Deutschland daran dachte, dies gegen England zu tun.“*

Winston Churchill (seit Mai 1940 britischer Premierminister) sagte schon 1937 zu Joachim v. Ribbentrop, der damals deutscher Botschafter in London gewesen war: *„Wenn Deutschland zu stark wird, muß es wieder zerschlagen werden.“* Im November 1939 (nach der englischen Kriegserklärung) sagte er: *„Dieser Krieg ist ein britischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.“* Er erklärt in seinen Memoiren auch warum: *„Das unverzeihliche Verbrechen Deutschlands vor dem Zweiten Weltkrieg war der Versuch, seine Wirtschaftskraft aus dem Welthandelssystem herauszulösen und ein Austauschsystem zu schaffen, bei dem die Weltfinanz nicht mehr mitverdienen konnte.“*

Sofort nach seinem Amtsantritt als Premierminister, am 10. Mai 1940, kündigte er an, daß die Bombardierung der deutschen Zivilbevölkerung beabsichtigt sei. Und tatsächlich fielen Bomben auf Wohnviertel in Mönchengladbach und Aachen bereits am 12. 5., auf Düsseldorf am 13. 5., auf Eschweiler am 15. 5., auf Hamburg am 16. 5. und erstmalig auf ein Wohnviertel der Reichshauptstadt Berlin am 24. 6. 1940.

Am 27. 4. 1941 ließ sich Churchill zu der Äußerung hinreißen: „*Es gibt weniger als 70 Millionen dieser bösen Hunnen (gemeint waren die Deutschen; d. A.), einige davon können geheilt werden, die anderen müssen getötet werden.*“

Sir Archibald Henry Macdonald Sinclair war im Ersten Weltkrieg an der Westfront eingesetzt, danach Mitarbeiter Churchills als militärischer Sekretär im letzten Kriegskabinett 1919 bis 1921, 1935 Abgeordneter im Unterhaus, wo er mit Churchill zusammenarbeitete. Als dieser am 10. Mai 1940 englischer Premier wurde, ernannte er Sinclair zum Luftfahrtminister. Sinclair äußerte sich, daß er die Argumente für eine Flächenbombardierung „*einfach, klar und überzeugend*“ fand.

Sir Archibald stellte klar: „*Ich bin in voller Übereinstimmung (mit dem Konzept des völkerrechtswidrigen terror bombing; d. A.). Ich bin absolut für Bombardierung der Gebiete der arbeitenden Bevölkerung in deutschen Städten. Ich bin ein Cromwellian (Oliver Cromwell, ein fanatischer englischer Puritaner, 1599-1658; d. A.). Ich glaube an ein Töten im Namen Gottes!*“⁴⁷

Der 1866 in Baden-Baden geborene Jude Frederick Alexander Lindemann, 1. Viscount Cherwell, seit 1919 Professor der Physik in Oxford, vertiefte diesen Deutschenhaß Churchills noch weiter. Als dessen langjähriger Freund und einflußreichster Berater befürwortete er nachdrücklich die Flächenbombardierung deutscher Städte. Er nannte dies ironisch „dehousing“ (wörtlich „enthausen“), um dadurch „*die Moral der feindlichen Bevölkerung, vor allem die der Industriearbeiter, zu brechen*“. Er war die treibende Kraft des alliierten Bombenterrors, dem mehr als eine Million deutscher Zivilisten zum Opfer fielen.

Zufolge des Lexikons „Prominente ohne Maske“⁴⁸ äußerte sich der Schriftsteller Alex Natan dahingehend, daß Lindemann wahrscheinlich die einflußreichste „Graue Eminenz“ seit Richelieu Père Joseph gewesen sei, und daß die völlige Zerstörung Deutschlands bei ihm geradezu zur Manie geworden war. Lord Snow glaubte sogar an einen „*tief verwurzelten sadistischen Impuls Lindemanns*“, der ihn dazu trieb, die deutschen Arbeiterwohnviertel

47 Internet babelfish.altavista, Juli 2007.

48 DSZ-Verlag, München.

mitsamt ihren Menschen durch Feuerstürme niederbrennen zu lassen, wie 1943 erstmals in Hamburg geschehen.

© Bundesarchiv, Bild 146-1980-121-20 /
Appel, E. / CC-BY-SA



Am 28. März 1942 wurden große Teile der Lübecker Altstadt bei einem Bombenangriff zerstört. Blick in die zerstörte Alfstraße.

wichtige Stadt, mit schönen Fachwerkbauten und reicher Tradition. In Harris' Worten war sie „mehr ein Feuerzeug als eine menschliche Wohnstätte“.

Mit demselben Zynismus sagte er im November 1944: „Das Bomberkommando hat bisher 45 der 60 größten Städte Deutschlands im wesentlichen zerstört, und jetzt sollen wir mit dieser gewaltigen Arbeit aufhören, wo sie nahezu vollendet ist!“⁴⁹

Das US-amerikanische Luftfahrtministerium war bei diesem Massenmord vertreten durch Carl Spaatz, der als Deutschstämmiger in den USA geboren worden war und bereits im Ersten Weltkrieg als Jagdflieger auf alliierter Seite teilgenommen hatte. 1941 Stabschef der US-Luftwaffe, wurde er 1944 Befehlshaber der strategischen US-Luftstreitkräfte in Europa. Er war im Auftrag Franklin D. Roosevelts für die US-amerikanischen Terrorangriffe auf die deutschen Städte verantwortlich.

⁴⁹ Wheatcroft, G.: „The Horror“ (dt., „Der Schrecken“), in: *The Spectator*, abgedruckt in: *Gazette*, 18. 6. 1992.

Am 16./17. Mai 1943 wurde die Operation „Chastice“ (dt., Züchtigung) mit speziell konstruierten „Dam Busters“ (dt., Dammzerstörungsbomben) von den Engländern durchgeführt. Ziele des Bombenangriffes waren sechs Staudämme, die für die Trinkwasser- und Elektrizitätsversorgung des ganzen Ruhrgebietes notwendig waren. Getroffen wurden gleichzeitig die Eder- und die Möhnetalsperre, aus denen sich eine wahre Sturzflut über die Flußtäler ergoß. Rund 1200 der schlafenden Zivilisten, darunter zahlreiche Fremdarbeiter, kamen dabei ums Leben; Häuser, Bauernhöfe und Tierbestände wurden Opfer der Fluten.

Nachdem am 31. 5. 1942 der erste Tausend-Bomber-Angriff die rheinische Metropole Köln, eine Stadt mit 700.000 Einwohnern, schwer zerstört hatte, wurde mit der Flächen-Bombardierung Hamburgs vom 24. Juli bis 3. August 1943 ein neuer „Höhepunkt“ erreicht. Der Angriff war in der Tat eine „Massenvernichtungsaktion“, schreibt Anthony Verrier, ein für die Zeitungen *Observer*, *The Economist* und *The New Statesman* arbeitender Journalist, über die „Operation Gomorrha“ gegen die Millionenstadt, bei der mindestens 40.000 unschuldige Bürger getötet wurden.

Wir zitieren aus dem Bericht des Hamburger Polizeipräsidenten: *„Zehntausende von Einzelbränden vereinten sich in kürzester Frist zu Großflächenbränden, die zu Feuerstürmen von orkanartiger Gewalt führten, denen große Teile der Bevölkerung zum Opfer fielen; ihre Leichen bedeckten zu Hunderten die Straßen; Tausende kamen in den Schutzräumen ums Leben, sie wurden dort durch Kohlenoxyd vergiftet und zum großen Teil zu Asche verbrannt.“*

Bomber-Harris notierte am 24. 7. 1943: *„Die Schlacht um Hamburg kann nicht in einer einzigen Nacht gewonnen werden. Mindestens 10.000 Tonnen Bomben sind nötig, um diese Stadt auszulöschen.“* Die zehn Tage anhaltenden Angriffe mit Brand-, Spreng- und Phosphorbomben erzeugten ein Grauen, vor dessen Ausmaß die Sprache versagt. Die Todesschreie lichterloh brennender Menschen mischten sich mit dem Heulen der Feuerbrände und dem Höllenlärm krepierender Bomben. Auch der weltberühmte Tierpark Hagenbeck wurde fast völlig vernichtet.

Faktoren des sich für Deutschland ab Ende 1942 so negativ entwickelnden Kriegsgeschehens waren zweifelsohne:

1. Nichteinhaltung der Haager Landkriegordnung und der (allerdings völkerrechtlich nie verbindlich gewordenen) „Haager Luftkriegsregeln“ von 1923. Deren Artikel 28 besagt: *„Angriffe aus der Luft mit dem Zweck, die Zivilbevölkerung zu terrorisieren, deren Privateigentum nichtmilitärischen Charakters zu vernichten beziehungsweise zu beschädigen, oder Zivilisten zu verletzen, sind verboten.“*⁵⁰

50 Aus einer 2009 an der Universität Heidelberg erschienenen Dissertation sei zum besseren Verständnis folgende Passage zitiert: „Am 7. Januar 1922 begann in Washington eine Konferenz der Vereinigten Staaten mit den Großmächten England, Frankreich, Japan und Italien über ein allgemeines Verbot der Verwendung der Gaswaffe in künftigen Kriegen. Obwohl es bei den bereits im Dezember 1921 durchgeführten Vorverhandlungen der Sachverständigen einer ‚Unterkommission für erstickende Gase‘, wie auch bei den Verhandlungen in Washington selbst, nicht an Stimmen gefehlt hatte, die ein solches Verbot ablehnten, traten im Verlauf der Verhandlungen sämtliche bevollmächtigten Vertreter dem amerikanischen Vorschlag eines Verbotes chemischer und bakteriologischer Kampfmittel im Kriege bei. Da jedoch Frankreich das Washingtoner Abkommen wegen einer in ihm enthaltenen U-Boots-Klausel nicht ratifizierte, wurde es nie geltendes Völkerrecht. Im Anschluß an die Washingtoner Konferenz wurde im Haag von einem besonderen Ausschuß vom Dezember 1922 bis Februar 1923 ein Luftkriegsrechtsentwurf (durch eine Juristenkommission; d. A.) ausgearbeitet, nach dem ‚Städte, Dörfer, Siedlungen, Gebäude, die sich nicht in unmittelbarer Nachbarschaft des Operationsgebietes der Landstreitkräfte befinden‘, grundsätzlich nicht bombardiert werden dürften und auch die Bombardierung ‚militärischer Objekte‘, d. h. ‚Objekte, deren ganze oder teilweise Zerstörung für den Kriegführenden einen rein militärischen Vorteil bedeutet‘, unterbleiben mußte, wenn sie nicht ohne Schonung der Zivilbevölkerung erfolgen konnte. Artikel 22, 23 und 25 dieses Entwurfs (der sogenannten ‚Haager Luftkriegsregeln‘; d. A.) verboten ‚das Luftbombardement zu dem Zweck, die Zivilbevölkerung zu erschrecken oder das Privateigentum ohne militärischen Charakter zu zerstören oder zu beschädigen oder Nichtkombattanten zu verletzen‘, ‚das Bombardement zu Zwecken der Erlangung von Requisitionen in Natur oder Geld‘ und legten dem Kommandeur (recte: Kommandanten; d. A.) eines Bombenflugzeugs eine Sorgfaltspflicht zur Schonung von Kulturgebäuden, Spitälern und anderen Sammelstätten von Kranken und Verletzten auf. Leider ist auch dieser Haager Entwurf nie geltendes Völkerrecht geworden. In der militärischen Fachpresse des Auslandes wurden dagegen Luftangriffe mit Spreng- und Gasbomben auf die Nervenzentren der Völker, die Großstädte, als das wirksamste Mittel, den Widerstand eines Staates zu brechen, bezeichnet.“

2. Der Kriegseintritt der USA mit überlegener Macht an Menschen, Material und Finanzierung durch die Wall-Street, zunächst geheim und seit 1942 offen alle „Freundstaaten“ unterstützend.

3. Die bewußte antideutsche Hetz- und Lügenkampagne, von Sefton Delmer (dem seit 1941 für die gesamte gegen das Reich gerichtete britische Haß-Propaganda Verantwortlichem) als „Nervenkrieg“ bezeichnet, bei dem *„jeder auch noch so schmutzige Trick angewendet wird, der sich nur denken läßt. Jeder Kniff ist erlaubt, je übler, um so besser: Lügen, Betrug. Alles ...“*

In ähnlich lügnerischer Art und Weise wurde auch seitens der USA und in den gelenkten Medien „befreundeter Länder“ gehetzt, was bis heute direkt oder indirekt fortgesetzt wird.

Grundsätzliches schrieb bereits Adolf Hitler in „Mein Kampf“ (Auflage von 1941, S. 252 f.) zum psychologischen Effekt der Lüge: *„Man ging dabei von dem sehr richtigen Grundsatz aus, daß in der Größe der Lüge immer ein gewisser Faktor des Geglaubtwerdens liegt, da die breite Masse eines Volkes im tiefsten Grunde ihres Herzens leichter verdorben als bewußt und absichtlich schlecht sein wird, mithin bei der primitiven Einfalt ihres Gemütes einer großen Lüge leichter zum Opfer fällt als einer kleinen, da sie selbst ja wohl manchmal im kleinen lügt, jedoch vor zu großen Lügen sich zu sehr schämen würde. Eine solche Unwahrheit wird ihr gar nicht in den Kopf*



Der britische Journalist Denis Sefton Delmer (1904-1979) betrieb im Auftrag der Political Warfare Executive u. a. mittels des in einem alten Schloß in Milton Keynes untergebrachten deutschsprachigen Soldatensenders Calais die britische Greuelpropaganda gegen Deutschland. Zu den Mitarbeitern des Senders gehörten insbesondere emigrierte deutsche Journalisten wie Hans Reinholz oder Otto John, der spätere Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Nach dem Zweiten Weltkrieg leitete Delmer noch fünfzehn Jahre lang das Auslandsressort des „Daily Express“.

kommen, und sie wird an die Möglichkeit einer so ungeheuren Frechheit der infamsten Verdrehung auch bei anderen nicht glauben können, ja selbst bei Aufklärung darüber noch lange zweifeln und schwanken und wenigstens irgend eine Ursache doch noch als wahr annehmen; daher denn auch von der frechsten Lüge immer noch etwas übrig und hängen bleiben wird – eine Tatsache, die alle großen Lügenkünstler und Lügenvereine dieser Welt nur zu genau kennen und deshalb auch niederträchtig zur Anwendung bringen.“

4. Ausbau eines Spionagenetzes durch Allen Welsh Dulles, 1926 Präsident des Council on Foreign Relations (CFR), von 1942 bis 1945 Leiter des OSS, des Vorläufer des US-Geheimdienstes CIA, mit Sitz in Bern. Während des Krieges waren für den OSS 200 Agenten in mehr als 70 strategisch wichtigen Städten Deutschlands tätig. Nach der US-amerikanischen Grolier-Enzyklopädie wurden durch diese Organisation Informationen aus Kriegsgebieten und von Untergrundkräften gesammelt und ausgewertet. Auch wurden Sabotageakte durchgeführt, um das Kriegspotential sowie die Moral des Feindes zu zerstören.

Zwei Bücher vermitteln darüber aufschlußreiche Erkenntnisse: Erich Kerns „So wurde Deutschland verraten“, 1971, und Joseph E. Persicos „Piercing The Reich“ (dt., „Dem Reich ins Herz stechen), 1979.

8.6. Die Luftwaffe

Im Gegensatz zur anglo-amerikanischen Luftkriegsführung, die – wie aus Spaights „Rechtfertigung“ ersichtlich wird – sich schon seit 1918 auf die völlige Zerstörung des gegnerischen Hinterlandes mitsamt dessen Bevölkerung konzentrierte, hielt sich die deutsche Luftwaffe an die allgemein akzeptierten Regeln ihres Einsatzes zur Landesverteidigung und zur Unterstützung der kämpfenden Truppe. Trotz heldenhafter Einsätze war sie am Ende nicht in der Lage, die sich steigernden tödlichen Angriffe der Alliierten auf Wohnviertel und Stadtkerne, auf Kirchen, Dome, Museen, Schulen und Krankenhäuser mit ihren verheerenden Menschen-Brandopfern abzuwehren.

Kevin Myers ehrt – wohl mehr unbewußt – die deutschen Piloten in *Sunday Telegram* vom 4. 2. 2001 unter dem Titel „They can't help being superior“ (dt.,

„Sie sind eben einfach überlegen“) mit den Worten: *„Der letzte Woche verstorbene Vizemarschall Johnnie‘ Johnson war ohne Zweifel ein außergewöhnlich tapferer und erfahrener Pilot, – als der beste englische Kampfflieger des Zweiten Weltkrieges schoß er 38 Feindflieger ab. Aber die empörende Tatsache ist, daß er es nicht geschafft hätte, zur Liste der über hundert Spitzenflieger der Luftwaffe zu gehören, deren jeder mehr als 100 alliierte Flugzeuge zum Absturz brachte ... Wie kommt es, daß 104 Spitzenflieger der Luftwaffe zusammen mehr als 15.000 alliierte Flugzeuge abgeschossen? Hans-Joachim Marseille schoß in zwei Jahren 158 Kampfflugzeuge der RAF (Royal Air Force; d. A.) ab; das sind mehr Abschüsse als die vier Spitzenpiloten der RAF im Zweiten Weltkrieg gemeinsam erreichten.“*

Der als „Stern von Afrika“ berühmt gewordene Jagdflieger wurde im März 1941 zum Deutschen Afrika-Korps versetzt, wo er wegen seiner Tapferkeit und seiner Erfolge in kurzer Zeit mit den höchsten Auszeichnungen geehrt wurde. Kurz nachdem ihm an einem Tag 17 Abschüsse gelungen waren, mußte er wegen Motorversagens (!) am 30. 9. 1942 bei El Alamein aus seinem Jagdflugzeug abspringen, wobei sich sein Fallschirm nicht öffnete. Noch nicht 23 Jahre alt, fand er den Fliegertod, bewundert und geehrt vom ehemaligen Feind, doch heute vergessen von Deutschland, das sein Vaterland war.

Weiter schreibt Kevin Myers: *„Der erfolgreichste Luftwaffen-Pilot, Major Erich Hartmann, schoß 352 alliierte Flugzeuge ab, mehr als die 11 Spitzenflieger der RAF zusammen.“*

Auch Hartmann war erst 20 Jahre alt, als er im Oktober 1942 zum Jagdgeschwader 52 an die Ostfront abgestellt wurde. In Anspielung auf den „Red



Hans-Joachim Marseille (13. Dezember 1919 in Charlottenburg bei Berlin; † 30. September 1942 sieben Kilometer südlich von Sidi Abdel Rahman, Ägypten) war mit 158 Luftsiegen in 388 Feindflügen der erfolgreichste Jagdflieger auf dem nordafrikanischen Kriegsschauplatz. Er wurde unter dem Namen „Stern von Afrika“ bekannt.*



Der Jagdflieger Erich „Bubi“ Hartmann (1922-1993) war mit 352 bestätigten Abschüssen der erfolgreichste Jagdflieger in der Geschichte des Luftkrieges.

Knight“ (den „Roten Baron“ des Ersten Weltkrieges, den erfolgreichsten Jagdflieger dieser Zeit, Manfred von Richthofen) wurde er von Engländern und Amerikanern der „Blonde Knight“ genannt, von den Sowjets der „Schwarze Teufel“, auf Grund der schwarzen Schnauze seiner Me 109. Seine Taktik war es, dicht an den Gegner anzufliegen, damit die Treffer nicht fehl gehen konnten, auch wenn es für ihn mehr Risiken bedeutete. Es war seinem großen Geschick und seiner Erfahrung zuzuschreiben, daß er wohl verschiedentlich „aussteigen“ oder sein Flugzeug notlanden mußte, aber selbst keine Verletzung davon trug.

Voll seelischer und körperlicher Elastizität, voller Ritterlichkeit und auf das Wohl seiner Leute bedacht, war er kurz vor Kriegsende gerade zum Major befördert worden und Träger der höchsten militärischen Auszeichnungen. Am 8. Mai 1945 schoß er noch eines der sowjetischen Flugzeuge ab, die in Scharen die zurückgehende deutsche Front angriffen. Er umging den Befehl, nach Dortmund zu fliegen und sich dort den Engländern zu ergeben. Dagegen vernichtete er die eigenen Flugzeuge und setzte sich mit einem Truß von ca. 2.000 Mann, wobei sich Frauen, Kinder und Ältere befanden, in Richtung Protektorat Böhmen und Mähren in Marsch, um sich einer US-amerikanischen Panzereinheit zu ergeben.

Er mußte dann aber die Übergabe an die brutale sowjetische Soldateska und die bestialischen Exzesse der aufgehetzten Tschechen miterleben und selbst für zehn Jahre durch die Hölle stalinistischer Straflager gehen. Den Angeboten zur Mitarbeit für sowjetische Interessen widersetzte er sich, zufolge dessen man ihn zu 25 Jahren Zwangsarbeit als Kriegsverbrecher verurteilte. Er überstand alle Schrecknisse und Schikanen dieser Zeit in vorbildlicher Haltung und stärkte damit auch den Durchhaltewillen seiner Kameraden. 1955 gelang es Konrad Adenauer, gegen Reparationen die Freilassung von

noch immer festgehaltenen deutschen Soldaten zu erreichen; dadurch kam auch Hartmann frei.

1956 folgte er dem Ruf des Verteidigungsministeriums und trat in die Bundeswehr ein. Er schulte auf US-amerikanische Düsenflugzeuge um und baute das erste deutsche Düsen-Jagdgeschwader der Bundeswehr, „Richt-hofen“, auf. Als dessen erster Kommandeur wurde er 1967, sehr verspätet, zum Oberst befördert. Es fehlte ihm an der politischen Anpassungsfähigkeit, was man ihn spüren ließ. Man erwartete, daß er der CDU beitrete. Aber in der alten Reichswehr durften Berufsoffiziere keiner politischen Partei angehören, das hatte für ihn Gültigkeit. So schied er, enttäuscht, auf eigenen Wunsch im September 1970 aus dem aktiven Dienst aus. Er verstarb, 71-jährig, im September 1993.

Blond, blauäugig, gutmütig und tapfer, wird er noch heute seiner großen Erfolge und Qualitäten wegen vom ehemaligen Feind geehrt und bewundert, so auch in dem Buch von Colonel Raymond F. Toliver und Trevor J. Constable „The Blond Knight of Germany“. Beide Autoren, die mit Hartmann und anderen Jagdfliegern jahrelang befreundet waren, haben 1968 auch das Buch „Horrido“ geschrieben. In ihm steht folgende Widmung: „Für Freundschaft, Redlichkeit, Ritterlichkeit, ohne die die Menschheit unter die Raubtiere herabsinkt.“ Auch diese Werte scheinen heute vergessen zu sein in Deutschland, das Hartmanns Vaterland war ...

Hans-Ulrich Rudel wird in „Horrido“ in einem Atemzug mit Erich Hart-



Der Schlachtflieger Hans-Ulrich Rudel (1916-1982) war der einzige Träger der höchsten Verleihungsstufe des Ritterkreuzes des Eisernen Kreuzes mit goldenem Eichenlaub, Schwertern und Brillanten. Der Stukapilot betätigte sich nach Kriegsende als Fluchthelfer für durch die BRD und die Alliierten verfolgte Nationalsozialisten, als Militärberater und unterstützte die Deutsche Reichspartei (DRP).

mann erwähnt. Auf Seite 348 lesen wir: *„Er (Hartmann; d. A.) steht mit Rudel, dem berühmten Stuka-Piloten, im gleichen Rang. Diese beiden sind die furchtlosesten und tapfersten Männer, die ich kenne.“*

Rudel war 23 Jahre alt, als er im Polenfeldzug als Beobachter in der 2. Staffel der Fernaufklärergruppe 121 seine ersten Einsätze flog und das EK II erhielt. Dann wurde er nach Wien und Crailsheim als Regimentsadjutant verlegt. Er schrieb aber ständig Versetzungsgesuche, bis er am 23. 6. 1941 in Rußland zum ersten Stuka-Einsatz kam, dem am selben Tag drei weitere folgten. Schon am 18. Juli erhielt er das EK I und die Frontflugsperre in Gold. In *Der Schlesier*, Ausgabe vom 18. Juni 1990, ist „zum 75. Geburtstag des unvergessenen großen Sohnes Schlesiens“ zu lesen: *„Im Zweiten Weltkrieg erhielt Oberst Rudel, der Kommandeur des Sturzkampfgeschwaders ‚Immelmann‘, als einziger Soldat die höchste deutsche Tapferkeitsauszeichnung.“*

Der auch von seinen Gegnern geachtete Stuka-Oberst vernichtete auf 2530 Feindflügen unter anderem 519 sowjetische Panzer (rund fünf Panzerkorps), einen Kreuzer, einen Zerstörer, das Schlachtschiff „Marat“, 70 Landungsboote, mehr als 800 motorisierte und bespannte Nachschubfahrzeuge, über 150 Artillerie-, Pak- und Flakstellungen sowie zahlreiche Brücken und Bunker; er erzielte neun Luftsiege, wurde über dreißigmal durch Flak- und Infanteriewaffen abgeschossen, fünfmal verwundet und erhielt als einziger Soldat das Goldene Eichenlaub mit Schwertern und Brillanten zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes. Generalfeldmarschall Ferdinand Schörner sagte über ihn: *„Rudel ersetzt alleine eine ganze Division!“* Stalin bewertete Rudels Leistungen mit 100.000 Rubel Kopfprämie – „tot oder lebendig“.

Ein kriegsversehrter sowjetischer Hauptmann a. D., Träger hoher Tapferkeitsauszeichnungen, schrieb in einem Brief bewundernd aus der Sowjetunion: *„Rudel ist der größte Flieger, den die Geschichte kennt! Ich möchte ihn einmal sehen und ihm die Hand drücken. Er ist ein bewunderswerter Mensch.“* Und Pierre Clostermann, erfolgreichster Jagdflieger Frankreichs, Träger höchster französischer und britischer Tapferkeitsorden, schreibt im Vorwort des Dokumentarwerkes „Hans-Ulrich Rudel – Bilder und Dokumente“ (Motorbuch-Verlag, Stuttgart): *„Wie schade, daß er nicht unsere Uniform getragen hat!“*

Nach einer Verwundung am 17. 11. 1944 flog er mit einem Gipsverband weiter. Das erneut im Januar 1945 erteilte Flugverbot tat er mit dem Ausspruch ab: *„Die können mir doch nicht das Fliegen verbieten, wenn die russischen Panzer auf deutschem Boden spazierenfahren.“*

Am 8. Februar 1945 erhielt seine Maschine, bei einem Einsatz gegen vorgedrungene schwere Stalin-Panzer bei Lebus, nördlich Frankfurt/Oder, einen Flakvolltreffer der russischen Abwehr, wodurch er so schwer verwundet wurde, daß sein rechtes Bein unterhalb des Knies amputiert werden mußte. Schon nach rund sechs Wochen kämpfte er wieder an der Spitze seines Geschwaders, trotz großer Schmerzen im nicht verheilten Beinstumpf. Durch diese Einsätze wurde unzähligen Landsern und Flüchtlingen Leben und Freiheit gerettet. Bei Kriegsende flog er aus Böhmen nach Kitzingen am Main, einem amerikanisch besetzten Flugplatz. Erst Wochen später kam er nach Fürth in Mittelfranken, wo er von deutschen Ärzten vorbildlich versorgt und Mitte 1946 entlassen wurde. Zunächst baute er ein Fuhrunternehmen in Coesfeld auf, ehe er im Juni 1948 als Berater einer argentinischen Flugzeugfabrik tätig war. 1951 kehrte er nach Deutschland zurück.

Als beinamputierter Sportler (Schwimmen, Tennis, Reiten, Skilaufen) vollbrachte er auch große alpinistische Leistungen, z. B. 1953 mit der Erstbesteigung des 6.290 m hohen Llullay-Yacu, eines erloschenen Vulkans in den Anden, wo er und sein Kamerad Inka-Ruinen unterhalb des Gipfels entdeckten. Von 1951 bis 1987 wurden sechs Bücher von ihm veröffentlicht, auch in Englisch, z. B.: „Stuka Pilot“. Er starb am 22. 12. 1982, geehrt vom ehemaligen Feind, verleugnet vom heutigen Deutschland.

Sein Motto lautete: *„Verloren ist nur, wer sich selbst aufgibt.“*



Gerhard Barkhorn (1919-1983) war mit 301 bestätigten Abschüssen und 1200 Feindflügen der zweiterfolgreichste Jagdflieger der Militärluftfahrt.

Nicht unerwähnt bleiben darf hier noch Major Gerd Barkhorn, Freund und Mentor Erich Hartmanns, der im Luftkampf 301 Feindflugzeuge abgeschossen hat. In „Horrido“ heißt es über diese beiden Kampfflieger: *„Die zwei Mitglieder des 300-Clubs (die einzigen beiden Flieger der Welt, die über 300 Luftsiege errangen) sind Beispiele der hohen Qualität von Mannesehre, die im Geist der Luftwaffe-Kampfeinheiten das vorherrschende Element war.“*

Dazu sei folgende Begebenheit zitiert (Seite 139 des o. a. Buches): Hartmann flog mit Barkhorn an der Ostfront, wo Barkhorn einen Abschluß erzielte. Barkhorn flog dicht an das brennende Flugzeug heran, schob sein Kanzeldach hoch und gestikuliert dem Russen, er solle abspringen. Der tat das auch und konnte mit seinem Fallschirm sicher landen. Später von Hartmann über sein Motiv gefragt, antwortete ihm Barkhorn: *„Bubi, Du mußt daran denken, daß dieser russische Pilot einmal das Söhnchen eines schönen russischen Mädchens war. Er hat das Recht zu leben und zu lieben, ebenso wie wir.“* Hartmann hat diese Worte nie vergessen.

Marseille, Hartmann, Rudel und Barkhorn stehen hier stellvertretend für die Tausende und Abertausende deutscher Soldaten, die an allen Fronten ehrenhaft kämpften und in treuer Pflichterfüllung ihr Leben einsetzten. Was ihr Mut, ihre Tapferkeit und ihre Einsatzbereitschaft nicht aufwiegen konnte, war die zahlenmäßige Überlegenheit der Gegner an Menschen und Material und deren brutale Ideologie der Kriegsführung. Hierzu Spaight: *„Es ist ein Greuel, eine nutzlose Grausamkeit, eine schreckliche Travestie des Krieges, wenn Bomben auf ihre Häuser fallen, wenn Menschen im Schlaf getötet werden, wenn Tod und Untergang ihre Welt überwältigen. Das, so schreien sie, ist nicht Krieg, es ist Mord. Aber es ist Krieg, die neue Art von Krieg.“*

Auf Grund des anglo-amerikanischen Vernichtungswillens nahm die Zerstörung der Kulturstätten Europas hemmungslos ihren Lauf. Ab Mitte 1943 wurden die deutschen Städte mit verheerenden Folgen bombardiert. Sogenannte „Bombenteppiche“ vernichteten erst Stadtviertel und mit der Zeit ganze Städte und deren Bevölkerung. Churchill verkündete, daß er die hundert deutschen Großstädte in Schutt und Asche legen werde. Bis zu mehr als 1000 schwere Bomber flogen nachts ins Reichsgebiet ein, gegen die die deutsche Flakabwehr nur wenig ausrichten konnte. Auch die neu-

entwickelten deutschen Nachtjäger waren nicht in der Lage, mehr als 10 % der Angreifer zu vernichten.

8.7. Die Invasion

Zur Vorbereitung der Invasion des europäischen Festlands brachten die US-Amerikaner ungeheure Mengen von Panzern, Flugzeugen, Artillerie und Kleinwaffen nach England, dazu über 6000 neugebaute Landungsboote und eine gleiche Zahl von Lastenseglern. Die Angriffe auf Deutschland, Holland, Belgien und Nordfrankreich wurden meist von der englischen und kanadischen Luftwaffe geflogen.

Aufreizend schreibt *The Star* vom 21. April 1944 unter der Schlagzeile „Gebt Köln einen Großteil der 4480 Tonnen (Bomben; d. A.) dieser Nacht“: *„Mehr als 1100 RAF- und RCA-Flugzeuge führten mit einer massiven Bombenlast von 4480 Tonnen lähmende Schläge auf Köln und drei andere Ziele in Frankreich und Belgien durch. Dieser vernichtende Nachtangriff folgte dem Angriff auf Hitlers Westwall durch eine Flotte von 750 bis 1000 schweren Bombern, die 2500 Tonnen Sprengbomben abwarfen. Einige der Eisenbahn-Ziele der letzten Nacht waren Ottignies, 15 Meilen südlich von Brüssel, und La Chapelle, im Außenbezirk von Paris. Die der Invasion vorangehende Taktik planvoller Zerstörung wurde heute fortgesetzt ...“*

The Star vom 3. Juni 1944 entnehmen wir: *„Der immense alliierte Vor-Invasions-Flächenangriff hat den europäischen Kontinent während des Monats Mai mit einer Rekordsumme von mehr als 133.700 Tonnen Bomben geschaukelt, mit fast drei Tonnen pro Minute. Von britischen und italienischen Stützpunkten aus wurden 139.000 Einsätze geflogen. Die Bombardierungen erfolgten vom Westen und Süden über ganz Europa, – von Norwegen zum Balkan, von Italien nach Polen ...“*

Am 6. Juni 1944 begann zwischen Cherbourg und Le Havre nach mehrstündigem Trommelfeuer aus schweren Schiffsgeschützen und dem Bombenhagel von Tausenden von Flugzeugen die Invasion der Festung Europa. In „Lost Europe“ wird die rücksichtslose Zerstörung mittelalterlicher französischer Städte mit ihren schönen Renaissance-Bauten beklagt. Wörtlich:

„Zufolge der sehr schnellen Eroberung Frankreichs durch die Deutschen entstand dem Land bis Juni 1944 relativ wenig Sachschaden. Erst dann begann der katastrophale Verlust von Strukturen, die entweder völlig zerstört oder als ausgebrannte Ruinen stehen geblieben sind.“

Es ist hier nicht der Platz, die einzelnen Phasen der Invasion und ihrer zum Teil heldenhaften, zum Teil unverständlich zögernden Abwehr nachzuzeichnen. Oberbefehlshaber Rommel war auf einem kurzen Urlaub in Deutschland, sein Stabschef, General Speidel, gab am Abend des 5. Juni einen Sekt-Empfang. Der durch Abhörspezialisten bekannt gewordene Zeitpunkt der Invasion wurde nicht weitergegeben, es wurde ihm keine große Wichtigkeit beigemessen. Daß da etwas nicht schief gelaufen, sondern schief gelenkt worden ist, wird auch durch die zum großen Teil unbefriedigenden ersten Versuche von V-Waffen-Einsätzen bestätigt, die am 14. Juni 1944 begannen.

Der Kulminationspunkt des Verrats wurde am 20. Juli mit dem Attentat auf Hitler erreicht. Der Sprengstoff zum Attentat war übrigens englischer Herkunft, wie schon der zum Kaisermord in Sarajevo anno 1914. Diese „heroische Tat“ ist seit Jahrzehnten viel belobigt worden. Aber selbst wenn den Widerständlern vaterländische Motive zugesprochen werden könnten, ist es einfach unverständlich, daß sie im kritischsten Lebenskampf ihres Volkes nicht verstanden, warum dieser Krieg überhaupt geführt wurde. Dabei hätten sie es wissen müssen. Hier sei die englische Antwort gegenüber einem Beauftragten des „deutschen Widerstandes“ zitiert, die er auf die Frage nach den englischen Bedingungen für Deutschland, wenn es gelänge, Hitler zu beseitigen, erhielt: *„Sie müssen sich darüber klar sein, daß dieser Krieg nicht gegen Hitler oder den Nationalsozialismus geht, sondern gegen die Kraft des deutschen Volkes, die man für immer zerschlagen will, gleichgültig, ob sie in den Händen Hitlers oder eines Jesuitenpaters liegt.“*⁵¹

Am 15. August landeten die Alliierten dann auch in Südfrankreich, das von den deutschen Truppen nun aufgegeben wurde. Ebenso wurde Paris am 25. August kampfflos geräumt, wo einige Tage danach General de Gaulle die Regierungsgeschäfte übernahm.

⁵¹ Kleist, Peter: „Auch Du warst dabei“, 1952.

Während im September in der Konferenz von Quebec der Morgenthauptplan für die Entmachtung Deutschlands durch Zerstückelung und Ent-Industrialisierung beschlossen wurde, versuchten deutsche Truppen – wie z. B. die Panzerdivision „Das Reich“ – weiterhin, den Bolschewismus aufzuhalten. In der Waffen-SS kämpften 220.000 nicht-deutsche Freiwillige aus vielen Staaten (nicht nur) Europas mit.

Im kanadischen Fernsehen CTV wurde vor einigen Jahren eine einstündige Sendung mit dem Titel „The Great Road“ ausgestrahlt. Sie schilderte den Bau des 2452 km langen Alaska-Highways, der zwischen Mai und Dezember 1942 von ca. 10.000 US-Soldaten durch unwegsames, unerforschtes Gelände mit tiefen Schluchten und steilen Felsen von Dawson Creek im westlichen Kanada nach Fairbanks in Alaska (USA) gebaut wurde. Diese Gewaltanstrengung, zum Teil durch Schnee und Eis und bei Temperaturen bis zu minus 45 Grad, wurde Kanadiern und Amerikanern als notwendige Abwehrmaßnahme gegen eine eventuelle japanischen Landung für \$ 2 Billionen verkauft. Tatsächlich aber wurde der Highway in fieberhafter Eile gebaut, um schwere Panzer, Geschütze und anderes Kriegsmaterial so weit und so schnell wie möglich auf dem Landweg zu befördern, um alles von Fairbanks aus in die UdSSR ausfliegen zu können, um gegen Deutschland eingesetzt zu werden.

Während der Sendung erklärte der Sprecher wörtlich: *„Um die Zivilisation zu retten, haben wir das bolschewistische Rußland bewaffnet.“*

Vielleicht auch, „um die Zivilisation zu retten“, wurde am 18. August 1944 ein besonders schrecklicher Terrorangriff gegen die ehemalige Hansestadt Bremen geflogen, wobei das Zentrum und der nordwestliche Teil der Stadt durch den hervorgerufenen Feuersturm völlig zerstört wurden. 9000 Häuser brannten völlig aus, 600 wurden schwer beschädigt. Die Toten lagen dichtgepackt in Luftschutzkellern und wo immer sie getötet worden waren; die Opfer werden auf mehr als 2.500 geschätzt.

Aus dem Osten erklangen im März 1945 klagend die Worte des Dekans der Philosophischen Fakultät der Stadt Königsberg: *„In zwei Nächten des August 1944 haben britische Bomber Leben und Gestalt der Innenstadt Kö-*

nigsberg ausgelöscht. Jene höllischen Nächte der britischen Vernichtungsangriffe enthüllten auch dieser Stadt, daß die Ungeheuerlichkeiten des gegenwärtigen Krieges schon unter uns Europäern – von den teuflischen Grausamkeiten der Russen schweige ich – so ins Maßlose gestiegen sind, daß am Ende kein einziger der Beteiligten, und sei er noch so selbstgerecht gesonnen, über den Gegner moralisch Gericht halten könnte, ohne damit sein Innerstes zu schänden und Gott zu lästern.“

Während man so das alte Europa zerstörte, wurde im August/September 1944 die Konferenz von Dumbarton Oaks einberufen. Die USA, England, die Sowjetunion und China nahmen daran teil. Es wurden Vorschläge zur Gründung der Vereinten Nationen geprüft, die an Stelle des Genfer Völkerbundes treten sollten. Am 26. 6. 1945 wurde der Vertrag ratifiziert. Der Bau einer Neuen Weltordnung begann.

Wie schon erwähnt, hatte Nahum Goldmann bereits 1915 geschrieben, daß die Zerstörung die dringendste Aufgabe der Zeit sei. Die Menschen müßten von ihren herkömmlichen Wurzeln abgetrennt werden; Traditionen dürften ihre Werte nicht erhalten; das Motto heiße: was war, muß gehen.

Frankreich erlitt laut Vivian Bird 250.000 Ziviltote durch die englisch-amerikanische Invasion. Obwohl Philippe Gautier in „La Germanophobia“ schreibt: *„Als die ersten Kanadier in Caen einmarschierten, ... wurden sie von den Franzosen angespuckt, und in Le Havre, das vorsätzlich durch Phosphorbomben eingeäschert worden war, wehten den Engländern aus Fenstern der noch stehenden Häuser Fahnen auf Halbmast entgegen, darunter einige mit schwarzem Flor. In fünf Jahren hatten wir nicht einen einzigen grausamen, brutalen, barbarischen deutschen Soldaten erlebt, wie heute von Leuten verbreitet wird, die diese vielverschriene Zeit gar nicht erlebt haben ...“*, trotzdem wurden nach der Befreiung im August 1944 Freundinnen von deutschen Soldaten barfuß durch die Straßen von Paris geführt und zur Schau gestellt, nachdem man ihnen zuvor die Köpfe geschoren und sie entsprechend gezeichnet hatte. Ein weit schlimmeres Los erwartete Tausende von Franzosen, die wegen Kollaboration denunziert worden waren. Sie wurden, nach Schauprozessen und oft scheußlichsten Quälereien, einfach erschossen. Selbst Marschall Pétain, der nach Beendigung der Kriegshandlungen die relativ selbständige

Vichy-Regierung geführt hatte, wurde 1945 wegen Verrats zum Tode verurteilt, dann aber, 90-jährig, von General de Gaulle zu lebenslänglicher Haft begnadigt.

Am 20. Oktober 1944 war das kleine ostpreußische Dorf Nemmersdorf von der Sowjetarmee eingenommen, später aber wieder von den Deutschen zurückerobert worden. Ein furchtbares Massaker an der Zivilbevölkerung hatte sich zugetragen. Frauen, weltliche und Ordens-Schwesteren waren vergewaltigt und an Tische, Holzwände und Scheunentore genagelt worden. Kleine Kinder waren erschlagen und zu Tode getreten, 50 ausländische Kriegsgefangene getötet worden und vieles Entsetzliche mehr. Ärzte und Journalisten aus dem Ausland wurden hinzugerufen, wie schon 1943 nach



Vom Leben „befreit“ – Von den Sowjets massakrierte deutsche Frau mit Kindern. Am 21. Oktober 1944 gegen sieben Uhr früh wurde das ostpreußische Dorf Nemmersdorf durch sowjetische Truppen besetzt und wenige Stunden später zurückerobert. Die deutschen Soldaten fanden mindestens 23 ermordete Zivilpersonen vor – in der Mehrzahl Frauen und Kinder.

Auffindung der polnischen Offiziere, die in Katyn von den Sowjets mit Genickschuß ermordet worden waren.

Am 12. November 1944 – der Kriegsausgang war absehbar – faßte die Partisanen-Regierung Titos den Entschluß, das gesamte Vermögen des Reiches und seiner Staatsbürger und das Vermögen sämtlicher Personen deutscher Volkszugehörigkeit zu konfiszierten. Das bedeutete den Verlust von ungeheuren Milliarden an Sachwerten und von 600.000 ha Land, das von den Donauschwaben seit 200 Jahren bevölkert und urbar gemacht worden war.

Am 15. Dezember 1944 verkündete Churchill vor dem Londoner Unterhaus: *„Es wird den Polen freigestellt werden, ihr Staatsgebiet nach ihrer Wahl und ihrem Belieben auf Kosten Deutschlands nach Westen zu erweitern. Polen wird im Norden das ganze Ostpreußen südlich und westlich von Königsberg erhalten, einschließlich von Danzig, das eine der prächtigsten Städte der Welt ... sei ... Die Polen werden gesunde und lebenskräftige Gebiete mit hochentwickelter Industrie ... erhalten ... Gleichzeitig wird eine Austreibung der Deutschen durchgeführt werden ...“*

Am 16. Dezember 1944 traten Teile der deutschen Armee zur Ardennenoffensive an, der letzten Chance, der westlichen Invasion Einhalt zu bieten. Sie war von Generaloberst Jodl seit September vorbereitet worden. Unter den Generalen Model, Rundstedt und Manteuffel konnten Infanterie-Divisionen und Panzer-Armeen im Schutz tief hängender Wolken die feindlichen Stellungen im luxemburgischen Raum an vielen Stellen durchbrechen. Der zunächst rasch vorankommende Angriff scheiterte jedoch im weiteren Verlauf durch die absolute Luftüberlegenheit der Alliierten und das Nichteintreffen des nötigen Nachschub. (Das sehr wohl vorhandene und bereitstehende Benzin z. B. gelangte nicht an die Front.) Bis Ende Januar waren die deutschen Verbände unter beidseitig sehr hohen Verlusten auf ihre Ausgangsstellungen zurückgedrängt.

9. Die bedingungslose Kapitulation und die Zeit danach – 1945 bis 1948

Am 19. Januar 1945 begann der Großangriff der Roten Armee gegen Ostpreußen und Oberschlesien, der von der geschwächten deutschen Front nicht aufgehalten werden konnte. Deutschland kämpfte mit dem Mut der Verzweiflung, aber die feindlichen Heere drangen im Osten, Westen und Südosten mehr und mehr in das Reichsgebiet ein.

9.1. Die Konferenz von Jalta

Vom 4. bis 12. Februar 1945 wurde von Churchill, Roosevelt und Stalin auf der Jalta-Konferenz folgendes besprochen:

- die Teilung Deutschlands in vier Besatzungszonen,
- die Einsetzung eines Alliierten Kontrollrates,
- die Entmilitarisierung und Entnazifizierung,
- der Abbau der Industrieanlagen und
- die noch festzulegenden Reparationsleistungen.

Auch die Verschiebung der sowjetischen Westgrenze auf Kosten Polens wurde abgesegnet, wofür Stalin die Zusage gab, in den Krieg gegen Japan einzutreten.

Der Ton der Konferenz, der – anhand der nachstehenden Zitate kann man es nachvollziehen – durch eine abgrundtiefe Verachtung des menschlichen Lebens geprägt war, gibt einen Vorgeschmack auf die anlaufende Vernichtungswelle, die zunächst an den Deutschen praktiziert wurde, die heute aber weltweit als fast etwas Alltägliches über Menschen und Länder hinwegrollt.

Laut der stenographischen Mitschrift von James F. Byrnes⁵² sagte Churchill: *„Wir haben 6 oder 7 Millionen Deutsche umgebracht. Möglicherweise werden wir eine weitere Million oder so töten, bevor der Krieg zu Ende ist.“*

⁵² H. S. Truman Bibliothek, Independence

Laut dem Bohlen-Protokoll⁵³ gab Churchill seiner Hoffnung Ausdruck, daß Marschall Stalin nochmals einen Trinkspruch (wie in Teheran, November 1943) auf die spätere Hinrichtung von 50.000 Offizieren der deutschen Armee ausbringen würde.

Von diesem brutalen, fast irrsinnigem Vernichtungswahn zeugt auch ein Bericht über die im Januar erfolgte Beschießung eines Sanitätsdorfes in Luxemburg mit 5.000 Betten, wie es Jakob Schneller aus Wien der *Krone* berichtete. Nachdem die Amerikaner dem IRK die Zusage gegeben hatten, die auf dem Rückzug befindlichen deutschen Verwundeten zu übernehmen, wurden wohl die Leichtverwundeten aufgenommen, das Sanitätsdorf selbst aber so unter Trommelfeuer genommen, daß nur ein rauchender Trümmerhaufen zurückblieb, unter dem die Schwerverwundeten zu Tode kamen.

Auch die Tiefflieger-Angriffe der Jagdbomber auf zivile Ziele sind, wie Czesany in „Alliiertes Bombenterror“ schreibt, „unverständlich“. Auf S. 589 bringt er Zeugenberichte: *„Es kam mir damals vor, als ob sie uns nicht für mehr hielten als Hasen auf einer Treibjagd ... Der D-Zug (auf der Strecke Wien-Klagenfurt) blieb stehen, die Leute rannten um ihr Leben und nahmen Deckung hinter den Gebüsch am Bahndamm. Sie wurden von sehr niedrig fliegenden Jabos beschossen, obwohl diese deutlich erkennen mußten, daß es sich um Frauen und Kinder handelte. Ein Dutzend Verwundete kamen ins Krankenhaus ...“*

„Der Bauer fährt mit seinem Ochsengespann aufs Feld ... Ein amerikanischer Tiefflieger streicht über den nahen Wald, gleich einem Habicht erspäht er die wehrlose Beute und stößt noch tiefer herunter. Der Bauer und die beiden Ochsen wälzen sich auf der Straße. Blut mischt sich mit Staub ...“

Diese Fälle ereigneten sich laufend und im ganzen Reichsgebiet.

Spaight erklärt allerdings dieses Verhalten in „Rechtfertigung“ insofern, wonach *„auch alle Zivilisten, die zum Dienst der passiven Verteidigung verpflichtet waren, nicht anders eingestuft werden als Krieger in der neuen Art*

53 Kappe-Hardenberg, Siegfried: „Die Jalta-Dokumente – Roosevelt, Churchill und Stalin auf der Krimkonferenz im Februar 1945“, Druffel-Verlag, Leoni, 1987, 2. Aufl.

des Krieges“. Dazu gehören dann nach Spaights Meinung nicht nur Feuerwehrlente und Rettungsmannschaften, die er sogar ausdrücklich dieser Kategorie zuordnet, sondern auch Mütter, Kinder, Bauern, Kriegsversehrte und Krankenschwestern, die ja praktisch alle in die passive Verteidigung gedrängt waren und somit als „Krieger in der neuen Art des Krieges“ behandelt werden konnten.

Während all dessen wurde die „Aktion Thunderclap“ (dt., „Operation Donnerschlag“) gegen die deutsche Zivilbevölkerung fortgesetzt, obwohl Churchill Mitte 1943 nach Vorführung eines sehr plastischen Filmes über das Bombardement deutscher Städte sich plötzlich aufgerichtet und gesagt haben soll: *„Sind wir Bestien? Treiben wir dies zu weit?“*⁵⁴

Ende 1944 fehlten der deutschen Luftwaffe Flugzeuge, Piloten und Treibstoff. Die deutschen Städte waren schutzlos, und zwar zu einer Zeit, als die Angriffe ihren Höhepunkt erreichten und mehr Menschen getötet wurden, als der Endkampf um Deutschland Opfer forderte.

9.2. Dresden

Am 13. und 14. Februar 1945 – die Jalta-Konferenz war eben zu Ende, und der Krieg war für Deutschland bereits verloren – wurde eine der schönsten Städte der Welt, meine Heimatstadt Dresden, dem Flammentod durch britische und amerikanische Bomber überantwortet. An diesem Fastnachtabend, um 22 Uhr, heulten die Sirenen ihre einmalige Warnung.

„Dem schönen Elbflorenz wird kein Leid geschehen“, hatten die Dresdner immer gedacht, denn alle Welt liebte ihre herrliche Barockstadt, mit dem Zwinger, der berühmten Gemäldegalerie, dem Grünen Gewölbe, der Semper-Oper, der Frauenkirche, dem Japanischen Palais, dem Schloß mit der Hofkirche, der Brühlschen Terrasse und ihrem einmaligen Panorama. Wohnte nicht auch eine Verwandte Churchills inkognito auf dem „Weißen Hirsch“, in der Gegend der herrschaftlichen Villen und Sanatorien oberhalb der Stadt? Außer den optischen Zeiss-Ikon-Werken und einer Zigarettenfa-

54 Veale, F. J. P. Veale: „Advance to Barbarism“ (dt., „Vorwärts in die Barbarei“), 1948.



Blick vom Neustädter Elbufer auf die Augustusbrücke und den Stadtkern von Dresden im 18. Jahrhundert. Gemälde des italienischen Landschaftsmalers Bernardo Bellotto, genannt Canaletto, (1722-1780).

brik hatte Dresden keine Industrie. Die Stadt war bei dem niedrigen Tiefstand der Elbe auch niemals ein großer Umschlaghafen, wie das in einem modernen Computerlexikon behauptet wird.

Wir hatten keine Bunker oder befestigten Luftschuttkeller. Im Krieg war Dresden zu einer Lazarettstadt geworden, was den Alliierten sicher bekannt war, ebenso, daß hier einige Kriegsgefangenen-Lager untergebracht waren. Anfang 1945 schwoll die Bevölkerung der Stadt auf fast das Doppelte an, vor allem durch Hunderttausende von Flüchtlingen, die vor dem Terror der Roten Armee geflohen waren, um ihr nacktes Leben zu retten. Wie entsetzlich wurden sie „bestraft“! Wo sie Schutz erhofft hatten, wartete ein grauenvoller Holocaust auf sie, dem die wenigsten entkommen sind.

Ich werde nie den Ruf unserer Nachbarin vergessen: „*Frau Stark, Sie müssen schnell aus dem Fenster schauen. Ein herrlicher Anblick. All die bunten Lichter, wie an einem Weihnachtsbaum*“, und meiner Mutter Antwort: „*Um Gottes willen, Sie törichte Frau, das ist unser aller Tod!*“ Wir konnten die auf un-

ser Haus gefallenen Brandbomben löschen. Aber ein paar Straßen vor uns flammte die Stadt in einem feurigen Inferno auf.

Mit 9.000 Maschinen wurde das größte Bomberaufgebot der Menschheitsgeschichte zur Vernichtung Dresdens eingesetzt. Dreimal innerhalb von 14 Stunden wurde die Stadt heimgesucht, wurden Kirchen, Theater, Krankenhäuser, Schulen und die herrlichen Barockbauten zerbombt und die dichtbewohnte Innenstadt in ein glühendes Höllenszenario verwandelt.

Beim ersten Angriff fielen dicht auf dicht Blockbuster-Bomben, die Dächer, Fenster und Lungen auf- bzw. zerreißen können, gefolgt von Brand- und Naphtabomben. Das ohrenbetäubende Krachen der Explosionen wurde noch vom Tosen der entfachten Feuerstürme überboten, die wie ein entfesselter Orkan durch die Straßen fegten, alles mit sich reißend, was in ihren Sog kam.

Die Menschen hatten zunächst in ihren Kellern Zuflucht gesucht, wo sie durch Einatmen von Kohlenmonoxid erstickten oder von den zusammen-



© Bundesarchiv, Bild 183-Z0309-310 / CC-BY-SA

Dresden 1945: Blick vom Rathausturm auf die zerstörte Stadt. Im Vordergrund der heutige Pirnaische Platz.

brechenden Wänden erschlagen wurden. Die Flucht auf die Straßen war fast unmöglich, da der Asphalt zähflüssig zu brennen begonnen hatte. Dadurch blieben die Opfer mit ihren Schuhen stecken, stürzten und wurden sofort von den Flammen erfaßt. Durch den Sog war ein fast luftleerer Raum entstanden, der das Atmen zur Qual machte. Es spielten sich heroische Szenen ab, nicht nur von Müttern, die – schon selbst lebenden Fackeln gleich – ihr Liebstes vor dem drohenden Opfertod schützen wollten.

Auch Nachbarschaftshilfe, NS-Hilfsorganisationen und die von überall herbeieilenden Feuerwehren bewährten sich in den Stunden größter Not. Die meisten jedoch bezahlten diesen Dienst am Nächsten mit dem eigenen Leben. Im Hauptbahnhof konnten während des ersten Angriffs die haltenden Züge, mit Flüchtlingen und Kindern überfüllt, ausgefahren werden, wurden jedoch nach Abklingen des Angriffs zurückgebracht. Allgemein glaubte man, das Schlimmste sei vorbei. Als dann um 1.00 Uhr nachts mit erneuter Furie, diesmal ohne Sirenen, der zweite schwere Angriff begann, wurde der ganze Bahnhof zum feurigen Grab für mehr als 15.000 alte und junge Menschen und das Bahnpersonal.

Wer sich bis dahin nicht aus den Kellern der Innenstadt retten konnte, hatte keine Chance mehr, diesen wahren Holocaust zu überleben. In der lichterloh brennenden Stadt erreichten die Temperaturen bis zu 1600 Grad Celsius, Menschenleiber schmolzen zu einem breiigen Haufen, heller Sandstein war rot verfärbt, ja sogar zum Teil gläsern geworden. Ein Helfer berichtet: *„Da waren Verbrannte, Verkohlte, Zerstückelte, Teile von ihnen, eine unkenntliche Masse, scheinbar friedlich schlafend, schmerzverzerrt, völlig verkrampft, zu Puppen geschrumpft, gekleidet, nackt, ein kümmerliches Häufchen Asche, verkohlte Knochen ... und über allem der beißende Rauch und der unerträgliche Verwesungsgeruch.“*

In gräßlicher Todesangst hatten sich Hunderte der brennenden Menschen in den großen Löschwasser-Betonbehälter am Altmarkt gestürzt. Durch die Hitze kam das Wasser zum Kochen, keiner kam aus dem aalglatten Bassin lebend heraus.

Krankenschwestern hatten Tausende von Verwundeten an die Elbufer geschleppt, dort wurden sie von Tieffliegern („Mustangs“) beschossen. So

auch im Großen Garten, wohin sich unzählige Frauen, Kinder und alte Menschen, in nasse Decken gehüllt, geflüchtet hatten.

In einer Sendung des BBC (British Broadcasting) wurde 1996 Bomber-Harris gezeigt. Dabei sagte er zum Terrorangriff auf Dresden: *„Nachdem die Bomber abgeflogen waren, begannen die Ratten aus ihren Löchern zu kriechen. Dann wurden sie von unseren Jagdfliegern beschossen.“*

Der dritte Angriff wurde von den Amerikanern am 14. 2. 1945 mittags mit „Fliegenden Festungen“ und „Liberators“ (dt., „Befreier“) geflogen. Noch einmal fielen 1500 Sprengbomben und 50.000 Stabbrandbomben auf die todwunde Stadt. Danach wurden die Überlebenden beim Wasserholen – ich habe dies selbst erlebt – und auf den Grünflächen und Fluchtwegen aus der Stadt von den Jabos mit Bordwaffen gehetzt. *„Es war Massenmord“*, schreibt McKee in „Dresden 1945“.

Sieben Tage und Nächte brannte die Stadt, der Feuerschein konnte über 300 km weit gesehen werden, selbst noch in Böhmen. *„Uns haben die Dresdner damals entsetzlich leid getan“*, sagte mir ein Neu-Kanadier aus dem Egerland.

Selbst Ende Mai 1945 waren Identifizierung, Registrierung und Bergung der Opfer noch nicht beendet. Über die Zahl gibt es widersprüchliche Verlautbarungen. Hier sei nur eine Stelle aus „The War Lords of Washington“ zitiert. Colonel Curtis Dall, früherer Schwiegersohn von F. D. Roosevelt sagte: *„Mir wurde von höchster militärischer Stelle persönlich mitgeteilt, daß in Dresden, einer offenen Stadt, 385.000 Männer, Frauen und Kinder durch die alliierten Luftangriffe ermordet wurden.“*

Dresden wird oft mit Coventry verglichen, das im November 1940, zur Vergeltung englischer Luftangriffe auf deutsche Städte, von der Luftwaffe bombardiert wurde. Das Hauptziel waren die dortigen Hafenanlagen und Munitionswerke. Dabei kamen 380 Menschen ums Leben, 800 wurden schwer verletzt. – Ein weiterer verlogener Vergleich der Umerzieher.

Zu DDR-Zeiten brachte die Stadt Dresden am 11. 2. 1983 folgendes Resümee: *„Das Vernichtungswerk in jener Februarnacht wird nur begreiflich, wenn*

die politischen Absichten einflußreicher Gruppen in London und Washington im Blickpunkt bleiben. Mit Dresden sollte der Sowjetunion, aber auch allen anderen Völkern, die sich einem Frieden nach amerikanischer Machart widersetzen, drohend demonstriert werden, was strategischer Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung bewirkt, und daß er jederzeit wiederholbar sei. Strategische Luftangriffe Dresdner Ausmaßes waren 1945 kühl kalkulierte Rechenexempel imperialistischer Politik der Stärke.“

Deutschland war ja gewarnt worden! Bei Lewis Wyndham lesen wir in „Count your dead: They are alive“: *„Die friedliebenden Nationen sind schwerer bewaffnet, als Sie es sind, Herr Hitler, und haben uneingeschränkte Hilfsquellen zu ihrer Verfügung. Und sie werden ohne Zweifel Krieg gegen Sie führen, wenn Sie sich nicht ihrem Willen fügen, sondern hartnäckig an diesem Konzept eines souveränen Staates festhalten.“*

Wir haben die alliierte Bomben-Macht in Jugoslawien und im Irak wieder vorexerziert bekommen und auch Aussprüche dabei gehört, die an die von Generalmajor Curtis LeMay erinnern. Als dieser im März 1945 über das Flammenmeer des brennenden Tokio flog, das in sechs Stunden mehr als 100.000 Menschenopfer forderte und wie in Dresden 25 qkm Wohngebiet zerstörte, sagte er: *„Wir werden Japan in die Steinzeit zurückversetzen!“*⁵⁵

Und US-General Clark äußerte während des Eingreifens in Jugoslawien: *„Nach diesem Krieg wird es keine souveränen Staaten mehr geben.“*

Erinnert sei auch an die schrecklichen Bilder der Dresdener Leichenberge, die eine verantwortungslose Propaganda in „KZ-Dokumentationen“ als deutsches „Verbrechen“ einblendete. Diese Fälschung war der Vorläufer der neu-deutschen Perversität, mit der die Zahlen der deutschen Bombenopfer heute zehn bis zwanzigfach geringer „erstellt“ werden, als sie seit 67 Jahren bekannt und belegbar sind.

Mit beispielloser Brutalität wurden weitere 38 wehrlose und militärisch bzw. industriell unwichtige deutsche Städte noch im Jahr 1945 aus der Luft

55 Czesany, Dr. Maximilian: „Alliiertes Bombenterror - Der Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung Europas 1940-1945“, Druffel-Verlag, Leoni, 1986.

vernichtet und deren Bevölkerung, meist Frauen, Kinder, Ältere und Gebrechliche, zu Tausenden einem qualvollen Feuertod überantwortet. Besonders erwähnt seien hier:

- die alte Reichsstadt Nürnberg,
- Breisach am Rhein – zu vier Fünftel zerstört; bekannt ist das Breisacher Münster,
- Chemnitz – das nach dem Dresden-Bombardement als Fluchtort diente,
- Pforzheim, schwerste Zerstörungen, 20.000 Tote,
- Dortmund – schwerster Angriff mit 1107 Bombern,
- Swinemünde – 20.000 Tote,
- die alte Barockstadt Würzburg – zu 90 % zerstört, darunter auch 39 Kirchen,
- Hildesheim, Kleinod des Mittelalters – schwerste Zerstörungen
- Rothenburg ob der Tauber, die mittelalterliche Märchenstadt in Mittelfranken, die noch am Ostersonnabend, dem 31. März 1945, zu 45 % zerstört wurde.

Dies alles stellt eine sehr lückenhafte Statistik dar. Vieles wäre noch zu den von den Alliierten begangenen Kriegsverbrechen zu ergänzen. So wurden in den letzten Kriegsmonaten Teile der deutschen Flotte zu Rettungsaktionen auf hoher See eingesetzt. Sie waren entsprechend gekennzeichnet. Zwei Millionen der vor der einfallenden Roten Armee geflüchteten Ostdeutschen konnten im Winter 1944/45 noch aus den Häfen Pillau, Kolberg, Danzig, Gotenhafen und Oxhöft über die Ostsee in Sicherheit gebracht werden. Aber in dem



Etwa 40 % der Bausubstanz der mittelalterlichen einst freien Reichsstadt Rothenburg ob der Tauber wurden durch einen militärisch sinnlosen Angriff an Ostern 1945 durch eine Staffel der 386. Bombardement Group der US-Luftwaffe beschädigt oder zerstört. Die später befragten Piloten sagten aus, sie hätten nicht geahnt, welche Kulturstadt sie bombardierten.

eisigen Sturm warteten noch mehr auf Rettung. Ein ehemaliges KdF-Urlauberschiff, das wegen Bombenschäden schon vier Jahre vor Anker lag, mußte nun innerhalb von drei Tagen seeklar gemacht werden. Dann wurde es bis zum Bersten mit Flüchtlingen beladen.

Dieses Schiff, die „Wilhelm Gustloff“, lief am 30. 1. 1945 mit 10.582 Menschen an Bord, davon 8.945 Flüchtlingen, von Gotenhafen aus. Von einem sowjetischen U-Boot erhielt die „Wilhelm Gustloff“ drei Torpedo-Volltreffer und sank sehr rasch. Das eisige Wasser erschwerte die Rettungsmaßnahmen. Verlust: 9.343 Menschenleben.⁵⁶

Am 10. 2. 1945 lief die „General Steuben“ aus. Auch dieses zivile und gekennzeichnete Flüchtlingsschiff wurde von den Sowjets, die sich in den letzten vier Kriegsjahren gegenüber der deutschen Kriegsmarine nicht gerade mit Ruhm bekleckert hatten, torpediert und sank. Verlust: 3.608 Menschenleben. Am 16. 4. 1945 wurde auch der Frachter „Goya“, der ebenfalls als Flüchtlingsschiff eingesetzt wurde, von einem sowjetischen U-Boot torpediert. Verlust: 6.666 Menschenleben – das sind insgesamt 19.617 Tote, meist Frauen, Kinder, alte Menschen, Verwundete.

In Lübeck ankerten die „Deutschland“ und die „Athen“, als Lazarettschiffe mit dem Roten Kreuz markiert. Sie wurden am 3. 5. 1945 durch britische Bomber versenkt. Die Todeszahlen sind unbekannt. Weiter ankerten die „Thielbek“ und die „Cap Arcona“ im Lübecker Hafen. An Bord waren die aus dem KL-Arbeitslager Bremen-Farge, Außenabteilung Neuengamme, evakuierten Häftlinge mit ihren Bewachern (hauptsächlich Genesende aus Marineabteilungen). Beide Schiffe wurden ebenfalls am 3. 5. 1945 durch die Briten versenkt, die winkenden Menschen mit Bordwaffen beschossen. Verluste: 2.414 und 5.595 Menschenleben – insgesamt 8.009 Tote.

Daß schließlich die deutschen Fronten doch dem Übergewicht der von allen Seiten auf das Reich eindringenden Feindmächte erliegen mußten, war nach dem, was wir heute – auch und insbesondere bezüglich des begangenen Verrates – wissen, nur eine Frage der Zeit. Es wird den deutschen

56 Zahlen nach Schön, Heinz: „Hitlers Traumschiffe“, Arndt-Verlag, Kiel, 2001.

Soldaten aller Waffengattungen zur ewigen Ehre gereichen, wie tapfer sie gekämpft und wie lange sie ausgehalten haben. Die dann folgende, teils schmachvolle Behandlung durch die Sieger haben sie ebensowenig verdient wie die Beleidigungen und falschen Beschuldigungen durch kriminelle und neurotisierte Elemente des eigenen Volkes.

Da kam am 12. April 1945 aus dem Weißen Haus in Washington die Nachricht von Franklin Delano Roosevelts Tod. Der US-Präsident starb an einem Gehirnschlag. Sollte dies in letzter Minute den Ausgang des gewaltigen Ringens verändern, den das kleine Großdeutsche Reich gegen einen Weltverbund von Privat- und Staatskapital führte? Hatte nicht 1762 der Tod der Zarin Elisabeth die ausweglose Lage Preußens gewendet und den Sieg gebracht?

Roosevelt hatte bereits 1918 der US-Delegation in Versailles angehört, wo er eine drakonische Behandlung Deutschlands forderte, nach dem Motto „Hängt den Kaiser“. Mit Hilfe des Bankers Herbert H. Lehman, 1933 bis 1942 Gouverneur des Bundesstaates New York, war er 1933 zum US-Präsidenten gewählt worden. Er verkündete damals den sog. „New Deal“ zur Behebung der inneren Notstände. Obwohl diese Wirtschaftspolitik kaum Erfolg zeitigte, wurde er noch ein zweites und ein drittes Mal gewählt. Seine engsten Mitarbeiter waren Bernard Baruch und Mandell House. Nach außen hin die Nichteinmischung in einen europäischen Konflikt proklamierend, war er am Ausbruch dessen und an der Teilnahme daran seit den dreißiger Jahre höchst interessiert. Der Nachruf von Thomas Mann paßt dazu: *„Er hatte den gewinnenden Zauber eines Cäsars. Er sah die abendländische Kulturidee aufgehen in einer Weltzivilisation.“*

Der ihm nachfolgende Harry Truman änderte den Kurs nicht, sondern führte die Politik der Vernichtung der abendländischen Kulturidee weiter. Nachdem ein letzter Entsatzversuch Berlins gescheitert war und durch Verrat eine Wende des Krieges – auch durch Einsatz der neu entwickelten „Wunderwaffen“ – nicht mehr im Bereich des Möglichen lag, wählte Adolf Hitler am 30. April 1945 im Führerbunker in Berlin den Freitod, getreu seiner Worte zu Kriegsbeginn, daß er eine Niederlage Deutschlands nicht überleben werde. Zu seinem Nachfolger bestimmte er Großadmiral Dönitz.

Dank muß hier gesagt werden an Generaloberst Heinz Guderian, den letzten Chef des Generalstabs des Heeres und Generalinspekteur der Panzerwaffe, wie an Generalfeldmarschall Ferdinand Schörner, den letzten Befehlshaber der Heeresgruppe Mitte, die mit ihrem Namen und ihrem Einsatz für Hunderttausende selbstloser Verteidiger eines zum Tode verurteilten Volkes stehen, die ihrer Pflicht unter Einsatz ihres Lebens bis zum Letzten und Äußersten treu geblieben sind.

9.3. Die „Befreiung“

Zum 8. Mai 1945 – „Aus dem letzten Wehrmachtsbericht“: *„Seit Mitternacht schweigen nun an allen Fronten die Waffen. Auf Befehl des Großadmirals hat die Wehrmacht den aussichtslos gewordenen Kampf eingestellt. Damit ist das fast sechsjährige heldenhafte Ringen zu Ende. Es hat uns große Siege, aber auch schwere Niederlagen gebracht. Die deutsche Wehrmacht ist am Ende einer gewaltigen Übermacht ehrenvoll erlegen.“*

Bereits am 2. Mai 1945 war Berlin den Sowjets übergeben worden. Wie diese in der Reichshauptstadt hausten, wird aus einem Artikel von Vivian Bird im *Spotlight* vom 17. 4. 1995 deutlich: *„Als Massen der Roten Armee im Mai 1945 weiter und weiter nach Berlin vorrückten, trieb sie der russisch-jüdische Novellist Ilja Grigorjewitsch Ehrenburg unermüdlich zu rücksichtslosen Handlungen von Zerstörung, Mord und Schändung an. ‚Soldaten der glorreichen Roten Armee, Kameraden‘, sagte er. ‚Tötet die deutsche, faschistische Bestie in ihren Lagerstätten, brecht die rassistische Arroganz der hochmütigen blonden deutschen Frauen, tötet, tötet, tötet!‘ (Für diese Aufhetzung zum Mord an der Zivilbevölkerung erhielt Ehrenburg von Josef Stalin persönlich den Lenin-Orden, und heute werden in Deutschland sogar Straßen nach ihm benannt; d. A.) Während die Stadt in Flammen stand, wurden in Berlin Frauen, jung und alt, ergriffen und geschändet, nicht nur einmal, sondern wieder und wieder, dann wurde ihnen noch die Gurgel durchschnitten. ... Die sowjetischen Soldaten hackten die berühmten Bäume von ‚Unter den Linden‘ ab und schlachteten die Tiere des ebenso berühmten ‚Tiergartens‘, des Berliner Zoos, die sie über Feuern rösteten und hungrig verschlangen.“*

Als die alliierten Soldaten die schrecklichen Verwüstungen in Berlin und anderswo sahen, verschlug es ihnen fast den Atem. Selbst General Eisenho-

wer konnte nicht umhin zu sagen: „*Ich habe viele große Bauunternehmen während des Krieges gesehen, wie die Bereinigung des Cherbourger Hafens, aber ich würde einfach nicht wissen, wo mit dem Wiederaufbau Berlins zu beginnen sei.*“

Ein US-amerikanischer Reporter berichtete: „*Die Hauptstadt des Dritten Reiches ist ein Haufen von hageren, ausgebrannten, flammenversengten Gebäuden. Es ist eine Wüste von hunderttausend Dünen aus Ziegelsteinen und pulverisiertem Mauerwerk. Darüber hängt der stechende Gestank des Todes ... Es ist unmöglich zu übertreiben, wenn man die Zerstörung beschreibt ... Das Stadtzentrum sieht wie nichts aus, was Menschen erdenken könnten ...*“

In der am 10. Mai 1945 von US-Präsident Truman erlassenen Besatzungsdirektive JCS 1067 heißt es auch ausdrücklich: *Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat.*“

Am gleichen Tag (!) richtete Thomas Mann über den Rundfunk aus den USA, deren Staatsbürger er nach 1939 geworden war, folgende Worte an „Deutsche Hörer“ (Auszug): „*Die Befreiung mußte von außen kommen; und vor allem, meine ich, solltet ihr Deutschen sie nun als Leistung anerkennen ... das Herz krampft sich ihm (dem Ausgewanderten; d. A.) zusammen bei dem Gedanken, was sie (die „Befreiung“; d. A.) für Deutschland bedeutet, durch welche dunklen Tage, welche Jahre der Unmacht zur Selbstbesinnung und abbüßenden Erniedrigung es nach allem, was es schon gelitten hat, wird gehen müssen ...*“



Die Ruhestätte Friedrich des Großen: von englischen Luftpiraten zerstört. Bei einem Terrorangriff der englischen Luftgänger auf die Reichshauptstadt in der Nacht vom 14. zum 15. April 1945 wurde auch die historische Garnison-Kirche in Potsdam, die letzte Ruhestätte Friedrich des Großen, restlos zerstört.

© Bundesarchiv, B 145 Bild-F005102-0003 / Steiner, Egon / CC-BY-SA

Das kanadische Fernsehen zeigte, wie voll grenzenlosen Hasses und blinder Zerstörungswut mit Kränen und Baggern alles zerschlagen wurde, was groß und schön war in dieser Zeit der nationalen Selbstfindung des Landes und Volkes der Mitte Europas. So wurden der Reichsadler von seinem Sockel gestürzt, die noch stehenden Reste der neuen Reichskanzlei zertrümmert, Denkmäler geschleift ...

9.4. Mord und Vertreibung

Im *Eckartboten-Sonderblatt 3/2001* schreibt Univ.-Prof. Dr. Heinrich Koch dazu folgendes: *„Nach dem Völkerrecht werden Handlungen, die dem Kriegsrecht (Haager Landkriegsordnung etc.) zuwiderlaufen, als ‚Kriegsverbrechen‘ eingestuft. Dazu gehören: Grausamkeiten gegen die Zivilbevölkerung, Mißhandlung und Tötung von Kriegsgefangenen, Festnahme und Erschießung von Geiseln, politischer und ideologischer Terror, Repressalien, Plünderungen, Vergewaltigungen und andere Vergehen gegen die Menschlichkeit. All dies fand in der wiedererstandenen CSR 1945 statt!“*

Die Entstehung der Tschecho-Slowakei als Vielvölkerstaat geht auf das Diktat von St. Germain vom 10. September 1919 zurück; die Gebiete hatten größtenteils zur österreich-ungarischen Donaumonarchie gehört. Das Selbstbestimmungsrecht der 3,7 Millionen Sudetendeutschen, die seit 1.000 Jahren in Böhmen und Mähren ansässig waren und für Deutschland optiert hatten, wurde völlig mißachtet. Erst durch das Münchner Abkommen konnten die deutschen Gebiete des Sudetenlandes mit Zustimmung Englands und Frankreichs im September 1938 dem Reich wieder zugeführt werden. Die Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg löste jedoch eine entsetzliche „Vergeltung“ der Tschechen aus.

Unmittelbar nach seiner Rückkehr von London nach Prag am 16. Mai 1945 verkündete Dr. Edvard Beneš einer begeisterten Menge auf dem Altstädter Ring: *„Es wird notwendig sein ..., insbesondere kompromißlos die Deutschen in den tschechischen Ländern und die Ungarn in der Slowakei völlig zu liquidieren, soweit diese Liquidierung im Interesse des einheitlichen Nationalstaates der Tschechen und Slowaken überhaupt nur möglich ist. Unsere Losung*

muß es sein, unser Land kulturell, wirtschaftlich und politisch endgültig zu entgermanisieren.“⁵⁷

Zwischen dem 19. Mai 1945 und dem 8. Mai 1946 erließ der wieder eingesetzte Präsident der Tschechoslowakei, Dr. Edvard Beneš, etwa 15 bis heute nicht aufgehobene „Dekrete des Präsidenten“, um damit die an der unschuldigen deutschen Zivilbevölkerung und den gefangenen deutschen Soldaten begangenen Untaten völkerrechtlich abzusichern.

Aufgehetzt durch Dr. Edvard Beneš Worte „*Schlagt sie alle tot!*“ und „*Nehmt ihnen alles weg, bis auf ein Taschentuch, um ihre Tränen zu trocknen!*“, taumelten die Tschechen in einen wahren Bluttausch. Die Ostvertriebenen, die ihr Erbe, Hab und Gut und ihre Heimat hinter sich lassen mußten, zogen noch ein besseres Los als ihre geschundenen, unsagbaren Leiden und Demütigungen ausgesetzten und aufs grausamste ermordeten Volksgeschwister. In der CSR wurden nach Kriegsende mehr als 300.000 Menschen umgebracht, nur weil sie Deutsche waren.

Die Entstehung Jugoslawiens als Vielvölkerstaat geht ebenfalls auf das Diktat von St. Germain und den Vertrag von Trianon vom 4. Juni 1920 zurück (Zerschlagung Österreich-Ungarns). Im Zweiten Weltkrieg wurde durch einen von der UdSSR geförderten Militärputsch die achsenfreundliche Regierung gestürzt, worauf am 6. 4. 1941 die Besetzung Jugoslawiens durch deutsche Truppen erfolgte. Im Mai 1945 begann dann auch in Jugoslawien eine Vernichtungswelle gegen alles Deutsche, – schlimmer noch als in dem bis dato geführten hinterhältigen Partisanenkrieg. Nikolaus von Preradovich schreibt dazu in *Nation Europa*: „*Unter Josef Broz alias Tito ist ein volles Drittel der Volksdeutschen auf brutalste Art abgeschlachtet worden: 175.800 Menschen, vorzüglich Frauen und Kinder.*“

Prof. Dr. Hellmut Diwald, von 1965 bis 1985 an der Friedrich-Alexander-Universität zu Erlangen Professor der Mittleren und Neueren Geschichte,

57 Im tschech. Original: „Bude třeba vylikvidovat zejména nekompromisně Němce v českých zemích a Maďary na Slovensku, jak se jen likvidace ta dá v zájmu jednotného národního státu provést!“



Der Historiker Hellmut Diwald (1924-1993) war einer der wenigen deutschen Nachkriegshistoriker, die sich um ein objektives Geschichtsbild bemühten.

ter Löhr, gezwungen, in einem Treck 2.000 km durch Jugoslawien zu marschieren, der dazu angetan war, sie zu demütigen und zu martern ... Die Qual des Marsches dauerte zwei Monate. In den ersten Wochen wurde eine tägliche Norm von 50 km eingehalten. Die deutschen Gefangenen waren zu der Zeit gestählte, junge kräftige Männer, an lange Märsche gewöhnt. Aber bald reduzierten Ruhr, Hunger und Schläge die Norm auf 20 km, und jeder Versuch, sie zu erhöhen, hinterließ haufenweise tote Gefangene, die an den Straßenrändern in Gruppen zusammengebrochen waren. Die Partisanen-Wächter wurden jeden fünften oder sechsten Tag ausgewechselt, so daß sie niemals zu müde waren, Schläge und Peitschenhiebe auszuteilen ... Auch den Verwundeten wurde keine Gnade gezeigt. Wenn sie nicht weitergehen konnten, mußten sie niederknien und wurden erschossen.“

Der noch am 20. 1. 1945 mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz ausgezeichnete Generaloberst Alexander Löhr wurde nach einem Schauprozess im Februar 1947 in Belgrad erhängt.

Ein heute in Kanada lebender früherer Partisan Titos gab jetzt an, daß sich auf der Adriainsel Rab im Mai 1945 3.500 deutsche Soldaten ergeben hät-

stellt in seinem Standardwerk „Geschichte der Deutschen“ 1979 fest: *„Nach der Kapitulation mußte auch die bis zum letzten Tag kampfstärke Heeresgruppe ‚Südost‘ des Generalobersten Alexander Löhr die Waffen niederlegen und sich den Partisanen ergeben. Es waren 300.000 Mann. Weit über 200.000 wurden durch Massenerschießungen umgebracht, und 1949 befanden sich noch 70.000 in jugoslawischen Gefangenenlagern.“*

Aus James Lucas „Last Days of the Third Reich“ zitieren wir: *„In den ersten Mai-Tagen überschlugen sich Titos Partisanengruppen und töteten in blindem Haß jeden Deutschen, der ihrer Meinung nach den Tod verdiente. Nach diesem ersten wahnsinnigen Bluttausch wurden die Reste der Armeegruppe E, Teil der Heeresgruppe Südost unter*

ten. Er fuhr wörtlich fort: *„Diese Kriegsgefangenen wurden von den Partisanen auf alle mögliche Art gefoltert und gequält. Danach wurden sie in einen Bunker geführt ... Man band ihnen die Hände mit Draht auf den Rücken und mauerte den Eingang zu ... Ich halte es für meine Pflicht, an dieses Verbrechen zu erinnern, das noch keinen Namen trägt.“*

Hellmut Diwald schreibt in „Geschichte der Deutschen“, daß die Reichsregierung unter Dönitz nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht den Alliierten laufend Vorschläge zur Lösung der chaotischen Versorgungs-, Ernährungs-, Arbeits- und Wohnungsprobleme vorlegte, wobei sie nur die Unterstützung Churchills zu haben schien, der die Flensburger Regierung als „nützliches Instrument“ sah. Dagegen setzte am 17. Mai 1945 eine scharfe Rundfunk- und Zeitungskampagne der Sowjets gegen die „Bande um Dönitz“ ein. Zur Genugtuung des amerikanischen Oberbefehlshabers Eisenhower rissen daraufhin sofort die Verbindungen zwischen der Regierung Dönitz und den Alliierten ab.

Am 23. Mai 1945 wurden Dönitz und seine Mitarbeiter, in einem wohlberechneten Akt der Entwürdigung, einer Leibesvisitation unterzogen, zu der sie sich entkleiden mußten; anschließend wurden sie verhaftet und für abgesetzt erklärt.

Aus Rolf Hellberg „Kleine deutsche Geschichte“ entnehmen wir das folgende: *„Am 5. Juni übernahmen die Alliierten offiziell die Verwaltung in Deutschland auf allen Ebenen und setzten fest: ‚Deutschland unterwirft sich allen Forderungen, die ihm jetzt oder später auferlegt werden.‘ Der in Berlin tagende Kontrollrat übernahm Aufgaben und Verantwortung der Reichsregierung.“*

Karl Dönitz hält in seiner vier Wochen nach Kriegsende verfaßten „Mondorfer Erklärung“ fest, daß nicht das Deutsche Reich, sondern lediglich die deutsche Wehrmacht kapituliert habe, weshalb die Berliner Deklaration der Sieger vom 5. Juni völkerrechtswidrig sei. – Aber für Deutschland gilt kein Völkerrecht.

Während sich nach Beendigung der Kampfhandlungen Sowjets, Polen und Tschechen sowie Serben in grausigen Exzessen ergingen,

- wie der „Besetzung“ des RAD-Lagers Vilmsee bei Neustettin durch eine sowjetische Abteilung, wobei die Brasilianerin Leonora Geier gezwungen wurde, der bestialischen Verstümmelung und Ermordung von 2.000 Mädchen des Reichsarbeitsdienstes beizuwohnen (16. Februar 1945),
- dem Brüner Todesmarsch von 30.000 Frauen, Kindern und arbeitsunfähigen Männern (30. Mai 1945),
- dem kurzfristigen Umsiedlungsbefehl (Bad Salzbrunn, 14. Juli 1945 früh 6 Uhr, in drei Stunden),
- willkürlichen Massakern (Postelberg, Aussig und anderswo in Böhmen und Mähren im Juni/Juli 1945),
- und am Quälen und Töten von Deutschen übertrafen,

saßen die „Großen Drei“ vom 17. 7. bis 2. 8. 1945 in Potsdam zu einer Konferenz ohne deutsche Beteiligung zusammen, um das Los des besiegten Landes zu bestimmen.



„Die großen Drei“ - In der Konferenz in Potsdam (17. Juli bis 2. August 1945) legten die Regierungschefs der USA, Harry Truman (Mitte), der Sowjetunion, Josef Stalin (links), und Großbritanniens, Winston Churchill (rechts), später Clement Attlee, die völkerrechtlichen Regeln widersprechende Nachkriegsordnung für Deutschland fest.

Auszüge aus dem Potsdamer Protokoll (nach Hellberg):

- Gründliche Entnazifizierung und Entmilitarisierung,
- Umerziehung zu demokratischer Ordnung,
- keine Erlaubnis einer Reichsregierung, sondern Wahrung von deren Aufgaben durch den Kontrollrat,
- Aufteilung in vier Besatzungszonen, unter Beibehaltung der Wirtschaftseinheit Deutschlands,
- Aufteilung Berlins in vier Zonen,
- Unterstellung von Nordostpreußen unter sowjetische, der deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße unter polnische Verwaltung,
- Offenhaltung der Frage der polnischen Westgrenze bis zum Abschluß eines Friedensvertrages,
- Ausweisung der Deutschen „auf geregelte und humane Weise“ aus Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei,
- Aburteilung der Kriegsverbrecher,
- Reparationen durch weitgehende Demontage bestehender Werke,
- Ausarbeitung eines Friedensvertrages durch die Außenminister.

Das größte Verbrechen dieses Zeitalters nannte US-Bischof A. J. Muench aus Dakota die Vertreibung von 15 Millionen Ost-Deutschen aus ihrer Heimat. Dabei kamen drei Millionen gewaltsam ums Leben; 500.000 wurden in die Weiten der Sowjetunion verschleppt und sind verschollen.

Konrad Adenauer aber erklärte auf Grund US-amerikanischer Angaben: *„Durch die Vertreibung sind sechs Millionen Deutsche vom Erdboden verschwunden. Sie sind gestorben, verdorben.“*⁵⁸

Probst Grueber aus Berlin alarmierte die westliche Welt: *„Tausende Leichen spülen die Oder und Elbe ins Meer. Tausende von Leichen hängen in den Wäldern um Berlin. Zehntausende verhungern auf der Landstraße, Kinder irren umher, die Eltern erschossen, gestorben, verschollen.“*

„Ausweisung der Deutschen auf geregelte und humane Weise“, diese Potsdamer Formulierung klingt wie eiskalter Hohn in Anbetracht dessen, was wirklich

⁵⁸ Adenauer, Konrad: „Erinnerungen 1949 bis 1953“, Stuttgart, 1965, S. 186.



Der Deutschenhasser und für die unmenschlichen Zustände der Rheinwiesenerlager Verantwortliche Dwight „Ike“ David Eisenhower (14. Oktober 1890 in Denison, Texas; † 28. März 1969 in Washington D.C.) wurde im Juni 1942 Leiter des amerikanischen Hauptquartiers in Europa (ETOUSA), im August zusätzlich des Allied Forces Headquarters und somit Oberbefehlshaber bei der amerikanischen Landung in Nordafrika (Operation „Torch“). Im Februar 1943, während des Tunesienfeldzuges, wurde er zum Vier-Sterne-General befördert und ihm zusätzlich die britische 8. Armee unterstellt. Am 24. Dezember*

1943 wurde er zum Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Nordwesteuropa (Supreme Commander Allied Expeditionary Force) ernannt. Nach Kriegsende wurde Eisenhower Oberbefehlshaber über die amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland und übernahm das Amt des Militärgouverneurs in der amerikanischen Besatzungszone. Von 1953 bis 1961 war er der 34. US-Präsident.

geschah. Selbst Churchill – seit Juli 1945 durch Attlee als Premier abgelöst – mußte im August im Unterhaus zugeben, daß die Vertreibung eine Tragödie unvorstellbaren Ausmaßes sei.

Im „Potsdamer Protokoll“ heißt es einerseits: „Unterstellung der deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße unter polnische Verwaltung bis zum Abschluß eines Friedensvertrages“, andererseits: „Ausweisung der Deutschen aus Ungarn, Polen, Tschechoslowakei“. Nicht gesagt wird allerdings: „Ausweisung der Deutschen aus den Gebieten unter polnischer Verwaltung“! Doch die zugelassene Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße erhellt, daß der Raub der deutschen Ostgebiete mit mehr als 25 % des deutschen Lebensraumes von Anfang an beabsichtigt war. Das bestätigt auch die in „The Viking Desk Encyclopedia“ (1953) abgedruckte „Karte von Europa“, wo Oder und Neiße bereits die Grenze zwischen Deutschland und Polen bilden.

General Eisenhower telegrafierte im Oktober 1945 nach Washington: „In Schlesien werden die Deutschen in Lagern interniert. Unzureichende Nahrung und schlechte Hygiene verursachen hohe Todesraten und Krankheiten. Allein in Breslau hat sich die Todesrate verzehnfacht. Die Schweizer Presse bezeichnet Schlesien als Todesland.“

Eine von den Sowjets vergewaltigte deutsche Frau. Das Verhalten der sowjetischen Soldaten sollte nicht verwundern, wenn wir uns Stalins – er war der gute „Onkel Joe“ von US-Präsident Roosevelt – Einstellung zu deutschen Frauen vergegenwärtigen.



Nachdem Stalin im Gespräch mit Milovan Đilas für das Recht des Rotarmisten zu Vergewaltigungen Partei ergriffen hatte, sagte er zu ihm: „Sie haben sich die rote Armee ideal vorgestellt. Und sie ist nicht ideal und kann es auch nicht sein, selbst wenn sie nicht einen gewissen Prozentsatz von Verbrechern enthielt – wir haben die Tore unserer Strafanstalten aufgemacht und alle in die Armee geschickt. ... Die Rote Armee ist nicht ideal. Wichtig ist, daß sie die Deutschen bekämpft – und sie kämpft gut, alles andere spielt keine Rolle.“⁵⁹

Đilas war während des Zweiten Weltkrieges Mitglied des Obersten Stabes (Vrhovni štab) und hatte den Rang eines Generalleutnants der kommunistischen Volksbefreiungsarmee Titos (NOVIPOJ). Im März 1944 reiste er in den Reihen einer jugoslawischen Militär- und Parteidelegation als Verbindungsmann nach Moskau. Dort traf er in Gesprächen unter anderem mit Georgi Dimitrow, Molotov und auch mehrmals mit Stalin zusammen.

Selbst Kinder wurden nicht verschont. Einer der erschütterndsten Berichte ist der von Josef Edelmann, abgedruckt im *Eckartboten* 10/1995. Darin

⁵⁹ Đilas, Milovan: „Gespräche mit Stalin“, S. Fischer, Frankfurt/M., 1962, Seite 142.

heißt es u. a.: *„Im Westhafen von Berlin kam im Juli 1945 ein Schiff mit über 300 fast zu Tode verhungerten Kindern im Alter von 2 bis 14 Jahren an, die aus einem Heim im pommerschen Finkenwalde stammten. Als Augenzeuge schrieb darüber ein Schweizer Journalist: ‚Meine Seele friert, weil sie eine solche Tragödie nie erlebt hat. Wer da nicht weinen kann, hat ein Herz wie Stein.‘ Auf der Schiffswand stand: ‚Verschleppt und aus der Heimat getrieben, blutig geschlagen von Kolbenhieben, wär‘ ich im Mutterleib schlafend nur geblieben.‘“*

Nachdem die Filmakerin Helke Sander sieben Jahre lang die Schicksale deutscher Frauen und Mädchen während der letzten Phase des Krieges im Osten in persönlichen Gesprächen mit den Betroffenen und in Auswertung der existierenden amtlichen Unterlagen erforscht hatte, lief Anfang 1999 der Film „Befreier und Befreite“ in deutschen Lichtspielhäusern an und löste, vor allem bei jungen Menschen, Ratlosigkeit und Verwirrung aus. Es wurden Bilder gezeigt und ein Thema angeschnitten, das bis dato tabu war, von dem man nichts wußte und auch nichts wissen sollte. Es ist Helke Sander zu verdanken, daß das schreckliche Geschehen der Vergewaltigungen, Mißhandlungen und Morde deutscher Frauen und Mädchen endlich ans Licht gebracht worden ist. Gegen den Vorwurf, sie hätte auch „Nazivergehen“ dieser Art bringen müssen, antwortete sie mutig: *„Derartige, wie es sich die Rote Armee 1945 hat zuschulden kommen lassen, hat es auf deutscher Seite nicht gegeben. Beim Einmarsch der Roten Armee in Deutschland wurden mindestens zwei Millionen Frauen und Mädchen vergewaltigt, über 40 % mehrfach, achtmal, zwanzigmal und mehr, 240.000 starben durch Mord oder Selbstmord. Etwa 360.000 (90 %) der entstandenen Schwangerschaften konnten abgebrochen werden.“*

Trotz allen Leids und Elends, das Deutschland befallen hatte, brachte es im Oktober 1945 eine Delegation des Weltkirchenrates unter Führung von W. A. Visser't Hooft und Karl Barth fertig, von elf führenden evangelischen Kirchenleuten das „Stuttgarter Schuldbekennntnis“ zu erlangen, das mit den Worten beginnt: *„Wir sind für diesen Besuch der Delegation besonders dankbar, da uns bewußt ist, daß wir mit unserem Volk nicht nur durch ein gemeinsames großes Leiden verbunden sind, sondern auch durch eine Gemeinsamkeit der Schuld.“* – Damit entstand der Begriff der deutschen Kollektivschuld.

Dazu schreibt Prof. R. Clarence Lang, Ph.D., daß der Weltkirchenrat (gegr. 1938 in Utrecht) eine Vereinigte Christliche Weltkirche anstrebt, von der sich die Deutsche Bekennende Kirche (geführt von Pastor Niemöller) Anerkennung und Mitspracherecht erhoffte. Bei einer Besprechung im August 1945 mit dem anti-lutherischen Schweizer Karl Barth (der, seiner Einstellung gemäß, in amerikanischer Uniform erschien) und dem Niederländer W. A. Visser't Hoof, der ebenfalls Calvinist und die treibende Kraft dieser Ökumene war, wurden die elf deutschen evangelischen Pfarrer in die Formulierung und Unterzeichnung dieses Bekenntnis hineingetrieben (engl., tricked), denn man gab ihnen zu verstehen, daß dadurch mehr Verständnis und mehr Hilfe aus den USA und Kanada zu erwarten sei.

Nach dem Terrorangriff auf Dresden fanden wir Zuflucht in einem kleinen Ort elbaufwärts, unweit von Bad Schandau. Voll banger Ahnung sahen wir dem Kriegsende entgegen. Unvergeßlich ist mir geblieben, wie der Radioansager Anfang Mai plötzlich mit belegter Stimme sagte: *„Die Engländer dringen soeben in das Funkhaus ein, wir werden nicht länger senden können. Radio Hamburg verabschiedet sich von seinen Hörern. Es lebe Deutschland!“* Noch einmal erklang die deutsche Nationalhymne, dann waren wir von der Welt abgeschnitten und lebten wie in einem luftleeren Raum. – Vor einigen Tagen schon hatte sich Merkwürdiges zugetragen ...

Die vereinzelt im Ort anwesenden Soldaten hatten sich in den angrenzenden Wald verzogen, aus dem sie jedoch bald wieder auftauchten, – aber nun in sowjetischen Uniformen! Unser Zurückweichen hielten sie lächelnd auf, verteilten alle noch auf ihren Lastwagen vorhandenen Lebensmittel, aber warnten uns vor den Tschechen: dort geschähe Schreckliches! Wir dachten uns damals schon, daß es Männer der Wlassow-Armee waren, die nicht in deutschen Uniformen den Russen in die Hände fallen wollten.

Daß sie aber kaum Überlebenschancen hatten, wie fast drei Millionen der durch die Alliierten an die Sowjets und an Tito ausgelieferten Kosaken, Kroaten, Slowenen, Weißrussen und die übernommenen sowjetischen Kriegsgefangenen und Flüchtlinge (mitsamt Frauen und Kindern), das ahnten wir nicht. Wir wußten nichts von der „Operation Keelhaul“, der alliierten Beihilfe zur „Heimschaffung“ dieser Personen in ihr „Vaterland“.

Viele dieser armen, betroffenen Menschen begingen Selbstmord, bevor sie gewaltsam in den Tod oder zu schlimmster Fronarbeit in Arbeitslagern des Archipels Gulag getrieben werden konnten.

Als wir schließlich Monate später in unser ausgebombtes Dresden zurückkehrten, erfaßten wir erst die Ungeheuerlichkeit des Geschehenen. Ein Grauen überkam uns, als wir kilometerweit durch verödete, nicht mehr existierende Straßenzüge blickten. Wir standen fassungslos vor einer Leere des Todes, die auch uns zum Grab hätten werden können.

Aber das Leben ging weiter. Die bis Kriegsende spärliche, aber doch ausreichende Zuteilung von Lebensmitteln hatte aufgehört. Im wahrsten Sinne des Wortes war nun jeder Selbstversorger geworden. Statt Milch gab es dann und wann „Molke“, eine grau-glasige Flüssigkeit. Kartoffeln mußten am Güterbahnhof mit dem Leiterwagen abgeholt werden, sofern deren halbverfaulte Reste von den Sowjets freigegeben wurden. Für uns bedeutete das einen Marsch von drei Stunden. Und wie ekelhaft das Ganze stank! Dann wurde alles auf der Straße ausgebreitet, zusammen mit der „Beute“ der Nachbarn. Mit herbeigeschafftem Wasser wurden die Kartoffeln mehrmals gewaschen, gewendet, und schließlich getrocknet. Aber am Ende war doch höchstens ein Viertel davon genießbar.

Die Wälder halfen uns zu überleben. Man sammelte Beeren und Pilze und las das Reisig als Brennholz auf, denn Kohlen waren eine Kostbarkeit geworden, wie so vieles Lebensnotwendige. Es begann das stundenlange Anstehen. Wie oft war das bißchen Brot, Fett, Gemüse, Fleisch oder Waschmittel gerade beim Vorletzten in der Schlange zu Ende. Enttäuschung, Verbitterung, – aber immer wieder half man sich, erfand Ersatznahrung, wendete alte Kleidungsstücke, wanderte zum Hamstern aufs Land und tauschte alles mit allem. Aber für wie lange war das eine Lösung? Der tödliche Hunger erreichte Mitte 1946 seinen Höhepunkt.

Dazu ein Auszug aus der *Yorkshire Post* vom 13. März 1946: *„Deutsche Ernährungskrise. Rationen könnten zum Hungertod führen. Zunächst war für die Britische Zone eine Rationierung von 1.500 Kalorien pro Erwachsenenem angesetzt, was offiziell als Mindestmenge zur Erhaltung des Lebens erklärt wor-*

den war. Diesen Monat wurde die Menge zu gerade etwas über 1.000 Kalorien gekürzt. Die Britische Besatzungsbehörde stellte letzte Nacht eine drastische weitere Kürzung auf 750 Kalorien in Aussicht, die zum Hungertod führen könnte.“

Die *Yorkshire Post* vom 1. Juni 1946 brachte eine Reuter-Meldung: „Mit 1.000 Kalorien am Tag können Menschen nicht am Leben bleiben. Zeichen des Verfalles sind überall sichtbar. Sie verlieren Gewicht und Energie. Das Fehlen am Arbeitsplatz vermehrt sich, weil sie nach zusätzlicher Nahrung jagen, oder weil sie zu schwach zum Arbeiten sind, oder weil nichts da ist, das sie mit dem Geld, das sie verdienen würden, kaufen könnten. Deutsche Mütter, selbst mit Zusatzrationen, können nicht sich selbst und ihr Baby ernähren.“

Heute wissen wir, daß dies im Sinne des Morgenthau-Planes geschehen war. Aber dann kam man zu anderen Überlegungen. Die *Daily Mail* vom 7. Juni 1946 bringt unter der Überschrift „Warum wir Deutschland helfen“ einen Ausspruch von Sir William Sholto Douglas, dem Oberbefehlshaber in der Britischen Besatzungszone: „Ohne Nahrung können die Deutschen nicht arbeiten. Ohne Arbeit können sie keine Kohle abbauen. Ohne Kohle kann die Industrie nicht wieder anlaufen. Ohne Industrie kann kein vertretbarer Lebensstandard erreicht werden.“

Das war der neue Plan. Er wurde während der Ausstellung „Deutschland unter Kontrolle“ vorgestellt, da man mit dieser (wörtlich) „neuen Strategie“ nicht nur Deutschland, sondern Europa und der Welt helfen könne, – als „Investition zum Frieden anstatt zu neuen Kriegen“.

Wie in Berlin so begannen die deutschen Trümmerfrauen auch in den anderen zerstörten Städten, sofort nach den schweren Bombenangriffen und den ungeheuren Verwüstungen ihrer Städte überall mit den Aufräumarbeiten, ahnungslos darüber, was der Feind noch zu ihrer weiteren Demütigung, Dezimierung und Züchtigung über sie zu verhängen gedachte. Durch die Trennung in vier Besatzungszonen, und in diesen wieder in eng gezogene Bezirke, waren Verkehr und Austausch eingeschränkt. Kaum jemand wußte, daß die deutsche politische Selbständigkeit aufgehört hatte, daß die Staatshoheit nun von der Militär-Regierung der USA, Englands, Frankreichs und der UdSSR vereinnahmt war. Kaum jemand ahnte, daß

damit nicht nur die physische Auflösung und Umformung Deutschlands sondern auch die psychische begonnen hatte.

Keiner wußte, was Prof. Dr. Friedrich Grimm im Mai 1945 von einem bedeutenden Vertreter der Feindseite – es heißt, es sei Sefton Delmer, der englische Chef-Kriegspropagandist, selbst gewesen – gesagt bekam: *„Seit Monaten betreibe ich das, was Sie richtig geschildert haben: Greuelpropaganda, und damit haben wir den totalen Sieg gewonnen.“* „Ich weiß,“ erwiderte Grimm, *„und nun müssen Sie aufhören.“* Der Engländer entgegnete: *„Nein, nun fangen wir erst richtig an! Wir werden diese Greuelpropaganda fortsetzen, wir werden sie steigern, bis niemand mehr ein gutes Wort von den Deutschen annehmen wird, bis alles zerstört sein wird, was sie in anderen Ländern an Sympathien gehabt haben, und bis die Deutschen selbst so durcheinander geraten sein werden, daß sie nicht mehr wissen, was sie tun! ... Wir wenden jeden, auch den schmutzigsten Trick an, der sich nur denken läßt. Jeder Griff ist erlaubt. Je übler, um so besser, Lügen, Betrug. Alles.“*

Von Walter Lippmann, dem bekannten US-amerikanischen Journalisten und Publizisten, stammt der Ausspruch während des Vietnamkrieges 1970: *„Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang in die Geschichtsbücher der Besiegten gefunden hat und von den nachfolgenden Generationen geglaubt wird, erst dann kann eine ‚Umerziehung‘ als wirklich gelungen angesehen werden.“*

Der Stukapilot Dr. Heinz-Georg Migeod berichtet von einem Gespräch zwischen einem höherem deutschem Offizier und dessen US-amerikanischem Gesprächspartner, welcher in Sachen militärische Abwehr und Propaganda tätig war. Letzterer hat sich 1970 wie folgt geäußert: *„Dieser Feind, Deutschland, muß ein ganz anderer werden, seine Natur muß weg. Der Deutsche hat zu vergessen, was er jemals gewesen war. Erst dann können die USA sicher sein, die Herrschaft zu behalten.“*

„Es gibt immer noch 40 Millionen Deutsche zuviel“, hatte 1945 der Bankier und Rooseveltberater Henry Morgenthau jun. geäußert. Aber die Deutschen hatten von diesen Mord- und Zerstörungsabsichten der Alliierten keine Ahnung – und das hat sich bis heute kaum geändert.

Die Deutschen verloren durch die anfängliche Hungerpolitik bis 1950 rund 5,7 Millionen Menschen⁶⁰, jedoch konnten sie diese Tragödie wegen der Aufteilung in kleine, abgeschlossene Bezirke und aufgrund einer perfekten Pressezensur nicht in vollem Ausmaß erfassen.

Sie erfuhren auch im allgemeinen nichts davon, daß die deutsche Kriegs- und Handelsflotte ausgeliefert wurde, Deutschland für alle Besatzungskosten aufkommen mußte, und daß hohe Reparationsansprüche gestellt wurden, zu deren Teilbefriedigung Deutsche in Arbeitslagern der Sieger jahrelange Fronarbeit leisten mußten, meist unter unmenschlichen Bedingungen.

9.5. Kriegsbeute

Wohl sah man in Ost und West die Demontage und den Abtransport aller noch unzerstörten Maschinen und Industrieanlagen – im Osten demonitierte man sogar zahlreiche Gleisanlagen, die man in der Sowjetunion auf Grund der abweichenden Spurweite eigentlich gar nicht verwenden konnte –, aber was konnte man dagegen unternehmen? Auch der systematische Raub der deutschen Kunstschatze wurde einem nicht bewußt. Ihr Wert ist kulturell und finanziell unabschätzbar. Auch die Beschlagnahme des gesamten deutschen Auslandsvermögens, selbst von Staaten, die erst in den letzten Wochen Deutschland den Krieg erklärt hatten, kam den meisten Deutschen nie zum Bewußtsein. Sogar die deutschen Markenzeichen wurden „entsorgt“ und konnten für wertlose Erzeugnisse Verwendung finden.

Die völkerrechtswidrige Plünderung deutscher Patente nach Kriegsende nennt H. W. Woltersdorf den *„größten geistigen Raub der Weltgeschichte“*. Ein Beamter des Office of Technical Services in Washington (OTS) bezeichnete seine Dienststelle als *„die erste Organisation der Welt mit dem Zweck, die schöpferische Kraft einer gesamten Nation auszusaugen“*. Es kamen alleine in den USA 3.000 Tonnen von den in Deutschland konfiszierten Dokumenten, Erfindungen und Patenten zur Verteilung, die den Amerikanern zehn

⁶⁰ Bacque, James: „Verschwiegene Schuld“, Ullstein-Verlag, Berlin/Frankfurt am Main, 1995, S. 137.

bis 15 Jahre Forschungsarbeit ersparten. Erwähnt seien hier nur die Verfahren zur Herstellung von synthetischem Gummi, Glimmer, Treibstoff und Blutplasma, die Geißleröhre, das Infrarot-Zielgerät, das Magnetophonband (Musik-Cassette), Rezepturen von über 50.000 neuen synthetischen Farben (IG-Farben), neue Verfahren in der Textilindustrie und Medizin, Verfahren zur Haltbarmachung von Lebensmitteln und zur Erzeugung von Margarine aus Kohle usw. usf.

Seit 1944 war die sog. „Operation Paperclip“ in der Planung. Mit Aktenreitern waren Namen deutscher Wissenschaftler markiert worden, die man als „lebende Wissenschaft“ einfangen wollte. Laut US-Verteidigungsministerium vom Februar 1950 waren 24.000 Wissenschaftler und Techniker „aufs genaueste verhört“ und 523 davon in die USA verbracht worden. Durch Experten wie Hermann Oberth, Wernher von Braun, Arthur Rudolph und deren Mitarbeiter wurde die Raketenforschung und die bemannte Raumfahrt Wirklichkeit – für die USA ergab sich eine Ersparnis von mindestens zehn Jahren und einer Milliarde US-Dollar für Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet.

Auch die Sowjets waren diesbezüglich nicht untätig. Sie verfrachteten alle ihnen in die Hände fallenden Raketen-Modelle, zusammen mit den technischen Unterlagen und Wissenschaftlern nach Rußland (u. a. auf die im Seeligersee im nordwestlichen Teil Zentralrußlands liegende, hermetisch abgeschirmte Insel Gorodmlja), mit dem Erfolg, daß ihnen der erste bemannte Raumflug gelang.

Während die Errungenschaften der vielleicht schöpferischsten Periode der Weltgeschichte, der Jahre 1932 bis 1945 im Deutschen Reich (John Nugent, s. u.), von den Alliierten erbeutet und zur eigenen Nutzverwendung „ausgeführt“ wurden, begann sich eine Politik bewußten Mordens an Teilen der deutschen Kriegsgefangenen abzuzeichnen.

Auf Befehl Eisenhowers durften die eilig errichteten Hunderte von Gefangenenlager keinen Schutz oder Komfort für die Insassen bieten. Diese seien nicht Kriegsgefangene, sondern „entwaffnete Feindkräfte“, die nicht von der US Army gepflegt, nicht vom Roten Kreuz überwacht und nicht durch die Genfer Konvention geschützt seien. In dem 1989 erschienenen Buch

„Other Losses“ (dt., „Der geplante Tod“) belegt der kanadische Autor James Bacque auf Grund von Lagerstatistiken, daß wöchentlich Tausende von Gefangenen starben. In den US-Camps wurden Ende des Krieges fast vier Millionen deutsche Soldaten im Freien hinter Stacheldraht eingepfercht. Bei sporadischer Scheinverpflegung gab es tagelang kein Wasser. Die Latrinen waren Löcher mit einer Stange, auf der sich schwache Gefangene kaum halten konnten. Den Wachtruppen und der Bevölkerung wurde unter Androhung der Todesstrafe verboten, die Lage der Gefangenen zu verbessern.

1,7 Millionen deutsche Kriegsgefangene sind nicht aus alliierterem Gewahrsam zurückgekehrt. Die sowjetischen Archive weisen davon 450.600 aus. Die französische Armee, die 630.000 Gefangene von den US-Amerikanern als Reparationsarbeiter übernommen hatte, verpflegte und mißhandelte sie so schlimm, daß etwa 250.000 starben. In den Eisenhower unterstehenden, US-amerikanischen Lagern starben mehr als eine Million. General Mark Clark dagegen behandelte die deutschen Gefangenen in Italien korrekt; General Patton schickte sie gar nach Hause und ließ die abgegebenen Waffen von Panzern überrollen.

Die Deutschen hatten in den US-Amerikanern (wie auch in den Engländern) nie wirkliche Feinde gesehen. Die Wehrmacht ergab sich ihnen ohne Angst. Viele glaubten, daß man nach der Niederlage Deutschlands gemeinsam gegen den Sowjet-Bolschewismus vorgehen werde. Auf Eigeninitiative wurden u. a. bereits Flugzeuge aufgetankt und zu neuem Einsatz bereitgestellt.

Aber die Deutschen hätten wissen müssen, daß die Alliierten ganz andere Ziele hatten. Um was ging es den „Demokratiebringern“ und „Vorkämpfern der Menschenrechte“? Das Deutsche Reich mußte zerschlagen, seine Bevölkerung dezimiert und seine Elite liquidiert werden. Es galt, die Deutschen auf alle nur erdenkliche Art zu demütigen, ihre Geschichte und ihre Kultur zu verteufeln, ihren Charakter durch Einimpfung eines Schuldkomplexes zu manipulieren, damit sie später die Parole „Nie wieder Deutschland!“ selbst verwirklichen würden.

Es fing damit an, daß man nach Kriegsende sogenannte Internierungslager („Automatic Arrest“-Lager) errichtete, in die man willkürlich Männer und

rung der Zustände unterbreitet. Am 13. Mai befahl er dem U 234, das seit Frühjahr 1945 mit den letzten Geheimnissen deutscher Forschung auf dem Weg nach Japan war, aufzutauchen und sich dem US-amerikanischen Zerstörer „Sutton“ zu ergeben. Die durchgeführten Untersuchungen ergaben, daß Deutschland „in ausschlaggebenden technischen Entwicklungen denen der USA 100 Jahre voraus war“.⁶¹

Als Dank wurde Dönitz zehn Tage später unter entwürdigenden Umständen „verhaftet“. *„Alle Deutschen wurden von da an laufend entehrt und als ‚Verbrecher‘, ‚Barbaren‘, ‚Kriegsverbrecher‘, ‚Militaristen‘ und ‚Faschisten‘ beschuldigt.“*⁶²

9.6. Umerziehung

Wir zitieren aus einer Direktive Eisenhowers vom 18. 10. 1945. „...*Neben dem National-Sozialismus muß aber auch der Militarismus vernichtet werden, ... daß Deutschland in Zukunft die Welt nicht wieder in einen Krieg zwingt ... Für alle Kulturvölker ist Krieg etwas an sich Unmoralisches, die Deutschen müssen zu dieser selbstverständlichen Wahrheit erst erzogen werden.*“ Welch ein Zynismus, welche Unverschämtheit! Wann werden die Führungskräfte der Anglo-Amerikaner zu dieser „selbstverständlichen Wahrheit“ erzogen werden?

Prof. H. E. Barnes belegt in „Eine Kriegsstudie“, daß zwischen 1480 und 1940 England und Frankreich die meisten, Deutschland und Dänemark die wenigsten Kriege geführt haben.

Veröffentlicht wurde diese Direktive Eisenhowers in der Nr. 1 der US-amerikanischen *Neuen Zeitung* (NZ) für die deutsche Bevölkerung unter dem Titel „Zum Geleit“: *„Die Säuberung von Nazis und Nazitum wird mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchgeführt werden. Sie wird nicht nur Parteimitglieder betreffen, sondern alle jene, die – auf die eine oder andere Weise – Nutznießer des Nationalsozialismus gewesen sind.“* Also mußte – mehr oder weniger – das ganze deutsche Volk „gesäubert“ werden.

61 Nugent, John: „The Great Patents Heist“, in: *Barnes Review*, 2/1999.

62 a.a.O.

Auf die hungernden und frierenden, physisch und psychisch daniederliegenden Menschen ergossen sich nun drakonische Maßnahmen, mit dem Ziel, die bis dahin existierende Welt und die damit zusammenhängenden Wertvorstellungen völlig zum Einsturz zu bringen. Es begannen die „Kriegsverbrecherprozesse“, allen voran das Nürnberger IMT-Tribunal (November 1945 bis Oktober 1946) mit dem Ziel, die deutsche Führung zu diskriminieren und zu liquidieren. Es wurden ihr Verbrechen angelastet, deren sich die Alliierten in viel größerem Maße schuldig gemacht hatten. „Geständnisse“ wurden mit schwerster Folter erzwungen. Aus den Hunderten von Tonnen abtransportierter Dokumente wurden Anschuldigungen zusammengebastelt, ohne daß die Verteidiger rechtzeitig Kopien zur Einsichtnahme erhielten.

Sich auf die Werke des kalifornischen Geschichtspromessors Dr. David Hogan beziehend, veröffentlichte *The Barnes Review* in Folge 1-2001 Einzelheiten zu diesem „internationalen Wahnsinn“, wie es Konteradmiral H. L. Pugh nannte. Der zurückgetretene US-amerikanische Richter, C. F. Wennersturm, sagte der *Chicago Tribune*, daß ihn die ungesunde Atmosphäre in Nürnberg angeekelt habe. „Wenn ich vor sieben Monaten gewußt hätte, was ich heute weiß, wäre ich niemals hierher gekommen. 90 Prozent des Gerichtshofes bestand aus Personen mit rassischen oder politischen Vorurteilen.“

Am 16. Oktober 1946 entblödeten sich die Sieger nicht, zehn zum Tode verurteilte hohe deutsche Staatsbeamte und Offiziere durch den Strang hinhängen zu lassen. Darunter auch die Generale Keitel und Jodl, die für die „Vorbereitung und Durchführung eines Angriffskrieges“ verurteilt wurden.

Im Jahre 2004 schreibt Thomas P. M. Barrett, strategischer Berater des US-Außenministeriums in „Des Pentagons neue Landkarte“, daß es zur Erreichung der totalen Globalisierung nötig sei, „gegen Schurkenstaaten Präventivschläge zu führen“. Der politische Analytiker Richard Melisch erläutert in seinem Buch „Der letzte Akt“ (Grabert-Verlag, Tübingen, 2007) die Strategie der Globalisierer in höchst aufschlußreicher Weise.

Rudolf Heß, deutscher Minister und Friedensflieger, mußte seinen selbstlosen Einsatz mit 46-jähriger Festungshaft büßen, bevor er 1987 im Alter von 93 Jahren auch noch erdrosselt wurde.

In nach Nürnberg durchgezogenen Scheinverfahren wurden von den West-Alliierten weitere 806 Deutsche zum Tode verurteilt, bei den Russen dürften es mehr als 10.000 gewesen sein. Nicht nur aus „Rache“ oder „Revanche“, sondern mit dem gemeinsamen Ziel, die intellektuelle wie auch die militärische Elite Deutschlands zu beseitigen.

Auf Grund einer Passage des Potsdamer Abkommens vom 2. 8. 1945, in der es heißt, *„NS-Parteiführer, Verwalter der Abteilungen des NS-Regimes oder ihrer Organisationen, sowie andere Personen, die eine Gefahr für die Besatzungsmächte und ihre Ziele darstellen, sind gefangenzunehmen und zu internieren“*, wurden in den westlichen Besatzungszonen etwa 400.000 Deutsche zur „Umerziehung“ und „Sonderbehandlung“ in die eilig bereitgestellten Massengefängnisse gebracht. Um „Geständnisse“ zu erpressen, wurden sie oft Drohungen, brutalen Schlägen, Dunkelhaft und Hunger ausgesetzt. Wie viele auf Grund der unmenschlichen Behandlung umkamen oder Selbstmord begangen, ist nicht zu ermitteln, aber *„über 30.000 Hinrichtungen von Deutschen sind bekannt“*, so J. Scholler in *Deutsche Presse*, 12. 8. 1998.

Das Bundesarchiv in Koblenz hat für das Gebiet östlich der Oder und Neiße die erschreckende Zahl von 1.255 Lagern in Polen ermittelt – abgesehen von 227 Gefängnissen –, in denen Gewalttaten an unschuldigen Deutschen begangen wurden. Hans-Günther Adler schreibt dazu: *„Meist wurden die Lager von polnischer Miliz geleitet. In Swientochlowice (Oberschlesien) müssen Gefangene, die nicht verhungern oder zu Tode geprügelt werden, Nacht für Nacht bis zum Hals in kaltem Wasser stehen, bis sie sterben. In Breslau gibt es Keller, aus denen Tag und Nacht die Schreie der Opfer dringen. Die Zahl der Opfer geht in die Hunderttausende.“*

John Sack berichtet in „Auge um Auge“, daß 80.000 Deutsche, Jugendliche, Frauen und Greise in den ehemaligen Auschwitz-Nebenlagern nahe Kattowitz vernichtet wurden.

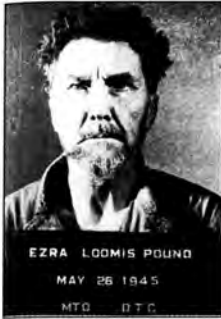
In der sowjetischen Besatzungszone wurde ähnlich grausam vorgegangen. Chris Hauschildt: *„In den russischen KZ-Lagern Oranienburg, Buchenwald, Bautzen, Neubrandenburg fanden unter entsetzlichen Qualereien 130.000 Menschen den Tod, fast ausschließlich Deutsche.“*

Erika Hansen berichtet über das sowjetische KZ Sachsenhausen, aus dem ihr Vater nicht wieder heimkam, daß dort nach Kriegsende Rechtsanwälte, Doktoren, Minister, Fabrikanten, Großbauern und Staatsbeamte (wie ihr Vater) eingeliefert waren. Auch Angehörige der Staatsjugend, einige nicht älter als 14 Jahre, sowie Offiziersfrauen, die zum Teil schwanger waren. Wir wissen auch von Künstlern, Autoren und Schauspielern. Der bekannteste war der Charakterdarsteller Heinrich George, der Vater des als Tatort-Kommissar Schimanski bekannt gewordenen Schauspielers Götz George. Er verhungerte in Sachsenhausen elendig. Von den ca. 60.000 Gefangenen, die durch dieses „Sonderlager No. 7“ gehen mußten, haben etwa 29.000 das Lager nicht überlebt. Die Gründe waren grausame Behandlung, Hungerrationen und Epidemien, die in den überfüllten und unhygienischen Lagern rasch um sich griffen.

Benno Prieß schrieb aus eigenem Erleben in seinem Buch „Werwolf-Schicksale mitteldeutscher Jugendlicher“ von Massenverhaftungen, Scheinprozessen, Verurteilungen zu Gulag-Arbeitslagern und von den Todesurteilen, denen 3417 Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren in der Sowjetzone zum Opfer gefallen sind. Sie waren allesamt unschuldig. Heute sind sie von russischer Seite aus rehabilitiert. Nur, was haben die Opfer und was weiß die Welt davon?

Viel Aufsehen dagegen erregte der nach Kriegsende in England geführte Prozeß gegen William Joyce, „Lord Haw Haw“. Obwohl er Ire und kein englischer Staatsbürger war, wurde er wegen Hochverrats angeklagt und im Januar 1946 verurteilt und gehängt. Er war einer der engsten Mosley-Mitarbeiter und kam 1939 nach Deutschland. Nach Kriegsbeginn versuchte er, als Radiosprecher die Engländer zu überzeugen, daß es in ihrem Interesse sei, statt gegen Deutschland mit diesem zusammen gegen Sowjet-Rußland zu kämpfen.

Und dann erhob sich die Stimme eines der größten Dichters des letzten Jahrhunderts: Ezra Pound. Er rief die Amerikaner von Italien aus zu Einsicht und Vernunft, zur Nichteinmischung, zur Abkehr von den Drahtziehern des Weltgeschehens auf. Aber umsonst! Im Mai 1945 wurde er verhaftet und für sechs Wochen in einen „Gorilla“-Käfig gesperrt, wo er dem Wetter und dem Pöbel ausgesetzt war.



Der US-amerikanische moderne Dichter Ezra Pound (1885-1972) – sein Hauptwerk sind die „Pisaner Cantos“ – wurde bald zum Fürsprecher Mussolinis. Pound blieb nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in Italien und hielt über Radio Rom antiamerikanische und antijüdische Reden, in denen er die Juden für die Herrschaft des Wuchers verantwortlich machte. „Der Jude“, der internationale und amerikanische Kapitalismus, hatte nach seiner Meinung auch den Zweiten Weltkrieg verursacht. Pound hat sich nach 1945 nicht vom Faschismus distanziert.

In Washington wurde er wegen Hochverrats angeklagt, und nur die Diagnose „Geistesgestörtheit“ konnte ihn vor einer Verurteilung retten. Er arbeitete in der Nervenklinik an seinen „Pisaner Gesängen“ weiter und wurde 1958 „entlassen“. Seinen Lebensabend verbrachte er in Italien.

Während die Deutschen mit großem Fleiß unter schwierigsten Bedingungen daran gingen, ihre zerstörten Städte wiederaufzubauen, wurde die „Umerziehung“ von den alliierten Kontrollbehörden mit aller Schärfe eingeleitet. Rolf Hellberg stellt hierzu in „Kleine deutsche Geschichte“ fest: „*Alle Deutschen über 18 Jahren mußten den berüchtigten Fragebogen mit über 100 Fragen ausfüllen, ohne den es keine Lebensmittel gab. Ein ‚Befreiungsministerium‘ à la Orwells ‚1984‘ führte ab Frühjahr 1946 die Spruchkammerverfahren durch. Die Deutschen wurden in fünf Kategorien eingeteilt: Hauptschuldige, Schuldige, Minderbelastete, Mitläufer und Unbelastete.*“

Hunderttausende wurden mit Freiheits- und Vermögensstrafen, Berufsverbot und Pensionsverlust bestraft. Jeder dritte Universitätsprofessor und

jeder zweite Lehrer wurde entlassen, Fabrikbesitzer taten Dienst als Straßenkehrer. Mit an den Haaren herbeigezogenen KZ-Greuelgeschichten, mit Bild- und Dokumentenfälschungen wurde die Kollektivschuld und die Al-leinschuldthese im Volk verankert. Lizenzierte und oft von Emigranten geleitete Massenmedien übernahmen die Propaganda der Sieger. Kein Wunder, daß das Denunziantentum blühte und plötzlich viele „schon immer dagegen“ gewesen waren.

Der „geistigen Befreiung“ wegen wurde am 13. 5. 1946 der Befehl Nr. 4 des Kontrollrates erlassen, nachdem 35.743 Bücher und Zeitschriften eingezogen und vernichtet wurden, die nach Auffassung der Sieger als „nationalsozialistisch und militaristisch“ galten. Unter anderem Bruno Brehms „Glückliches Österreich“, Ulrich von Huttens „Dunkelmännerbriefe“, L. F. Célines „Das Wirken des Arztes Semmelweis“, Hermann Löns' „Der Werwolf“ (später wieder freigegeben), Karl Springenschmids „Unter dem Tiroler Adler“, Rudolf Wollmanns „Werkbuch für Jungen“ u. v. a. m.

Außerdem wurden alle Schulbücher aus den Jahren 1933 bis 1945 pauschal verboten und durch neue, dem Umerziehungstrend folgende ersetzt. So kommentierte Martin Wietfeldt, ein publizistisch engagierter ehemaliger Kapitän von deutschen Wetterschiffen, zu Hilde Kammers und Elisabeth Bartschs 1982 bei rororo in Reinbek bei Hamburg erschienenem „Jugendlexikon Nationalsozialismus“: *„Das Jugendlexikon von rororo lehrt die Jugend glatt die Unwahrheit.“*

Säuberungsmaßnahmen fanden nach der *Neuen Zeitung* Nr. 49 vom 21. 6. 1946 auch in Österreich statt: *„Seit der Besetzung Österreichs sind 83.000 Personen entlassen worden, 66.000 Beamte dürfen nicht mehr arbeiten. Von diesen gehörten 24.000 der illegalen NSDAP vor dem Anschluß an. 8.549 Personen sollen als Kriegsverbrecher angeklagt werden ...“*

Als dann knapp einen Monat später, am 16. Juli 1945, in New Mexico die erste Atombombe explodierte, begrüßte das der amtierende US-amerikanische Präsident Truman mit: *„Kinder glücklich geboren“*. Als am 6. und 9. August 1945 Hiroshima und Nagasaki atomar vernichtet wurden, froh-

lockte der „Humanist“ auf dem US-Präsidentensessel: *„Wir haben ihnen einen Ziegel mit 20.000 Tonnen TNT auf den Schädel geschmissen!“*⁶³

Diese Brutalität ist kaum zu überbieten. Die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki forderten rund 150.000 Menschenleben, meist Zivilisten, – Hunderttausende erlitten schwere Folgeschäden. Dabei hatte Japan bereits Friedensfühler ausgestreckt und war zur Kapitulation bereit.

Deutschland verlor in diesem Krieg, den es letztendlich um die Existenz und den kulturellen Bestand Europas geführt hatte, 5,2 Millionen Soldaten und Luftkriegstote und 11 Millionen Tote in Gefangenens- und Arbeitslagern, wie auch durch Hunger und Vertreibung. Und das sind vielleicht noch nicht einmal die endgültigen Zahlen.



Eine der wenigen Überlebenden des militärisch sinnlosen Atombombeabwurfes über Hiroshima (6. August 1945) mit ihrem Kind. Beide starben später an Verstrahlung.

63 Diwald, a.a.O.

10. BRD und DDR

Im Herbst 1946 kündigte US-Außenminister Byrnes einen grundsätzlichen Wandel der US-amerikanischen Politik an, demzufolge der Morgenthau-Plan fallen gelassen wurde. In Westeuropa ging eine allmähliche wirtschaftliche Reorganisation vor sich, die mit einem gemeinsamen Zolltarif der Benelux-Staaten und dem wirtschaftliche Zusammenschluß der englischen und US-amerikanischen Besatzungszonen zur Bizone am 1. Januar 1947 begann.

Am 7. Juni 1947 trafen sich die vom Kontrollrat eingesetzten Ministerpräsidenten der vier Besatzungszonen zu einer Konferenz in München. Die Abgeordneten der sowjetischen Zone forderten, die Einheit Deutschlands zuerst zu behandeln, was von den Westzonenvertretern abgelehnt wurde. Die Ministerpräsidenten der Länder der Sowjetzone reisten daraufhin ab.

Am 30. September 1947 erfolgte die Gründung der Kominform mit dem Ziel der Zusammenarbeit der kommunistisch regierten Länder Europas und der kommunistischen Parteien in den europäischen Ländern.

Auf Grund der vom 23. 2. bis 6. 3. 1948 stattfindenden Londoner Konferenz wird die Bizone unter Einschluß der französischen Besatzungszone zur Trizone erweitert und die Bildung eines west-deutschen, föderalistisch geführten Staates beschlossen.

Aus der größten Not, so ist die allgemeine Auslegung, habe damals der Marshall-Plan den Deutschen wieder auf die Beine geholfen. Abgesehen davon, daß die „Hilfe“ für Westdeutschland erst nach der Währungsreform (20. Juni 1948 für die BRD, 23. Juni 1948 für die DDR) anliefe, erhielt Deutschland nur bruchstückweise etwa 11 % des für die Europäische Wirtschaftshilfe vorgesehenen Gesamtbetrages und mußte diesen als einziges Land voll verzinst zurückzahlen.

Sehr interessant sind dazu zwei Stimmen aus den USA. Einmal schreibt Andrew Gray im *Spotlight* vom 23. 6. 1997 sinngemäß, daß in West-

deutschland bereits Mitte 1948 – also vor Eintreffen jeglicher im Rahmen des Marshall-Planes gewährter ERP-Hilfe (ERP = European Recovery Program) – in beispielhaftester Gemeinschaftsarbeit die Wiederherstellung der Infrastruktur des völlig zerstörten Landes weit fortgeschritten war. Er erwähnt, daß bereits innerhalb eines Jahres der Zugverkehr wieder funktionierte, Elektrizitäts- und Gaswerke arbeiteten, das Fernmeldewesen wieder normalisiert war, sowie auch die allgemeine Wasserversorgung, die sanitäre Entsorgung und der Straßenverkehr.

Zum Zeitpunkt der Öffnung des Brandenburger Tores (1990) äußerte sich US-Botschafter Burns während eines Interviews zum Thema „Marshall-Plan“ belustigt dahingehend, daß dies keine Hilfe an Deutschland gewesen war, sondern eine Investierung – die profitreichste, die die USA je in einem Land gemacht hatten (lt. Fernsehübertragung CBC, Kanada).

Auch der Kanadier James Bacque schreibt in seinem Buch „Verschwiegene Schuld“: *„Die Amerikaner nahmen sich in Deutschland wenigstens das Zwanzigfache dessen, was den Deutschen von der Marshallplanhilfe nach der Rückzahlung verblieb. Sie nahmen sich möglicherweise noch viel mehr. Es war zumindestens eine Milliarde Dollar mehr, als die gesamte Marshallplanhilfe an Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und Österreich ausmachte. Gewiß war der Marshallplan ein großzügiges und weitsichtiges Unterfangen, eine typisch amerikanische gute Idee, doch ohne deutsches Geld wäre seine Durchführung nicht möglich gewesen.“*

In dem oben erwähnten *Spotlight*-Artikel von Andrew Gray werden zwei Gesten der USA gegenüber dem besiegten Feind als lobenswert hervorgehoben. Erstens: Die Wiedereinführung einer harten Währung am 20. Juni 1948, mit einer Abwertung von 10 Reichsmark zu 1 DM. Ohne diese hätte der Marshallplan gar nicht finanziert werden können. Zweitens: Die Antwort auf die sowjetische Blockade der Versorgung Westberlins durch die Luftbrücke vom April bis Juni 1948, wodurch sich die Deutschen den West-Alliierten sehr zu Dank verpflichtet fühlen mußten. Durch diese Blockade hatten die Sowjets versucht, in allen vier Besatzungszonen Berlins als gemeinsame Währung den Umtausch in die DDR-Mark (10 zu 1) zu erzwingen. Das konnte „man“ nicht zulassen, denn wie John Foster Dulles

einmal klipp und klar sagte: „*Wir treiben in Europa keine deutsche Politik, wir treiben in Europa keine französische Politik, wir treiben in Europa amerikanische Politik!*“

Dies legte über kurz oder lang dem Streben der Sowjets, in Europa kommunistische Politik zu treiben, einen Riegel vor; und es trat jetzt klar zutage, daß die Politik beider Großmächte die Einbindung und Nutzbarmachung des besiegten Deutschlands in ihren jeweiligen Machtblock anstrebte – nicht aber ein Vereintes Europa per se.

Daß Deutschland den Rußlandfeldzug als Präventivschlag führte, dürfte heute kein ehrlicher Historiker mehr bezweifeln. Auch nicht, daß Deutschland unter ungeheuren Verlusten den Schild bildete, der ein Überrollen Europas durch den Kommunismus verhinderte, wobei der Einsatz freiwilliger Hilfsverbände aus allen Teilen Europas erstmals der Ausdruck des Wollens und Werdens eines Vereinten Europas war. – Nun aber lagen die Dinge anders. Deutschland und damit Europa wurde von den beiden sich mehr und mehr voneinander abgrenzenden Siegern in zwei oppositionelle Lager gespalten.

In Vollstreckung US-amerikanischer Nachkriegspolitik übergab General Lucius D. Clay am 1. Juli 1948 den Regierungschefs der westdeutschen Länder die sogenannten „Frankfurter Dokumente“. Gegen die sich darin offenkundig abzeichnende Tendenz einer Teilung Deutschlands protestierten die Vertreter aller anwesenden Parteien. Dr. Erich Köhler (später erster Präsident des deutschen Bundestages) faßte es in die Worte: „*Wir wollen weder eine westdeutsche Regierung noch eine Regierung der vereinigten Zonen, sondern eine deutsche Regierung mit dem Sitz in Frankfurt am Main.*“ Doch die deutschen Proteste verhallten ungehört; der zu gründende „Neue Bundesstaat“ war bezüglich der Rechte der Sieger und der Pflichten der Besiegten bereits festgelegt worden.

Am 1. September 1948 trat dann ein „Parlamentarischer Rat“ in Bonn unter dem Vorsitz von Konrad Adenauer zusammen, um die Londoner Beschlüsse „zu beraten“. Zugrunde lag die Formulierung eines Grundgesetzes, das von dem Emigranten Carl Joachim Friedrich in seiner Doppelleienschaft als

Professor für Staatswissenschaft an der Havard-Universität und als Agent des US-amerikanischen Geheimdienstes ausgearbeitet worden war.⁶⁴

Dieses Grundgesetz wurde am 23. Mai 1949 als vorläufige Verfassung vom Parlamentarischen Rat für die Zeit bis zur Wiedervereinigung Deutschlands verabschiedet – ohne Befragung des deutschen Volkes, aber mit Wissen und Willen der drei westlichen Besatzungsmächte. Darauf folgte die Gründung der Bundesrepublik Deutschland am 7. September 1949. Zum ersten Präsidenten der BRD wurde am 12. 9. 1949 Prof. Dr. Theodor Heuss, zum ersten Bundeskanzler am 15. 9. 1949 Dr. Konrad Adenauer gewählt.

Am 21. September 1949 trat das von den Westmächten beschlossene Besatzungsstatut in Kraft. Anstelle der seit Kriegsende herrschenden Militärregierung trat die aus den Hohen Kommissaren der drei westlichen Besatzungsmächte bestehende Alliierte Hohe Kommission mit innerpolitischem und wirtschaftlichem Kontroll- und Einspruchsrecht. Außenpolitisch war der Bundesrepublik weiterhin jede völkerrechtliche Handlungsfähigkeit abgesprochen, was nach und nach im Zuge der Inthronisierung willfähriger deutscher Heloten im politischen System der BRD gelockert wurde.

Im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands wurde am 30. Mai 1949 die Verfassung für die Gebiete der Sowjetzone und den Sowjetsektor von Berlin durch die Volkskammer bestätigt. Daraufhin folgte die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949. Zum ersten Präsidenten der DDR wurden am 10. 10. 1949 der Altkommunist Wilhelm Pieck und am 12. 10. 1949 zum ersten Ministerpräsidenten Otto Grotewohl sowie Walter Ulbricht zum stellvertretenden Ministerpräsidenten gewählt. Walter Ulbricht hatte seit 1938 in der Sowjetunion gelebt und kam im April 1945 als sowjetischer Staatsbürger und Kommissar nach Deutschland zurück. Das dürfte erklären, warum die DDR sofort diplomatische Beziehungen und Abkommen über technische und kulturelle Zusammenarbeit mit den kommunistisch regierten Staaten aufnehmen konnte. Von der Bundesregierung wurde die Bildung der DDR als rechtswidrig bezeichnet.

⁶⁴ Siehe hierzu Hoggan, Prof. David: „Das blinde Jahrhundert. Zweiter Teil: Europa – Die verlorene Weltmitte“, Grabert-Verlag, Tübingen, 1984, S. 89.

Diplomatische Beziehungen zu diesem zweiten deutschen Staat wurden von ihr abgelehnt.

Gegen das zwischen der DDR und der UdSSR abgeschlossene Görlitzer Abkommen vom Juni 1950, worin die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze anerkannt wurde, protestierte die Bundesrepublik mit der Feierlichen Erklärung des Deutschen Bundestages vom 13. 6. 1950 mit folgendem Wortlaut: *„Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das deutsche Gebiet östlich der Oder und Neiße als Teil der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. Das Gebiet bleibt ein Teil Deutschlands. Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben oder eine Politik des Verzichts zu treiben.“* Angenommen wurde diese Erklärung von allen Fraktionen des deutschen Bundestages, mit einer Ausnahme.

Während bis weit in die siebziger Jahre hinein in den deutschen Lexika und Atlanten die ostdeutschen Gebiete weiter als zu Deutschland gehörig abgebildet waren – allerdings mit dem Zusatz „z. Zt. unter polnischer (bzw. sowjetischer) Verwaltung“ –, war nachweislich eine Abtrennung vom Deutschen Reich schon lange vorher beschlossen worden. Aber den Deutschen konnte man das jetzt noch nicht sagen.

Der „Kalte Krieg“ führte – neben Riesengewinnen durch ein Wettrüsten zwischen den USA und Rußland – zu einer tiefgreifenden Entfremdung der gewaltsam voneinander getrennten Teile des deutschen Volkes, die bis heute schwere Narben hinterlassen hat. Die Parolen zum Mitmachen und Durchhalten waren in beiden Lagern gut fundiert. Ulbricht: *„Es gilt, den befreiten, sozialistischen Menschen, die kulturelle sozialistische Menschengemeinschaft gegen den Klassenfeind Nummer eins, gegen den Spätkapitalismus, zu verteidigen.“*

Im Westen wurde dem Kommunismus der Kampf angesagt. Dulles: *„Wer sich nicht mit den USA verbündet, der ist für Moskau.“* Das heißt, wer der US-amerikanischen Politik nicht applaudiert, der wird als Feind (heute als „Terrorist“) deklariert. Dazu Hellmut Diwald: *„Mit dieser Beweisführung erwarben sich die USA überall in der Welt Freunde, die sich seufzend in das Schicksal der Rettung vor dem Untergang ergaben.“* – Und heute?

Konrad Adenauer, gebürtiger Rheinländer und gläubiger Katholik, war von 1917 bis 1933 Oberbürgermeister von Köln. 1920 wurde er Präsident des preußischen Staatsrates. Er war bis zum Zusammenbruch der Separatistenbewegung Anfang der zwanziger Jahre daran interessiert, die Rheinprovinzen in eine autonome Republik zu verwandeln. Die ihm 1926 angebotene Kandidatur für das Reichskanzleramt schlug er aus, da ihm ein Wahlsieg aussichtslos erschien. Nach seiner Entlassung als OB von Köln im März 1933 wurde er um Mitarbeit im neuen Staat ersucht, was er ablehnte. Er verließ Deutschland nicht, sondern lebte bis Kriegsende in Rhöndorf von seiner Pension, die jährlich RM 45.000 betrug, und züchtete Rosen. Als Nachkriegs-Bundeskanzler hoffte er, mit großer Energie und autoritärer Staatsführung seinem westdeutschen Teilstaat zu einem neuen Aufstieg zu verhelfen, ausgestattet mit politischer Macht, mit demokratischer Reputation und mit wirtschaftlichen Kraft.

Um das zu erreichen, hielt Adenauer an seinem bedingungslosen Ja zur Politik der USA fest. Nicht, weil er für die USA eine besondere Vorliebe hatte, sondern weil er meinte, nur dieser Staat könne ihm die Verwirklichung seiner politischen Vorstellungen ermöglichen. Dabei war er stark darauf bedacht, seine westdeutsche Konformpolitik vom Ruch reiner Ergebenheit frei zu halten (Diwald).

Vom 8. 9. 1952 stammt folgender Ausspruch Adenauers: *„Jetzt ist der erste Schritt, der vom Plan zur Wirklichkeit führt, getan. Wie wir alle vertrauensvoll hoffen, beginnt nunmehr ein neuer Zeitabschnitt für unseren Kontinent, eine Epoche des Friedens, der Eintracht und eines neuen Wohlstandes.“* *„Im Interesse des Friedens, im Interesse des Fortschrittes müssen wir Europa schaffen, und wir werden es schaffen!“* So ließ sich Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer in seiner Funktion als Präsident des Ministerrats der Europäischen Gemeinschaft vernehmen.

In der Regierungserklärung vom 20. Oktober 1953 lesen wir: *„Das oberste Ziel der Bundesregierung bleibt weiterhin die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit.“*

Adenauer schrieb auch das Vorwort zu einem sehr vielseitigen und schön gestalteten Werk von Peter Ahrens und anderen Autoren, „Das Europa-

Buch für die Jugend“, Welt in Wort und Bild-Verlag, Köln, 1954. Wir zitieren hieraus: *„Das ‚Vereinigte Europa‘ ist das Ziel unserer Arbeit ... Mit starkem Herzen, in zäher Arbeit und mit nie erlahmender Ausdauer muß jeder an seinem Platz mit schaffen. Wir Älteren ... So rufe ich die deutsche Jugend und die Jugend der europäischen Völker auf zur großen gemeinsamen Arbeit, EUROPA, UNSER ALLER VATERLAND, zu bauen. Bonn 1954, gez. Adenauer, Bundeskanzler.“*

Am 26. Mai 1952 wurde von Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA der Deutschlandvertrag, auch Bonner Konvention oder Generalvertrag genannt, unterzeichnet, der ursprünglich zusammen mit dem Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) vom 27. Mai 1952 das Besatzungsstatut ablösen sollte. Da die EVG am Veto der französischen Nationalversammlung scheiterte, wurden abschließende Ver-



Dr. Konrad Adenauer (1876-1967), hier rechts im Bild zusammen mit David Ben-Gurion (vulgo: David Grün), von 1948 bis 1953 und von 1955 bis 1963 israelischer Premierminister, beim Aushandeln der deutschen „Wiedergutmachungszahlungen“ am 14. März 1960 im New Yorker Hotel „Waldorf Astoria“. Der SPD-Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher nannte Adenauer den „Kanzler der Alliierten“.

träge erst 1955 ratifiziert. Am 14. August 1952 wurde das innerdeutsche Lastenausgleichsgesetz verabschiedet.

David Ben Gurion (eigentlich David Grün) ging 1906 mit seinen Eltern nach Palästina. Seit 1935 organisierte er als Chef der Jewish Agency for Palestine die jüdische Einwanderung, vorwiegend aus Deutschland. Am 16. 5. 1948 wurde die Errichtung eines souveränen Staates Israel in Teilen Palästinas von ihm proklamiert, als dessen erster Ministerpräsident er amtierte. Schon mit der Balfour-Deklaration war 1917 die *„Einrichtung einer Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina“* versprochen worden. So ist es nur folgerichtig, daß der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Dr. Nahum Goldman, 1947 in Montreal erklärte: *„Die Juden hätten Uganda, Madagaskar und andere Plätze zur Errichtung eines jüdischen Vaterlandes haben können, aber sie wollen absolut nichts anderes als Palästina; nicht wegen der biblischen oder religiösen Bedeutung Palästinas, nicht weil das Wasser des Toten Meeres durch Verdunstung Metalloide und pulverisiertes Metall im Werte von fünf Trillionen Dollar produzieren könnte, nicht weil der Untergrund Palästinas 20 mal mehr Petroleum enthält als alle Reserven der zwei Amerikas zusammen, sondern weil Palästina der Kreuzweg von Europa, Asien und Afrika ist, weil Palästina das wahre Zentrum der politischen Weltmacht ist, das strategische, militärische Zentrum für Welt-Kontrolle.“*⁶⁵

Bis zum heutigen Tag berichten die Medien über Kämpfe zwischen Palästinensern und Israelis. Schon 1955 wurden laut „Zimmermanns Geschichtsbuch“ 900.000 Araber aus ihren Heimstätten vertrieben.

Nach äußerst jovial geführten Gesprächen zwischen Konrad Adenauer und David Ben Gurion über deutsche moralische und materielle Wiedergutmachungs-Verpflichtungen für die Verbrechen an den Juden, zu denen sich Adenauer in einer Rede vor dem Bundestag am 27. 9. 1951 bekannt hatte, wurde am 10. September 1952 ein Abkommen der Bundesrepublik mit dem Staat Israel über Wiedergutmachungszahlungen in Höhe von 3,5 Milliarden DM – verteilt auf zehn Jahre – abgeschlossen, ohne daß diese Verbrechen genau formuliert wurden.

⁶⁵ Die franco-kanadische Zeitung *L'Unité Nationale*, Montreal, 4. 11. 1953.

Am 27. Februar 1953 wurden im Londoner Schuldenabkommen 14,45 Milliarden DM Schulden aus Vorkriegsanleihen nachträglich als verzinsbar erklärt und eine Verpflichtung zur Nachkriegshilfe durch die Bundesregierung anerkannt. Die sich daraus ergebenden jährlichen Zahlungen beliefen sich auf 550-765 Millionen DM.

Wir zitieren aus dem Manifest des Kongresses für kulturelle Freiheit, der vom 26. bis 30. Juni 1950 in Berlin stattgefunden hat:

„1. Wir halten es für eine axiomatische (auf einem Axiom beruhend, sofort einleuchtend; d. A.) Wahrheit, daß die Freiheit des Geistes eines der unveräußerlichen Menschenrechte ist.

2. Diese Freiheit besteht in erster Linie im Recht des Einzelnen, eigene Meinungen zu bilden und zu äußern, und zwar namentlich auch dann, wenn sie von den Meinungen der Obrigkeit abweichen. Der Mensch wird zum Sklaven, wenn er des Rechtes beraubt wird, ‚nein‘ zu sagen.

3. Freiheit und Friede sind untrennbar verbunden. In jedem Lande, unter jedem Regime, fürchtet die überwältigende Mehrheit des Volkes den Krieg und lehnt ihn ab. Die Kriegsgefahr ist gegenwärtig, sobald eine Regierung die Organe der Volksvertretung knebelt und damit das Volk außerstande setzt, zum Krieg ‚nein‘ zu sagen.

Der Friede kann nur gesichert werden, wenn jede Regierung ihre Handlungen erstens der Kontrolle ihres Volkes unterwirft und sie zweitens, insofern sie den Frieden bedrohen können, einer internationalen Autorität unterstellt, deren Beschlüsse sie als bindend anerkennt.

4. Wir glauben, daß die Hauptursache der gegenwärtigen weltweiten Unsicherheit durch die Politik von Regierungen entsteht, die sich mit Worten zum Frieden bekennen, sich aber weigern, die grundlegenden Bedingungen einer solchen doppelten Kontrolle auf sich zu nehmen. Die Geschichte lehrt, daß man Kriege unter jedem beliebigen Schlagwort vorbereiten und führen kann, auch unter dem Schlagwort des Friedens. ‚Friedenskampagnen‘, hinter denen kein Beweis eines echten Friedenswillens steht, gleichen dem Papiergeld einer ungedeckten Währung. Die Welt wird erst dann geistig gesunden und ihre Sicherheit wiederfinden, wenn dieses Falschgeld des Friedens nicht mehr für bare Münze genommen wird.

5. Freiheit beruht darauf, daß der Ausdruck abweichender Meinungen geduldet wird. Es ist logisch unmöglich und moralisch nicht annehmbar, sich auf den

Grundsatz der Duldsamkeit zu berufen, um eine Praxis der Unduldsamkeit zu rechtfertigen.

6. Keine politische Ideologie, keine ökonomische Theorie kann sich das allgemeine Recht anmaßen, den Begriff der Freiheit zu bestimmen. Vielmehr muß der Wert aller Ideologien und Theorien nach dem Ausmaß der praktischen Freiheit beurteilt werden, die sie dem Einzelnen gewähren. Wir glauben ferner, daß keine Rasse, Nation, Klasse oder Glaubensgemeinschaft das ausschließliche Recht beanspruchen darf, die Idee der Freiheit zu verkörpern oder irgendeiner Gruppe von Menschen im Namen einer noch so edlen Theorie die Freiheit vorzuenthalten.

Jede menschliche Gemeinschaft kann und soll nach dem Maß und der Art der Freiheit bewertet werden, die sie ihren Mitgliedern einräumt.

7. In Zeiten der Not wird die Freiheit des Einzelnen im wahren oder mutmaßlichen Interesse der Gemeinschaft Einschränkungen unterworfen. Derartige Einschränkungen sollten sich auf ein Mindestmaß deutlich abgesteckter Gebiete beziehen, sie sollten ferner immer als zeitweilige und begrenzte Notlösungen und als ein der Gemeinschaft auferlegtes Opfer betrachtet werden; schließlich sollten die freiheitsbeschränkenden Maßnahmen selbst immer der Kritik und der demokratischen Überwachung unterliegen. Nur dann besteht die Aussicht, daß zeitweilige Notmaßnahmen, welche die individuelle Freiheit einschränken, nicht zur dauernden Tyrannei ausarten.

8. In totalitären Staaten werden heute Einschränkungen der Freiheit von vornherein nicht als ein vorübergehendes Opfer hingestellt, das man dem Volke auferlegt, sondern im Gegenteil als ein Triumph des Fortschritts und als die Errungenschaft einer überlegenen Zivilisation. Wir sind der Ansicht, daß sowohl die Theorie wie die Praxis dieser Staaten den Grundrechten des Individuums und dem eigentlichen Streben der Menschheit zuwiderläuft.

9. Wir glauben, daß es keine Sicherheit in der Welt geben kann, solange die Menschheit in bezug auf die Freiheit in Habende und Habenichtse aufgeteilt bleibt. Die Verteidigung der bestehenden Freiheiten und die Wiedereroberung der verlorenen Freiheiten ist ein einziger, unteilbarer Kampf.

10. Wir halten die Gefahr, die sich im totalitären Staat verkörpert, für um so größer, als die Wirksamkeit seiner Zwangsmittel die aller früheren Despoten der Geschichte übertrifft. Der Bürger eines solchen Staates muß sich nicht nur aller Verstöße gegen die Gesetze enthalten, sondern auch seine Gedanken und Handlungen restlos einer bestehenden Schablone anpassen. Die überkommene Form

der ‚negativen Tyrannei‘ ist durch eine ‚positive Tyrannei‘ abgelöst worden: man wird jetzt auf Grund so undeutlich umschriebener, jede Auslegung zulassender Anklagen verfolgt und verurteilt, wie etwa, ein ‚Volksfeind‘ oder ein ‚sozial unzuverlässiges Element‘ zu sein.

11. Wir glauben aus diesem Grunde, daß Theorie und Praxis des totalitären Staates die größte Bedrohung darstellen, der sich der Mensch in seinem geschichtlichen Dasein bisher gegenübergesehen hat.

12. Gleichgültigkeit und Neutralität kämen angesichts einer solchen Drohung einem Verrat an den wesentlichsten Werten der Menschheit gleich, einer Abdankung des freien Geistes. Von unserer Antwort auf diese Bedrohung hängt es ab, ob das Menschengeschlecht den Weg zum Konzentrationslager-Staat oder zur Freiheit einschlagen wird.

13. Die Verteidigung der kulturellen Freiheit verpflichtet uns heute, unseren Beitrag zur Entwicklung einer Kultur zu leisten, welche die von der gegenwärtigen Weltrevolution aufgeworfenen Probleme geistig bewältigt.

14. Wir richten dieses Manifest an alle Menschen, die den festen Willen haben, bestehende Freiheiten zu verteidigen, verlorene Freiheiten wiederzugewinnen und neue Freiheiten zu schaffen.⁶⁶

In diesem Zusammenhang sei auch auf den Genfer Schriftsteller und Philosophen Jean-Jacques Rousseau (1712-1778) verwiesen. Der bedeutende Aufklärer, einer der wichtigsten geistigen Wegbereiter der Französischen Revolution, hatte großen Einfluß auf die Pädagogik und die politischen Theorien des 19. und 20. Jahrhunderts. In seinem Werk „Politica“ stellte er 1772 fest:

„Wie aber soll das Volk die Tugend lieben, wenn das Vaterland ihm nicht mehr bietet als dem Fremden, wenn es sogar nicht einmal der bürgerlichen Sicherheit sich erfreut, wenn sein Gut, sein Leben, seine Freiheit dem Zugriff mächtiger Menschen ausgesetzt wäre? Den Pflichten des bürgerlichen Zustandes untertan, nicht im Genuß der Rechte des Naturzustandes und außerstande, die eigenen Kräfte zu ihrer Verteidigung zu verwenden, wären sie in der schlimmsten Lage, in der freie Menschen sein können. Das Wort Vaterland hätte für sie nur einen gehässigen oder lächerlichen Sinn.

66 Der Monat, Nr. 22/23 (1950), S. 483-484.

Der Gesellschaftsvertrag aber wäre von Rechts wegen aufgelöst, wenn auch nur ein einziger Bürger im Staate zugrunde ginge, dem man hätte helfen können, wenn nur ein einziger ungerechterweise im Kerker gehalten würde, wenn nur in einem einzigen Prozeß das Recht mit Absicht gebeugt würde. Denn die ganze Nation ist verpflichtet, sich für die Erhaltung ihres geringsten Mitglieds einzusetzen.

Es ist ein heilloser und gefährlicher Grundsatz der Tyrannei, daß es der Regierung erlaubt sei, einen Unschuldigen dem Wohl der Mehrheit (oder den gängigen Glaubensgesetzen) zu opfern. Im Gegenteil müssen alle Gut und Blut für die Verteidigung jedes einzelnen einsetzen.

Das Vaterland zeige sich also als die gemeinsame Mutter der Bürger, die Regierung lasse ihnen soviel Anteil an der öffentlichen Verwaltung, daß sie fühlen, sie haben eine Heimat; besonders werde der Arme geschützt gegen die Tyrannei des Reichen.

Doch es ist schon ein großes Übel, wenn man Arme zu beschützen und Reiche im Zaum zu halten hat. Es ist daher eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung, einem Übermaß der Ungleichheit des Besitzes vorzubeugen, nicht dadurch, daß man den Eigentümern ihre Schätze, sondern dadurch, daß man allen die Mittel nimmt, solche aufzuhäufen, auch nicht dadurch, daß man den Armen Hospitäler baut, sondern indem man die Bürger davor bewahrt, arm zu werden.⁶⁷

Wir zitieren einen weiteren Auszug aus dem „Europa-Buch für die Jugend“, 1954: „Rasse und Volk – das sind zwei Wirklichkeiten, in denen der Mensch unzweifelhaft lebt, entsteht und sich entwickelt. In der Rasse lebt er körperlich; im Volk geistig, kulturell. In Europa gehör(t)en alle seine Völker zur mehr oder minder hellhäutigen Großrasse der Europiden, zur sogenannten ‚Weißen Rasse‘, zu der außerhalb Europas noch die Perser, die Inder und die Ainu zählen. Diese europäische Großrasse zerfällt deutlich in zwei Rassen: In eine nordeuropäische mit vorwiegend blondem oder gelbrottem Haar und blauen oder grauen Augen und in eine mittel- und südeuropäische mit dunklen Haaren und dunklen Augen. Doch sind es im Grunde erstaunlich wenige körperliche Merkmale, in

67 Rousseau, Jean-Jacques: „Politica“, 1772.

denen die europäischen Menschen verschieden sind. Noch weniger lassen sich die kulturellen Leistungen der ‚europäischen Rasse‘ gegeneinander abgrenzen. Die Kultur einer Landschaft beruht auf ihrem Volkstum, und der Geist, nicht der Körper haben hier Einheiten hervorgebracht.“

James B. Conant, Harvard-Professor für organische Chemie, unter dessen Leitung bei Los Alamos die Atombombe gebaut wurde, äußerte nach dem Krieg, *„daß die Grenze der amerikanischen Freiheit irgendwo östlich des Rheins liegt“*.⁶⁸

Bei seinem ersten Besuch als US-amerikanischer Hochkommissar für Deutschland sagte Conant in einer Rundfunkrede am 11. 3. 1953 in München: *„Uns in den Vereinigten Staaten ist am Zustandekommen einer engeren Verbindung zwischen den europäischen Völkern gerade deshalb so sehr gelegen, weil wir an der kulturellen Tradition dieser Länder teilhaben. Wenn sich die Flut der kommunistischen Ideologie und Tyrannei über Westeuropa ergießen würde, wenn kommunistische Truppen an der Küste des Atlantik stünden, dann wäre dies das Ende des schöpferischen kulturellen Lebens in Europa. Auch für uns wäre dies ein unersetzlicher Verlust ... Es erscheint uns Amerikanern zweifelhaft, daß die Kultur des Westens hier in Europa fortbestehen kann, wenn Europa nicht den Weg politischer Einheit beschreitet.“*

Dazu ein paar Streiflichter aus Europas gemeinsamem Erbe.

Flandern – Antwerpen, die schöne alte Hafenstadt, der 1291 von König Rudolf I., dem ersten deutschen König aus dem Geschlecht der Habsburger, das Stadtrecht bestätigt wurde, mit den breiten Boulevards, dem Glockenspiel des Doms und dem beliebten Gerstenbier liegt etwa 80 km vom Meer entfernt an der Schelde. Es wird fast nur flämisch gesprochen, eine Mischung aus Holländisch und westfälischem Platt; aber natürlich hört man auch Französisch, Deutsch und Englisch. Mitte des 17. Jahrhunderts blockierten die Holländer die Schelde-Mündung; die Folgen waren Hunger und Elend. In den Jahren 1809 und 1814 belagerten die Engländer Antwerpen. 16 Jahre später wurde es von den Holländern bombardiert, und

68 Frey, Dr. Gerhard: „Prominente ohne Maske“, DSZ-Verlag, München.

schließlich war es während des Ersten und Zweiten Weltkrieges von den Deutschen besetzt. Aber der gesunde Lebensoptimismus der Menschen dieser alten Handelsmetropole ist immer wieder schnell durchgebrochen.

Dänemark erlebte den Höhepunkt seiner Geschichte von 1018 bis 1035, als Knut der Große König von ganz Skandinavien und England war. 1807 wurde Kopenhagen von England schwer zerstört, weil seine Flotte sich nicht ergeben wollte. Im Zweiten Weltkrieg wurde es friedlich von Deutschland besetzt. Gegen Ende des Krieges wurde die Stadt seiner Werften wegen von den Alliierten heftig bombardiert. Heute bezaubert die Kleine Meerjungfrau an Kopenhagens Promenade wie eh und je und erinnert an die schönen und tiefen Märchen von H. C. Andersen. Die von ihm geschilderten Teiche, die bunten Wiesen und die träumerisch erahnte Realität findet man auch heute noch in Dänemark; nur scheinen der Lärm, die Technik und die vielen Menschen dieses Idyll in den Hintergrund zu verdrängen.



Die Kathedrale zu Antwerpen. Öl auf Kupfer von Domenico Quaglio (1787-1837).

Auch in Antwerpen und in Kopenhagen hatte die Mitte des 12. Jahrhunderts in Lübeck gegründete deutsche Hanse ihre Niederlassungen. Dieser Bund der ca. 70 Hanse-Städte schloß Stettin und Danzig als Umschlagplätze zwischen den nordwestlichen und den nordöstlichen Staaten ebenso ein wie Königsberg, das 1255 vom Deutschritterorden an der Pregelmündung gegründet worden war. Die alte Hansestadt Riga, von Bischof Albert von Apeldern gegründet, beging im Frühjahr 1952 ihr 750-jähriges Bestehen. Bald schon folgte die Gründung der Städte Reval, Dorpat und Mitau, – baltische Städte, baltische Namen, einstige Mittelpunkte eines Deutschtums von europäischem Format und Geist. Deutsche, vornehmlich aus



Das Schwarzhäupterhaus auf dem Rathausplatz der lettischen Hauptstadt Riga wurde 1334 als das „Neue Haus der Großen Gilde“ erstmals urkundlich erwähnt. Es diente sowohl den Kaufleuten als auch der vorwiegend deutschen Bürgerschaft Rigas für Zusammenkünfte.



Das Breslauer Rathaus wurde im 13. Jahrhundert in der Mitte des Großen Rings errichtet und im 15. Jahrhundert im spätgotischen Stil aufwendig umgebaut.

Westfalen, und Skandinavier waren ins Baltenland gekommen und hatten sich als Gutsbesitzer und Kaufleute niedergelassen. Immer wieder drangen Litauer, Polen, Schweden und Russen über die Grenzen, um das Baltikum zu erobern. Über Jahrhunderte konnte nichts den aufrechten Geist und die Heimmattreue der Deutschen, Letten und Esten erschüttern – bis 1918. Dann, und später wieder nach 1944, wurde alles restlos zerstört. Länder, Güter, Städte, Häuser, Familien und das Zugehörigkeitsbewußtsein.

Schon im Mittelalter wurden auch von Rußland aus Verbindungen zur europäischen Kultur geknüpft. Narwa und Naugard (russ., Nowgorod) waren die östlichsten Niederlassungen der Hanse. Im 18. Jahrhundert waren es vor allem Peter der Große und Katharina die Große, die dem deutschen und west- sowie mitteleuropäischen schaffenden Geist Aufnahme und Widerhall boten. Dostojewski schreibt in sein Tagebuch: *„Warum übt Europa auf uns, wer wir es auch immer sein mögen, einen so starken, einen so wundersamen Einfluß aus? Denn wirklich fast alles, was wir an Entwicklung, Wissenschaft, Kunst, Staatsbewußtsein besitzen, ... kommt von dort, dem Land der heiligen Wunder. Daß wir ungeachtet solch unwiderstehlicher Einflüsse nicht endgültig zu Europäern geworden sind, ist für mich völlig unbegreiflich.“*

Wir zitieren aus der „Charta der Heimatvertriebenen“, 1950:

„Wir haben unsere Heimat verloren ... Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat zu trennen, bedeutet, ihn im Geiste zu töten. Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen, zu verlangen, daß das Recht auf die Heimat als eins der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschen anerkannt und verwirklicht wird.“

Schon um 1000 war Prag der politische Mittelpunkt Böhmens. Die Stadt erhielt im Jahr 1255 deutsches Stadtrecht. Noch heute grüßt den Besucher die Karlsbrücke über die Moldau mit dem berühmten Altstädter Turm, geschaffen von Peter Parler, dem Meister der Kölner Dombauschule, dem Prag manche seiner schönsten Bauwerke verdankt. Unter Kaiser Karl IV. – er regierte von 1346 bis 1378 – wurde Prag Hauptstadt des deutschen Kaiserreiches. Die Stadt wurde durch großzügigen Ausbau und Pflege von Kunst und Wissenschaft – 1348 erfolgte die Gründung der ersten deutschen Universität – zur „Goldenen Stadt“. Das in der Prager Kanzlei gesprochene

Deutsch galt an den deutschen Höfen als vornehm. Martin Luther übernahm dieses „Hochdeutsch“ vom sächsischen Hof für seine Bibelübersetzung. Nachdem die Hussitenstürme verebbt waren, erlebte Prag Mitte des 15. Jahrhunderts eine neue Glanzzeit unter Rudolf II., König von Ungarn und Böhmen, 1576 bis 1612 deutscher Kaiser. Er machte Prag zur Kunst-kammer Europas.



Die im 14. Jahrhundert errichtete Karlsbrücke über die Moldau verbindet die Altstadt mit der Kleinseite. Sie ist die älteste erhaltene Brücke über den Fluß und eine der ältesten Steinbrücken Europas. Über sie führte der Krönungsweg der böhmischen Könige.

Ein ganz besonderer Strom ist die Donau, die von Westen nach Osten strömt und wie ein Band acht Länder Europas verbindet. Ihre beiden Quellflüsse vereinen sich bei Donaueschingen im Schwarzwald. Die erste größere Stadt an der jungen Donau ist Ulm mit seinem ehrwürdigen Münster. In Regensburg schlug man 1146 die erste Steinbrücke über den Strom. Dahinter erhebt sich der St.-Peter-Dom aus dem 13. Jahrhundert. Hinter Passau

liegt heute die Grenze zu Österreich, der alten deutschen Ostmark, wo die Donau zunächst durch Linz fließt und dann nach Wien, mit dem Wahrzeichen ihres berühmten Stephansdomes aus dem 13. Jahrhundert. Seit 1282 herrschten hier die Habsburger, die von 1440 bis 1806 den deutschen Kaiser stellten. Wien wurde zu ihrer Residenzstadt.

Bevor wir donauabwärts nach Preßburg, Budapest und Belgrad kommen, grüßt uns das Benediktinerkloster Melk, das im 11. Jahrhundert gegründet wurde. Der Barock-Neubau wurde zwischen 1702 und 1738 errichtet.



Das in Niederösterreich auf dem rechten Donauufer liegende Benediktinerkloster Stift Melk gilt als das „sinnbildlichste und dominanteste Barockgebäude“.

In Berlin empfing 1685 der brandenburgische Große Kurfürst die Scharen der aus Frankreich vertriebenen Hugenotten; sie und ihre Nachkommen vergalteten die Gastfreundschaft in reichem Maße. Im Gegensatz dazu wurde von den Alliierten durch die Konferenz von Potsdam 1945 die Massenausreibung von etwa 15 Millionen Deutschen aus den von ihnen seit Jahrhunderten bewirtschafteten und zur Heimat gewordenen Gebieten

sanktioniert. Das „Europa-Buch“ nennt dies das allergrößte Verbrechen der Menschheitsgeschichte (S. 121).

Chur-Brandenburgisches

EDICT,

Betreffend

Diesjenige Rechte / Privilegia und andere
Wolthaten / welche Se. Churf. Durchl. zu Bran-
denburg denen Evangelisch-Reformirten Franzö-
sischer Nation so sich in Ihren Landen nieder-
lassen werden daselbst zu verstaten gnä-
digst entschlossen seyn.

Geben zu Potsdam/den 29. Octobr. 1685.

Titelseite des Edikts von Potsdam, mit dem Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg den in Frankreich verfolgten Hugenotten 1685 Aufnahme in Brandenburg-Preußen gewährte.

Das Entsetzen der Deutschen über die an ihnen begangenen Vertreibungsverbrechen, vor allem seitens der verrohten Sowjet-Soldateska, der Polen und Tschechen, lösten eine allgemeine Angsthysterie aus, die sich zu der Befürchtung steigerte, daß die UdSSR über die DDR einen Angriff auf West-Europa vorbereiten könnte. Auch von US-amerikanischer Seite wurde betont, daß Europa sich im Kampf gegen die Mächte der kultu-

rellen Auflösung zu einer völkerverbindenden Ordnung zusammenfügen müsse.

Darin sah Adenauer die Chance, Westdeutschland wieder in den Kreis der „guten“ Völker einzubringen. Auf dem Wege der Wiederbewaffnung würde man die volle Souveränität der Bundesrepublik erreichen. Diese Westintegration sei unsere politische Zukunft schlechthin, so meinte Adenauer. Schlußendlich war es Churchill, der sich am 30. Juli 1952 vor dem Unterhaus die einsichtigen Worte abrang: *„Wir haben das falsche Schwein geschlachtet.“*

Kurt Schumacher, sozialdemokratischer Oppositionsführer, der Adenauer den „Kanzler der Alliierten“ nannte, hatte sich bereits im Mai 1952 gegen den geplanten Deutschlandvertrag geäußert. Er sagte: *„Wer diesem Generalvertrag zustimmt, hört auf, ein guter Deutscher zu sein.“* Er geißelte die strikte Untertanen- und Westorientierung der Bundesregierung, da diese Politik die Teilung Deutschlands für lange Zeit verschärfen würde. *„Sollen sich denn Deutsche eines Tages mit der Waffe in der Hand gegenüberstehen und gezwungen werden, aufeinander zu schießen?!“* Eine große Anzahl der Deutschen teilte die Befürchtungen Schumachers. Adenauer aber beharrte darauf, daß es bei der Wiederbewaffnung um die Erhaltung des Friedens gehe.

So kam es am 23. 10. 1954 zum Überleitungsvertrag, der angeblich das Ende des Besatzungsregimes brachte, der Bundesregierung gewisse Freiheiten einräumte, aber keinen Friedensvertrag in Aussicht stellte. Die BRD wurde zum Eintritt in den Nordatlantikpakt eingeladen.

Dann folgten die Realitäten: Am 5. Mai 1955 wird das Besatzungsstatut nominell aufgehoben. Am 9. Mai 1955 wird die Bundesrepublik Mitglied des Nordatlantikpaktes (NATO). Daraufhin wird am 14. Mai 1955 der Warschauer Militärpakt zwischen der UdSSR und den Staaten des Ostblocks, einschließlich der Deutschen Demokratischen Republik, abgeschlossen. Die Spaltung Restdeutschlands stand nun nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch fest.

11. Aufstände und Kriege weltweit

11.1. DDR

Ein großes Aufbäumen gegen diese Entwicklung war in der sowjetisch besetzten Zone zwei Jahre zuvor blutig zerschlagen worden, ohne daß dies auf die Politik Adenauers Einfluß zu üben vermochte. Hierzu ein Auszug aus Diwalds „Geschichte der Deutschen“: *„Am 16. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Arbeiterdemonstrationen. Sie weiteten sich am 17. Juni zum ersten Aufstand innerhalb des ganzen Ostblocks aus. Er sprang über auf alle großen Städte der DDR und loderte schließlich in 270 Orten. Binnen weniger Stunden war dieses Buschfeuer der Empörung durchs Land gerast: Dienststellen der SED und Gefängnisse wurden gestürmt, Fabriken in Brand gesetzt, Werkstätten zerstört, die Fenster der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin durch Steine zertrümmert, die sowjetische Flagge wurde vom Brandenburger Tor geholt und durch eine schwarz-rot-goldene ersetzt. Zahllose Volkspolizisten schlossen sich den Aufständischen an. ... Die Mitteldeutschen revoltierten für eine Freiheit, die durch die Westmächte, die sich seit Beginn des Kalten Krieges als Hort der Freiheit empfahlen, genauso verlorengegangen war, wie durch die Sowjets.“*

Die Regierung in Pankow war unfähig, den Aufruhr zu unterdrücken. Sie bat die Sowjets, ihre Truppen und Panzer einzusetzen. Über das ganze Land wurde der Ausnahmezustand verhängt. Eine Woche später war in der DDR wieder Ruhe eingezogen. Die Behörden zählten 538 Tote und 1.712 Verwundete; 114 Demonstranten wurden standrechtlich erschossen, und in den folgenden Prozessen wurden 1.152 Personen zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt. Die USA, Frankreich, England sowie die Bundesrepublik unternahmen nichts. Offiziell wurde bekanntgegeben: Man verfolge die Ereignisse „mit gespannter Aufmerksamkeit“.

In Westdeutschland wurden in den folgenden Monaten viele gute Gedenkrede gehalten, Gelöbnisse und feierliche Bekenntnisse abgelegt. Zehn Jahre später ließ Bonn den 17. Juni als Tag der deutschen Einheit amtlich zum Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes erklären. Er war der einzige nationale Gedenktag in Westdeutschland. Wie es mit seiner Substanz stand, zeigte sich daran, daß schon kurz darauf eine anhaltende Diskussion

darüber einsetzte, ob man ihn nicht wieder abschaffen solle. *„Das delikate Symbol-Problem wurde salomonisch gelöst: Der arbeitsfreie Tag wurde auch wegen der tarifpolitischen Gewerkschaftshintergedanken beibehalten, aber seines nationalen Charakters noch dadurch beraubt, daß man alle präzisen Erinnerungen an die Ereignisse des Juni 1953 vermeidet.“* (Diwald)

Weiter schreibt Diwald: *„Am 25. Januar 1955 beendete die UdSSR offiziell den Kriegszustand mit Deutschland, und am 8. Februar bot Molotow erneut freie Wahlen unter offizieller Kontrolle und die Wiedervereinigung noch im selben Jahr an, sofern Bonn die Pariser Verträge (zur NATO-Mitgliedschaft; d. A.) nicht ratifizierte.“* Aber Adenauer blieb seiner Politik treu: die feste Bindung zum Westen erschien ihm wichtiger als ein Zusammenschluß des zweigeteilten Deutschlands. Jedenfalls zu diesem Zeitpunkt.

Bei Adenauers Besuch in Moskau vom 9. bis 13. September 1955 wurde allerdings die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der BRD und der Sowjetunion vereinbart und damit verbunden auch die Entlassung der noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen und die Repatriierung der Verschleppten.

Seit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht im Mai 1945 war die Welt sichtlich in zwei Machtblöcke aufgeteilt. Die einstigen Verbündeten wurden zu Rivalen um die Weltherrschaft. Den internationalen Bestrebungen des bolschewistischen Staatskapitalismus, vertreten durch die Sowjetunion, standen die internationalen Bestrebungen des Privatkapitalismus, vertreten durch die USA, entgegen, – beide „Kapitalismen“ hatten die Globalisierung zum Ziel. In der Hitze des Gefechtes entwickelten sich der Kalte Krieg und gute Geschäfte im Wettrüsten.

Erst nach Stalins Tod, 1953 – im gleichen Jahr wurde Dwight D. Eisenhower als 34. Präsident der USA gewählt –, begann eine Entschärfung der Lage. Drei Jahre später, 1956, kam es unter Nikita Chruschtschow zur Ächtung des Persönlichkeitskults und des Terrors der Stalin-Ära. Die UdSSR engagierte sich unter dem Motto der Koexistenz – besonders in Asien – für eine wirtschaftliche Offensive und versuchte gleichzeitig, die harsche Unterdrückung der unter ihren Einfluß geratenen osteuropäischen Völker zu mildern.

11.2. Ungarn

Der kommunistische Politiker Imre Nagy, der sich von 1929 bis 1944 in der UdSSR aufgehalten hatte, steuerte entsprechende gemäßigte Reformen als „Neuen Kurs“ in Ungarn an. Er wurde 1953 Staatschef, doch bereits zwei Jahre später von der Alten Garde ausgebootet, die 1956 den jüdischen „hardliner“ Ernő Gerő (recte: Ernő Singer) einsetzte. Angeregt durch den erfolgreichen Juni-Aufstand in Polen (Posen) demonstrierten ungarische Studenten am 23. Oktober 1956 in Budapest für mehr Demokratie, die Wiedereinsetzung von Imre Nagy und den Abzug der sowjetischen Truppen. Als die Polizei die aufgeregte Menge nicht mit Knüppeln und Tränengas auseinandertreiben konnte, machte sie von der Schußwaffe Gebrauch. Bald erfaßte der Aufstand das ganze Land, blutige Straßenkämpfe brachen aus. Obwohl das Standrecht erklärt und sowjetische Truppen zu Hilfe gerufen wurden, gewannen die Freiheitskämpfer Kontrolle über wichtige Nervenzentren des Landes .

„Radio Freies Europa“ und „Die Stimme Amerikas“ versprachen Unterstützung, falls der Kampf fortgesetzt werden würde. Die Sowjettruppen begannen sich zurückzuziehen. Nagy wurde am 24. Oktober wieder als Premier eingesetzt. Versuche, die Sowjets durch Verhandlungen zum Verlassen des Landes zu bewegen, scheiterten an der Nichterfüllung der US-amerikanischen Hilfe-Versprechung. Die UdSSR sah sich berechtigt, Ungarn erneut in Besitz zu nehmen und griff am 4. November mit Truppen und Panzereinheiten an. Nagys Appell an die UN wurde ignoriert; innerhalb weniger Wochen war die Revolution zerschlagen. Danach wurden Zehntausende verhaftet, 26.000 eingekerkert, 230 hingerichtet. 200.000 Ungarn flohen aus ihrer Heimat; die meisten nach Deutschland, wo sie freundliche Aufnahme fanden. Imre Nagy wurde nach Rumänien verbracht, wo er in einem Schauprozeß des Landesverrates angeklagt und im Jahr 1958 hingerichtet wurde. Die Kämpfe forderten auf ungarischer Seite etwa 2500 Tote, die sowjetischen Truppen verloren nach eigener Darstellung 720 Mann. Einzelne Schätzungen gehen von höheren Zahlen aus.

11.3. Die Suezkrise

Die Nichteinmischung der USA und der UNO in den ungarischen Freiheitskampf wird z. T. durch die sich gleichzeitig entwickelnde Suezkrise und

Eisenhowers Vollbeschäftigung im Wahlkampf für eine zweite Kandidatur entschuldigt. Um die Suezkrise voll zu verstehen, seien hier die vier wichtigsten Interessensphären skizziert.

1.) Gamal Abdel Nasser war seit 1954 Ägyptens Staatspräsident und hatte die Vision eines neuen Wirtschaftssystems, des Arabischen Sozialismus. Um 35 % mehr Land bewässern und damit fruchtbar machen zu können, plante er am Nil den Bau des Assuan-Staudammes. Als ihm die USA und England aus politischen Gründen die zugesagte Hilfe verweigerten, verstaatlichte er am 26. Juli 1956 den Suez-Kanal. Mit den von der Schifffahrt zu entrichtenden Kanal-Zöllen wollte er in fünf Jahren den Damm finanziert haben.



Der deutschfreundliche ägyptische Oberst Gamal Abdel Nasser (1918-1970), zwischen 1954 und 1970 Staatspräsident von Ägypten sowie während der Vereinigung mit Syrien Präsident der Vereinigten Arabischen Republik, versuchte, auch mit Hilfe deutscher Experten, das Land aus dem englisch-französisch-US-amerikanischen Einfluß zu befreien und die arabischen Nationen zu einigen. Er stand gewissen Kräften im Wege und starb (oder wurde gestorben) 1970 im Alter von nur 52 Jahren an einer Herzattacke.

2.) Die Zusammenführung der arabischen Länder in die Arabische Liga, deren Mitglieder seit 1956 Ägypten, Jordanien, Syrien, Irak, Saudi-Arabien, der Jemen, Libyen und der Sudan waren.

3.) Die Entwicklung in Palästina, das nach 400 Jahren osmanischer Oberhoheit im Ersten Weltkrieg 1917 von England besetzt und 1922 zum britischen Protektorat erklärt worden war. Die jüdische Einwanderung wurde bis 1944 auf 1.500 pro Monat festgelegt. Nach der Grolier-Enzyklopädie (1998) kamen nach Kriegsende „große Mengen Überlebender aus den europäischen Konzentrationslagern nach Palästina“. Die zionistische Forderung nach einem eigenen Staat wurde mit Terrormethoden erzwungen.

Nach dem Abzug der Briten riefen die Zionisten am 14. Mai 1948 den unabhängigen Staat Israel aus. Das brachte die arabischen Nachbarstaaten auf den Plan und löste den ersten Arabisch-Israelischen Krieg aus, der mit der Austreibung von 700.000 Palästinensern, der Einziehung ihres Besitzes, dessen Verteilung an Israelis und zusätzlichem Landgewinn für diese endete. Bei einem UN-Vermittlungsversuch wurde im September 1948 Graf Folke Bernadotte aus Schweden von der radikal-zionistischen, paramilitärischen Untergrundorganisation Lechi – die Briten bezeichneten sie nach ihrem Gründer „Stern-Bande – in Jerusalem ermordet. 1949 unterzeichneten die Israelis mit Ägypten, Jordanien, Syrien und Libanon unter UN-Beistand ein Abkommen, das eine lose Grenzregelung vorsah.

4.) England und Frankreich planten, ihre Interessen am Suez-Kanal mit einem bewaffneten Gegenschlag zurückzuerobern und veranlaßten Israel, im gemeinsamen Interesse zunächst die Sinai-Halbinsel bis zur Kanal-Zone zu besetzen. Englisch-französische Truppen landeten am 5. November 1956 dann in der Hafenstadt Port Said, nachdem sie diese aus der Luft völlig zerbombt hatten.

Die UdSSR blieb dem Geschehen am Suez-Kanal gegenüber nicht gleichgültig. Zwischen Chruschtschow und dem englischen Premier Eden kam es zu einem Austausch gegenseitiger Beschuldigungen und Zurechtweisungen, wobei am Ende die UdSSR mit einem Raketenbeschuß Londons drohte, wenn England nicht den Disput um den Kanal sofort friedlich beendige. Nun schaltete sich auch die UN ein und verfügte einen umgehenden Waffenstillstand und den Abzug aller feindlichen Truppen aus ägyptischem Hoheitsgebiet. Diese wurden durch die UNEF, eine Art von UN-Friedenstruppen, evakuiert. Der Bau des Assuan-Staudamms kam schließlich mit sowjetischer Finanzhilfe zustande und wurde 1970 fertiggestellt.

11.4. Korea

Eisenhower gewann 1953 seine erste Präsidentschaftswahl mit dem Versprechen, den Koreakrieg (1950-1953) abzubrechen, der ebenfalls auf konkurrierende Global-Interessen zurückging.

Zur jüngeren Geschichte Koreas: 1894 sandte China Truppen in das relativ unabhängige Korea, um dort einen Aufstand zu unterdrücken. Aber auch Japan schickte Truppen, wodurch der erste Chinesisch-Japanische Krieg (1894/95) entstand, aus dem Japan siegreich hervorging. Nachdem Japan auch im Russisch-Japanischen Krieg (1904/05) siegte, erklärte es Korea zum Protektorat und nahm es 1910 offiziell in Besitz. Korea ist reich an Kohle und Erzvorkommen und wurde zu einer wichtigen wirtschaftlichen und militärischen Basis für Japans Ausweitung auf dem Festland. Diese kam durch die Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg 1945 zu einem Abschluß. Korea wurde von der Vormundschaft Japans befreit, das Land entlang des 38. Breitengrades in die alliierten Besatzungsinteressen der USA und der Sowjetunion geteilt. Es kam zu keiner unabhängigen, gemeinsamen Regierungsbildung, sondern es entstanden: im August 1948 die Republik Korea (Südkorea) mit Unterstützung der USA und im September 1948 die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), angelehnt an die UdSSR.

Südkorea, mit 46 Millionen Menschen, betrieb hauptsächlich Landwirtschaft und war auf US-Hilfe angewiesen, während der Norden, mit 24,5 Millionen Menschen, stark industrialisiert und kommunistisch dirigiert war. Eine Wiedervereinigung hätte im beidseitigen Interesse gelegen. Der Abzug der US-Truppen aus Südkorea löste am 25. Juni 1950 eine nordkoreanische Invasion aus, die von den USA mit dem Heranführen der 7. US-Flotte sowie Luft-, Land- und Marine-Einheiten unter MacArthur beantwortet wurde. Der anfängliche Erfolg schlug um, als chinesische Truppen auf Seiten Nordkoreas in den Kampf eingriffen. Obwohl 17 westliche Nationen Hilfstruppen gesandt hatten, endete der Krieg unentschieden mit einem Waffenstillstand am 27. Juli 1953.

Es fielen 1,5 bis zwei Millionen chinesische bzw. nordkoreanische Soldaten, 300.000 Südkoreaner und etwa 100.000 UN-Truppen (davon 33.629 US-Amerikaner). An Zivilisten war eine Million Tote zu beklagen. Das ganze Land war verwüstet; die Städte in Nord und Süd waren in Trümmerhaufen verwandelt worden.

11.5. Vietnam

Weiter südlich hatte bereits die Overtüre zu dem noch verlustreicheren Vietnamkrieg (1950-1975) begonnen, bei dem es erneut um die politische

und wirtschaftliche Vormachtstellung zwischen Staats- und Privatkapitalismus ging.

Zwischen 1862 und 1895 schloß Frankreich seine Besitzungen in Indochina zur Französischen Föderation zusammen. Nach Deutschlands Sieg über Frankreich (1940) besetzte Japan ab 1942 diese Länder und etablierte im März 1945 ein freies Vietnam unter Kaiser Bao Dai von Annam.

Vietnam hat die Form eines großen „S“ und windet sich vom nördlichen Golf von Tonkin in das Südchinesische Meer. Es hat eine ungefähre Ausdehnung wie das heutige Deutschland und ist dicht besiedelt (75 Millionen), wobei 21 % der Fläche Industrie- und 79 % Agrargebiet sind.

Nach Kriegsende versuchte Frankreich, „seinen“ Ländern Laos, Vietnam und Kambodscha Selbstbestimmungsrechte innerhalb der Französischen Union einzuräumen, was aber für Ho Chi Minh und seine national-kommunistische Bewegung Viet-Minh unbefriedigend war, da sie bereits im September 1945 die unabhängige Demokratische Republik von Vietnam (DRV) ausgerufen hatten. Als dann 1946 französische Truppen nach Vietnam zurückkehrten, kam es im Dezember zum offenen Krieg, der sich trotz umfassender US-amerikanischer Hilfeleistung über acht Jahre hinzog. Die erbitterten Kämpfe endeten mit dem Sieg der Vietnamesen bei Dien Bien Phu. Bei der einberufenen Genfer Friedenskonferenz zwischen April und Juli 1954, an der u. a. auch Eisenhower mit Dulles sowie Chruschtschow teilnahmen, einigte man sich auf eine vorläufige Teilung des Landes in Nord- und Südvietnam, entlang des 17. Breitengrades.

Das Abkommen über Wahlen in zwei Jahren zwecks Wiedervereinigung des Landes wurde jedoch von Südvietnam unterlaufen. Hier war von den USA Ngo Dinh Diem als „Staatsmann“ eingesetzt worden, während dem südvietnamesischen Militär 700 amerikanische Berater beigegeben wurden. Diem und seine Maßnahmen waren allgemein unbeliebt, so daß die infiltrierenden Viet-Minh (nun Viet-Kong genannt) leicht Sympathien finden und Fuß fassen konnten. Dem versuchte Amerika entgegenzusteuern, indem es unter Präsident Kennedy die US-Berater allmählich auf 16.000 erhöhte. Im März 1961 wurden unter Luftbegleitschutz 60.000 Soldaten

nach Laos verschifft, um dort einen vietnam-freundlichen Volksaufstand mit Waffengewalt zu unterbinden. 1962 akzeptierte Kennedy eine Abmachung, die vorübergehend Ruhe in Laos herstellte.

Es ist belegt, daß Kennedy den US-Einsatz in Asien baldigst beenden wollte. Im November 1963 (Kennedys Ermordung) unterstützten die USA einen Militärputsch in Südvietnam, der zum Sturz des gehaßten Diem führte. Aber die Unruhen griffen weiter um sich und wirkten sich für die nordvietnamesische Befreiungsarmee PLAF vorteilhaft aus. Als Nachfolger Kennedys führte L. B. Johnson mit Hilfe des CIA eine Politik der Stärke. Unter dem Einsatz von US-Spezialeinheiten und von Söldnern erfolgten Überraschungsangriffe auf die Nordküste. General Westmoreland wurde Befehlshaber des MACV (Militärisches Hilfskommando Vietnam) und warnte Nordvietnam, daß eine weitere Unterstützung der Revolution in Südvietnam schwere Repressalien nach sich ziehen würde.

Im August 1964 wurden angeblich ein (oder auch zwei) US-amerikanische Spionageschiffe im Golf von Tonkin von nordvietnamesischen Torpedobooten beschossen. Die betroffenen US-Zerstörer waren zwar unbeschädigt, aber Johnson befahl Strafbombardements und forderte vom US-Kongreß uneingeschränkte Vollmachten für militärische Vergeltungsmaßnahmen, was ihm auch – bis auf zwei ablehnende Gegenstimmen – bewilligt wurde. Der Viet-Kong-Angriff auf eine US-Baracke in Pleiku wurde dann der Auslöser des großen Mordens, ohne daß dem amerikanischen Volk bewußt wurde, ab welchem Zeitpunkt aus seiner Schutzmacht-Stellung ein „search and destroy“, ein „Suchen und Vernichten“, geworden war. Zunächst versuchten die USA, die Viet-Kong politisch und militärisch mit Bombardierungen und pausenlosem Artilleriebeschuß im Norden und auch in dem von ihnen im Süden infiltrierten Gebieten zu zermürben.

Aber man hatte nicht damit gerechnet, daß die NFL (Nationale Befreiungs-Front) einen totalen Krieg führen würde, und daß sie bereit war, für die Unabhängigkeit Vietnams einen hohen Blutzoll zu zahlen. Sie mobilisierte große Teile der Südbevölkerung zu gemeinsamen Attacken gegen die sich mehr und mehr ausbreitenden US-Stützpunkte. Gut organisiert, führten die Soldaten der NFL Kampf und Sabotage mit teils primitiven Mitteln aus

Tunneln und Sümpfen heraus und zogen sich, wenn erforderlich, in Sicherheitszonen nach Kambodscha zurück.

Obwohl die USA und ihre diversen Alliierten den Viet-Kong zahlenmäßig überlegen waren, konnten sie die gewonnenen Gebiete nicht halten; dafür fehlten ihnen die nötigen Besatzungstruppen. Aber sie verfügten über die neueste Militärtechnologie. 400.000 Tonnen Napalm- und Phosphor-Bomben wurden auf vietnamesische Orte abgeworfen, wobei kein Unterschied zwischen dem Militär und der Zivilbevölkerung gemacht wurde. 57.000 Tonnen des dioxinhaltigen Entlaubungsmittels „Agent Orange“ wurden über Vietnam und Laos versprüht, wovon bis heute lebensgefährliche Teilsubstanzen wirksam sind. 8 Millionen Tonnen Sprengbomben machten aus dem Land eine Kraterlandschaft. Auf Grund der massiven Zerstörung ihrer Wohngebiete strömten Millionen von Flüchtlingen nach Süden, wo die Militärverwaltung unter Nguyen Van Thieu nicht in der Lage war, sie friedlich zu integrieren. Unter Leitung der CIA wurde 1967 das Phoenix-Programm abgewickelt, wobei 70.000 Zivilisten zu Tode kamen, da man sie verdächtigte, zur politischen Führung der Viet-Kong zu gehören.

Im selben Jahr wurden in den USA verstärkt Einberufungsbefehle erlassen. Tausende junger Männer fanden Wege, diese zu umgehen, und es formierte sich eine Anti-Kriegs-Bewegung, die letztlich auch einen Wechsel in der Präsidentschaft herbeiführte und Richard Nixon zum Wahlsieg verhalf (1968). Besonders das Blutbad von My Lai (567 Zivilisten getötet, etliche vergewaltigt, nach dem Befehl „waste them“ (dt., „Vernichtet sie!“)), verstärkte den öffentlichen Druck zur Beendigung des brutalen, unmenschlichen und offensichtlich sinnlosen Vorgehens.

Doch obwohl bereits Johnson – als Reaktion auf Angriffe der Viet-Kong, u. a. auf die US-Botschaft in Saigon – im März 1968 die Bombardements oberhalb des 20. Breitengrades eingestellt hatte, versuchte Nixon mit seinem Außenminister Henry Kissinger, einen „Frieden in Ehren“ durch diplomatische Vorstöße auf höherer Ebene einzuleiten. Man führte mit den Sowjets und mit China diesbezügliche Gespräche. Der Kampf ging jedoch weiter. Die USA begannen die geheime Bombardierung Kambodschas im

März 1969 und starteten von April bis Juni 1970 eine offene Landinvasion, um den Nachschub der NFL zu unterbinden. Als das nichts half, besetzten Südvietnamesen im Februar 1971 Laos. Aber die Viet-Kong waren vorgewart und fügten den ARVN-Truppen (ARVN = Armee der Republik Vietnam, die bewaffnete Streitmacht Südvietnams) hohe Verluste zu.

Der von beiden Seiten grausam geführte Krieg, das Klima, das unwirtliche Terrain und die sichtliche Erfolglosigkeit untergruben die Moral der US-Soldaten in zunehmendem Maße. Auch finanziell begann der Krieg die Amerikaner mit Steuern und unaufhaltsam fortschreitender Inflation ungeheuer zu belasten. Demzufolge wurde die Truppenstärke Ende 1971 auf 175.000 Mann gesenkt; zur Abwehr der zu erwartenden Osteroffensive standen 1972 nur noch 95.000 Mann zur Verfügung, wovon gerade etwa 6.000 einsatzbereit waren. Dagegen wurde die gnadenlose Bombardierung fortgesetzt, wobei Öllager in der Gegend von Hanoi-Haiphong angegriffen und der Hafen von Haiphong vermint wurde. Friedensverhandlungen wurden nach drei Monaten abgebrochen, vor allem, weil Thieu den Verbleib von Viet-Kong-Kräften in Südvietnam nicht tolerieren wollte. Er wurde dabei von Nixon unterstützt. Nachdem dieser im November mit großer Mehrheit wiedergewählt worden war, versuchten er und sein Berater Kissinger, den Krieg doch noch erfolgreich zu beenden.

Vom 18. Dezember 1972 an mußte Vietnam zur Weihnachtszeit für zwölf Tage unter einem der heftigsten US-amerikanischen Bombardements leiden. Mehr als 36.000 Tonnen Bomben wurden auf Städte nördlich des 20. Breitengrades abgeworfen. Hanoi und Haiphong wurden erneut schwerst beschädigt, Frauen und Kinder evakuiert, 1.600 Zivilisten getötet.

Die dann folgenden Pariser Friedensverhandlungen (ab 31. Januar 1973) brachten einen Abzug der US-Truppen und eine Zurückführung der Kriegsgefangenen, aber keine endgültige Lösung. Zur Schwächung der Viet-Kong wurde Kambodscha weiter bombardiert und Aufklärungsflüge über Nordvietnam fortgesetzt. Am 15. August 1973 beschloß der US-Kongreß die Beendigung des militärischen Einsatzes in Indochina, während die ARVN (Südvietnam) weitere Hilfe in Form von Waffen und Krediten erhoffte und zunächst auch bekam.

Im Januar 1974 proklamierte Thieu den Beginn des dritten Indochina-Krieges. Es standen sich nun Süd- und Nord-Vietnam nochmals in bitteren Kämpfen gegenüber, aber die Viet-Kong erwiesen sich als stärker. Auch die Städte des Südens verlangten endlich Frieden. Die Hilfeleistungen der USA ließen mehr und mehr nach, Anfang Januar 1975 lehnte der Kongreß die von Gerald Ford geforderten \$ 300 Millionen ab, man wendete sich anderweitigen, wichtigeren Aufgaben zu.

Diese Entwicklung bestätigt Alexis de Tocquevilles (1805-1859) Aussage in seinem bekannten Buch „Demokratie in Amerika“ (1835): *„Das unvermeidliche Anwachsen der Demokratie wird auch zu Gewaltherrschaft und Militarismus führen. Während der Friede für demokratische Armeen besonders verderblich ist, so gibt ihnen der Krieg mit all seinen ausgelösten Leidenschaften Vorteile, die sie am Ende siegreich werden läßt.“* Dann schreibt der französische Publizist, Politiker und Historiker – er gilt als Begründer der vergleichenden Politikwissenschaft – weiter: *„Die geheime Verbindung zwischen dem militärischen Charakter und dem der Demokratien ist das Profit-Motiv.“*

Nota bene: Kriege, die keinen Profit (mehr) bringen, sind für „Demokrati- en“ uninteressant.

Thieu erfaßte die Aussichtslosigkeit der Lage und dankte ab. Sein Nachfolger, Duang Van Minh, kapitulierte am 30. April 1975. Vietnam wurde 1976 offiziell wiedervereint, das gefürchtete Blutbad trat nicht ein, aber ca. 200.000 Anhänger des Thieu-Regimes wurden in Umerziehungslagern zum Teil bis 1986 festgehalten. In Kambodscha kamen die Roten Khmer unter Pol Pot mit ihrem drei Jahre andauernden Massenterror an die Regierung. Die angestrebten Landreformen sollen über einer Million Menschen das Leben gekostet haben. In Laos, wo viele Stätten alter Kultur zerstört worden waren, vollzog sich der Regierungswechsel zur Pathet Lao ruhig und unblutig.

Der Krieg forderte auf Seiten der Nationalen Befreiungsfront und der betroffenen Zivilisten Hekatomben an Opfern: in Vietnam drei Millionen (neben 300.000 Vermißten), in Laos eine Million und in Kambodscha zwei Millionen. Auf der Gegenseite waren zu beklagen: von den Streitkräften

der USA 59.000, von denen der alliierten Hilfstruppen 65.000, von denen der Süd-Vietnamesen 225.000. Es sind demnach insgesamt mehr als 6,6 Millionen Menschenopfer zu verzeichnen. Das ganze Land war verwüstet; die Städte in Nord und Süd waren in Trümmerhaufen verwandelt worden.

In den Jahren 1950 bis 1975 verloren während der Welle der versuchten US-amerikanischen Einflußnahme in Asien mindestens zehn Millionen Menschen ihr Leben.

11.6. Kolonialpolitik

Eine noch weit höhere Zahl an Todesopfern des Privatkapitalismus dürfte sich ergeben, wenn man die Opfer der Kolonialisierung überseeischer Gebiete in Asien, Afrika, Mittel- und Südamerika durch Spanien, Portugal, Holland, Belgien, Frankreich und England aufrechnet.

Hier das gnadenlose Vorgehen des aller-christlichsten Spaniens im Verbund mit der katholischen Kirche zur Besitzergreifung großer Teile Mittel- und Südamerikas nachzuzeichnen, würde den Rahmen des Buches sprengen. In erschütternder Weise schildern die von Diego Rivera geschaffenen Wandgemälde im Nationalpalast in Mexico-Stadt das brutale Vorgehen der geharnischten Spanier gegen die ahnungslose, friedliche Bevölkerung. Es krampft sich einem das Herz zusammen, wenn man diese Bilder sieht.

Das Auftreten der Engländer in Indien wurde durch den Film „Gandhi“ recht gut dokumentiert, obwohl dazu noch viel mehr zu sagen und zu schreiben wäre – ebenso über die Opium-Kriege gegen China und die englische Kolonialherrschaft in Rhodesien, Südafrika und anderswo.

Aber für all diese Angriffskriege, Okkupationen, Unterwerfungen, Massenmorde, Ausbeutungsorgien und andere Untaten gibt es weder Schuldzuweisungen noch Erinnerungsstätten, weder Entschuldigungen noch Wiedergutmachungszahlungen. Vielleicht deshalb, weil man Deutschland weder für die Machtkämpfe in Asien noch für die ausbeuterische, Menschenleben und Menschenrechte verachtende Politik der Kolonialmächte vom 16. bis zum 20. Jahrhundert verantwortlich machen kann, die im Grunde genom-

men bis heute fortgesetzt werden, jedoch von anderen Machtgruppierungen und mit anderen Motiven.

Zur eher unbekannteren Geschichte der Inseln des Nordpazifiks wie auch Indonesiens und der Philippinen seit der europäischen Einflußnahme sei hier das folgende notiert. Indonesien besteht aus mehr als 13.500 Inseln auf etwa der Höhe des Äquators. Die gesamte Landmasse kann mit der Größe Mexikos verglichen werden. Die Holländische Ost-Indien Kompanie begann 1602 damit, die Inseln als Umschlagplätze für ihre Handelsrouten zu beanspruchen. Die Hauptstadt Jakarta auf Java wurde 1619 erobert. Das Vorgehen der Holländer zwecks Besitzergreifung und Unterdrückung war teils rücksichtloser als das der anderen kolonialen Großmächte Portugal, Spanien und England. Mit harschen Methoden der Nutzung von Land und Menschen versuchten die holländischen Krämer, aus den Kolonien soviel wie möglich herauszuwirtschaften. Indonesien war dabei keine Ausnahme.

Eric Margolis schreibt im Juni 1995 in der *Toronto Sun*: „350 Jahre lang haben holländische Kolonialtruppen große Mengen indonesischer Zivilisten getötet.“ So wurden im 19. Jahrhundert durch Unterdrückungskriege die folgenden Gebiete vereinnahmt: 1825 bis 1830 Java, 1830 bis 1836 Sumatra, 1846 bis 1849 Bali, 1855 Borneo und 1873 bis 1903 das Atjeh-Reich. Um 1900 bildete sich eine nationale Bewegung, die mehr Unabhängigkeit für Indonesien forderte. Aber es wurden kaum Zugeständnisse gemacht, sondern Holland antwortete mit verschärfter Unterdrückung und Inhaftierung oder Ausweisung der Führer.

Kein Wunder, daß dann 1942 die Japaner nicht als Eroberer, sondern als Befreier von brutaler Kolonialherrschaft begrüßt wurden. Sie unterstützten den Führer der Indonesischen National-Partei, Sukarno (seit 1934 im Exil), und den seit 1936 inhaftierten Patrioten Hatta, so daß diese am 17. August 1947 gemeinsam die freie Republik von Indonesien ausrufen konnten.

Durch die Niederlage Japans glaubte Holland, Indonesien gewaltsam wieder in Besitz nehmen zu können. Margolis schreibt dazu in der *Toronto*

Sun: „1946 metzelten Hauptmann Westerling und seine holländischen Truppen 40.000 indonesische Zivilisten in Süd-Celebes in just zwei Wochen nieder, um ihre Herrschaft über Indonesien wieder aufzurichten.“

Nach langem Sträuben mußten die Niederlande dem Druck der UN nachgeben und auf Indonesien verzichten. Der erste Präsident des Landes wurde Achmed Sukarno (1945-1965). CIA-Versuche, in das politische Geschehen einzugreifen, führten erst 1965 indirekt zum Erfolg, als eine anti-kommunistische Machtübernahme durch General Suharto das Land aus der politisch-wirtschaftlichen Ost-Orientierung dem Westen näher brachte. Kosten: 500.000 Menschenleben.

Die Philippinen, seit mehr als 30.000 Jahren von indonesischen Volksstämmen bewohnt, wurden 1521 durch Magellan für Spanien entdeckt und 1571 nach Spaniens König, Phillip II., benannt. Der Spanisch-Amerikanischen Krieg (1898) brachte dem Land keine Unabhängigkeit, wie es von dem Revolutionär Aguinaldo erhofft und erwartet worden war. Für zwei Jahre führte er einen erfolglosen Krieg gegen die neuen Machthaber, die USA.

1935 wurden den Philippinen gewisse Freiheiten eingeräumt, aber der Zweite Weltkrieg verlangte deren Solidarität mit den USA im Kampf gegen Japan, das 1942 in Butuan und Surigao Truppen gelandet hatte. Erst am 4. Juli 1946 erhielten die Philippinen in etwa volle Unabhängigkeit.

Doch Korruption, unfaire Landverteilung und ungleiche Besteuerung riefen die Hukbalahap (HUK)-Partisanen auf den Plan. Durch Umsiedlungen und Amnestie-Gewährungen konnte vorübergehend Abhilfe geschaffen werden. Aber immer wieder brachen neue Unruhen aus, bis es Ferdinand Marcos nach 1965 gelang, für Jahre „Law and Order“ (dt., Recht und Ordnung“) neu herzustellen.

Auf der anderen Seite der Welt, auf etwa dem gleichen Breitengrad wie das Chinesische Meer, liegt vor der Tür der USA die Karibik, mit der größten Insel, Kuba, die vom Festland nur 145 km entfernt ist. 1492 von Christopher Columbus entdeckt, blieb Kuba bis 1898 in spanischem Besitz. Das

Land wurde kultiviert, man importierte Hunderttausende schwarzer Sklaven. Der Rohrzucker entwickelte sich zum weltweiten Exportartikel. Unruhen und Aufstände wurden zwischen 1868 und 1878 sowie zwischen 1895 und 1898 blutig unterdrückt. Der spanische General Weyler ließ die kubanischen Bauern in Konzentrationslager einsperren, in denen ca. 100.000 Menschen, darunter viele Frauen und Kinder, starben.

Die Spannungen zwischen Spanien und den USA kamen zum Siedepunkt, als das US-Kriegsschiff „Maine“ im Hafen von Havanna explodierte. Diesem höchstwahrscheinlich von den US-Amerikanern selbst initiierten Vorfall folgte am 15. April 1898 Washingtons Kriegserklärung an Spanien. Im Pazifik lief Kommodore Dewey mit seiner Flotte von Hong Kong in Richtung Philippinen aus, wo er im Hafen von Manila die dort ankernde spanische Flotte überraschte und im Mai 1898 völlig zerstörte. Die US-Amerikaner besetzten auch gleich noch Guam, die größte und südlichste Insel des Marianen-Archipels im westpazifischen Ozean, und Wake Island, ein Atoll im nördlichen Pazifischen Ozean, zwischen Hawaii und den Nördlichen Marianen. Hawaii, ein zunächst unabhängiges Königsreich, war bereits 1893 von US-amerikanischen See- und Landtruppen erobert worden und wurde durch die USA aufgrund eines Kongreßbeschlusses 1898 annektiert.

In der Karibik fand die spanische Flotte zunächst im kubanischen Hafen Santiago Schutz, wurde aber von US-Schiffen blockiert. US-amerikanische Landtruppen bekämpften die Spanier erfolgreich. Theodore Roosevelt führte dabei die berühmten „Rough Rider“. Als die spanische Flotte versuchte, die Blockade zu durchbrechen, wurde sie völlig aufgerieben. Der Pariser Friedensvertrag vom 10. Dezember 1898 besiegelte den Verzicht Spaniens auf Puerto Rico, Guam, die Philippinen und Kuba, das von 1898 bis 1902 von Amerika verwaltet wurde und danach seine „Unabhängigkeit“ als US-Protectorat erhielt.

Dieser Landgier widersprachen bekannte Amerikaner wie Mark Twain und Andrew Carnegie. Sie waren dagegen, Gebiete und Völker zu vereinnahmen, die nicht assimilierbar waren. Jedoch betonten die Imperialisten die Rolle Amerikas als „Vertreter der Zivilisation“ und die Wichtigkeit, den

Handel mit China für England und die USA mit einer Politik der „Offenen Tür“ realisierbar zu machen.

1906, 1912 und 1917 wurden abermals US-Truppen auf Kuba eingesetzt, um Unruhen zu bekämpfen und Privatinteressen zu schützen. Bis 1940 wurde Kuba autoritär geführt, dann entwickelte sich eine Quasi-Demokratie, die durch den Putsch Fulgencio Batistas 1952 wieder untergraben wurde. 1959 gelang es Fidel Castro mit seiner national-revolutionären Bewegung, Batista zu stürzen und eine Volksrepublik zu errichten. Ausländische Betriebe, vor allem die der Zucker- und Tabakindustrie, wurden enteignet, wodurch eine Konfrontation mit den USA heraufbeschworen wurde.

1960 genehmigte Eisenhower den Plan der CIA, kubanische Emigranten für eine Invasion Kubas auszubilden. Von den USA organisiert und finanziert, fand dieses geheime Training in Guatemala statt. Am 17. April 1961 wurde eine Invasion Kubas in der Schweinebucht versucht, aber die Pläne für diese Aktion waren durchgesickert, so daß Castros Truppen die Küste mühelos verteidigen konnten.

11.7. John F. Kennedy

Den Kubanern half auch, daß der nun amtierende Präsident John F. Kennedy den Einsatz von Bombern nicht erlaubt hatte. Die 1.200 US-amerikanischen Gefangenen wurden später gegen Medikamente und Nahrungsmittel im Wert von \$ 53 Millionen ausgetauscht. Castro wurde, wie seinerzeit Nasser, durch die ablehnende US-amerikanische Politik genötigt, sich wirtschaftlich und politisch an die UdSSR anzulehnen, welchen Prozeß Moskau durch die Installation von Raketenbasen in Kuba vertiefen wollte. Die UdSSR konnte jedoch zum Abzug der Angriffswaffen bewegt werden, so daß sich aus der Raketen-Krise in Kuba 1962 kein Dritter Weltkrieg entwickelte.

Nun kurz eine Rückblende nach Deutschland, wo auf Grund des sich im westlichen Teil entwickelnden Wirtschaftswunders die DDR am 13. 8. 1961 begann, mit Stacheldraht und Zement eine Barriere gegen die „Landflucht“ zu errichten, um ihren Bürgern das Abwandern nach Westdeutsch-

land zu verwehren. Diese Mauer ging auch mitten durch Berlin. Am 26. Juni 1963, während seines Staatsbesuchs in Deutschland, brachte Kennedy seine Sympathie und sein Verständnis für die prekäre deutsche Lage mit den Worten zum Ausdruck: „*Ich bin ein Berliner.*“

Die Welt hielt den Atem an, als John F. Kennedy am 22. November 1963 in Dallas ermordet wurde. Daß es nicht Lee Harvey Oswald war, der die tödlichen Schüsse abgegeben hatte, zumindest nicht er allein, dürfte heute außer Zweifel stehen. Die Gründe für den Präsidentenmord sind offenkundig nie diskutiert worden, aber Kennedys Einstellung und sein Verhalten dürften mindestens bei den folgenden politischen Komplexen die „geltenden Spielregeln“ verletzt haben:

- seine Weigerung, einem Bombereinsatz in Kuba zuzustimmen,
- seine Bereitschaft zur schnellen Beendigung des Vietnamkrieges,
- seine verbindliche Geste gegenüber Deutschland und vor allem
- sein Bestreben, dem US-amerikanischen Staat das Münzrecht in vollem Umfang wieder zurückzugeben und damit die Manipulationen der Federal Reserve Bank zu beenden.



John Fitzgerald „Jack“ Kennedy (29. Mai 1917 in Brookline, Massachusetts; † 22. November 1963 in Dallas, Texas) war von 1961 bis 1963 der 35. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Gewissen Kreisen stand er ihm Wege.*

12. Die Bundesrepublik Deutschland (BRD), 1949 bis 1982

In den Jahren 1950 bis 1975 war in Deutschland der Wiederaufbau in vollem Gange, ein gigantischer Wiederaufbau in Anbetracht der immensen Zerstörungen. *„Die deutschen Städte sind Trümmerhaufen, ihr Wiederaufbau ist unmöglich. Es wird für die gebrochene Nation 150 Jahre dauern, bis sie wieder nur einen Schimmer normalen Wohlstandes haben wird“*, so lautete das Urteil verschiedener ausländischer Experten, die Deutschland nach dem Krieg in Augenschein genommen hatten.⁶⁹

Mitte der fünfziger Jahre kam erneut ein deutsches „Wirtschaftswunder“ zustande, das zum größten Teil der heute so verfeimten Erlebnisgeneration zu verdanken ist, und nicht, wie es im „Neusprech“ heißt, den erst ab



*Entrümmerungsarbeiten in Dresden im Frühherbst 1945.
Geputzte Ziegel wandern von Hand zu Hand.*

⁶⁹ Odorfer, R.: „The Soul of Germany – A Unique History of the Germans, from the Earliest Times to Present“, New Braunfels, 1995.

Mitte der sechziger Jahre ins Land strömenden Gastarbeitern. Angefangen von den Trümmerfrauen, die mit unermesslichem Fleiß die geschwärzten, wild verstreuten Backsteine der Ruinen vom Mörtel befreien und zur Wiederverwendung aufschichteten; stunden-, wochen-, monatelang, mit wenig Nahrung und in erbärmlichen Lebensumständen vegetierend. Nicht nur in den westlichen Besatzungszonen, sondern auch in der sowjetisch besetzten Zone packten alle mit an.

Dann fanden sich Maurer und Ingenieure, auch wohl zunächst ungelernete, die mit Hilfe sicher verwahrter alter Baupläne daran gingen, Gebäude, Kirchen, Dome und – soweit möglich – ganze Stadtteile mittelalterlicher Schönheit und historische Stätten getreulich nachzubilden und wieder aufzubauen.

Nach der Währungsreform (20. Juni 1948) war die (west-) deutsche Wirtschaft langsam wieder ins Rollen gekommen. Die Zugführer der Lokomotive Europas waren Adenauer und Erhard, obwohl ihre Anschauungen teils grundsätzlich verschieden waren. Erhard war seit 1949 Wirtschaftsminister und wurde 1963, nach dem Ausscheiden Adenauers, für drei Jahre Bundeskanzler.

Seit der Errichtung der Berliner Mauer im August 1961 und der Kubakrise im Herbst 1962, die beide ausschließlich zwischen den USA und der UdSSR ausgehandelt wurden, versuchte Adenauer, durch Annäherung an Frankreich ein „Europa der Vaterländer“ in die Wege zu leiten, das den beiden Großmächten Pari bieten könne.

Dagegen verharrte Erhard in völliger Anlehnung an die US-Politik. Er verschloß sich der arabischen Forderung, die Waffenlieferungen an Israel einzustellen und nahm am 12. 5. 1965 diplomatische Beziehungen zu Israel auf.

12.1. Das Grundgesetz

Es erscheint hier angebracht, noch einmal auf das ab September 1948 vom Parlamentarischen Rat in Bonn „ausgearbeitete“ Grundgesetz näher einzu-

gehen, das bis heute mit einigen wesentlichen Abänderungen und Zusätzen Gültigkeit hat. Seine Grundsätze gehen, wie schon gesagt, auf den 1901 in Leipzig geborenen Carl Joachim Friedrich, einen 1926 in die USA emigrierten und während des Zweiten Weltkrieges in der US-amerikanischen antideutschen Propaganda besonders aktiven Harvard-Professor, zurück. Friedrich unterstützte die US-amerikanischen Besatzungstruppen bei der sog. „Entnazifizierung“, war politischer Berater der US-Regierung und sondierte die Lage im besiegten Deutschland. Zudem war er an der Planung der Moskauer Außenministerkonferenz (1947) und der Ausarbeitung des Marshall-Plans (1956) beteiligt und fungierte als persönlicher Berater von General Lucius D. Clay, dem Chef der amerikanischen Militärverwaltung in Deutschland.

Die *Süddeutsche Zeitung* meldete am 9. Mai 1949 unter dem Titel „Vor-Konferenz der Westmächte in Paris“: „*London (UP) Vertreter der USA, Großbritanniens und Frankreichs werden, voraussichtlich unmittelbar nach der Aufhebung der Blockade⁷⁰, in Paris zusammentreten, um die Arbeit ihrer Außenminister bei der am 23. Mai beginnenden Konferenz mit den Russen vorzubereiten. Diese Vor-Konferenz soll an die Besprechungen über Deutschland anknüpfen, die im April in Washington zwischen den westlichen Außenministern geführt wurden. Das britische Außenministerium betont, diese Vor-Konferenz solle keineswegs der Bildung eines geschlossenen Blocks der Westmächte gegen die Russen bei der Außenminister-Konferenz dienen. Man will sich lediglich auf irgendwelche ‚sensationellen Vorschläge‘ der Sowjetunion vorbereiten ...*“

Weitere Auszüge aus der mit einer alliierten Lizenz ausgestatteten *Süddeutschen Zeitung* vom 9. Mai 1949, im Wortlaut, mit veränderter Reihenfolge und z. T. zusätzlichen Hervorhebungen, werfen einige Schlaglichter auf die seinerzeitige politische Lage.

„*Grundgesetz mit 53:12 Stimmen angenommen – 6 Nein-Stimmen der bayerischen CSU – Abstimmung um Mitternacht*“

Die Präambel des Grundgesetzes lautet: „*Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und*

70 „Aufhebung der Blockade“ – nach vier Jahren „Befreiung“. Das klingt sehr nach Erpressung, wie 1919.

staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem Vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Dazu paßt der Artikel 146 des Grundgesetzes: *„Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“*

Wir zitieren weiter aus dem Wortlaut des Grundgesetzes für Deutschlands politische Lage wichtige Passagen:

„Artikel 25

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.

Artikel 12

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz geregelt werden.

Artikel 132

(1) Beamte und Richter, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Grundgesetzes auf Lebenszeit angestellt sind, können binnen sechs Monaten nach dem ersten Zusammentritt des Bundestages in den Ruhestand oder Wartestand oder in ein Amt mit Diensteinkommen versetzt werden, wenn ihnen die persönliche oder fachliche Eignung für ihr Amt fehlt.

Bei Angestellten, deren Dienstverhältnisse kündbar sind, können über die tarifmäßige Regelung hinausgehende Kündigungsfristen innerhalb der gleichen Frist aufgehoben werden.

Auf in einem unkündbaren Dienstverhältnis stehende Angestellte findet diese Vorschrift entsprechende Anwendung.

(2) Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf Angehörige des öffentlichen Dienstes, die von den Vorschriften über die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus nicht betroffen oder die anerkannte Verfolgte des Nationalsozialismus sind, sofern nicht ein wichtiger Grund in ihrer Person vorliegt.

Artikel 2

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Artikel 16

(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.

(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

Artikel 139

Die zur Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.

Artikel 89

(1) Der Bund ist Eigentümer der bisherigen Reichs-Wasserstraßen.

Artikel 90

(1) Der Bund ist Eigentümer der bisherigen Reichsautobahnen und Reichsstraßen.

Artikel 134

(1) Das Vermögen des Reiches wird grundsätzlich Bundesvermögen.

Artikel 120

Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äußeren Kriegsfolgelasten nach näherer Bestimmung eines Bundesgesetzes.“

Drei Punkte fallen besonders auf:

- 1.) Artikel 146 betont, daß das Grundgesetz nicht vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist, sondern daß es durch eine endgültige Verfassung ersetzt werden soll.
- 2.) Laut Artikel 89, 90 und 134 hat die damalige DDR keinen Anteil am Reichsvermögen. Das zeugt von einer überheblichen Anmaßung der Geburtshelfer der BRD, stellt kraß den späteren Schwindel mit der „Treuhand“ bloß und widerlegt die verderbliche Verleumdung, daß Mitteldeutschland seit 1990 für Westdeutschland eine Belastung und ein Pflegefall sei.
- 3.) Am ärgsten aber ist, daß hier schon die Deutschen – trotz aller Versicherungen der Gleichheit – in zwei Kategorien eingeteilt werden: in die Guten und die Bösen. Kein Wunder, daß so wenig Rückgrat gezeigt worden ist, denn jeder will zu den „Guten“ gehören und sich von den „Bösen“ absetzen.

12.2. Konrad Adenauers Kanzlerschaft 1949 bis 1963

Man muß es aber Dr. Konrad Adenauer – trotz eventueller Fehlentscheidungen – lassen, daß er diese moralische Trennung von „Anständigen“ und „Unanständigen“ niemals praktiziert hat, sondern sich stets zu Deutschland und zur deutschen Geschichte bekannte.

Dazu zitieren wir einige Abschnitte aus Richard Odorfer „The Soul of Germany“ (dt., „Die Seele Deutschlands“): *„Schon im Frühjahr 1949 machte er (Adenauer; d. A.) auf Einladung der Schweiz vor dem dortigen Bundesrat die Welt auf die katastrophalen Zustände aufmerksam, die seit Kriegsende in Deutschland herrschten. Er sagte u. a.: ‚Das Abmontieren deutscher Industriebetriebe geht noch immer vor sich und scheint nun den Zweck zu haben, die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt völlig auszuschalten ... Alle deutschen*

Patente wurden befreit, der Schaden für die deutsche Industrie ist enorm und kann in Zahlen gar nicht angegeben werden. 'Die Vertreibung von 13-14 Millionen aus ihrer Heimat, meist aus Gebieten, die jahrhundertlang von ihren Vorfahren bewohnt waren, hat unermessliches Leid hervorgerufen ... Ich bin überzeugt, daß die Weltgeschichte dies (die Potsdamer Beschlüsse; d. A.) eines Tages scharf verurteilen wird.

In einigen westlichen Zeitungen wurde seine Rede häßlich verzerrt wiedergegeben, und es wurden Aussprüche hinein redigiert, die er nie gemacht hatte. "

Im März 1953, zu Beginn der Entschädigungszahlungen an jüdische Opfer der NS-Politik, sagte Dr. Adenauer: „ ...mit praktischen Taten wird der feierlich versprochene Abschluß eines Kapitels bestätigt, das für jeden Deutschen das traurigste unserer Geschichte sein sollte.“⁷¹

Am 4.3.1953 hatte Adenauer vor dem Deutschen Bundestag erklärt: „Der Name unseres Vaterlandes muß den Respekt zurückgewinnen, der den historischen Errungenschaften des deutschen Volkes auf kulturellen und wirtschaftlichen Gebieten entspricht.“⁷²

Adenauer hatte 1952 mit Führern des Weltjudentums in Luxemburg Verhandlungen geführt, wobei der Rahmen der Wiedergutmachung für das den Juden zugefügte Leid festgelegt wurde. Wie bereits erwähnt, beinhaltete das am 10. September 1952 abgeschlossene Abkommen mit dem Staat Israel eine Wiedergutmachungszahlung von 3,5 Milliarden DM, verteilt auf 10 Jahre. Israel wurde deutsche Hilfe zu Aufbau und Finanzierung seiner Infrastruktur (Telephon, Elektrizität, Eisenbahn und anderer Systeme) zugesagt, während betroffene jüdische Opfer eine einmalige Abfindung oder Pension oder beides zugesagt bekamen. Fast 4 1/2 Millionen Juden beantragten entsprechende Abfindungen, bis 1995 betrug diese mehr als 100 Milliarden US Dollar.

Im April 1953 legte Adenauer bei seiner Washington-Tour im Arlington National-Friedhof einen Kranz roter Rosen am Grabe des Unbekannten

71 Weymar, Paul: „Konrad Adenauer – Die autorisierte Biographie“, Kindler-Verlag, München, 1955.

72 „Verhandlungen des Deutschen Bundestages“, Band 15, 250.-262. Sitzung, S. 12092.

Soldaten mit der Inschrift „Der Bundeskanzler“ nieder. Eine amerikanische Militärkapelle spielte während dieser historischen Stunde die deutsche Nationalhymne. „*Es war eins der schönsten und bewegendsten Dinge, die ich erlebt habe*“, sagte Adenauer später. „*Ich fühlte, daß in dieser Stunde die Ehre unserer toten deutschen Soldaten wiederhergestellt worden war.*“⁷³

Das Bekenntnis Adenauers zu Deutschland lautete: „*Wir sind stolz auf unsere Geschichte.*“ Dieses Bekenntnis wurde später mehr und mehr verdrängt, bis es ins völlige Gegenteil verkehrt worden ist.

Obwohl er als „Betriebsleiter“ des deutschen Wirtschaftsaufstieges gelten kann, fand Ludwig Erhard in seiner Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963 Worte, die zur Besinnung riefen und die heute noch Gültigkeit haben. Er sagte: „*So mancher Begüterte scheint in seiner persönlichen äußeren Lebensführung nur allzu leicht zu vergessen, daß der Wohlstand wohl eine Grundlage, nicht aber das Leitbild unserer Lebensgestaltung ist.*“⁷⁴

Die durch den Nachholbedarf entstandene Hochkonjunktur flaute in den sechziger Jahren allmählich ab. Es gab wieder Arbeitslosigkeit, die durch Stilllegung der Ruhrzechen noch erheblich erhöht wurde. Erhard hatte vor dem künstlich hochgetriebenen Wirtschaftswachstum und der immer schneller rotierenden Lohn-Preis-Spirale gewarnt, konnte sie aber nicht aufhalten. 1966 kündigten die FDP-Minister die Koalition mit der CDU/CSU auf, so daß Erhard zurücktreten mußte. Von Dezember 1966 bis Oktober 1969 schlossen sich unter Dr. Kurt Georg Kiesinger CDU/CSU und SPD zur Großen Koalition zusammen.

12.3. Die Kanzlerschaft Willy Brandts 1969 bis 1974

1966 wurde Willy Brandt – der ursprünglich Herbert Frahm hieß und während des Krieges die norwegische Staatsbürgerschaft angenommen und

73 Weymar, Paul: „Konrad Adenauer – Die autorisierte Biographie“, Kindler-Verlag, München, 1955.

74 Erhard, Ludwig: „Politik der Mitte und der Verständigung – Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963“, in: Hohmann, Karl (Hrsg.): „Ludwig Erhard – Gedanken aus fünf Jahrzehnten“, Econ Verlag, Düsseldorf/Wien/New York, 1988, S. 837.

auf norwegischer Seite gegen das Reich agiert hatte – Vizekanzler und Außenminister der BRD. Brandt spielte, nach Wiedererlangung der deutschen Staatsbürgerschaft (1949), eine maßgebliche Rolle in der SPD und wurde 1957 zum Regierenden Bürgermeister von West-Berlin gewählt. Die Bundestagswahl im September 1969 brachte dem früheren Links-Marxisten Willy Brandt schließlich das Kanzleramt.



Egon Bahr (geb. 1922) hat als Insider beste Kenntnisse über die wahren Hintergründe der Deutschlandpolitik. 1972 bis 1974 war er Bundesminister für besondere Aufgaben und von 1974 bis 1976 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.



Der Sozialdemokrat Willy Brandt (1913-1992) war von 1957 bis 1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, von 1966 bis 1969 Bundesaußenminister und Stellvertreter des Bundeskanzlers im Kabinett Kiesinger sowie von 1969 bis 1974 vierter Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Brandt ernannte Egon Bahr, der es trotz seiner jüdischen Großmutter zur Zeit des Dritten Reiches zum Fahnenjunker-Unteroffizier an der Luftkriegsschule VI in Kitzingen gebracht hatte, zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt und zugleich zum Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin. Fraktionsvorsitzender der SPD war der einflußreiche Herbert Wehner, der im Krieg seiner kommunistischen Einstellung wegen in Moskau gelebt hat-

te, wie auch Ulbricht, Pieck und Genossen, die seit 1949 die Regierung der DDR führten. Der Rahmen war nun gesetzt für einen Umschwung in der Ost/West-Politik. Bereits in seiner Regierungserklärung sprach Brandt davon, daß „*zwei Staaten in Deutschland existieren*“, wodurch er sich vorsichtig von der Präambel des Grundgesetzes distanzierte.

Im gleichen Tonfall wurde die Parole bei den SALT-Abrüstungsgesprächen in Helsinki im November 1969 zwischen den USA und der UdSSR formuliert: „*Wir müssen von der Ära der Konfrontation zur Ära der Verständigung kommen.*“ Ging es bei SALT um die Begrenzung der strategischen Nukleardefensivwaffen, so ging es bei den Besprechungen zwischen Egon Bahr und Moskau um die „Anerkennung der Unverletzlichkeit der europäischen Grenzen“, – vor allem die der widerrechtlichen Oder-Neiße Linie.

Das Moskauer Abkommen wurde am 12. August 1970 unter Verletzung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 abgeschlossen, wonach die endgültigen Grenzregelungen einem späteren Friedensvertrag vorbehalten sein sollten.

Am 7. Dezember 1970 unterzeichnete Brandt einen ähnlichen Vertrag mit Polen. Am Denkmal des Unbekannten Soldaten in Warschau legte er einen Kranz nieder und besuchte die Gedenkstätte des Warschauer Ghettos. „*An jenem Tag in Warschau, ein Vierteljahrhundert nach Ende des Krieges, wurde das Problem der allgemein-öffentlichen Reue erweitert um die Dimension des Kniefalls eines Bundeskanzlers vor den Augen der ganzen Welt.*“ So konstatierte es Hellmut Diwald in seinem Werk „Geschichte der Deutschen“.

Obwohl Brandt früher versprochen hatte: „*Wir werden die Oder-Neiße Linie nie anerkennen*“, rief er als Kanzler nunmehr aus: „*Jetzt hat Hitler seinen Krieg endgültig verloren.*“⁷⁵

Brandt bekam für seine Mühewaltung 1971 den Friedens-Nobelpreis, mit Urkunde und DM 300.000, aber der Ratifizierung der Ostverträge wurde

75 Schiebeler, Rolf: „4000 Jahre Geschichte – Das Volksbuch germanisch-deutscher Vergangenheit“, Türmer-Verlag, Leoni am Stamberger See, 1985, S. 575.

im Frühjahr 1972 in Bonn erheblicher Widerstand entgegengesetzt. Trotz der Warnung von Außenminister Gromyko, „...daß die BRD vor der Wahl zwischen Freundschaft oder Feindschaft zur Sowjetunion stehe ...“, brachte der Vorsitzende der CDU, Rainer Barzel, einen Mißtrauensantrag gegen Willy Brandt ein, der von 247 Abgeordnete unterstützt wurde. Für die als sicher geltende absolute Mehrheit aber fehlten zwei Stimmen. Es wurde nie herausgefunden, wer im entscheidenden Moment „umgeschwenkt“ (worden) war.

Nach Neuwahlen wurde Ende 1972 der Grundvertrag zur Regelung der Beziehungen zwischen den zwei „selbständigen Staaten“ BRD und DDR in Bonn wie auch in Ost-Berlin unterschrieben. Getrennt davon überreichte die BRD einen „Brief zur deutschen Einheit“, worin betont wurde, der Grundvertrag widerspreche nicht dem politischen Ziel der BRD, eines Tages *„das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit und Freiheit vollenden zu lassen“*.

Am 18. September 1973 wurden die DDR und die BRD (in dieser Rangordnung) in die Vereinten Nationen aufgenommen, ohne daß die Feindstaatenklausel aufgehoben wurden. Die UN-Feindstaatenklausel bezieht sich auf die Artikel 53, 107 und 77 der Charta der Vereinten Nationen, wonach gegen Feindstaaten des Zweiten Weltkrieges von den Unterzeichnerstaaten Zwangsmaßnahmen ohne besondere Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat verhängt werden könnten, falls die Feindstaaten erneut eine aggressive Politik verfolgen sollten. Dies schließt auch militärische Interventionen mit ein. Als Feindstaaten werden in Artikel 53 jene Staaten definiert, die während des Zweiten Weltkrieges Feind eines aktuellen Unterzeichnerstaates der UN-Charta waren – also primär Deutschland und Japan. Die Feindstaatenklausel wird nach herrschender Meinung heute zwar als obsolet angesehen, aufgehoben wurde sie aber nie. Und daß sich „die herrschende Meinung“ ändern kann bzw. interpretierbar ist, dürfte kein Geheimnis sein.

Was nun weltweit 1973/74 fühlbar wurde, war die Erhöhung der Ölpreise auf das Vierfache. Es wurde zurecht von einer Wirtschaftskrise gesprochen. Da mag es für Willy Brandt gar nicht so schmerzhaft gewesen sein, auf

Grund einer Spionage-Affaire aus der Politik aussteigen zu müssen. Günter Guillaume, Hauptmann der Nationalen Volksarmee, war Jahre davor von der DDR in die BRD übergewechselt und fungierte als persönlicher Referent Brandts. Er wurde vom Verfassungsschutz als östlicher Spion entlarvt und erhielt nach seinem Prozeß eine jahrelange Haftstrafe. Daraufhin trat Willy Brandt im Mai 1974 zurück. Auch Egon Bahr wurde entlassen. Das brachte gleichzeitig die Entscheidung im inneren Machtkampf der SPD, wobei Brandt und Bahr den linken Flügel der Partei vertreten hatten.

12.4. Helmut Schmidt als Bundeskanzler 1974 bis 1982

Das Gewicht verlagerte sich nun auf den rechten Flügel der SPD, denn am 16. 5. 1974 wurde der nicht unbedingt als ein Vertreter von Arbeiterinteressen wirkende Helmut Schmidt zum Bundeskanzler gewählt. 1918 geboren, war er Luftwaffenoffizier im Zweiten Weltkrieg und diente u. a. als Batteriechef in der Ardennen-Offensive. Nach Kriegsende schloß er 1949 sein Studium als Diplomvolkswirt ab. 1953 wurde er militärpolitischer Sprecher der SPD im Bundestag und wandte sich entschieden gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. 1961 bis 1965 war er Innensenator in Hamburg, 1966 bis 1969 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1969 bis 1972 Bundesverteidigungsminister, 1972 bis 1974 Bundesfinanzminister.

Die SPD regierte in Koalition mit der FDP. Außenminister wurde daher der Chef der FDP, Hans-Dietrich Genscher. Wegen der Wirtschaftskrise waren ansteigende Arbeitslosigkeit, Erhaltung der Geldwertstabilität, Sanierung des Rentensystems und Kostendämpfung im Gesundheitswesen zu Problemen geworden, die angegangen werden mußten. Helmut Schmidt setzte Fachwissen und Erfahrung zu deren Lösung ein und war mit seinen Programmen und Initiativen so erfolgreich, daß er selbst im Ausland großes Ansehen gewann. Seine Regierung weitete den Bereich der Unternehmens-Mitbestimmung aus, ein im Ausland unbekanntes Mitspracherecht der Gewerkschaften im Aufsichtsrat der betreffenden Betriebe.

Während seiner Amtszeit mußte er dem RAF-Terrorismus (Höhepunkt: „Deutscher Herbst“ 1977) die Stirn bieten, was er so entschlossen und erfolgreich tat, daß er mit *„rechts-politischen Bedenken konfrontiert“* wurde,

wie es im „Brockhaus“, Ausgabe von 2002, zu lesen steht.

In der Außenpolitik setzte sich Schmidt erfolgreich für die weitere Entspannung des Ost-West-Konfliktes ein. Mit einer klaren Abgrenzung – die Bundesrepublik ist nicht gewillt, der neueste Stern im US-Sternenbanner zu werden – engagierte er sich bei internationalen Konferenzen für die westeuropäischen Interessen, führte aber auch diverse Absprachen und die Zusammenarbeit mit Osteuropa weiter, besonders mit dem „Bruderstaat“, der DDR. So kamen Schmidt und Honecker u. a. überein, den teils zerstörten Teltowkanal schnellstens wieder betriebsfähig zu machen, was die Kohlelieferungen Polens aus Oberschlesien wesentlich verbilligte. Auch eine Autobahn Berlin-Hamburg wurde geplant.

Im Herbst 1982 kam es über wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen zum Bruch der Koalition. Die FDP-Fraktion schied aus, um der schon in den Kulissen wartenden

CDU weiter als Zünglein an der Waage, mit Genscher als Außenminister, dienen zu können. Am 1. 10. 1982 wurde Helmut Schmidt als (bisher einziger) Bundeskanzler im Rahmen eines konstruktiven Mißtrauensvotums vom Deutschen Bundestag abgelöst und der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl zu seinem Nachfolger gewählt. Eigentlich hätte man die Wahl von Franz Josef Strauß erwartet, dem CDU/CSU-Kanzlerkandidat 1980.



Der SPD-Politiker Helmut Schmidt (23. Dezember 1918 in Hamburg), von 1941 bis 1942 Luftwaffenoffizier an der Ostfront, bis 1944 Referent für Ausbildungsvorschriften der leichten Flakartillerie im Reichsluftfahrtministerium in Berlin und in Bernau, danach an der Westfront Batteriechef einer Flak-Einheit, war von 1974 bis 1982 der fünfte BRD-Bundeskanzler. In jüngster Zeit fällt er durch längst fällige kritische Kommentare zur Überfremdung unseres Landes auf.*

Ob der scheidende Kanzler das Warum und Weshalb durchschaut hatte? 1993 schrieb er sein Buch „Handeln für Deutschland“, aus diesem stammt die Erkenntnis des Ex-Bundeskanzlers: *„Sie haben unsere Geschichte in ein Verbrecheralbum verfälscht.“*

Mit Helmut Schmidt verlassen wir zunächst die Bühne der politischen Nachkriegsentwicklung in Deutschland, die von der Choreographie anderer großer Mächte abhängig war und noch immer ist.

13. Die Außenpolitik der USA seit 1921

13.1. Grundlagen der US-Außenpolitik

Die folgenden Auszüge aus dem Artikel „Foreign Policy“ (dt., Außenpolitik) von John T. Rourke aus der „Grolier Multimedia Encyclopedia 1998“ dürften zum besseren Verständnis der US-amerikanischen und der globalen Politik der US-Regierungen beitragen. Andererseits konterkarieren sie geradezu die gegen deutsche Interessen gerichtete Politik der Bonner und jetzt Berliner Regierungen.

„Ziele der Außenpolitik: Die internationalen Ziele, die ein Land versucht zu erreichen, umfassen sowohl die ganz speziellen, wie z. B. Bereinigung von Grenzdisputen, wie auch die allgemeinen: den Einfluß eines Landes zu vergrößern. In einem internationalen System von souveränen, oft konkurrierenden Ländern werden die Ziele der Außenpolitik meistens von Eigeninteressen diktiert. Seltener sind es gemeinsame Ziele von verschiedenen Staaten (Verbündeten-Verhalten) ...

Verwirklichung der Außenpolitik: Länder haben eine Vielfalt von Mitteln, mit denen sie versuchen können, die Ziele ihrer Außenpolitik zu erreichen. Diese schließen militärische Mittel ein, Mittel des Eindringens und der Einmischung



Das Große Siegel der Vereinigten Staaten ist das offizielle Dienstsiegel und Hoheitszeichen der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Vorderseite des Siegels zeigt den Weißkopfeadler, während die Rückseite in original freimaurerischer Symbolik das Auge der Vorsehung, eine „vom Profanen abgehobene“ Pyramidenspitze, zeigt.

und das Mittel der Diplomatie. Der Grad, zu welchem jedes dieser Mittel eingesetzt werden kann, richtet sich nach der Stärke des Landes, die dadurch bestimmt wird, in wieweit es ein anderes Land zwingen oder überzeugen kann, in einer gewünschten Art und Weise zu handeln ...

Das militärische Mittel beruht auf der stillschweigenden oder offenen Drohung, Gewalt anzuwenden, oder auf der tatsächlichen Anwendung von Gewalt. Der Besitz militärischer Macht ist auch aus dem Grund wirkungsvoll, weil er den Ruf eines Landes steigert und seinen Einfluß erhöht ... Grenzüberfälle sind heute ein weniger akzeptables Verhalten, obwohl einige den Gebrauch begrenzter Gewalt rechtfertigen, besonders innerhalb anerkannter Einflusssphären einer Großmacht (z. B. das Eindringen der USA in Panama 1989; d. A.) ...

Das Eindringen und Einmischen zielt darauf ab, die innenpolitische Situation und Handlungsweise des anderen Landes zu manipulieren. Das kann durch Methoden wie Propaganda, militärische Unterstützung von Andersdenkenden, Wahlhilfe für politische Führer, Sabotage und Terrorismus erreicht werden.

Das ökonomische Mittel kann entweder durch Belohnung – wie Auslandshilfe – oder Bestrafung – wie Handelsbeschränkungen und andere Arten von Sanktionen – angewandt werden. Die Verhängung ökonomischer Sanktionen ist häufiger geworden, seit die Länder der Welt wirtschaftlich mehr voneinander abhängig (gemacht) wurden ...

Das diplomatische Mittel besteht in der Kontaktaufnahme mit einem anderen Land. Die Methoden dazu sind direkte Verhandlungen zwischen den Regierungen und das Vorbringen des Falles vor den Sitz einer internationalen Organisation wie z. B. die UN ...

Eine andere diplomatische Methode ist das Signalisieren. Das heißt, Dinge öffentlich oder durch Vermittler zu tun oder zu sagen, die für eine andere Regierung als Botschaft gemeint sind. Öffentlich die Unterstützung eines Verbündeten in einer Krise zu versprechen, ist als Signal für einen eventuellen Angreifer gemeint ...“

Am Beginn dieses Artikels steht: „Länder sind nicht die einzigen Akteure der internationalen Politik; mehr und mehr erweitert sich die Außenpolitik eines

Landes über die Beziehungen zu anderen Ländern hinaus, um Wechselwirkungen mit anderen internationalen Akteuren einzubeziehen. Dies sind internationale Regierungsorganisationen (global: die Vereinten Nationen, regional: die Europäische Union), multinationale Corporationen, regionale Organisationen und internationale regierungsunabhängige Organisationen ...“

13.2. Organisationen/Verbände

Seit 1921 besteht der bereits erwähnte Council on Foreign Relations (CFR) – Rat für ausländische Beziehungen – , offiziell gegründet von David Rockefeller mit Sitz in New York. Er knüpft an die Ideen des englischen Finanziers Cecil Rhodes an und zählt etwa 3.000 ausschließlich US-amerikanische Staatsbürger zu seinen Mitgliedern, die in führenden Stellungen der Finanzwelt, der Industrie und des Handels, der Medien und der beiden Parteien (Republikaer, Demokraten) tätig sind. Seminare und Sitzungen werden regelmäßig abgehalten. Je nach Wichtigkeit sind sie streng vertraulich und werden nicht protokolliert. Das *Foreign Affairs Magazine* erscheint vierteljährlich.

Weniger bekannt ist die Bilderberg-Gruppe, nach dem Hotel in Holland genannt, in dem man 1954 zum erstenmal unter dem Vorsitz von Prinz Bernhard der Niederlande tagte. Auch sie wurde von David Rockefeller gegründet. Die mehreren Hundert Mitglieder, die sich aus einflußreichen Eliten (analog denen des CFR) Nordamerikas (USA und Kanada) und westeuropäischer NATO-Länder zusam-



Der einflußreiche US-amerikanische Bankier und Staatsmann David Rockefeller sen. (geb. 1915) führte von 1960 bis 1981 die Chase Manhattan Bank. Rockefeller ist Mitbegründer der Trilateralen Kommission und regelmäßiger Teilnehmer an den Bilderberg-Konferenzen. Einfluß auf die Weltpolitik nahm er auch durch den Council on Foreign Relations, dessen Präsident er ab 1975 war.

mensetzen, treffen sich regelmäßig, meist alljährlich, unter abschirmender Geheimhaltung, an stets wechselnden Orten. Seit dem Zusammenbruch der UdSSR nehmen auch Beobachter aus Rußland und dem ehemaligen Ostblock teil. Nach *CODE* (4/1991) sind das Rockefeller-Imperium und das führende europäische Bankhaus Rothschild die Kommissionäre der Bilderberg-Gruppe.

David Rockefeller, internationaler Bankier und u. a. Vorsitzender der Chase Manhattan Bank, gründete 1973 noch ein weiteres Absprache-Gremium, das der Trilateralen Kommission, das neben Nordamerika und Westeuropa auch Japan miteinschließt. Die mehr als 300 Mitglieder setzen sich aus führenden Vertretern von Regierung, Wirtschaft und Wissenschaft zusammen, die sich jährlich treffen, um Anliegen von allgemeinem Interesse zu diskutieren.

Die Idee stammt von Zbigniew Brzeziński, dem aus Warschau gebürtigen Professor des 1962 von ihm gegründetem Forschungsinstitutes für kommunistische Angelegenheiten, später umbenannt in Forschungsinstitut für internationalen Wandel an der Columbia-Universität. In seinem Buch „Between Two Ages“ (dt., „Zwischen zwei Zeitaltern“) schreibt Zbigniew Brzeziński, daß sich die internationale Oberklasse zusammmentun müsse, um ihre Interessen wahrzunehmen und in den entwickelten Ländern dafür zu sorgen, daß politische Führer an die Macht kommen, die gewährleisten, daß die weltweiten Finanzinteressen der internationalen Elite vorrangig vor denen der „hoi poloi“ (dt., „des gemeinen Volkes“) geschützt werden.⁷⁶

Die Trilaterale Kommission publiziert Auslassungen zu Themenbereichen wie Friedenserhaltung, internationale Umvolkung, Gebietsfestlegungen, Waffenkontrolle, Nord-Süd-Verbindungen, internationales Wirtschaftsmanagement, Welthandel, Geldsysteme, Schulden und Dritte Welt, Kraftstoff, Welt-Gebrauchsgüter, Landwirtschafts-Politik, Unterernährung und Umwelteinflüsse.⁷⁷

⁷⁶ Magazin *CODE*.

⁷⁷ Grolier Multimedia Encyclopedia 1998, 10th ed., New York.

13.3. Die Regierung Jimmy Carters 1971 bis 1981

Um der Kommission ein regionales Gleichgewicht zu verleihen, bat Rockefeller den damals noch völlig unbekanntem Gouverneur von Georgia, Jimmy Carter, der Kommission beizutreten. Auf der Jahrestagung der Trilateralen im Mai 1975 stellte dann Brzeziński der Kommission Jimmy Carter als idealen Präsidentschaftskandidaten vor.



Zur Wahlkampagne für Carter wurden – laut Mitteilungen des ehemaligen US-Senators Barry Goldwater – mobilisiert: die Geldmacht der Wallstreet ebenso wie die Mitglieder des CFR und der Trilateralen Kommission, einschließlich der Kontrolleure der Medien. Auch das US-amerikanische Wahlsystem begünstigte Jimmy Carters Wahl zum 39. Präsidenten der USA. Mit 48 % der Stimmen hatte er 23 Staaten und den District of Columbia gewonnen, gegenüber den 27 Staaten, die für den bisherigen Präsidenten Gerald Ford gestimmt hatten. Zbigniew Brzeziński, bis dahin Direktor der Trilateralen, wurde Nationaler Sicherheitsberater in der Carter-Administration, in der er einen starken Einfluß geltend machen konnte.

Carter kam ohne Erfahrung nach Washington, in ein ihm fremdes Mi-

James Earl „Jimmy“ Carter Jr. (1. Oktober 1924 in Plains, Georgia) war als Demokrat zwischen 1977 und 1981 der 39. Präsident der USA. Carter kritisierte 2004 George W. Bush und Tony Blair, die den Dritten Golfkrieg fundiert auf „Lügen und Fehlinterpretationen“ begonnen und damit „amerikanische“ bzw. „westliche Werte geopfert“ hätten. In seinem neuesten Buch „Palestine: Peace, Not Apartheid“ wirft er Israel die Hauptschuld für den ungelösten Palästinakonflikt vor. Während er die Vorgehensweise Israels als unmenschlich und völkerrechtswidrig brandmarkt, beschuldigt er sein eigenes Land der unkritischen Parteinahme für die Interessen Israels. – Die US-Israel-Lobby reagierte „empört“.*

lieu. Er gehörte zu den Wiedergeborenen Fundamentalisten und bekannte auch in der Öffentlichkeit seine tiefe Religiosität. Dabei war er von außerordentlichem Ehrgeiz und Selbstbewußtsein erfüllt. Sein breites, warmes Lächeln stand im Gegensatz zu seiner spröden Geradlinigkeit im Privaten und einem harten, fordernden Benehmen seinem Stab gegenüber. Er setzte sich für die Menschenrechte und eine offene Außenpolitik ein, was teilweise diplomatische Probleme zur Folge hatte, besonders bezüglich der Sowjetunion.

Seine substantiellen Versuche, eine neue nationale Energie-Bewirtschaftung in die Wege zu leiten, wurden vom US-Kongreß ebenso unterlaufen wie ein Plan zur Reform des Wohlfahrtssystems. Ein weitreichender Plan zur Überarbeitung des Einkommensteuer-Systems wurde zugunsten von mehr populären Steuersenkungen beiseite geschoben. – Soweit zu der nicht sehr erfolgreiche Innenpolitik Carters.

Außenpolitisch kam zunächst 1978 in Camp David das Abkommen zwischen Ägypten und Israel zustande, wonach die seit 1973 von Israel besetzte Sinai-Halbinsel an Ägypten zurückgegeben wurde.

Im Februar 1979 wurde die Cartersche Ära der „Entspannungspolitik“ durch die islamische Revolution im Iran und die Machtübernahme Ajatollah Chomeinis schwer erschüttert. Die USA reagierten mit Sanktionen, worauf im November iranische Studenten 66 Angestellte der US-Botschaft in Teheran in Geiselnahme nahmen. Ihre Freilassung konnte erst Ende 1980 ausgehandelt werden.

Im Dezember 1979 marschierten sowjetische Truppen in Afghanistan ein. Eine Gefährdung der strategisch wichtigen Golfregion konnten und wollten die USA nicht zulassen. Sicherheitsberater Brzezinski vertrat erneut eine härtere, die militärische Macht bevorzugende Linie. Daher stoppte Carter die Ratifizierung von SALT II durch den US-Senat und setzte die geheime Direktive PD 59 in Kraft, wonach die USA zur Führung eines erfolgreichen Atomkrieges fähig sein mußten. Wirtschaftliche und kulturelle Boykottmaßnahmen gegen Moskau untermauerte er mit der Erklärung, die USA würden militärisch eingreifen, falls eine ausländische Macht versuchen

sollte, die Ölausfuhr vom Persischen Golf abzuschneiden. Diese „Carterdoktrin“ führte umgehend zur Aufstellung einer Spezialeinheit, die für den Wüstenkrieg trainiert wurde.

Um den Sowjets in Afghanistan ein eigenes „Vietnam“ zu bereiten, lieferte die CIA über Pakistan moderne Waffen an die aufständischen Afghanen.⁷⁸

13.4. Die Präsidentschaft Ronald Reagans 1981 bis 1989

Im Laufe des 1. Golfkrieges (1980-1988) fügten sich der Irak und der Iran schwere Verluste zu, während sich die USA abwartend verhielten und sich nur mit Waffenlieferungen (an beide Seiten) beteiligten.

Ende 1980 wurde Ronald Reagan als 40. Präsident der USA mit deutlicher Mehrheit gewählt. Trotz seines Alters (69) und seiner Vergangenheit als Radioreporter und Filmschauspieler war er durch seine Reputation als Gouverneur von Kalifornien (1967-1975), seine zuversichtlichen, pro-amerikanischen Vorstellungen und sein Charisma erfolgreich. Sein politisches Programm, von konservativen Ratgebern auf der von Brzeziński vorgezeichneten Linie ausgearbeitet, erstrebte die Festigung der internationalen Führungsposition der USA im wirtschaftlichen und militärischen Bereich sowie die Stärkung des Selbstbewußtseins der US-amerikanischen Bevölkerung.

Durch Einsparungen im Sozialbereich, Steuersenkungen für höhere Steuerklassen und Lockerung der Handelsregulationen sollte die Wirtschaft neu belebt werden („Reagonomics“). Umfragen ergaben jedoch, daß man glaubte, die Steuersenkungen seien nur den Reichen von Nutzen gewesen.⁷⁹ Die von Reagan mit großem Aufwand angekündigte Anti-Drogenkampagne blieb wegen fehlender Finanzmittel unwirksam.

Außenpolitisch verfolgte Reagan die Politik des „active containment“, des „energischen In-den-Grenzenhaltens“ gegenüber der UdSSR, die von ihm als das „Reich des Bösen“ verteufelt wurde. Der Rüstungsetat wurde um

78 Brockhaus-Enzyklopädie in 30 Bänden.

79 Grolier Interactive Inc., New York.



Der polnisch-amerikanische Politikwissenschaftler Zbigniew Kazimierz Brzezinski (geb. 1928 in Warschau) gilt neben Henry Kissinger als graue Eminenz unter den US-amerikanischen Globalstrategen. Von 1977 bis 1981 war er Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter. Heute ist er Professor für US-amerikanische Außenpolitik an der School of Advanced International Studies (SAIS) der Johns Hopkins University und Berater am „Zentrum für Strategische und Internationale Studien“ (CSIS) in Washington, D.C.

der sich bereits auf Heimatkurs außerhalb der zum Kriegsgebiet erklärten Sperrzone befand.

1982 bis 1984 wurde die israelische Invasion des Libanons von den USA mit Marinetruppen und Bomben unterstützt. Die Zerstörung von Beirut und das von den christlichen libanesischen Phalange-Milizen zwischen dem 16. und 18. September 1982 in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila an den Palästinensern verübte Massaker wurden nicht verhindert.

40 % auf etwa 300 Millionen Dollar pro Jahr erhöht. Ab 1983 wurden Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II und Marschflugkörper auf europäischem Boden stationiert. Ebenfalls 1983 kündigte Reagan die Strategische Verteidigungsinitiative SDI („Star Wars“) an, die ein weltraumgestütztes Raketenabwehrsystem vorsah, mit dem die USA einen atomaren Erstschlag verhindern zu können glaubten.

Militäraktionen gegen „unfreundliche“ Länder dienten auch in den Jahren der Reagan-Regierung zur Festigung und Erweiterung der eigenen Macht: 1982 besetzte Argentinien die von den Engländern 1833 vereinnahmten Falklandinseln, nachdem die seit 1966 (!) mit UN-Wissen geführten Verhandlungen kein Ergebnis brachten. England, von den USA gestützt (Thatcher/Haig), setzte einen großen Flottenverband in Bewegung und „eroberte“ nach heftigen Kämpfen die Inseln zurück. Unvergessen bleibt die widerrechtliche Versenkung des argentinischen Kreuzers „Belgrano“ (mitsamt seiner Besatzung),

1983 besetzte eine US-Sondereinheit die Insel Grenada in der Karibik, um die „unamerikanische“ Regierung zu stürzen.

1984 bis 1986 liefen diverse CIA-Geheimoperationen in Mittelamerika ab. Gelder aus Waffenlieferungen an den Iran (!) wurden zur Hilfe an die antisandinistischen Contras umgeleitet, die von Honduras aus vergeblich versuchten, die FSLN unter Daniel Ortega in Nicaragua zu stürzen, was mindestens 20.000 Menschen das Leben kostete. 1987 unterzeichnete Nicaragua einen Friedensplan mit Costa Rica, Guatemala, Honduras und El Salvador; die Contras wurden aufgelöst.

1986 wurde Libyen angegriffen, mit dem Ziel, Muammar al-Gaddafi zu stürzen, der seit 1981 zum schlimmsten Feind der USA erklärt worden war. Im März wurden von der US-Kriegsmarine zwei libysche Schiffe versenkt, und im April folgten Bombardements auf Tripolis und Bengasi, wobei 229 Zivilisten getötet oder verletzt wurden. Ganz Europa war empört.

1987/88 erfolgte ein Einsatz der US-Kriegsmarine und von US-Bombern auf Seiten des Iraks gegen den Iran.

Dennoch endete Reagans Regierungszeit mit einer positiven Note. In seiner Abschiedsansprache konnte er mit Recht das Ende des Kalten Krieges auf sein Konto verbuchen. Dies war zugleich seinem Kontrahenten im Kreml, Michail Gorbatschow (1985-1991), der für Glasnost (dt., Offenheit) und Perestroika (dt., Umgestaltung) stand, zu verdanken. Durch das im Dezember 1987 in Washington unterzeichnete Waffen-Kontroll-Abkommen wurden u. a. die Mittelstrecken-Raketen in Europa eliminiert.

13.5. Die Amtszeit George Bushs sen. 1989 bis 1993

Ende 1988 wurde George Bush zum 41. Präsidenten der USA gewählt. Geboren 1924, 1944 als seinerzeit jüngster Bomberpilot über dem Pazifik abgeschossen, wurde er bis 1964 durch seine Tätigkeit in der Ölindustrie zum zweifachen Millionär. Später wirkte er für die Republikaner, zunächst unter Nixon, dann unter Ford – 1975/76 war er Chef des CIA – und schließlich unter Reagan als Vizepräsident.

Nach vorausgehendem Bombardement landeten am 20. Dezember 1989 25.000 US-Soldaten in Panama, um den „Diktator“ Manuel Noriega, einen früheren CIA-Mitarbeiter, der nun angeblich in den Drogenhandel verwickelt war, abzusetzen und das Land zu „befrieden“. Anlaß gegeben hatte der Tod eines US-Amerikaners, die Verwundung eines anderen und die Bedrohung von zwei weiteren. (Man vergleiche dazu die Lage der von den Polen maltratierten Volksdeutschen vor dem 1. September 1939!)

Die Verlustzahlen der Amerikaner betragen 25 oder 26, die der Panamaer lagen zwischen 600 und 6.000. *„Die Welt muß nun gewahr sein,“* sagte Präsident Bush, *„daß sich die Vereinigten Staaten nicht scheuen, Gewalt anzuwenden, wenn es um den Schutz amerikanischen Lebens, Rechtes und Eigentums geht.“*

1991 wurde der 2. Golfkrieg etwas anders in Szene gesetzt. Der bisherige „Verbündete“ gegen den Iran, Saddam Hussein, wurde zum „bittersten Feind der Weltgemeinschaft“ gestempelt. Die Kontroverse begann im Juli 1990, als der Irak das Nachbarland Kuwait – ehemals ein Teil des Iraks – beschuldigte, Öl widerrechtlich von den Rumelia-Feldern abzuzweigen und die OPEC-Exportquote zu überschreiten. Die US-Botschafterin April Glaspie versicherte daraufhin dem irakischen Präsidenten, daß *„ihre Regierung keine Meinung zu den innerarabischen Konflikten habe“*, wobei sie den Streit um Kuwait ausdrücklich erwähnte.

Danach erst besetzten am 2. August 1990 irakische Truppen Kuwait. Den geflohenen Emir ersetzte Bagdad durch eine Regierung „freier kuwaitischer Bürger“. Am 29. 8. wurde Kuwait zur 19. Provinz des Iraks erklärt. Am 6. August 1990 verhängte der UN-Sicherheitsrat ein vollständiges Handelsembargo gegen den Irak. Doch ohne dessen Wirkungen abzuwarten und Verhandlungen ausweichend, bereiteten die USA einen militärischen Schlag vor. Bis Ende Oktober hatten sie 230.000 Soldaten im Nahen Osten konzentriert. Zugleich versicherten sie sich internationalen Beistandes. Der Anti-Irak-Allianz, die sie schufen, gehörten schließlich 30 Staaten an, darunter auch arabische.

Man erinnert sich noch der regen Tätigkeit des US-amerikanischen Außenministers James A. Baker, der das politische „arm-twisting“ (dt., Zusage)

und Versprechungen materieller Art gegenüber den UN- und NATO-Partnern sowie den Anrainer-Staaten um den Golf für ein Engagement auf der Seite der USA) erfolgreich zum Abschluß brachte. Nach Ramsay Clark (siehe unten) flossen u. a. sieben Milliarden US-\$ an die UdSSR. Gegenüber Ägypten wurde ein Schuldenerlaß in gleicher Höhe ausgesprochen.

In seinem 1992 erschienenen Buch „The Fire This Time“ (dt., „Dieses Mal das Feuer“) schrieb Ramsey Clark, der von 1967 bis 1969 Justizminister der USA gewesen war und später in Vietnam und im Iran friedliche Lösungen anstrebte: *„Der Golfkrieg wurde nicht begonnen, um Kuwait zu schützen, sondern um die Macht der USA über diese Region und deren Öl zu erringen.“* Im „Brockhaus“ (Ausgabe von 2002) kann man dazu nachlesen: *„Dank günstiger geologischer Voraussetzungen befinden sich im Bereich des Persischen Golfs die derzeit bedeutendsten Erdöllager der Welt: 13 der insgesamt 15 Erdölfelder mit je mehr als 1,5 Mrd. Tonnen sicheren Reserven liegen hier.“*

US-Präsident Bush dilettierte in seiner Ansprache vor dem US-amerikanischen Kongreß am 11. September (!) 1990 als Geschichtsphilosoph und stellte fest: *„Eine neue Partnerschaft von Nationen hat begonnen ... eine neue Weltordnung ... stärker in der Verfolgung von Gerechtigkeit und sicherer auf der Suche nach Frieden ... einhundert Generationen haben nach diesem schwer erkennbaren Weg zum Frieden gesucht ... wo die Regel der Gesetzmäßigkeit die des Dschungels ersetzt. Eine Welt, in der Nationen die gemeinsame Verantwortung erkennen ... und ... die Starken die Rechte der Schwachen respektieren.“*⁸⁰

Zum Vergleich dazu zitieren wir die weitaus ehrlicheren Worte des Unterstaatssekretärs im britischen Luftfahrtministerium, Spaight, aus seinem Buch „Bombing Vindicated“, S. 142: *„Die Enteigneten bleiben die Enteigneten, wenn das letzte Wort gesprochen ist. Da ist in der Tat keine Zukunft für einen Angriffskrieg (seitens der Enteigneten; d. A.).“*⁸¹

Das Angebot des Iraks vom 23. August, Kuwait zu räumen, wenn ihm die beiden Sandinseln zumindestens verpachtet werden würden und die Kuwai-

80 *The Plain Truth*, (dt., Die reine Wahrheit), März 1991.

81 Siehe auch Anhang C!

tis aufhörten, das Rumelia-Ölfeld widerrechtlich schräg anzubohren, wurde von Bush nicht erwähnt. Auch nicht die irakische Versicherung, daß man nie vorgehabt hatte, Saudi-Arabien anzugreifen, was später durch Luftaufnahmen bestätigt wurde, die keine irakischen Truppen-Ansammlungen an der Grenze zu Saudi-Arabien zeigten.

Die Bevölkerung in weiten Teilen der Welt, einschließlich der US-Amerikaner, wollte keinen bewaffneten Konflikt, weshalb viele Versammlungen und Demonstrationen unter dem Motto „Kein Blut für Öl!“ stattfanden.

Um einen Stimmungsumschwung zu erreichen, servierte man eine abgeschmackte Lügengeschichte. Am 10. Oktober 1990 gab Nayirah, ein 15-jähriges, zartes Mädchen, in eine Art Schwesterntracht gekleidet, vor dem US-Kongreß mit tränenerstickter Stimme an, daß sie in einem Krankenhaus in Kuwait erlebt habe, wie irakische Soldaten Säuglinge aus den Brutkästen gerissen und mit Wucht auf die Straße geworfen hätten. „*Mit meinen eigenen Augen habe ich die toten kleinen Würmer gesehen*“, stammelte sie.

Das war natürlich unerhört! Diese Aussage wurde weltweit verbreitet und half, die Kriegsstimmung in den USA und anderswo anzuheizen. Es dauerte mehr als ein Jahr, bis die US-Amerikaner und die Welt herausfanden, daß die angebliche Säuglingsschwester nie in einem Krankenhaus gearbeitet, sondern als Tochter des kuwaitischen Botschafters, Saud Nasir al-Sabah, mit zur herrschenden Familie Kuwaits gehörte und schon längere Zeit in Washington gelebt hatte. Die ganze Geschichte wurde später von der Krankenhausverwaltung aufgeklärt. Die im Fernsehen gezeigten Kinderleichen waren schon einige Zeit vor dem Einmarsch irakischer Truppen tot; es handelte sich um Totgeburten oder ganz normale Todesfälle.

Mit der Überschrift „Der Golfkrieg – Glanzzeiten für die amerikanische Rüstungsindustrie“ erschien in der *Badischen Zeitung* vom 24. Januar 1991 eine Notiz aus Washington, daß der Golfkrieg den US-Rüstungsfabrikanten die willkommene Gelegenheit verschaffe, eine ganze Reihe neuer Waffensysteme zum ersten Mal im Ernstfall zu testen. Das System MIM-104 Patriot – ein bodengestütztes Mittelstrecken-Flugabwehrraketen-System zur

Abwehr von Flugzeugen, Marschflugkörpern und taktischen ballistischen Mittelstreckenraketen –, die BGM-109 „Tomahawk“. ein militärischer Marschflugkörper, die Radar-Ausweichfähigkeiten des F-117 Bombers, die Nachtkampfausrüstung der Infanterie und der M 1-„Abrams“-Panzer waren bisher nur im Manöver erprobt worden. Die im Ernstfall gesammelten Erfahrungen dürften allein schon genügen, um den Golfkrieg für die US-amerikanische Rüstungsindustrie lohnend zu machen; der Verkauf neu entwickelter Waffen werde einen großen Aufschwung nehmen, so die *Badische Zeitung* weiter. „Seit 1985/86, als der Reagan-Rüstungsboom seinen Höhepunkt überschritt, sind in der US-Rüstungsindustrie Zehntausende von Arbeitsplätzen verlorengegangen. Als plötzlich weltweit Friede wurde (Gorbatschow-Ära; d. A.), sah es für diese Industrie mit ihren ca. 250.000 Betrieben, die jährlich über 120 Milliarden Dollar umsetzen, schlecht aus. Die Aktien der wichtigsten Konzerne fielen zwischen Mitte 1989 und Sommer 1990 um ca. 23 Prozent.“

Das war also einer der Gründe für den offenen Griff Washingtons nach dem Persischen Golf; jedenfalls waren die Pläne dafür schon ausgearbeitet, bevor der Irak in Kuwait einmarschierte. Am 16./17. Januar 1991 begann die „Operation Wüstensturm“ gegen den Irak mit gnadenlosen Luftangriffen auf das Land, dessen Infrastruktur man „bis in die Steinzeit zurückbomben“ wollte. Zu Beginn jeder Nachrichtenschau rauschten schwere Bomber mit fürchterlichem Geheul über die Bildschirme. Man fühlte Mitleid und Trauer für das Land und die Menschen, denen diese Vernichtungswellen galten, die 40 Tage lang mit über 100.000 Einsätzen auf sie niedergingen. Bilder von den Zerstörungen und schweren Schäden im militärischen und zivilen Bereich wurden im Fernsehen nicht gezeigt.

Einem Artikel aus *Code* (4/1991) zufolge sollen auch israelische Jagdflugzeuge mit falschen oder keinerlei Markierungen eingesetzt worden sein, speziell um Saddam Hussein und andere hohe irakische Führer aufzuspüren und mit „smart bombs“ (dt., Bomben, die ihr Ziel nicht verfehlen) zu „erledigen“.

So wurde Tikrit im nördlichen Irak, der Geburtsort Saddams, durch einen Luftangriff völlig ausgelöscht, wobei mehr als die Hälfte seiner 24.000 Einwohner ums Leben kam. Die in Amman, der Hauptstadt Jordaniens,

erscheinende Zeitung *Opinion* schreibt von Angriffen auf die antike Stadt Ninive, ebenso wie auf Mosul und Kirkuk, mit schweren Verlusten an Menschen und an unersetzlichen Kulturgütern. Auch über die Zerstörung der Kathedrale des Heiligen Thomas in Ninive wurde berichtet, die – im ersten Jahrhundert erbaut – als die älteste christliche Kirche der Welt galt.

Der ägyptische Journalist Anwar Halimi berichtet von der Altstadt Bagdads, die mitsamt ihren traditionellen Gebäuden sowie den Wohnungen und bescheidenen Besitztümern von mehr als 100.000 Irakern in Trümmer gelegt wurde. *„Die mutwillige Bombardierung der irakischen Zivilbevölkerung und die Vernichtung kostbarer Kulturschätze wäre ein schwerwiegender Anklagepunkt in einem Kriegsverbrecherprozess“*, schreibt die Zeitung abschließend.

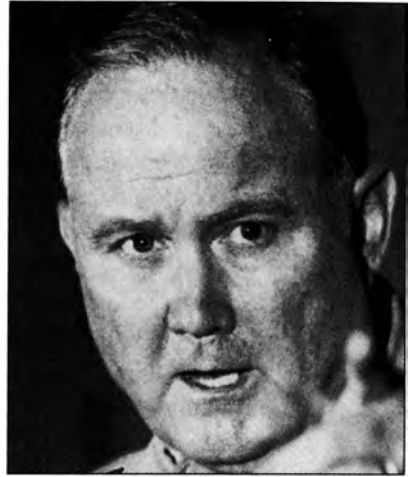
Das jordanische Rote Kreuz verlautbarte gegen Ende des Krieges, daß mindestens 113.000 tote Zivilisten zu beklagen seien, deren Zahl sich aber noch erhöht haben dürfte.

Am 24. Februar begann die alliierte Bodenoffensive. Die US-Amerikaner hatten ihre Truppen nun in Oman, Katar, Bahrain, in den Vereinigten Arabischen Emiraten und in Israel stationiert. Mit Hunderten von Kampfpanzern drangen sie von dort nach Kuwait vor, während sie gleichzeitig vom Westen her den Kessel um die irakischen Verbände schlossen. Die Alliierten stießen kaum auf Gegenwehr.

Saddam hatte die 80.000 Mann zählende republikanische Garde, die über T 72-Panzer verfügte, in rückwärtige Stellungen verlegt, seine moderne Luftwaffe war bereits am Anfang des Konflikts in den Iran geflogen worden. Der Irak akzeptierte nach nur 100 Stunden Kampf bedingungslos die einschneidenden „Friedensbedingungen“.

Aber wie hat sich die letzte Phase des Krieges abgespielt, die unter totaler Nachrichtensperre lag? Das Gros der irakischen Truppen befand sich befehlsgemäß auf dem Rückzug aus Kuwait, dabei Panzer und Waffen hinter sich lassend. Dann wurden die sich auf dem Rückzug befindlichen Truppen aus der Luft liquidiert, ein Mord an ca. 200.000 unbewaffneten Soldaten. – War das kein Massenmord? General Norman Schwarzkopf, von 1988 bis

1991 Kommandeur des United States Central Command und Leiter der Koalitionstruppen im 2. Golfkrieg, wurde in einem Presseinterview nach der Zahl der Toten befragt. Seine Antwort lautete: „*Wie soll ich das wissen?*“ Auf weiteres Drängen wandte er sich zur Seite, eine Hand vors Gesicht haltend: „*Da waren viele Tote, unheimlich viele Tote.*“



Zahlen – was kann man glauben, was kann man wissen? So hieß es, daß 300 alliierte Soldaten gefallen seien. Am 11. November 2002 schrieb die *American Free Press* dann, daß von den damals eingesetzten 697.000 Soldaten ca. 40.000 gefallen seien und daß etwa 400.000 unter verschiedenen Krankheiten leiden, die dem sogenannten Gulf-War-Syndrom zuzuordnen sind.

„Golf-Kriegs-Syndrom“ ist ein Sammelbegriff für schwere Gesundheitsschädigungen, einschließlich Krebs, die die beim Wüstensturm eingesetzten Soldaten erlitten haben und die erblich weitergegeben werden können. Man vermutet, daß irakische Chemikalien u. ä. durch amerikanische Zerstörungen freigesetzt worden sind.

Ein treuer militärischer Ausführungsgehilfe US-israelischer Interessen: der Ex-General der US Army Herbert Norman Schwarzkopf junior („Stormin’ Norman“; geb. am 22. August 1934 in Trenton, New Jersey). Schwarzkopf war von 1988 bis 1991 Kommandeur des United States Central Command und Leiter der Koalitionstruppen im Zweiten Golfkrieg.

Weit mehr begründet ist die Annahme, daß die Verwendung von DU-Munition (DU = depleted uranium; dt., abgereichertes Uran) durch die US-Streitkräfte diese Bumerang-Reaktion ausgelöst hat. DU wurde weitgehend verwendet und hat radioaktive Rückstände hinterlassen, die für die Umwelt und die Gesundheit – vor allem auch die der Kinder – schädlich waren

und sind. Zwischen August 1990 und August 1997 starben 1,2 Millionen irakische Kinder auf Grund dieser Umweltschäden und der harschen Sanktionen, unter denen der Irak zu leiden hatte. Nach Meinung der ehemaligen US-Außenministerin Madeleine Albright – sie wurde 1937 als Tochter des jüdischen tschecho-slowakischen Diplomaten Josef Korbel in Prag als Marie Jana Korbelová geboren – ist das allerdings ein Preis, den man eben bezahlen müsse.

Diesen „Preis“ haben jedoch nicht die USA und ihre herrschenden Eliten bezahlt. Man kann im Gegenteil davon ausgehen, daß diese Kreise einen großen Reibach aus dem Leid anderer gemacht haben. Der Grolier-Enzyklopädie entnehmen wir: *„Die USA unternahmen den ungewöhnlichen Schritt, Länder um deren finanzielle Hilfe zur Aufbringung der Kriegskosten anzugehen. Es wurden mehr als \$ 53 Milliarden zugesagt und bezahlt. Saudi-Arabien und Kuwait waren die großzügigsten Geldgeber.“*

Und im „Brockhaus“ (Erscheinungsjahr 2002) heißt es: *„Deutschland und Japan unterstützten die USA mit einer Beteiligung an den Kriegskosten in Höhe von \$ 60 Milliarden.“*

14. Auf dem Weg zur Globalisierung

Wie hatte sich in Deutschland seit 1982 die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung gestaltet? – Wie schon früher erwähnt, war es nicht Franz Josef Strauß (CSU), der die Nachfolge von Bundeskanzler Helmut Schmidt antrat, sondern Helmut Kohl (CDU). Er war von 1969 bis 1976 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und von 1976 bis 1982 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Noch mit dem Briefkopf „Der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz“ beantwortete er die Anfrage eines interessierten Norddeutschen wie folgt:

„Mainz, den 6. Oktober 1976

Sehr geehrter Herr ...,

für Ihren Brief vom 6. 9. 76 danke ich Ihnen. Zu dem von Ihnen aufgeführten Vorgang kann ich Ihnen nur soviel sagen, daß bei meinen zurückliegenden Reisen in die Vereinigten Staaten von Amerika jeweils eine offizielle Einladung des Council on Foreign Relations an mich persönlich ergangen ist.

Ich habe in beiden Fällen einen Vortrag über die Vorstellung der CDU zur deutschen Außen- und Deutschlandpolitik gehalten, wie dies alle meine Vorgänger auch getan haben.

*Mit freundlichen Grüßen.
gez. H. Kohl“*

Ohne Zweifel hatte der Mann vom Rhein, der sich später gern „Enkel Adenauers“ nannte und am 24. Januar 1984 vor der israelischen Knesset die „Gnade der späten Geburt“ für sich in Anspruch nahm, durch diese „Vorstellungen“ das Wohlwollen der einflußreichen Herren jenseits des großen Teiches erworben.

Im Fernsehen sprach er sich gegen die roten Schuldenmacher aus, die eine Erblast von sechshundert Milliarden DM Schulden hinterlassen hätten,



Dr. Helmut Kohl (3. April 1930 in Ludwigshafen am Rhein) war von 1982 bis 1998 der sechste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Ohne real etwas dafür getan zu haben, erhöhte er sich zum „Vater der deutschen Einheit“. Als es um die Aufklärung der Herkunft illegaler CDU-Spendengelder ging, ließ sein Erinnerungsvermögen nach.*

glauben, als Verteidigungsbündnis gegen die militärische Bedrohung durch die Sowjetunion geschaffen. Nein, die NATO wurde als Instrument gegen Deutschland ins Leben gerufen ... Und die Erweiterung der UNO dient demselben Zweck – Deutschland unter Kontrolle zu halten.“

Und so wurde die schon von Adenauer befürwortete „deutsche Wiederbewaffnung“ im wahrsten Sinne des Wortes zu einem zweischneidigen

bereits zehn Jahre vor dem 2. Golfkrieg. Weiter bemängelte er die hohe Zahl von 2,5 Millionen Arbeitslosen und den beängstigenden Zustrom von Wirtschaftsasylanten.

Ähnlich äußerte sich Richard von Weizsäcker⁸², 1984 zum sechsten Bundespräsidenten der BRD gewählt, in seiner Antrittsrede: *„Wenn die Integration der hier lebenden Ausländer gelingen soll, dann darf kein weiterer Zuzug erfolgen.“*

Die im NATO-Doppelbeschluss von 1979 vorgesehene Nachrüstung wurde gegen große innenpolitische Widerstände durchgesetzt. Man schien im Volk zu ahnen, was US-General Odom in der McLaughlin-TV-Sendung „One on one“ (dt., „Eins zu eins“) am 25. April 1999 bestätigte: *„Die NATO wurde (am 4. 4. 1949; d. A.) nicht, wie die meisten Menschen*

82 Zur Familie von Weizsäcker siehe Anhang A) und B).



Richard Karl Freiherr von Weizsäcker (15. April 1920 in Stuttgart) – von 1981 bis 1984 Regierender Bürgermeister von Berlin und von 1984 bis 1994 sechster BRD-Bundespräsident. In seiner Rede vom 8. Mai 1985 stilisierte er die deutsche Niederlage zur „Befreiung“. Vor dieser „Befreiung“ war er Fähnleinführer der Hitlerjugend im Jungbann 37 in Berlin Wilmersdorf-Zehlendorf und erfüllte die Kriterien nationalsozialistischer Begabtenförderung. Seinen Wehrdienst leistet er ab*

Herbst 1937 in einer Maschinengewehrkompanie des Potsdamer Traditions-Infanterie-Regimentes 9 ab. Im Frühjahr 1942 versetzte man ihn als Ordonnanzoffizier zum Oberkommando des Heeres. Nach seiner Beförderung zum Oberleutnant wurde er Adjutant des Regimentskommandeurs. Später folgte die Beförderung zum Hauptmann der Reserve.

Schwert. Während man die Bundeswehr unter dem Einsatz und mit den Erfahrungen ehemaliger Wehrmachtsoffiziere aufbaute, untersagte man ihr die an sich selbstverständliche Traditionspflege. Zum Begräbnis des tapfersten, vorbildlichsten, höchstdekoriertesten Fliegers aller Zeiten, Oberst Hans-Ulrich Rudel, durfte am 13. Januar 1983 keine Abordnung der Bundeswehr zugegen sein. Ein Zuwiderhandeln hätte ein sofortiges Diszipliniervverfahren nach sich gezogen.

Ein etwaiges Aufbegehren gegen diese Ungereimtheiten besänftigte 1985 der Staatsbesuch Ronald Reagans, 40 Jahre nach der deutschen Niederlage. Nach dem gemeinsamen Gang über den Ehrenfriedhof Kolmeshöhe in Bitburg, auf dem auch etwa 49 – meist blutjunge – Waffen-SS-Soldaten zur ewigen Ruhe gebettet sind, sagte Helmut Kohl: *„Wir haben der dort liegenden Toten gedacht und mit ihnen aller Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft, der Toten und der Verfolgten aller Nationen.“* Des weiteren führte Kohl aus: *„Bitburg kann als Symbol der Aussöhnung und der deutsch-amerikanischen Freundschaft gelten.“* In den Veröffentlichungen des Theolo-

gieprofessors Reuben Clarence Lang, Nord-Dakota, wird mehrmals darauf hingewiesen, daß Präsident Reagan während seines Bitburg-Besuches die deutschen Schuldgefühle hinsichtlich des Zweiten Weltkrieges als „unnötig und aufgezwungen“ bezeichnet hat.

Vor seiner Wiederwahl 1987 bestätigte Kohl am 27. 8. 1986 nochmals: „Die Sorgen der Bevölkerung müssen ernst genommen werden, denn die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland, und darf es auch nicht werden. Unser Volk braucht neue Hoffnungen, neue Zuversicht, neues Selbstver-



trauen. Es muß ein neuer Anfang gemacht werden, wir waren und sind aus unserer Verantwortung zum schnellen Handeln verpflichtet.“ Unter anderem auf Grund dieser Versicherung wurde Dr. Helmut Kohl infolge der am 25. Januar 1987 stattgefundenen Bundestagswahlen abermals zum Bundeskanzler gewählt.

Gleichlautend stellte das Bundesverfassungsgericht am 21. Oktober 1987 bindend fest: „Aus dem Währungsgebot folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten.“

Der britische Schriftsteller, Essayist und Journalist George Orwell (recte: Eric Arthur Blair, 1903-1950) wurde durch seine Bücher „Die Farm der Tiere“ und „1984“, in denen er visionär die Zustände und Mechanismen vorgeblich „demokratischer“, in Wirklichkeit aber totalitärer und globalisierter Machtstrukturen beschreibt, weltbekannt.

George Orwell hat in seinem Buch „1984“ die Welt beschrieben, wie sie sich heute darbietet – in Deutschland ganz besonders, seit von Weizsäcker 1984 das Amt des Bundespräsidenten übernahm. Orwell beschreibt die Duplizität des Denkens und Fühlens, das im „Neusprech“ kultiviert wird. So erscheint nun Krieg als Friede, Feind als Freund, Knechtung als Freiheit, Chaos als Ordnung und Rechtssuche als Ver-

rat. Es sind der Große Bruder und die Gedanken-Polizei, die über allem herrschen. Was nicht in ihr Konzept paßt, muß ausgeblendet oder ausgelöscht werden und der Vergessenheit – dem „memory hole“ (dt., „Gedächtnisloch“) – anheim fallen.

Durch gebetsmühlenartig wiederholte Schuldzuweisungen, von den höchsten Vertretern des Volkes akzeptiert und weiter verbreitet, wurden die natürlichen Abwehrkräfte der Deutschen zur Erhaltung ihrer Art und ihres Lebensraumes ins Abseits gedrängt. Schrittweise fand eine Umpolung aller Werte statt, die man „Umerziehung“ nannte. Anstand, Ehrlichkeit und Sitte wurden zu „Relikten aus vergangenen Zeiten“, Ehe und Familie zu „Auslaufmodellen“. Ordnung und Sicherheit sind nicht mehr gewährleistet, der Rechtsstaat wurde durch Mogelgesetze und semantische Lügen in Frage gestellt.

Die Versprechen Kohls wurden nicht gehalten. Weder wurde der Zustrom von Asylanten gebremst – inzwischen dürften etwa bis zu 20 Millionen fremdländische Menschen in das deutsche Sozialnetz eingebettet worden sein –, noch wurde die Arbeitslosigkeit abgebaut. In den 16-Kohl-Jahren hat sie sich auf etwa das Dreifache erhöht.

Insbesondere der Nationalmasochismus hatte sich so in der DDR nicht entwickelt. Auch war grundsätzlich das Wissen um die deutsche Geschichte besser erhalten worden, trotz Loyalität gegenüber der UdSSR. Es waren dort der Stasi-Druck, die nach Westen geschlossenen Grenzen und der im Vergleich zu Westdeutschland niedrigere Lebensstandard, welche die Menschen vergrämten.

1985 wurde Michail Gorbatschow in der UdSSR zum Generalsekretär des Zentralkomitees gewählt. Er veranlaßte zahlreiche Umbesetzungen in Partei- und Staatsführung und begann eine Politik von Glasnost und Perestrojka. Am 26. 4. 1986 ereignete sich ein schwerer Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl, wobei radioaktive Strahlung bis weit nach Europa verzeichnet wurde. Die Sowjetunion tat ihr bestes, die Schäden einzudämmen. Atommüll aber wird bis heute überall nicht wirklich entsorgt.

Wie schon erwähnt, kam es im Dezember 1987 zum Abschluß eines sowjetisch-US-amerikanischen Abkommens über den Abzug nuklearer Mittel-

streckenwaffen aus Europa, was – zur großen Erleichterung auch Deutschlands – de facto das Ende des Kalten Krieges bedeutete.

Hier soll aber auch an die Ansprache des Präsidenten des Deutschen Bundestages, Dr. Philipp Jenninger (CDU), vom 11. November 1988 erinnert werden, in der er auf Ereignisse zu sprechen kam, die vor der sog. „Kristallnacht“ stattgefunden und unter Umständen zu deren Auslösung geführt hatten. Proteste, vor allem jüdischerseits, zwangen ihn zum „freiwilligen Rücktritt“, wobei er bedeutete: *„Man muß daraus lernen: Nicht alles darf man beim Namen nennen in Deutschland.“*⁸³

1989 wurde Gorbatschow zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets, also zum Staatsoberhaupt der Sowjetunion mit speziellen Vollmachten, gewählt. Die unter kommunistischer Kontrolle stehenden Länder Osteuropas bekamen mehr Freiheit zu eigenen Entscheidungen. Allen voran war es Ungarn, das im Mai 1989 begann, die Grenzbefestigungen zum österreichischen Nachbarland abzubauen, nachdem am 25. April die ersten sowjetischen Truppen Ungarn verlassen hatten. Die DDR-Bürger, die in Ungarn ihre Ferien verbrachten, machten zunächst zögernd von dieser Fluchtmöglichkeit in den „freien Westen“ Gebrauch.

Im August 1989 waren es etwa 700 Menschen, die in der Budapester BRD-Botschaft auf Ausreisegenehmigung drängten, – und sie schließlich auch erhielten. Der „Eiserne Vorhang“ begann sich langsam zu öffnen.

Am 7. Oktober 1989 nahm Gorbatschow als Gast Honeckers an den Feiern zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR teil. Wo immer er sich zeigte, riefen ihm die Menschen zu: *„Gorbi! Gorbi! – Hilf uns!“* Am Abend seiner Abreise marschierten in Berlin Zehntausende mit Kerzen und Fackeln zum Alexanderplatz, wurden aber von der Polizei auseinandergejagt.

In Leipzig und Dresden schlossen sich mehr und mehr Menschen den Montagsdemos an, – mit brennenden Kerzen und dem Ruf *„Wir sind das Volk!“*

83 Interview Jenningers in „Bericht aus Bonn“, ARD, 11. 11. 1988, 22.30 Uhr.

Die Kirchen öffneten schützend ihre Türen, – der friedliche Freiheitswille war nicht mehr einzudämmen, ebensowenig wie der Wunsch, mit dem „anderen“ Deutschland wiedervereint zu werden. *„Wir sind ein Volk!“*

Honeckers Versuch, die Stimme des Volkes gewaltsam zu unterdrücken, wurde nicht länger von Gorbatschow geduldet. Honecker mußte abtreten. Nun gab es kein Halten mehr. Am 9. November 1989 verlas Günter Schabowski, der Sekretär des ZK der SED für Informationswesen (in etwa vergleichbar mit einem Regierungssprecher), bei einer Pressekonferenz einen Zettel, den er kurz zuvor von Egon Krenz, dem damaligen SED-Generalsekretär, erhalten hatte, mit dem Inhalt: *„Ständige Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD bzw. Berlin-West erfolgen.“*

Auf Grund der sich an den Übergängen stauenden Menschen gaben die DDR-Polizei und die Grenztruppen den Weg in den Westen ohne weiteres Zögern frei, – zum großen Jubel der auf beiden Seiten wartenden Menge. Noch am gleichen Abend wurden in Berlin die „Mauerspechte“ mit Hämmern, Feilen und Meißeln tätig.

Der Fall der Berliner Mauer und das Öffnen der Grenze zum Westen beschleunigten den Untergang der DDR bereits zu einem Zeitpunkt, als noch weithin, auch bei der Bundesregierung, ein Fortbestehen der Zweistaatlichkeit angenommen wurde.

So sagte Gerhard Schröder, damals Ministerpräsident von Niedersachsen, im Sommer 1989: *„Nach 40 Jahren Bundesrepublik sollte man eine neue Generation in Deutschland nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie einfach nicht.“*⁸⁴

Und Helmut Kohl, der sich am 9.11.1989 zu einem Staatsbesuch in Polen aufhielt, hatte kurz zuvor eine Deutschland-Initiative zur Einheit Deutschlands, vorgetragen vom CDU-Bundestagsabgeordneten Bernhard Friedmann, als *„blühenden Unsinn“* abqualifiziert.⁸⁵

84 *BILD*-Zeitung, 11. Juni 1989.

85 *Der Westen*, 21. 5. 2009.

Um unter der veränderten Lage mit dem neuen DDR-Regierungschef, Hans Modrow, Wirtschaftsverträge sowie die weiteren Beziehungen abzusprechen, besuchte Kohl am 19. Dezember 1989 erstmals die DDR. In Dresden wurde ihm ein jubelnder Empfang zuteil, mit nicht endenwollenden Zurufen von „*Helmut, Helmut – Deutschland, einig Vaterland!*“. Er wurde wie ein lang ersehnter Landesvater begrüßt, was er mit folgenden Worten akzeptierte: „*Wir werden unsere Landsleute nicht im Stich lassen, – Gott segne unser deutsches Vaterland!*“

Was sagte „die Welt“ zu dieser Entwicklung?

Entgegen der neutralen Haltung von George Bush sen. (USA) versuchten sowohl François Mitterrand (Frankreich) wie auch Margaret Thatcher (England), die Sowjetunion zur offenen Opposition gegen die deutsche Wiedervereinigung zu bewegen. Aber ohne Erfolg, da der Kreml (Michail Gorbatschow) die deutsche Einheit im Prinzip akzeptierte, – so zu lesen in *United States News* vom 30. 4. 1990 unter dem Titel „Washington Whispers“ (dt. „Washingtoner Geflüster“).⁸⁶

Stattdessen einigte man sich auf den sog. 2+4-Vertrag, der als Friedensvertragsersatz dazu führte, die Provinzen der DDR in die BRD aufzunehmen und sie nun fälschlicherweise als „Ostdeutschland“ zu bezeichnen. Die Oder-Neiße-Grenze wurde festgeschrieben, wodurch Deutschland entgegen den nach wie vor geltenden Bestimmungen des Völkerrechtes zum Verzicht auf seine Ostgebiete, d. h. zum Verzicht auf 25 % seines Staatsgebietes von 1937 (Schlesien, Pommern, Ostpreußen, Ost-Brandenburg) gezwungen wurde. Gorbatschow ließ später durchblicken, daß Kohl und Genscher an der Rückgabe dieser Gebiete nicht interessiert gewesen seien, obwohl er Verhandlungen darüber angeregt hätte.

Laut „Bertelsmann Lexikon 2000“ „*erloschen durch den Vertrag alle Siegerrechte, und Deutschland erlangte seine volle Souveränität zurück*“. So machte man den Deutschen die „Wiedervereinigung“ schmackhaft, die am 3. Oktober 1990 mit großer Euphorie, Feuerwerk, Beethovens „Neunter“

86 Odorfer, R.: „The Soul of Germany“.

und dem Deutschlandlied auch weltweit vom Fernsehen mitgefeiert wurde.

Die UdSSR zog ihre 380.000 Besatzungssoldaten innerhalb von vier Jahren ab, wogegen Deutschland entsprechende Behausungen für sie in der UdSSR baute. Die USA verlangten die Einbindung des gesamten neuen Deutschlands in die NATO, was von den Sowjets akzeptiert wurde.

Es soll aber noch ein geheimes Zusatzabkommen zu dem 2+4-Vertrag geben, das den Einfluß der westlichen Siegermächte auf Deutschlands Entwicklung und Politik weiterhin garantiert, was ohnehin laufend ersichtlich ist. Die in der BRD verbleibenden Dienststellen wie Kasernen, Flugplätze, Funkstellen u. ä. bleiben auf Dauer Hoheitsgebiete der Siegermächte – und sind daher auch für die deutsche Polizei und andere deutsche Exekutivorgane tabu. Die Siegermächte behalten sich das Recht vor, jederzeit auf dem Territorium der BRD zeitlich begrenzte Hoheitsgebiete ohne Zustimmung deutscher Stellen einzurichten und zu unterhalten, so sie dies zum Schutz eigener Interessen für erforderlich erachten.

Die Siegermächte bestehen weiterhin auf ihren unbeschränkten Vorbehaltsrechten bezüglich

- der elektronischen Medien (Rundfunk, Fernsehen usw.),
- der Printmedien (Zeitungen, Magazine), Filme, Kultur (Theater, Musik),
- des Erziehungs- und Bildungswesens (Texte, Lehrpläne usw.).⁸⁷

Die Praxis der Bevormundung und einseitigen Unterrichtung begann für die heranwachsende deutsche Jugend der BRD 1949 mit dem Neuschreiben aller deutschen Schul- und Lehrbücher in den USA. Ähnlich mag auch die DDR von der UdSSR beeinflusst worden sein.

Aber richtig „auf Vordermann“ gebracht wurde das Erziehungswesen Mitteldeutschlands erst dadurch, daß Helmut Kohl im Mai 1990 den Präsi-

⁸⁷ Bernetti, Urs: „Das Deutsche Grundgesetz – Eine Wertung aus Schweizer Sicht“, Verlag Neue Visionen GmbH, Würenlos, 1994.

dentem des B'nai B'rith-Ordens, einer Juden vorbehaltenen Loge, Seymour Reich, bat, den „ostdeutschen“ Experten bei der Umschreibung ihrer Geschichtsbücher und Schullehrpläne Anweisungen zu geben. Kohl erhielt später die Goldmedaille der B'nai B'rith-Loge.

Die Idealvorstellung „Deutschland, einig Vaterland“ hat leider durch Opportunismus, Intrigen und Betrugerein der weltweit operierenden Banken und Großkonzerne schweren Schaden erlitten. Man fragt sich heute, ob nicht all das von Anfang an auch so geplant war.

Nach Aussage Eberhard Diepgens, des früheren Regierenden Bürgermeisters von Berlin, verhielt es sich wie folgt: *„Auf den Tag der staatlichen Einheit waren wir nicht ausreichend vorbereitet. Die Schubladen für den Tag X waren leer.“*⁸⁸

Aber mit der „Wiedervereinigung“ fielen alle „volkseigenen“ Werte (Betriebe und Immobilien) der DDR in den Schoß der BRD.

Alfred Herrhausen (Deutsche Bank) und Detlev Rohwedder (Treuhänder) erarbeiteten sofort ein 10-Punkte-Programm für eine deutsch-deutsche Lösung des Zusammenwachsens der beiden deutschen Teilstaaten. Zwei Tage nachdem dieses Programm von Helmut Kohl in Bonn vorgestellt wurde, erlag Herrhausen am 28. 11. 1989 einem Attentat.

Am 1. 4. 1991 kam auch Rohwedder durch einen Meuchelmord um. Nun war der Weg frei, das DDR-Volkvermögen über die neue „Treuhänder“-Chefin Birgit Breuel an ausländische Konkurrenzbetriebe mit „Eigen-Dividenden“ zu verscherbeln. Bereits in den siebziger und achtziger Jahren wurden in der BRD über 50.000 Industriebetriebe in ausländischen Besitz überführt.

Jetzt wurde u. a. das Buna-Kombinat, das noch kurz vorher für ca. eine Milliarde DM auf das Modernste ausgerüstet worden war, nicht an die sich bewerbende Hüls-AG vergeben, wie zunächst zugesagt. Nein, mit Hilfe US-amerikanischer Intervention auf höchster Ebene erhielt DOW-Chemical

88 FAZ vom 22. 2. 1991.

für 1,-- DM plus sechs Milliarden DM Investitionszusage drei Großbetriebe unter dem Namen BSL Olfverbund aus dem ehemaligen Kombinat. DOW brauchte auf Jahre hin keine Steuern zu zahlen; 90 % der 18.000 Angestellten durften entlassen werden.

Es fehlt hier der Platz, mehr Einzelheiten des großen Ausverkaufes aufzuzählen. U. a. ging es um die Übernahme der Leuna-Werke durch Elf Aquitaine, die als Chefsache zwischen Kohl und Mitterrand – den beiden Karlspreis-Trägern von 1988 – ausgehandelt wurde. Teile der den Elf Aquitaine-Skandal betreffenden Akten wurden beim Regierungswechsel 1998 im Kanzleramt vermißt. Natürlich machten auch die Geldinstitute ihren Reibach. Laut *Der Spiegel* haben bundesdeutsche Großbanken – und deren überseeische Verflechtungen – mit Hilfe der Bundesregierung bei der deutschen Einheit Milliarden-Geschäfte gemacht.

Aber den Osis warf man ihre „Unzulänglichkeit“ vor. Bei den Wessis erweckte man hingegen bewußt den Eindruck, daß sie deshalb nun mit erhöhten Steuern belastet werden müßten. Dieses falsche Spiel erschwert bis heute das Zusammenwachsen beider Teile, wobei das Verwenden derartiger Ausdrücke eine neuerliche Entzweiung forciert.

1991 entschloß man sich in Bonn, das Parlament wieder nach Berlin zu verlegen. Symbolisch wurde das Reichstagsgebäude von dem Verpackungskünstler Christo im Juni/Juli 1995 mit aluminiumbedampftem Gewebe verhüllt. Das ganze erinnert an die drei Äffchen, die „nichts sehen, nichts hören und nichts sagen“ wollen/sollen/dürfen.

Dieses Kunstprojekt war – so kann man heute konstatieren – ein treffender Hinweis auf die Manipulationen und Machenschaften der Kohl-Ära. Im Laufe der von der Staatsanwaltschaft 1999 bis 2002 durchgeführten Ermittlung zu der CDU-Spendenaffäre stellte sich heraus, daß Helmut Kohl gleich nach seiner Wahl zum Bundeskanzler 1982 den Anstoß zur Errichtung der „schwarzen Konten“ gegeben hatte. Dieses „System Kohl“ diente dazu, Spendengelder in Millionenhöhe unverbucht in die Schweiz zu transferieren, um sie dann zur Finanzierung der Wahlkämpfe wie auch zur Durchsetzung umstrittener politischer Entscheidungen zu verwenden.

Die *Süddeutsche Zeitung* meldete dazu am 29. 6. 2000: „*In der Regierung Kohl wurden im großen Stil Akten manipuliert und Computerdateien gelöscht, ohne daß es eine Rechtsgrundlage dafür gab.*“ Unter anderem ging es dabei um folgendes:

a) den Transfer von 22 Millionen DM im Jahre 1983 auf Schwarzkonten, was von Walter Wallmann, dem damaligen hessischen Landesvorsitzenden der CDU, als „*beachtlicher Fehler*“ bezeichnet wurde. Dieses Geld wurde weitgehend für den Wahlkampf 1983 verwendet und verhalf der CDU dazu, mit beachtlicher Mehrheit erneut die Regierung zu übernehmen.

b) den Verkauf von 36 Thyssen-„Fuchs“-Spürpanzern an Saudi-Arabien 1991 und die damit verbundenen Kommissionen und Schmiergelder in fast der Hälfte des Kaufpreises von 446 Millionen DM. So ließ allein der Waffenhändler Karlheinz Schreiber mindestens eine Million in die Kassen der CDU fließen.

c) den großangelegten Schwindel im Zuge der Privatisierung der mitteldeutschen Industrie (1991), mit Wissen und Unterstützung des deutschen Kanzlers Kohl und des französischen Präsidenten Mitterrand. Wie schon erwähnt, ging es im besonderen auch um den Erwerb der Leuna-Raffinerie und der 2000 Minol-Tankstellen durch die französische Firma Elf Aquitaine. Es wird von 85 Millionen Schmiergeldern gesprochen, wovon mindestens 11 Millionen in den Taschen der CDU gelandet sind.

Die *Süddeutsche Zeitung* hatte bereits am 24. 6. 2000 geschrieben: „*Nach der Wahlniederlage von Helmut Kohls CDU im Herbst 1998 wurden im Kanzleramt in drei Nächten heimlich zwei Drittel aller Datenbestände im IT-Netz gelöscht. Es betraf die politisch heiklen Vorgänge um Leuna, Thyssen-Krupp, Fuchs-Spürpanzer und die entsprechenden Schmiergelder an Politiker.*“

Es stellt sich die Frage, ob Kohl, seinem Amtseid entsprechend, zum Wohle des deutschen Volkes gearbeitet oder – entgegen seinem Amtseid – ihm Schaden zugefügt hat.

Kurz zu den Reiseaktivitäten des „Enkels Adenauers“ – Im Januar 1984 besuchte er Israel.

Im September 1984 traf er sich mit Mitterrand in Verdun, wo der Grundstein zu einer verstärkten europäischen und internationalen Integration gelegt wurde.

Im November 1984 besuchte Kohl die USA.

Die Folge war eine umfassende Unterstützung der NATO; gegen starke Opposition wurde u. a. die Lagerung von Mittelstrecken-Raketen genehmigt. Ebenfalls gegen starke Opposition wurde der Euro eingeführt. Außerdem wurden die Voraussetzungen für den Vertrag von Maastricht geschaffen, für EUROFORCE (Militär) und den Kanal ARTE (Presse). Das heißt, im Frieden und im Krieg ist Deutschland an fremde Entscheidungen gebunden. Es ist entmündigt. Die Handlungsweise der Kohl-Regierung bestätigte dies erneut.

1990, nach der Eingliederung Mitteldeutschlands, das nun „Ostdeutschland“ genannt wird, wurde der Tag der deutschen Einheit, der an den Aufstand in der DDR am 17. Juni 1953 erinnerte, abgeschafft. Dagegen erklärte Kohl den offiziellen Verzicht auf die historisch deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie und 1993 dann auch den offiziellen Verzicht auf das historisch deutsche Sudetenland.

1997 sicherte Kohl – trotz Opposition – der Europäischen Zentralbank ihren Sitz in Frankfurt am Main.

Für all diese Bemühungen wurde Kohl mit nationalen wie auch internationalen Orden und Preisen reichlich belohnt. Hier seien nur genannt: die Buber-Rosenzweig Medaille, der Internationale Karlspreis, der Coudenhove-Kalergi-Preis, die Goldene Verdienstmedaille von B'nai B'rith, der Eric-M.-Warburg-Preis der Bonner Atlantik-Brücke e. V., der Marshall-Preis der Marshall-Stiftung und der Leo-Baeck-Preis des Zentralrats der Juden in Deutschland.

Nach dem Verlust der Bundestagswahl 1998 setzte die CDU-Spendenaffäre 1999 bis 2002 der Ära Kohl ein absolutes Ende; im Januar 2000 brachen Präsidium und Vorstand der CDU mit ihrem Ehrenvorsitzen-

den Helmut Kohl. Im März 2001 wurde das Ermittlungsverfahren gegen Kohl eingestellt. Er litt anscheinend an Gedächtnisschwund und wollte umstrittene Geldgeber nicht namentlich nennen. Das Gericht nahm zwar Abstand von einer Beugehaft, legte ihm aber eine Geldbuße von 300.000 DM auf. Im Juli 2001 beging Kohls Frau Hannelore Selbstmord. Im Jahr 2002 verließ Kohl offiziell den Bundestag und zog sich ins Privatleben zurück.

In die 16-jährige Regierungsperiode Helmut Kohls fielen die von den USA inszenierten und gelenkten Kriege gegen Somalia und Jugoslawien, die zunächst als UN-Hilfsmissionen begonnen wurden, und bei denen auch deutsche Bundeswehreinheiten zum Einsatz gekommen sind.

Noch unter Präsident Bush sen. wurde Ende 1992 in Somalia die „Operation Restore Hope“ (dt., „Hoffnung zurückbringen“) als Hilfe gegen die herrschende Hungersnot eingeleitet.

Bill Clinton übernahm 1993 bis 2001 das Amt des Präsidenten der USA. 1946 geboren, war er Rhodes-Scholar, studierte Jura, war 1977 bis 1979 demokratischer Justizminister und anschließend bis 1993 Gouverneur von Arkansas.

Der Einsatz der „Friedenstruppen“ in Somalia wurde allmählich durch Verbände verstärkt, die in die internen Machtkämpfe eingriffen, um ein US-freundliches Regime zu installieren. Die Vielzahl der ins Land strömenden US- und internationalen Truppen rief bei den Somaliern heftigen Widerstand hervor. Sie befürchteten eine erneute Kolonisation und setzten sich mit allen Mitteln dagegen zur Wehr. Während die US-Truppen nach dem „Rebellen-Führer“ Mohamed Farah Aideed vergeblich fahndeten, wurden erschreckende Bilder von gefangenen und mißhandelten US-Soldaten im Fernsehen gezeigt. Somalias Menschenverluste durch Hunger und Kriegseinwirkungen betragen 350.000.

Allgemein wurde ein Abbruch dieser „Mission“ befürwortet. Die UN-Friedens-Streitkräfte wurden im März 1995 abgezogen, aber den USA verblieb der an Somalias Nordküste angelegte Tiefwasser-Seehafen für ihre Öltanker

und Kriegsschiffe, und damit die Kontrolle über den Golf von Aden und das Rote Meer.

Die Entsendung von Bundeswehrsoldaten im Rahmen von UN-Missionen löste im Bundestag heftige Debatten aus; die SPD, gefolgt von der FDP, erhob Klage beim Bundesverfassungsgericht. Unter Präsidentin Jutta Limbach wurde aber am 12. 7. 1994 entschieden, daß ein Einsatz von Bundeswehreinheiten außerhalb des NATO-Bereiches zulässig ist, wenn der Bundestag mit einfacher Mehrheit zustimmt. Der „Brockhaus“ fügt hinzu: *„Alleingänge, auch in Form der Verweigerung, sind wegen der internationalen Verflechtungen nicht möglich. Handlungsrahmen der deutschen Außenpolitik sind die EU, die NATO und die Vereinten Nationen.“*

Dieser „Direktive“ folgte man auch in den sich zu Kriegen ausweitenden Konflikten auf dem Balkan. Bundeswehreinheiten wurden als Friedens- und Kampftruppen eingesetzt, wie auch deutsche „Tornado“-Aufklärer, die jedoch nicht mit Bomben ausgestattet waren.

Etwa 1990 brach der Ethno-Nationalismus in dem durch die Verträge von Trianon und Sèvres 1920 legitimierten, 1918 künstlich geschaffenen Staat Jugoslawien aus. Während 1990/91 Slowenien und Kroatien ihre Unabhängigkeit erklärten, bekam 1995 Bosnien-Herzegowina die ihre mit dem Dayton-Abkommen zugesichert, wobei bereits 60.000 NATO-Truppen ins Land geschleust wurden.

Der Kosovo dagegen war seit Jahrhunderten ein fester Bestandteil Serbiens, geschichtlich unvergessen durch die dort geführten Schlachten zur Erhaltung des Staates gegen das Osmanische Reich 1389, 1448 und 1912 wieder gegen die Türken. Aus dem südlich angrenzenden Albanien waren im Laufe der Zeit viele muslimische Albaner ins Land gekommen, so daß sie schließlich in Kosovo im 20. Jahrhundert die überwiegende Mehrheit gegenüber den meist christlichen Serben bildeten. Diesem Umstand Rechnung tragend, hatte Serbien ihnen verwaltungsmäßige Sonderrechte eingeräumt. Doch es war das Ziel der Albaner, das Kosovo von Serbien abzutrennen und an Albanien anzuschließen. Es bildete sich die UÇK, die „Befreiungsarmee des Kosovo“, die bewaffnete Aufstände provozierte, wobei serbische Polizi-

sten und Staatsbeamte ums Leben kamen. Die serbischen Gegenmaßnahmen bestanden in Unterdrückung der Aufstände und strikteren Ordnungsgesetzen. Es wurde ein Waffenstillstand geschlossen, den aber die UÇK mit weiterer Bewaffnung und Rekrutierung unterlief.

Serbien sah dem nicht tatenlos zu, weshalb sich die UNO, vertreten durch England, Frankreich, Deutschland, Italien und Rußland, veranlaßt sahen, im Februar 1999 in Rambouillet eine Art Friedenskonferenz anzuberäumen. Man kann den vollen Text des „Vertrages“ im Internet nachlesen und wird dann verstehen, warum der serbische Staatschef Slobodan Milošević diesen Vertrag niemals unterschreiben konnte, ohne Landesverrat zu begehen.

Um „Frieden und Demokratie“ zu bringen, begannen daraufhin die USA und England am 24. März 1999 ein 78 Tage anhaltendes Bombardement, das sich auf Belgrad ausdehnte, die Infrastruktur des Landes schwer zerstörte und einen hohen Blutzoll an Ziviltoten forderte. Infolge wurde der Kosovo „befreit“, die Region unter UN-Verwaltung gestellt und die im Kosovo verbliebenen Serben mit „Vergeltungen“ bedroht. Auch Deutschland hat bis heute 2.500 Soldaten im Kosovo stationiert, neben weiteren 1.000 in Bosnien.⁸⁹

Wie Slobodan Milošević ganz richtig in seiner Verhandlung vor dem Tribunal in Den Haag geltend machte, waren Chaos und Flüchtlingsströme erst durch die US-britischen Luftangriffen entstanden, wofür er Wesley Clark, der als Supreme Allied Commander Europe (SACEUR) 1999 auch Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte im Kosovokrieg gewesen war, verantwortlich machte und ihn auch entsprechend damit konfrontierte. Man konnte in Den Haag Milošević keine Kriegsverbrechen nachweisen, so wird man froh sein, daß der unbequeme Serbe nun beerdigt ist.

Bereits am 24. 4. 1999 hatte der US-amerikanische Chef der NATO-Truppen, General Wesley Clark, bezüglich der sich entwickelnden Weltpolitik erklärt: *„Für ethnisch reine Staaten ist kein Platz mehr in einem modernen*

89 *Eckartbote*, Juli/August 2006

*Europa. Das ist eine Idee des 19. Jahrhunderts, – wir versuchen den Übergang ins 21. Jahrhundert, und wir werden es mit multi-ethnischen Staaten tun.*⁹⁰

The New York Times Learning Network zitiert Clark im Februar 1999 mit folgenden Worten: „*Unser Ziel ist, daß es für diejenigen, die ethnisch getrennte Staaten befürworten, nach diesem Jahr unmöglich sein wird, noch an deren Verwirklichung zu glauben.*“ – Der Kosovo aber wurde „befreit“. – Von wem? – Von den Serben?

Im Jahr 2001 wurde George W. Bush, der Sohn von Bush senior, zum 43. Präsidenten der USA gewählt.

Mit Entsetzen und Bangen und oft mit Unverständnis verfolgen wir seitdem das uns sichtbar gemachte Zeitgeschehen: die Zerstörung des Welthandels-Zentrums am 11. 9. 2001 in New York, die unmenschlichen Zustände und Revanche-Handlungen in Palästina/Israel, das blindwütige Zerbomben Afghanistans, die Demütigung und angedrohte Vernichtung des Iraks und aller derer, „*die nicht mit UNS sind*“, so George W. Bush.

Dieser Ausspruch, nur im umgekehrten Sinn, geht übrigens auf János Kádár, von 1956 bis 1988 Generalsekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, von 1956 bis 1958 und von 1961 bis 1965 ungarischer Ministerpräsident, zurück, der die kommunistischen Zügel etwas lockerer ließ, indem er sagte: „*Wer nicht gegen uns ist, ist mit uns!*“

Nun folgen noch einige Betrachtungen zu Afghanistan und zum Irak, zwei der „Schurkenstaaten“, die für die geplanten Öl- und Gasleitungen im Gebiet des Schwarzen und des Kaspischen Meeres eine Rolle spielen, und um die im Grunde das Tauziehen zwischen den USA und Rußland geht.

Schon Darius I. (549 v. Chr. - 486 v. Chr.), der Großkönig des persischen Achämenidenreichs, und der mazedonische König Alexander der Große (356 v. Chr. - 323 v. Chr.) benutzten Afghanistan als Brücke nach Indien. Im Altertum war es als Handelsknotenpunkt zwischen Ost und West un-

90 Meldung von CNN-Reuters vom gleichen Tag.

entbehrlich. Im 19. Jahrhundert wurde es ein Zankapfel zwischen Rußland und England. Es waren die Engländer, die drei vergebliche Kriege (1839-42, 1878-80 und 1919) im Land der hohen Berge (bis 7.000 m) und tiefen Schluchten um den Einfluß in Mittelasien führten. 1919 zogen sie eine Grenze zwischen Afghanistan und Britisch-Indien. Afghanistan wurde selbständig und 1926 ein Königreich. In beiden Weltkriegen verhielt es sich neutral.

Während des Kalten Krieges näherte es sich als Republik unter einem kommunistischen Regime der UdSSR an. Das sahen die Sowjets als Einladung und besetzten das Land im Dezember 1979 mit starken Truppenverbänden. Gleichzeitig wurde ein neuer, linientreuer Präsident eingesetzt. Das löste starken Widerstand der Bevölkerung aus. Fünf Millionen flohen nach Pakistan und in den Iran, der von den USA unterstützt wurde. Mit Hilfe der über Pakistan eingeschleusten hochmodernen Waffen gelang es den Mudschaheddin, den „Freiheitskämpfern“, die sowjetischen Truppen in dem unwirtlichen Territorium zu zermürben.

1988 wurde zwischen Afghanistan, Pakistan, der UdSSR und den USA ein Vertrag unterzeichnet, zufolge dessen Waffenlieferungen und Einmischungen von außen eingestellt wurden. Im Februar 1989 zog die UdSSR unter Gorbatschow ihre Truppen ab. Aber in Kabul verblieb bis 1992 eine kommunistische Regierung an der Macht. Nach deren Sturz kämpften verschiedene aufständische Fraktionen gegeneinander, bis es 1996 den Taliban – ursprünglich eine Gruppe islamischer Studenten – gelang, die Regierung zu übernehmen. Nach 20 Jahren brachten sie wieder einigermaßen Ordnung in das leidgeprüfte Land und hatten bis 2001 90 % der Bevölkerung hinter sich. Islamische Gesetze, an denen der Westen zum Teil Anstoß nimmt, wurden in Bezug auf Kleidung, Gesittung, Verhalten und Strafen verwirklicht. Verboten wurde, was der Islam als zersetzend und unmoralisch empfand, wie z. B. das Fernsehen und der Handel mit Drogen (Opium).

Dann ereignete sich der sehr umstrittene „Terroranschlag“ vom 11. September 2001, genau elf Jahre, nachdem Bush senior die „Neue Weltordnung“ verkündet hatte. Als Täter wurde sofort Osama bin Laden gebrandmarkt.

Afghanistan sollte ihn ausliefern. Als dies nicht erfolgte – wer weiß, wo Bin Laden wirklich war? –, wurde das Land vom 7. Oktober 2001 an täglich von US-amerikanischen Bombern heimgesucht. Washington unterstützte und finanzierte die für US-amerikanische Interessen kämpfende Nordallianz, die „Nationale Islamische Vereinigte Front zur Rettung Afghanistans“, ein gegen die Taliban gerichtetes militärisches Zweckbündnis afghanischer Milizen. Drei Monate später gaben die Taliban Kandahar auf. Aber die al-Quaida-Leute und andere Mudschaheddin, die auf Seiten der Taliban gekämpft hatten, setzten ihren Widerstand fort, so daß 12.000 Mann US-Truppen und außerdem NATO-Friedenstruppen aus 31 Ländern in Afghanistan belassen werden mußten.

Bis heute kämpft die afghanische Nation um ihre Selbstbestimmung, die ihr trotz aller Schönrede im Grunde vorenthalten wird. Im Januar 2006 trat eine Gruppe von mehr als 60 Nationen, einschließlich den USA und England, unter der Bezeichnung „Afghanistan-Pakt“ zusammen, um eine demokratische Regierung sicherzustellen.

Noch unter Bill Clinton war der Irak nach den eigentlich abgeschlossenen militärischen Operationen weiteren schikanösen Maßnahmen ausgesetzt. 1991 wurde über den nördlichen Landesteil eine „Flugverbotszone“ verhängt, um angeblich die kurdische Bevölkerung zu schützen, wie es hieß. 1992 wurde diese Zone auf den Süden des Iraks ausgeweitet, als Pufferzone zwischen dem Irak und Kuwait, angeblich um die Schiiten zu schützen.

Auf Grund der vom UN-Sicherheitsrat verhängten Sanktionen durfte der Irak sein Öl nicht auf den Weltmarkt bringen, außer im Tausch für Lebensmittel und Medikamente. Diese Sanktionen hatten katastrophale Folgen. Die Infrastruktur des Iraks war zerstört; Krankheiten, Unterernährung und Kindersterblichkeit griffen verheerend um sich. Außerdem begann die Phase der Waffeninspektionen, um zu kontrollieren, daß alle nuklearen, chemischen, biologischen und ballistischen Waffen nach Kriegsende vernichtet worden waren. Nach sechs Jahren (!) verweigerte Saddam Hussein im November 1997 den amerikanischen Inspektoren weiteren Zutritt, da sie alles zerstörten, was ihnen unter die Hände kam. Mit Verzögerung wurde von neutralen Inspektoren weiter inspiziert.

Am 16. Dezember 1998 begannen die USA und England ihre „Operation Desert Fox“ mit einer vier Tage andauernden intensiven Bombardierung von Zielen innerhalb der Flugverbots-Sperrgebiete, die dann mit Hunderten von Luftangriffen auf diese Ziele bis 2003 unvermindert anhielt.

Nach dem 11. September 2001 – dem Zeitpunkt des Beginns der Kriege gegen die „Schurkenstaaten“ – begann Präsident George W. Bush einen Regime-Wechsel im Irak zu fordern, wobei er diese Nation als Teil der „Teufelsachse“ (engl., „axis of evil“) bezeichnete. Die vermutete Existenz von Massenvernichtungswaffen, die Einschränkung von Waffeninspektionen, die vermutete Verbindung des Iraks mit dem „internationalen Terrorismus“, Saddams Husseins „Gewaltherrschaft“ und die „Verletzung von Menschenrechten“ waren die Hauptgründe dafür, daß man einen vorsorglichen Angriff gegen das Land führen müsse.

Die arabische Welt und ein Großteil Europas verurteilten die Schärfe und das einseitige Vorgehen der USA, während England seine Bereitschaft erklärte, militärische Aktionen der USA zu unterstützen. Auf Bushs Drohung beim Sicherheitsrat, daß die USA auch ohne Absegnung den Irak allein angreifen würde, nahm der Rat am 8. 11. 2002 einstimmig eine (Ausweich-) Resolution an, Waffeninspektionen im Irak wieder aufzunehmen, was am 26. 11. 2002 auch geschah.

Aus einem Interview mit Saddam Hussein ist ersichtlich, daß dieser genau wußte, was gespielt wird.

Der Tageszeitung *Die Welt* vom 9. 11. 2002 entnehmen wir Husseins Aussagen auf S. 3: *„Die USA wollen eine Hegemonie über die arabische Welt errichten. Als Auftakt wollen sie den Irak beherrschen. Wenn sie Bagdad unter militärischer Kontrolle haben, werden sie gegen Damaskus und Teheran losschlagen. Sie werden diese Länder zerstückeln und dann auch Saudi-Arabien ernste Schwierigkeiten bereiten. Sie werden versuchen, kleine staatliche Einheiten zu schaffen, die von amerikanischen Marionetten regiert werden. Kein Land wird dann noch größer und stärker sein als Israel. Auf diese Weise gerät das arabische Öl unter amerikanische Kontrolle. Dies alles dient israelischen Interessen. Das Ziel besteht darin, Israel zur arabischen Großmacht werden zu lassen. Das Pro-*

blem des Irak besteht darin, daß er sich diesen Verschwörungen widersetzt. Und die anderen verstehen nicht, daß wir sie verteidigen.

Sie wollen einen Irak, der das Zionistengebilde (Israel) und seine Herrschaft über Palästina anerkennt. Außerdem wollen sie einen Irak, der frei von panarabischem Denken ist, einen Irak, der sich mit einer Zerstörung der Arabischen Liga einverstanden erklärt. Und schließlich wollen sie einen unarabischen Irak, der in verschiedene Staaten aufgeteilt ist.“

Mit diesem Interview, das in seiner Klarheit nichts zu wünschen übrig läßt, dürfte sich Saddam Hussein sein Todesurteil geschrieben haben.

Aus dem am 14. Februar 2003 dem UN-Sicherheitsrat präsentierten Bericht des 74-jährigen Schweden Hans Blix, des Chefinspektors der 250 Mann starken Mannschaft aus 60 Nationen, geht hervor, daß der Irak die Inspektionen nicht behinderte. Man scheute sich nicht, selbst die offiziellen und privaten Gebäude der Regierung und des Präsidenten zu durchsuchen. Man mußte konstatieren, daß man bisher – nach fast zwölf Jahren! – keine der vermuteten Massenvernichtungswaffen gefunden habe.

Das wurde von der Bush-Regierung dahingehend ausgelegt, daß nun ein militärisches Eingreifen notwendig werde. Dagegen erklärten Frankreich, Rußland und China im Sicherheitsrat, daß die Inspektionen fortgesetzt werden sollten. Aber Bush und Blair drängten auf Krieg, eventuell auch ohne UN-Beschluß, mit Hilfskräften aus Nationen, die „dafür“ (für den Einfall in den Irak) seien.

Am 17. März 2003 sandte Bush ein Ultimatum an Saddam Hussein. Er habe innerhalb von 48 Stunden das Land zu verlassen, oder es gäbe Krieg. Am 20. März 2003 begann die Invasion des Irak, bezeichnenderweise unter dem Namen „Operation Irakische Freiheit“.

Hans Blix sagte am 9. April, dem 21. Tag des Krieges, in einem Privatinterview in Madrid: *„Ich bin neugierig, ob sie Waffen finden werden. Dieser Krieg ist ein hoher Preis, der mit Menschenleben und der Zerstörung eines ganzen Landes bezahlt wird, obwohl die Gefahr des unerlaubten Waffenbesitzes durch weitere UN-Inspektionen verhindert worden wäre.“*

Offiziell war der Krieg am 9. April 2003 beendet, aber die anhaltenden Unruhen machten es erforderlich, daß 140.000 US-amerikanische Soldaten, die im Monat vier Milliarden Dollar kosten, sowie 11.000 britische und 10.000 Truppen anderer Nationen im Lande verblieben.

Die USA wurden ein Jahr später durch die unvermindert ablehnende Haltung der Bevölkerung gezwungen, die Ausschließung der Mitglieder von Saddam Husseins Baath-Partei von verantwortlichen Stellungen rückgängig zu machen. Neben der Auflösung der irakischen Armee waren etwa 400.000 Baath-Anhänger entlassen worden, eine kolossale Schwächung des etablierten Verwaltungsapparates und Arbeitspotentials, die zu einer verstärkten Verbitterung der Sunniten führte.

Ende April 2004 wurden von der US-Presse Bilder irakischer Gefangener im Abu-Ghraib-Gefängnis veröffentlicht, die deren physische und sexuelle Mißhandlung und Demütigung zeigten. Im August nannte der „Schlesinger-Report“ diese Mißhandlungen *„brutalen und sinnlosen Sadismus, der nicht auf ein paar abwegige Soldaten zurückgehe, sondern auf fundamentale Strukturfehler aller Kommandostellen, vom Soldaten der Landtruppen zum Hauptquartier und bis zum Pentagon“*.

Am 9. Juli 2004 wurde vom Geheimdienst des US-Senats bekanntgegeben, daß die meisten der Vorwürfe gegen den Irak aufgebauscht und völlig unhaltbar seien: es gab kein Programm zur Waffenherstellung, keine Massenvernichtungswaffen, keine Verbindung Saddams zu al-Quaida.

Obwohl der *Infoplease-Report*, aus dem die obigen und folgenden Fakten entnommen sind, gleich am Anfang besagt, daß die Souveränität des Iraks am 28. Juni 2004 wiederhergestellt worden sei, hatte der Irak bis Mai 2006 noch keine funktionierende Regierung. Durch den Demokratisierungsprozeß war das relativ fortschrittlich und einheitlich regierte Land in drei Jahren in zahllose sich gegenseitig bekämpfende Fraktionen zerfallen. Man wollte zwar die eingedrungenen Besatzer und ihrer Helfer loswerden, aber die Kluft zwischen Schiiten und Sunniten wurde am 23. Februar 2006 durch die teilweise Zerstörung des Goldenen Doms, des höchst verehrten Heiligtums der Shiiten, bei dem über 1.000 Menschen zu Tode

kamen, noch weiter aufgerissen, was zu einem Bürgerkrieg hätte führen können.

Einem US-Senat-Report vom Februar 2006 zufolge, sind alle wichtigen Bereiche der irakischen Infrastruktur – trotz der Investition von \$ 16 Milliarden für den Wiederaufbau – weiterhin unter dem Stand der Vorkriegszeit. Das bezieht sich auf die Versorgung mit Elektrizität und Trinkwasser, die Gewinnung von Heizöl und Rohöl, wie auch auf die sanitären Anlagen. Weiter besagt der Report, daß die Attacken von Aufständischen seit März 2003 um 200 % angestiegen seien.

Die Verluste der irakischen Zivilbevölkerung werden jetzt auf drei Millionen geschätzt.⁹¹ Bis Ende 2005 starben mehr als 2.100 US-Soldaten, mehr als 15.000 wurden verwundet. Über die eingesetzten „Hilfstruppen“ sind in dem Bericht keine Zahlen angeben.

Als größter Erfolg im Irak und als größten Sieg in den fünf Jahren des „Krieges gegen den Terror“ wird die Ermordung des „Führers der al-Quaida“ durch Abwürfe von 500-Pfund Bomben auf sein Landhaus herausgestellt.

Saddam Hussein wurde drei Jahre lang mit sieben seiner Mitarbeiter wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ vor ein „Gericht“ gestellt. Der Staatsanwalt beantragte die Todesstrafe für den ehemaligen Präsidenten und zwei seiner Mitangeklagten mit der Begründung, daß nach dem versuchten Attentat auf Saddam Hussein bei Razzien 1982 in dem Ort Dujail 148 Einwohner ums Leben gekommen seien.

Aus Protest, daß seit Beginn des Prozesses nicht nur sein Freund und Leibwächter, sondern drei Mitglieder der Verteidigung und sogar der Hauptverteidiger auf offener Straße erschossen worden seien, trat Saddam am 7. Juli 2006 einen Hungerstreik an. Er wurde in ein Krankenhaus überführt und dort künstlich ernährt. Das Urteil wurde einige Monate später gefällt und ist am 30. Dezember 2006 – dem Tag des Opferfestes, des höchsten islamischen Festes – in al-Kazimiyya bei Bagdad vollstreckt worden. Saddam

91 Siehe hierzu: www.opinion-maker.org/2012/0

Hussein, unter dem der Irak mit seinen verschiedenen Glaubensfraktionen ein einheitlicher, moderner und relativ geordneter Staat gewesen war, wurde erhängt.

Afghanistan und der Irak liegen am Boden, aber wehren sich mit ihren beschränkten Möglichkeiten noch immer gegen die Inbesitznahme durch eine fremde Macht.

Mitte 2006 kündigte sich die nächste Phase der „neuen Art des Krieges“ (nach Spaight) im Libanon an. Wohngebiete, Brücken und Verkehrswege wurden zerstört, Hunderttausende von Menschen versuchten, durch Flucht ihr nacktes Leben zu retten, Tausende starben. Die auf libanesischem Boden ausgetragenen Kämpfe zwischen der Hisbollah und Israel begannen am 12. Juli und endeten vorläufig mit einem Waffenstillstand am 14. August 2006.

Seit Jahren wird jetzt für einen geplanten Vernichtungskrieg gegen den Iran agitiert, der angeblich an der Entwicklung einer Atombombe arbeitet, wodurch das Gleichgewicht Kleinasiens bedroht sei. Man weiß, daß Israel die Bombe schon lange hat – und nicht nur eine! Aber auch hier gilt das altrömische, vom Komödiendichter Terenz überlieferte Sprichwort „*Quod licet Iovi, non licet bovi!*“.⁹²

Der Iran weist diese Anschuldigungen zurück und dürfte auf Unterstützung Rußlands und eventuell der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) hoffen. Außer Rußland sind in der SOZ China, Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und Tadschikistan Mitgliedstaaten. Indien, Pakistan und die Mongolei haben in der SOZ Beobachterstatus.

Im Januar 2009 wurde Barack Obama als 44. Präsident der USA vereidigt. In großen Teilen der Welt hoffte man, daß die negativen, aggressiven Jahre der Bush-Regierung nun durch eine neue, positivere Zeit abgelöst werden würden. Obama betonte wieder und wieder „*Yes, we can!*“ (dt., „Ja, wir können!“), was von einem Teil der Welt als „*Ja, wir können einen neuen, einen aufbauenderen Weg gehen!*“ aufgefaßt wurde. Mit dieser Hoffnung war wohl

92 Dt., „Was dem Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochsen nicht erlaubt!“

auch die Verleihung des Friedensnobelpreises im Oktober 2009 verbunden. Doch fand dieses Wunschdenken keine Erfüllung.

Ende Februar 2009 hatte Obama erklärt, daß die Kampfhandlungen im Irak bis Ende August 2010 abgeschlossen sein würden. Tatsächlich wurde von den 142.000 Mann der US-Einsatztruppen zu diesem Zeitpunkt nur ein Teil abgezogen, während 35.000 bis 50.000 im Irak zur Bekämpfung von Aufständischen („Terroristen“) und zur Ausbildung und Ausrüstung irakischer Sicherheitsorgane belassen wurden. Erst am 18. Dezember 2011 verließen die letzten Einsatztruppen den Irak. In Fort Bragg sagte Präsident Obama zu ihrer Begrüßung, daß der endgültige Abzug der Truppe nach neun Jahren Krieg ein historisches Ereignis sei und weiter, daß durch ihren Einsatz ein außerordentlicher Erfolg (engl., extraordinary achievement) errungen wurde, da sie ein souveränes, selbständiges und stabiles Land hinter sich gelassen hätten. Auch der US-Verteidigungsminister Paletta sagte von der „Mission“: *„Sie hat das Land frei und unabhängig gemacht, das nun in der Lage ist, sich selbst zu verwalten und zu sichern.“* Bei anderer Gelegenheit äußerte er allerdings *„Wir werden eine starke militärische Macht in der Region aufrechterhalten.“*

Mariam Khazim, ein Bürger von Sadr City bei Bagdad, zeichnete ein anderes Bild: *„Sie, die Amerikaner, lassen ein zerstörtes Land hinter sich. Sie haben keine Schulen oder große Fabriken hinterlassen, aber Tausende von Witwen und Waisen.“* Im Jahr 2008 berichtete der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR – United Nations High Commissioner for Refugees), daß zwei Millionen Iraker ins Ausland geflüchtet, 2,7 Millionen im Land heimatlos geworden und 35 % der Kinder durch den Krieg



Barack Hussein Obama II (4. August 1961 in Honolulu, Hawaii) ist seit dem 20. Januar 2009 als der 44. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika der erste Farbige im Weißen Haus. Die meisten seiner Wahlkampfversprechen brach er.*

Waisen geworden sind. Das Rote Kreuz berichtete 2008 von den allgemein sehr armseligen Zuständen und unzureichender Wasserversorgung mit sehr schlechtem Wasser.

Ein blühendes Land war zerstört worden. Das Staatsoberhaupt, Saddam Hussein, zwei seiner Söhne, ein Enkel und 300 Männer des Staatsapparates wurden getötet. Es ist fraglich, ob und wann sich das Land wieder erholen und annähernd auf den Stand der Vorkriegsjahre zurückfinden kann. Denn die sich gegenseitig bekämpfenden Sekten wie auch die westlich gestützten Regierungsaspiranten sind keine Hoffnungsträger dafür.

Im Februar 2009 hatte Obama bereits eine Verstärkung der US-Truppen in Afghanistan mit 17.000 Mann angekündigt, um die sich dort verschlechternde Kriegslage zu verbessern. Außerdem wechselte er im Mai 2009 den Oberkommandierenden in Afghanistan aus. Anstelle von General David McKinnon wurde General Stanley A. McChrystal eingesetzt, der weitere Truppenverstärkung anforderte, um den Krieg mit Aussicht auf Erfolg weiterführen zu können. Im Verhältnis zu den anfangs unter Bush eingesetzten Truppen verdreifachte sich deren Zahl nun unter Obama auf etwa 100.000, weshalb man jetzt auch von „*Obamas Krieg*“ spricht. Ein weiterer Wechsel des Kommandos wurde durch McChrystals abwertende Äußerung über die Washingtoner „*Kriegsführung durch Zivilisten*“ ausgelöst. Obama übertrug das Oberkommando im Juni 2010 an General David Petraeus, der mit 130.000 US-Truppen die irakischen Aufstände 2003 und 2007 blutig bekämpft hatte. „*Wir werden das Momentum der Taliban brechen*“, so Obama.

Inzwischen hat die Presse viele sich oft widersprechende Meldungen betreffs Fortführung oder Beendigung dieses letztlich nicht zu gewinnenden Krieges gebracht. Am 17. Februar 2012 brachte es Simon Jenkins in *The Guardian* mit der Überschrift „*Während wir uns aus Afghanistan über die goldene Brücke der Taliban ‚zurückziehen‘, könnten wir in eine Katastrophe bezüglich des Iran torkeln*“ auf den Punkt. Dann heißt es im Text: „*Das Pentagon plant nun, den Afghanistankrieg, den längsten in der Geschichte der USA, ein Jahr eher zu Ende kommen zu lassen (2013 Kampftruppen, 2014 ‚Ausbildungstruppen‘). Das Endspiel wird nicht als Sieg und schon gar nicht als Niederlage, sondern als ‚beschleunigter Rückzug‘ deklariert werden. Es ist klar, daß die Führer*

der Taliban Sun Tzu lesen und ‚dem Feind eine goldene Brücke bauen, über die er sich zurückziehen kann‘. Sie sprechen mit Mittleleuten, öffnen ein Büro in Doha (Katar) und geben beruhigende Interviews. Diese Woche sickerte aus dem US-Geheimdienstbericht ‚The State of the Taliban‘ durch, daß auch die afghanische Bevölkerung sich mit der Rückkehr ihrer früheren Herrscher abfinden wird, und daß sie sogar einen Grad der Stabilität und Ordnung begrüßen würde, nach zehn Jahren des von der Nato verursachten Chaos.“

Der Abzug der US-amerikanischen Einheiten (100.000 Mann) und der von 42 Ländern gestellten Hilfstruppen (ca. 30.000 Mann) wird mit Mil-

Hoher Einsatz

Bilanz des deutschen Engagements in Afghanistan*

bisher eingesetzte Soldaten	über 98 000
Todesopfer	52
Verletzte	rund 200
Schwer traumatisierte Soldaten **	über 1800
Kosten von 2001 bis 2010	rund 4,8 Mrd. €

* im Rahmen der internationalen Schutztruppe Isaf

** in Behandlung wegen posttraumatischer Belastungsstörung

Quellen: BMVg, Bundestag

Das kostet uns der sinnlose Einsatz für fremde Interessen am Hindukusch.

liarden von Dollars finanziert werden müssen. Nach *Postmedia News* muß allein Kanada, das sich mit einer Einsatztruppe von etwa 3.000 Mann am Krieg beteiligte, mit vielen Hundert Millionen Dollar rechnen, die für den Abtransport von Hunderten schwerer Militärfahrzeuge und die Auflösung von festen Anlagen wie Baracken, Flugzeughallen usw. benötigt werden. Was hätte mit diesen Geldern zur Beseitigung von Not und Armut weltweit getan werden können! Von den Menschenverlusten und den landesweiten Zerstörungen ganz zu schweigen.

Mehr und mehr wird die angestrebte Dominanz der „Internationalen Oberklasse“ auf allen Gebieten von Politik und Wirtschaft sichtbar. Unter dem Alibi, den Menschen „Freiheit und Demokratie“ zu bringen, werden die eigenen Ziele verfolgt, voran stehen der „Kampf ums Öl“ und die „Landnahme“ bisher relativ eigenständiger Staaten. Gemäß Zbigniew Brzezinski's Vorgabe sorgt man in den entwickelten Ländern dafür, daß politische Führer an die Macht kommen, die der Erfüllung weltweiter Finanzinteressen der internationalen Elite dienen.

Wir sprechen heute von einem „Arabischen Frühling“. Wenn man dreißig Jahre zurückblendet, kann man die Operationen verfolgen, die von den USA im Verbund mit der NATO und Israel durchgeführt wurden, um Änderungen in strategisch wichtigen Regionen durchzusetzen bzw. anzubahnen. (Siehe hierzu auch die nebenstehende Tabelle!)

Nach Abschluß dieser Operationen wurden „Staatsreformen“ mit Hilfe von „spontanen“, in Wirklichkeit geheimdienstlich organisierten Massendemonstrationen eingeleitet und, falls erforderlich, mit militärischer Unterstützung von USA, NATO und Israel weitestgehend durchgesetzt. Was sich 2011 und 2012 in Vorderasien und Nordafrika abspielt, ist erschreckend und beinahe unfaßbar – eine Woge aufgepeitschten islamischen Hasses, der für Mord und Totschlag zur Erreichung oft ganz anderer Interessen und Ziele aufgebaut wurde und genutzt wird.

Das Fanal dieses „Arabischen Frühlings“ wurde am 17. Dezember 2010 durch die Selbstverbrennung des 26-jährigen Mohamed Bouaziz gesetzt. Mohamed war ein tunesischer Straßenhändler, der Obst und Gemüse auf dem Markt

Jahr	Täter	Opfer	Grund, Schaden	US-Präsident
1982/84	ISRAEL + USA	Libanon	Krieg gegen PLO, Massaker in palästin. Flüchtlingslagern, Beirut zerstört	Reagan
1983	USA	Grenada	Regierungswechsel	Reagan
1986	USA Luftangriffe	Libyen	versuchter Regierungswechsel, u. a. zwei Kriegsschiffe	Reagan
1989	USA	Panama	Regierungswechsel	Bush sen.
1991	USA/NATO Operation „Wüstensturm“	Irak/Kuwait	Besetzung des Landes Bagdad zerstört	Bush sen.
1992/94	USA/NATO Operation „Restore Hope“ „Friedenstruppe“ UNITAF	Somalia	Kontrolle über den Golf von Aden	Bush sen.
1999	USA + NATO	Serbien/ Kosovo	Zersplitterung des Landes	Clinton
2001-12	USA + NATO	Afghanistan	versuchter Regierungswechsel, noch nicht entschieden	Bush jun. + Obama
2003	USA + NATO Operation „Irakische Freiheit“	Irak Staatschef getötet	Regierungswechsel	Bush jun.
2006	ISRAEL	Libanon	Zerstörung von Wohngebieten	Bush jun.
2008	Georgien + USA	Südossetien	Beendigung der Eigenstaatlichkeit, mit Hilfe Rußlands abgewehrt	Bush jun.
2009	ISRAEL	Gaza-Streifen	Einfälle, Verhinderung von Hilfsaktionen (Türkei)	Obama

feilbot, aber keine Lizenz für seinen Ziehwagen hatte. Deshalb wurde er von der Polizei gemäßregelt und von einer weiblichen Polizistin sogar geohrfeigt. Gekränkt und gedemütigt, trieb ihn das aus Protest zum Selbstmord.

Diese Tat wurde zum Symbol der meist gut organisierten Massenproteste gegen Staatsgewalt und Ungerechtigkeit, die unter dem Motto abliefen: „*Das Volk will das Regime stürzen.*“ Aber mehr als diese Parole zündeten bei der Menge die angestrebten Ziele wie: Umkehr der Inflationstendenz auf allen Gebieten, Senkung der Lebensmittelpreise, Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Erhöhung der Mindestlöhne, Säuberung des Staatsapparates von Korruption und Mißwirtschaft, Aufhebung der Notstandsgesetze, Beendigung religiöser Einflußnahme auf staatliche Entscheidungen – alles Gründe, die auch unser Kulturkreis als anzustrebende Maßnahmen verwirklicht wissen möchte. Wie eine Sturzflut verbreitete sich die aufgeputschte Hysterie und begann, an den Säulen der mehr oder weniger geordneten Staaten zu wackeln.

Tunesien: Infolge der ausbrechenden Tumulte löste Präsident Zine el-Abidine Ben Ali nach einer 23-jähriger Regierungszeit am 14. Januar 2011 das Parlament auf. Er trat ab und flüchtete nach Saudi-Arabien. Anfang Mai 2011 wurde gegen ihn und seine Frau Leila Trabelsi Anklage erhoben. Der damalige Justizminister Lazhar Karoui Chebbi sprach von 18 Klagen, darunter „Verschwörung gegen die innere Sicherheit“, „Anstiftung zu Chaos, Mord und Plünderung“, „Drogenkonsum“, „Drogenhandel“ und „Mord“. Ein erster Prozeß fand am 20. Juni 2011 in Tunis in Abwesenheit der Angeklagten statt. Verhandelt wurde der Vorwurf der Veruntreuung von Staatsvermögen. Ben Ali und seine Frau wurden nach nur einem Verhandlungstag zu jeweils 35 Jahren Haft verurteilt, darüber hinaus verhängte das Gericht Geldstrafen in Millionenhöhe. Weitere Verfahren sind noch anhängig, die schwerwiegenden Vorwürfe des Mords, der Folter und der Geldwäsche sollen von einem Militärtribunal verhandelt werden, wo Ben Ali die Todesstrafe droht. Bei den am 23. Oktober 2011 abgehaltenen Wahlen siegte der Islamist Rachid al-Ghanouchi. Aber Unsicherheit und Unzufriedenheit schwelen im Lande weiter.

Ägypten war das nächste Land, auf das der Funken des Umsturzfiebers übersprang. Mit dem Unterschied, daß es erheblich größer und einflußreicher als Tunesien ist und mit ca. 82 Millionen die zehnfache Einwohnerzahl

aufweist. Entsprechend tumultreicher liefen auch die Proteste ab, die am 25. Januar 2011 begannen. Außer Demonstration mit Aufmärschen und Kundgebungen wurden ziviler Ungehorsam und Streiks praktiziert, alles hochgradig organisiert, und von der Presse in Wort und Bild der Bevölkerung nahegebracht. Die zunächst gewaltlos durchgeführten Proteste spitzten sich mehr und mehr zu. Kairo wurde zeitweilig zum Kriegsschauplatz. Durch die Aufstände verloren 846 Menschen ihr Leben, 6.000 trugen Verletzungen davon. Der seit 20 Jahren amtierende Präsident Husni Mubarak versuchte umsonst, Ordnung und Stabilität des Landes zu erhalten. Am 11. Februar löste er das Parlament auf und übergab die Staatsgewalt dem Oberkommando des ägyptischen Militärs. Allerdings fürchten heute die damaligen Protestler, daß die militärische Junta das Land nun für unabsehbare Zeiten beherrschen wird. Mubaraks Partei wurde aufgelöst, deren Vermögen vom Staat eingezogen. Mubarak, seine Familie und etwa 300 seiner ehemaligen Mitarbeiter sollen vor ein Gericht gestellt werden, wobei unter Umständen die Todesstrafe verhängt werden könnte.

Algerien: Um etwaigen Unruhen vorzubeugen, hob Präsident Abd al-Aziz Bouteflika, der seit 1999 amtiert und 2009 mit 90 % wiedergewählt wurde, am 8. Februar 2012 das Notstandsgesetz auf, das seit 19 Jahren in Kraft war. Er versuchte seit Jahren eine Aussöhnung mit den Islamisten, wozu dieser Schritt beitragen dürfte.

Marokko: Am 20. Februar 2011 bekam das Land auf Grund der Demonstrationen von „Jungdemokraten“ eine neue Verfassung und die Zusage freier Wahlen. Das Land ist ein parlamentarisches Königreich unter König Mohammed IV. Man strebt eine Balance zwischen Revolution und Unterdrückung an, indem man sich für Reformen einsetzt, deren Durchführung die staatliche Stabilität nicht aufs Spiel setzt.

Westsahara: Ein großer Teil des Landes wird von Marokko verwaltet. Bei einem Musikfest in Dakhla fielen Hunderte von jugendlichen Marokkanern plündernd in die Häuser der Sahrauis, einer maurischen Volksgruppe, ein und setzten die Fahrzeuge der Bewohner in Brand. Dank ausgleichender Regierungsmaßnahmen verloren die am 26. Februar 2011 begonnenen Protestbewegungen in den folgenden Monaten ihre Dynamik.

Jemen: In der Landeshauptstadt Sana'a gingen am 25. Januar 2011 16.000 Menschen auf die Straße, am 3. Februar sogar 20.000. Präsident Ali Abdullah Saleh war zu einer Verfassungsänderung bereit, aber das war den Aufständlern zu wenig. Man bestand auf seinem Rücktritt, nachdem er Nord-Jemen von 1978 bis 1990 und der unabhängigen, vereinten Republik Jemen von 1990 bis 2011, also dem Staat insgesamt 33 Jahre als Präsident gedient hatte. Teile des Militärs und auch der Bevölkerung widersetzten sich dem Protest und standen zu Saleh. Mit Hilfe des Golf-Kooperationsrates wurde eine Lösung gefunden, die von beiden Seiten angenommen wurde. Am 23. November 2011 übertrug Saleh die Staatsführung seinem Vizepräsidenten Abed Rabbo Mansur Hadi und schied im Februar 2012 ganz aus der Regierung aus, wobei ihm die Unverletzlichkeit seiner Immunität auch für die Zeit nach seinem Rücktritt garantiert wurde.

Oman: In diesem Sultanat, das gegenwärtig von Qabus ibn Said geführt wird, brachen am 17. Januar 2011 ebenfalls Unruhen aus; hier mit dem Ziel, durch Protestkundgebungen das Augenmerk der Regierung auf Mißstände zu lenken, wie zu niedrige Löhne, zu wenig Arbeitsplätze, einige korrupte Amtsträger u. ä. Zur Genugtuung der Demonstranten wurden diese Beschwerden gehört und umgehend entsprechende Maßnahmen zu deren Behebung eingeleitet, – so z. B. am 20. Februar die Erhöhung der Mindestlöhne um 40 %. Im Land ist wieder Ruhe eingetreten.

Saudi-Arabien: Die Regierungsform in diesem Land Mohammeds mit den allen Moslems heiligen Städten Mekka und Medina ist eine erbliche absolute Monarchie. 1992 wurde die Sharia (das Wort Gottes) als Grundgesetz deklariert. Staatsoberhaupt ist der 87-jährige König Abdullah ibn Abd al-Aziz, ein Nachkomme von Abd al-Aziz ibn Saud. Das große Land hat eine Bevölkerung von 27 Millionen und ist der zweitgrößte Öllieferant der Welt. Es gilt aufgrund seines Reichtums als Wohlfahrtsstaat.

Ähnlich wie Ben Ali in Tunis beging am 21. Januar 2011 in Samtah ein 65-jähriger Mann Selbstmord. Daraufhin veranstalteten zunächst ein paar Hundert Menschen in verschiedenen Städten friedliche Proteste. Angefeuert wurden die Massen aber erst durch die von Tausenden gelesenen Internet-Aufrufe über Facebook zu einem „Tag des Zornes“, der sich zwar nicht

als Massenprotest verwirklichte, aber das Land bis heute beunruhigt. Der Staat versucht, z. T. auch mit harschen Repressalien, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Einige der Anführer wurden bei Demonstrationen in Al-Awamia in der Provinz al-Qatif im Osten des Landes von der Sicherheitspolizei am 12. oder 13. Januar 2012 erschossen, so auch der Aktivist Issam Mohamed Abu Abdallah. Zu seinem Begräbnis kamen 70.000 Menschen zusammen. Sie wollten mit ihrer Anwesenheit den Parolen „Freilassung von politischen Gefangenen“, „Mehr Rechte für Frauen“, „Gleiche Beteiligung am Regierungsapparat“ nachhaltiges Gewicht verleihen. Saudi-Arabien wird hauptsächlich von den Sunniten, den Anhängern der größeren islamischen Richtung, beeinflusst, während die kleinere Gruppe der Schiiten kaum Gehör findet. Die Regierung reagierte auf diesen Massenprotest mit einem Verbot aller Demonstrationen und drohte Strafen bei Nichtbefolgung an. Sie erklärte ferner, daß die Proteste zum großen Teil von auswärtigen Interessengruppen inszeniert würden und daß die Menschen sich nicht davon beeinflussen lassen sollten. Über Reformen solle man diskutieren, nicht aber versuchen, sie durch Protestkundgebungen zu erzwingen. Am 23. Februar 2012 kündigte der König eine Reihe von Maßnahmen an, um der hohen Inflationsrate entgegenzuwirken. So soll jungen, arbeitslosen Menschen geholfen und den Beamten eine Lohnerhöhung von 15 % zugebilligt werden.

Bahrain: Dieser kleine, aber strategisch wichtige Inselstaat am Persischen Golf ist eine Monarchie, die von König Hamad bin Isa Al Chalifa geführt wird. Hier begannen am 14. Februar 2011 Demonstrationen, die ursprünglich auf eine größere politische Freiheit und die Gleichstellung der zahlreichen Shiiten mit den führenden Sunniten abhoben, dann aber in das Crescendo „*Setzt den König ab!*“ ausufernten. Erhitzte Demonstrationen fanden wochenlang auf dem zum Zeltlagerplatz gewordenen Perlenplatz in Manama statt. Einen Monat später, am 14. März 2011, räumte die ins Land gerufenen Truppe des Golf-Kooperationsrates den Platz; am nächsten Tag erklärte König Hamad das Standrecht und einen drei Monate langen Ausnahmezustand. Es wird von einem brutalen Vorgehen der Polizei gesprochen. Annähernd 3.000 Menschen wurden verhaftet. Fünf starben während ihrer Inhaftierung. Im Juni 2011 setzte König Hamad eine internationale Kommission zur Untersuchung des Verhaltens der Polizei ein. Der am 23.

November 2011 veröffentlichte Bericht bestätigte Fälle groben Vergehens gegen die Menschenrechte; die Schuldigen wurden zur Verantwortung gezogen. Wenn auch nicht mehr auf dem Perlenplatz im Stadtzentrum, so brodelt doch die Unzufriedenheit in einigen Gegenden weiter.

Sudan: Auch hier begannen am 30. Januar 2011 Demonstrationen von Studenten und anderen Jugendlichen, denen durch Facebook-Propaganda Proteste zur Erreichung eines Regierungswechsel dringend notwendig erschienen. Generalleutnant Umar Hasan Ahmad al-Baschir, seit 1993 amtierender Staatspräsident, erklärte daraufhin am 21. Februar, daß er 2015 nicht noch einmal kandidieren werde.

Viel weittragender ist die Tatsache der Teilung des Landes. Nach jahrzehntelangen internen Kämpfen, mit einem Blutzoll von ca. 2 Millionen Menschen verschiedener Stämme und Religionen, wurde dem Süden am 10. Juli 2011 seine Eigenstaatlichkeit als Südsudan unter Präsident Salva Kiir Mayardit gewährt. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Sudan-Staaten bedarf sorgfältiger Planung, da die reichen Ölvorkommnisse im Süden auf die im Norden vorhandenen Raffinerien und Werkanlagen angewiesen sind. Die Teilung des Landes kostet den Staat 36 Prozent seines Einkommens. Die endgültigen Auswirkungen müssen abgewartet werden. Ohne Zweifel werden England und die USA ihren Einfluß geltend machen, sind sie doch schon lange an der Entwicklung des Landes und dessen Wirtschaft interessiert.

Libyen: Das Land ist fünf Mal so groß wie das heutige Deutschland, umfaßt weite Wüstengebiete und hat eine Bevölkerung von nur 6 Millionen. 1969 wurde im Laufe einer unblutigen, von Oberst Muammar al-Gaddafi geführten militärischen Revolution der alternde König Idris abgesetzt und das Land in Arabische Republik Libyen umbenannt. Mit Gaddafi als Staatsoberhaupt löste es sich völlig vom Einfluß ehemaliger Kolonialmächte und setzte die Ideologie der „Dritten Internationalen Theorie“ erfolgreich zur Führung des Staates ein. 1977 trat Gaddafi offiziell zurück, blieb aber als „der Bruder Führer“ beständiger Berater in Staatsangelegenheiten. Durch den Export einer gleichen Menge Öls wie Saudi-Arabien und durch verschiedene Wohlfahrtsprogramme erreichte

Libyen laut UN-Statistik den höchsten Lebensstandard ganz Afrikas und blieb dennoch schuldenfrei. Die „Befreiung“ dieses Landes wurde am 17. Februar 2011 mit einer Protestkundgebung in Bengasi eingeleitet, mit dem Ziel, Gaddafi zu stürzen. Hier waren es nicht verwestlichte Jugendliche, die Veränderungen forderten, sondern eine Gruppe bewaffneter und trainierter Mannschaften, die auftragsgemäß agierte und von ausländischen Mächten unterstützt wurde. Selbstverständlich setzte sich der Staat dagegen zur Wehr.

Daraufhin griff US-Präsident Obama am 26. Februar 2011 zunächst mit Sanktionen gegen Libyen ein. Am 18. März wurden dann im UN-Sicherheitsrat das Flugverbot und andere Maßnahmen gegen Libyen beschlossen, was den Mitgliedsstaaten ein Eingreifen im Lande direkt ermöglichte. Wie Wikipedia berichtet, übernahmen die USA am nächsten Tag auf Anordnung Obamas die militärische Führung und begannen mit Luftangriffen gegen Libyens Verteidigungsanlagen, um „Zivilisten zu schützen und das Flugverbot durchzusetzen“, wobei auch „Tomahak“-Marschflugkörper, strategische Langstreckenbomber vom Typ Northrop Grumman B-2 „Spirit“ und operativ-taktische Kampfflugzeuge zum Einsatz kamen. Im weiteren Verlauf der Zerstörung des libyschen Staates beteiligten sich die ehemaligen Kolonialmächte England und Frankreich an vorderster Front. Während der von langer Hand geplanten Vernichtungswelle wurden in acht Monaten 20.000 Bombenangriffe geflogen, die das Land und seine Infrastruktur weitgehend verwüsteten – von den Zehntausenden getöteter, verletzter und heimatlos gewordener Menschen ganz zu schweigen.



Muhamar al-Gaddafi (1942-2011), gestürzt und ermordet durch eine von den Internationalisten finanzierte Clique.

Die Ermordung des rechtmäßigen Staatschefs am 20. Oktober 2011 war dann das Finale der militärisch erzwungenen Inbesitznahme eines reichen und blühenden Landes. Präsident Obama äußerte allerdings, der Tod Gaddafis bedeute, „daß wir jetzt in der ganzen Welt die Macht der amerikanischen

Führung sehen“.⁹³ Dieser Ausspruch knüpfte an ähnliche Worte Obamas im Juli 2011 an. Es war in Frage gestellt worden, ob der vom ihm gegebene Befehl zum Einsatz des US-amerikanischen Militärs in Libyen gerechtfertigt gewesen war, worauf er antwortete, daß die USA sich sehr wohl in überseeische Konflikte einschalten könnten, „*wenn unsere Sicherheit nicht direkt bedroht ist, aber unsere Interessen und Werte*“.⁹⁴

Ian V. Macdonald, der im Zweiten Weltkrieg in der kanadischen Luftwaffe gedient und später viele Jahre als Wirtschaftsberater der kanadischen Botschaft in Beirut Gelegenheit hatte, die arabischen Länder und ihre wirtschaftlich-politischen Bestrebungen kennenzulernen – ein Interesse, das ihn bis heute nicht losgelassen hat –, beschrieb in einem Leserbrief vom 23. Oktober 2011 an die *National Post* in Ottawa die Lebensumstände in Libyen vor seiner gewaltsamen Zerstörung. Hier einige Auszüge in deutscher Übersetzung: kostenlose Elektrizität für alle Einwohner; Bankkredite ohne Zins (per Gesetz); Beihilfe von \$ 50.000 zum Kauf einer Eigentumswohnung für Neuvermählte; \$ 5.000 bei Geburt eines Kindes; freie Schul- und Universitätsausbildung, auch im Ausland, mit zusätzlicher Unterstützung von \$ 2.300 per Monat; freie medizinische Betreuung in Libyen und im Ausland; freier Landerwerb zur Bewirtschaftung zusätzlicher Behausungen, Gerätschaften, Vieh, Saatgut, Bewässerung. Beim Kauf eines Autos trug der Staat 50 % des Kaufpreises. Benzin kostete \$ 0,14 je Liter. Das Land hatte ein modernes Straßen- und Verkehrssystem und das größte und eindrucksvollste Bewässerungssystem der Welt, erstellt mit einem Kostenaufwand von \$ 27 Milliarden. Ein Teil des Erlöses aus Ölverkäufen wurde direkt auf die Bankkonten der libyischen Bürger gutgeschrieben. Abschließend schreibt Macdonald: „*Welch anderes Staatsoberhaupt hat so viel für seine Bürger getan? Selbst Hitler, der für sein Volk in der Mitte weltweiter Depression unerwarteten Wohlstand schuf (und die vollste Bewunderung für seine Erfolge von William Mackenzie King [damaliger kanadischer Ministerpräsident; d. A.] gewann), wäre eifersüchtig gewesen!*“

Die letzten Meldungen besagen: „*Durch den Bürgerkrieg 2011 kam es zu desolaten Zuständen. Weite Teile des Landes stehen unter Kontrolle lokaler Revolu-*

93 Wahl, Dr. Max, in: *Notizen*.

94 Zakaria, Fareed, in: „CCN.com“, 31. 7. 2011.

tionsbrigaden, die sich nicht der provisorischen Regierung unterstellen wollen.“⁹⁵
*„In Gefängnissen wird gefoltert.“*⁹⁶

Libanon: Das ans Mittelmeer grenzende Land, das sich um die Wiederbelebung seines Fremdenverkehrs bemüht, wird immer wieder von Unruhen heimgesucht. Am 12. Januar 2011 trat die gesamte Regierung hilflos zurück, nachdem Gespräche zwischen Syrien und Saudi-Arabien, zwecks Beihilfe zur Entspannung, abgebrochen wurden. Am 27. Februar 2011 fanden Demonstrationen in Beirut statt, die dann auch auf andere Städte übersprangen und schließlich Tausende von protestierenden Menschen auf die Straßen brachten, die ihrem Unmut und Ärger freien Lauf ließen. Aus den Nachbarländern beteiligten sich Palästinenser und Syrer, die ihre Anliegen vorbrachten, während die Libanesen hauptsächlich eine Änderung ihres konfessionellen Staatssystems erreichen wollten. Am 13. Juni 2011 wurde die Regierung neu geformt, was der Allgemeine Gewerkschaftsbund zum Anlaß nahm, Lohnerhöhungen and anderes zu fordern. Obwohl diesem allgemein entsprochen wurde, gab sich die Gewerkschaft der Lehrer nicht damit zufrieden, sondern ging in den Streik. Für Ende des Jahres 2011 war sogar ein Generalstreik geplant.

Jordanien: Hier begannen am 28. Januar 2011 Proteste von Seiten der Moslebruderschaft, die die Absetzung von Ministerpräsident Samir ar-Rifa'i forderte, den man für die Wirtschaftspolitik und die politische Situation des Landes verantwortlich machte. König Abdullah löste daraufhin am 1. Februar das Parlament auf und beauftragte Dr. Maruf Sulayman al-Bakhit mit dessen Neubildung. In der Folge wurden Reformen, vor allem in Bezug auf die Zusammensetzung der Regierung und den Wahlvorgang durchgeführt. Aber es wurde trotzdem weiter protestiert. Neben den Moslebrüdern waren es nun vor allem linksradikale Jugendliche, die Zusammenstöße mit der Polizei provozierten. Man warf der Regierung vor, zu wenig zur Reduzierung der hohen Preise, der Inflation und der Arbeitslosigkeit zu tun – an und für sich Probleme, die es weltweit zu beseitigen

95 Kirkpatrick, David D.: „Fighting May Outlast the Revolution“ in: *New York Times*, 1. November 2011.

96 Artikel „Beunruhigende Nachrichten aus Libyen“, in: *Basler Zeitung*, 3. Januar 2012.

gabe. Am 17. Oktober 2011 trat al-Bakhit zurück. Seither ist Aun Schaukat al-Chasauneh der jordanische Regierungschef. Jordanien nimmt regelmäßig eine Schlüsselstellung im brodelnden Vorderasien ein und versucht, seine Existenz durch enge Zusammenarbeit mit den USA zu erhalten. So flog König Abdullah II. am 17. Januar 2012 in voller Staatsmontur nach Washington, wo er Präsident Obama seine Hilfe für Friedensinitiativen zwischen Israel und Palästina wie auch für die Beilegung der Konflikte in Syrien zusagte.



Zerstörungen in der syrischen Stadt Kunaitra auf den Golan-Höhen nach dem israelischen Rückzug.

Syrien: Das Land hat eine bewegte Geschichte. Seit 1516 war es ein Teil des Osmanischen Reiches, stand aber im Ersten Weltkrieg auf Seiten der Entente, in der Hoffnung, danach als selbständiges Land anerkannt zu werden. Durch den Völkerbund wurden die Hoheitsrechte des Landes allerdings an Frankreich übertragen. Während des

Zweiten Weltkrieges wurde Syrien von den Alliierten besetzt. 1948 nahm es am Palästinakrieg teil und verlor dadurch die Golan-Höhen, die aber nach dem Jom-Kippur-Krieg 1973 zum Teil zurückgewonnen werden konnten. Syrien ist laut seiner Verfassung von 1973 eine sozialistische Volksrepublik, an dessen Spitze der vom Parlament gewählte Präsident steht. Als solcher wurde zunächst Hafiz al-Assad gewählt, der verschiedentlich Aufständen der Moslembrüder entgegenwirken mußte. 1982 kam es in Hama unter Einsatz der Armee zu bitteren Kämpfen, wobei ein großer Teil der Altstadt zerstört wurde und Tausende von Menschen ums Leben kamen. Im Verlauf des 1. Golfkrieges unterstützte Syrien den Iran, während es im 2. Golfkrieg bei der „Befreiung“ Kuwaits mithalf. Das führte zu einem gespannten Verhältnis mit dem Iran. Erst 2006 wurden wieder diplomatische Beziehungen aufgenommen.

Nach dem Tod Hafizs wählte das Parlament im Juli 2000 mit 97 % dessen Sohn Baschar al-Assad zum Präsidenten, der gleichzeitig Generalsekretär der dominierenden Baath-Partei ist. Unter ihm begann der „Damaszener Frühling“, der demokratische Reformen zum Ziel hatte. Im November 2000 wurden 600 politische Gefangene entlassen. Die Benutzung des Internets wurde erlaubt. Im Frühjahr 2004 kam es zu Demonstrationen in den kurdischen Teilen des Landes. Dabei gab es Zusammenstöße mit den Sicherheitskräften, wodurch an die 100 Menschen verhaftet und etliche getötet wurden.

Unter Omar Karami, dem zweimaligen libanesischen Ministerpräsidenten, lehnte sich der Libanon stark an den „großen Bruder“ Syrien an. Aber der Mord an Ex-Premier Rafiq al-Hariri – der Selfmade-Millionär führte von 1992 bis 1998 sowie zwischen 2000 und 2004 als Ministerpräsident insgesamt fünf libanesische Regierungen an – am 14. Februar 2005 setzte dem ein jähes Ende, da es hieß, daß der syrische Geheimdienst seine Hände mit im Spiel gehabt hätte. Der Abzug des syrischen Militärs und der Rücktritt Omar Karamis waren die Folge. Syrien wehrte sich gegen alle Anschuldigungen und sprach von einem Komplott des Westens. Daraufhin wurde am 31. Oktober 2005 von den USA, Frankreich und England eine Resolution beim UN-Sicherheitsrat eingebracht, die Syrien durch Sanktionen zur Freigabe seiner Geheimakten zwingen sollte. Auf Druck Rußlands und Chinas wurde zwar auf Sanktionen verzichtet, aber Syrien verwarnt und verpflichtet, an weiterzuführenden Ermittlungen bezüglich der Ermordung Hariris mitzuarbeiten. Bashar al-Assad gab dazu im Januar 2006 seine Zustimmung. Ende des Jahres 2008 nahmen Syrien und der Libanon wieder volle diplomatische Beziehungen auf und tauschten erstmals ihre Botschafter aus.

Mit Israel hat Syrien seit den kriegerischen Zusammenstößen nur einen Waffenstillstand, aber keinen Friedensvertrag. Im Oktober 2003 bombardierte die israelische Luftwaffe ein vermutetes Terroristenausbildungslager südlich von Damaskus. Am 6. September 2007 bombardierte Israel die syrische Militäranlage Al Kibar als eine angeblich im Bau befindliche Atomanlage nach nordkoreanischem Muster, während Syrien versicherte, daß es sich um ein leeres Militärgebäude gehandelt habe. Im Mai 2008 nahmen

Israel und Syrien neuerliche Friedensverhandlungen auf, die aber seit dem Gaza-Konflikt Ende 2008 nicht weitergeführt wurden.

Im Gleichklang mit den anderen afro-asiatischen Staaten begannen in Syrien die Demonstrationen am 26. Januar 2011 mit den Parolen „*Der Präsident muß abdanken!*“, „*Das Parlament muß aufgelöst werden!*“, „*Wir brauchen eine neue Verfassung!*“ usw. Aus verschiedenen Berichten ist ersichtlich, daß der syrischen Regierung Glauben geschenkt werden muß, wenn sie von „*bewaffneten Banden*“ spricht. Schon am 19. Januar 2011 berichtete www.infowar.com, daß unmarkierte UN-Flugzeuge in Iskenderun an der türkisch-syrischen Grenze mit libyschen Freischärlern und geplünderten Waffen aus Gaddafis Arsenal an Bord gelandet seien. Auch seien französische und englische Sondereinheiten-Ausbilder zur Stelle, um den syrischen Rebellen Hilfestellung zu geben. Um die ausufernden Proteste einzudämmen, setzte die Regierung die Armee ein. Es kam zu schweren Zusammenstößen, die besonders in Homs mit Zerstörungen und relativ hohen Menschenverlusten ihren Höhepunkt erreichten. Andererseits hob die Regierung am 21. April 2011 das Notstandsgesetz auf und stellte am 24. Juli eine Umbildung des Parlaments unter Zulassung weiterer Parteien in Aussicht, sofern diese nicht einseitig von religiösen oder rassistischen Motiven geprägt werden. Während die westliche Welt das Verhalten der syrischen Regierung schärfstens verurteilte, haben Rußland und China hartnäckig gegen jede UN-Resolution gestimmt, die Syriens Handlungsfreiheit einschränken würde. Im Februar 2012 gab die Regierung den Entwurf einer neuen Verfassung bekannt, die weitgehend allen Änderungswünschen gerecht wird. Am 26. Februar stimmten die Syrier bei 57 %-iger Wahlbeteiligung über das Referendum ab. Es wurde mit 90 % angenommen. Präsident Assad erklärte am 28. Februar die neue Verfassung zum Gesetz.

Israel: Das Land hieß bis 1948 **Palästina** und ist vielleicht das Alpha und Omega der sich lawinenartig verbreitenden Unruhen. Auch im „gelobten Land“ wurden am 15. Mai und 5. Juni 2011 Proteste laut, allerdings nicht direkt im Land, sondern an dessen Grenzen. Die Demonstranten waren Vertreter der durch Israel verdrängten und sich bedroht fühlenden Menschen aus dem Gaza-Streifen, dem Westjordanland, dem Libanon, Syrien, Ägypten und Jordanien. Syrischen Informationen zufolge wurden durch israelische Soldaten 23 Protestierende getötet und 350 verwundet.

Ein kurzer Rückblick auf die Entstehung dieses nahöstlichen Spannungsfeldes sei erlaubt. Mit der Balfour-Deklaration wurde dem Weltjudentum 1917 die englische Unterstützung zur Errichtung einer nationalen Heimstatt in Palästina zugesagt. 1945 löste die jüdische Irgun Tzwa'i Le'umi (dt., Nationale Militärorganisation), eine von 1931 bis 1948 bestehende zionistische Untergrundorganisation in Palästina, unter Menachim Begin mit Hilfe terroristischer Anschläge dieses Versprechen ein. Dem 1947 von der UNO entwickelten Plan einer Teilung Palästinas kam David Ben-Gurion zuvor, indem er – als Oberster Leiter der Zionistischen Weltorganisation und Präsident der Jüdischen Agentur für Palästina – am 14. Mai 1948 Israel zu einem vom britischen Mandat unabhängigen Staat erklärte. Das löste den Protest der anliegenden Staaten und in der Folge den Arabisch-Israelischen Krieg aus, durch den sich Israel weitere Teile des britischen Mandatsgebietes einverleiben konnte. 700.000 Palästinenser, die während des Krieges geflohen oder vertrieben worden waren, konnten nicht mehr in ihre Heimat zurück. Sie und ihre Nachkommen, wie auch die Flüchtlinge des Sechstage-Krieges von 1967, leben bis heute in den angrenzenden Ländern und sind größtenteils in Lagern zusammengepfercht.

In den Atlanten der westlichen Welt findet man nur noch den Namen Israel für das einst von den Palästinensern bewohnte Land, mit Markierungen wie „Westjordanland“, „Golan“ und „Gaza“. Doch selbst in diese Überbleibsel des ehemaligen Palästinas drängt sich Israel – aus „Sicherheitsgründen“. So sagte der 1958 im moldauischen Kischinau geborene israelische Außenminister Avigdor Lieberman, Vorsitzender der chauvinistisch-orthodoxen Partei Jisra'el Beitenu, am 29. Februar 2012: *„Israel kann nicht riskieren, seine militärische und zivile Anwesenheit im Jordantal einzubüßen, sie muß im Gegenteil weiter verstärkt werden.“* Das erinnert an die anhaltende Siedlungspolitik in den noch nicht annektierten Gebieten. Diese sollte schon mehrmals durch Resolutionen des UN-Sicherheitsrates gestoppt werden, was aber stets von den USA durch deren Veto verhindert wurde.

Aber es gibt auch Stimmen der Vernunft und Rechtschaffenheit. So sagt der in Israel aufgewachsene und heute in England lebende Gilad Atzmon, Musiker, Schriftsteller und Aktivist, in einem Interview: *„Es ist den Israelis gelungen, die palästinensische Kultur auszulöschen, doch es hat nicht wirklich*

geklappt. Warum? Weil die Palästinenser nicht verschwunden sind. Der Anspruch ist da. Und er ist berechtigt.“ Weiter sagte der politisch rührige Jazzmusiker: *„Wir müssen wirklich anfangen, den Begriff einer zurechtphantasiierten Vergangenheit zu verstehen. Diese Leute haben ihre Vergangenheit erfunden – wie Shlomo Sand argumentierte –, und er hat recht. Die Zionisten haben ihre Vergangenheit erfunden, in der Hoffnung, daß sich ihre Zukunft entsprechend entwickeln würde. Und ihre Historie muß nicht konsequent sein, denn sie können sie erfinden, wann und wie immer sie wollen.“*

Atzmoms prägendes Erlebnis war nach eigenen Angaben der Libanonkrieg 1982, an dem er als Rettungsassistent der israelischen Armee teilnahm. Er bewertet Israel als *„eine Kolonialmacht, die durch ethnische Säuberung und Plünderung entstanden sei“*.⁹⁷ In seinem im April 2005 erschienenen Buch *„My One and Only Love“* macht Atzmon sich über zionistische Helden lustig und stellt den israelischen Geheimdienst als Verbrecherbande dar. Atzmoms Romandebüt verschwand in Israel nach kurzer Zeit aus den Buchläden, sein zweites Buch ist nicht auf hebräisch erschienen.

Am 12. März 2002 wurde mit dem UN-Beschluß 1397 eine Zwei-Staaten-Resolution für das Land gefordert. Am 30. April 2003 veröffentlichte das „Nahost-Quartett“ USA, EU, UNO und Rußland einen „Road Map“ genannten Friedensplan zur Errichtung eines palästinensischen Staates im Jahr 2005. Der Vorschlag wurde von den Palästinensern angenommen, aber die Israelis stellten sich mit 14 weiteren Bedingungen dagegen. Am 26. Juni 2011 gab der Präsident des Palästinensischen Nationalrates, Mahmud Abbas, bekannt, daß man bei der UNO die Anerkennung eines palästinensischen Staates beantrage. Eine Entscheidung darüber ist vom Sicherheitsrat vorläufig auf später verschoben worden.

Wir beenden unseren Exkurs in die arabische Welt. – Die Entwicklung der Wirtschaft und des Finanzwesens, beide eng miteinander verknüpft, haben Ende 2011 in fast allen westlichen Ländern einen kritischen Punkt erreicht, in dessen Folge Regierungen gestürzt und umgebildet wurden, die

⁹⁷ <http://www.guardian.co.uk/music/2009/mar/06/gilad-atzmon-israel-jazz-interview#history-byline>

Inflationsraten eskalierten und die Arbeitslosigkeit weiter um sich griff. Die Reaktion einer stark verunsicherten Bevölkerung, ohne eine solide, vertrauenserweckende Führung, kann noch gar nicht abgesehen werden. Was wir zur Zeit in Griechenland und in Italien erleben, gibt uns einen gewissen Vorgeschmack. Sollte auch Spanien zusammenbrechen, hätte sich der Kreis ums Mittelmeer geschlossen und ergäbe ein enormes Potential für eine (geleitete) Einflußnahme.

Wie von Brzeziński schon um 1970 angemahnt, hat sich die internationale Oberklasse des Westens zusammengetan und setzt ihre Interessen rücksichtslos durch, ohne Rücksicht auf das Wohl oder Wehe der Völker. Indem sie vorgibt, den noch relativ selbständigen Ländern Freiheit und Demokratie bringen zu wollen, zerstört sie mit Bombenhagel und tödlichen Anschlägen deren Infrastrukturen und entfesselt chaotische Zustände. Unter dem Motto: „*Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns*“ (Bush sen.) hält man Deutschland und seine Politiker am Zügel.

Nach der Wahlniederlage der CDU übernahmen 1998 bis 2005 die SPD und die GRÜNEN die Regierung, mit Gerhard Schröder als Bundeskanzler und Joschka Fischer als Außenminister. Deutschland arbeitete fleißig, wie bisher, zahlte alte und neue „Wiedergutmachungen“ weiter und verschuldete sich noch mehr. Die Zahl der Arbeitslosen stieg beängstigend.

Trotz aller negativen Aspekte, wie dem Einsatz deutscher Hilfstruppen im Kosovo und in Afghanistan, der Teilnahme an Siegesfeiern der westlichen und östlichen „Befreier“ und der Einführung der vielleicht notwendigen, aber gehaßten Rentenreform Hartz IV, hat Schröder zweifellos auch einiges Positive für sein Volk getan.

Einmal hat er bei dem Überfall auf den Irak nicht mitgespielt, sondern eine deutsche militärische Hilfe glatt verweigert, wodurch eine Entfremdung zu George W. Bush und Amerika ausgelöst wurde. Zum anderen konnte Schröder die freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich unter Jacques Chirac weiterführen und die strategische Zusammenarbeit mit Putins Rußland vertiefen. Zwei Wochen vor seiner Abwahl im Herbst 2005 wurde das Übereinkommen zum Bau der Ostseepipeline unterzeichnet, die unter

Umgehung des Landweges von Wiborg in Rußland durch die Ostsee direkt nach Lubmin bei Greifswald führt. In den folgenden Jahren setzte sich Ex-Kanzler Schröder weiterhin für eine Wirtschaftsgemeinschaft der EU mit Rußland ein und unterstützte Putins Vorschläge zur Errichtung einer Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok. Außerdem plädierte er für eine Verwirklichung des South Stream-Projektes, einer geplanten russisch-italienischen Erdgas-Pipeline, die u. a. auf dem Grund des Schwarzen Meeres verlaufen soll und als Konkurrenzprojekt zur geplanten Nabucco-Pipeline gilt, die – vom kaspischen Raum her kommend – russisches Territorium umgehen würde.

Joschka Fischer dagegen, der es niemals zu einem Schul- oder Universitätsabschluß gebrachte hatte und in seiner Jugend ein glühender Anhänger der berüchtigten marxistischen Frankfurter Schule (Adorno/Habermas) war, erwarb sich aufgrund seiner politischen Tätigkeit 1997 bis 2005 das Wohlwollen jüdischer Kreise des In- und Auslandes. Neben anderen Auszeichnungen erhielt er die Ehrendoktorwürde der Universität von Tel Aviv. 2006 übernahm er eine einjährige Gastprofessur für Internationales Wirtschaftsrecht an der Princeton University in den USA. Seit 2009 arbeitet er in beratender Funktion für das Nabucco-Pipeline-Projekt, das von der EU und den USA gefördert wird. Man will damit der Abhängigkeit Europas von russischem Gasexport entgegenwirken, doch braucht man zunächst das Einverständnis der durch den Bau betroffenen Staaten, vor allem der Türkei.

Im Oktober 2005 bildete sich aufgrund des unentschiedenen Wahlergebnisses die neue Regierung als große Koalition zwischen CDU und SPD. Dr. Angela Merkel wurde Kanzlerin der BRD. Kurz nach ihrem Amtsantritt versicherte sie Helmut Kohl, daß man auf seinen Erfolgen aufbauen und auf seiner Linie weiterarbeiten werde. Das bedeutete eine Lockerung der Beziehungen zu Rußland und eine wieder festere Bindung zu den USA. Im Juni 2006 besuchte der US-amerikanische Präsident George W. Bush die Kanzlerin auf Schloß Meseberg in Mecklenburg-Vorpommern. Bei seiner Ankunft in Stralsund sorgten strengste, schätzungsweise 15 Millionen Euro kostende Absperrmaßnahmen dafür, daß der Unmut der Bevölkerung das freundschaftliche Treffen nicht stören konnte.

Im Dezember 2006 wurde das Mannesmann-Verfahren eingestellt. Die sechs Angeklagten, vorrangig der Chef der Deutschen Bank, „Joe“ Ackermann, entrichteten 5,8 Millionen Euro Strafge­lder an die Staatskasse und gingen dadurch straffrei aus. Das Verfahren hatte die Übernahme des deutschen Mannesmann-Konzerns durch den britischen Konkurrenten Vodafone geprüft, wobei im Jahr 2000 Schmiergelder in Höhe von 57 Milliarden Euro an Führungskräfte und pensionierte Manager von Mannesmann verteilt worden waren.⁹⁸

Aber weder die Regierung noch das Volk regte das besonders auf! Was hätte wohl Friedrich der Große, dessen 300. Geburtstag wir kürzlich feierten, dazu gesagt? In seinem Staat herrschten preußische Ordnung und unbestechliches Beamtentum. Er selbst betrachtete sich als den ersten Diener seines Staates.

Im Dezember 2007 wurde der Lissabon-Vertrag von den 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union unterzeichnet. Es ist im Grunde eine Europäische Verfassung, die 500 Millionen europäische Bürger aus verschiedenen Kulturen und Rechtswesen zu Einheits-Untertanen macht. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, wie es in der Charta der Vereinten Nationen garantiert war, ist dadurch ausgehebelt, ebenso der Passus des Grundgesetzes, das sich nur als Übergangszustand verstand, „*bis eine vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossene Verfassung in Kraft tritt*“.

Um ganz sicher zu gehen, daß es kein Aufbegehren gegen diese EU-Verfassung gibt, bestätigt man ausdrücklich: „*Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels (Art. 2 Abs. 2 EMRK; d. A.) betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um c) einen Aufbruch oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen.*“ Den noch selbständigen Staaten anderer Kontinente aber verweigert man dieses Recht.

Im Herbst 2008 wurde die Hypo Real Estate mit staatlichen 30 Milliarden und weiteren 20 Milliarden der Deutschen Bundesbank vor dem Bankrott gerettet und nach weiterer Verschuldung 2009 ganz verstaatlicht. 2010/11

98 *Weltwoche*, Nr.48/2006.

wurden rückwirkende Falschverbuchungen in Höhe von 55,5 Milliarden entdeckt. Aber die leitenden Angestellten kamen mit einem Rüffel von Finanzminister Schäuble davon. Kein Wunder, daß Wirtschaft und Bankwesen aus dem Rahmen laufen.

US-Präsident Barack Obama wurde im Juni 2009 von der deutschen Bevölkerung freudig und fast wie ein Messias willkommenegeheißt, während Angela Merkel reserviert erschien. Schuld daran mag die Kürze und das eigenartige Programm dieses kaum zweitägigen Besuches gewesen sein, der über Dresden und Buchenwald – wo sich der „Zeitzeuge“ Eli Wiesel berufsmäßig einschaltete – unter Auslassung Berlins nach Baden-Baden führte. Aus Presseberichten ist ersichtlich, daß sich Merkel für eine endgültige Lösung des Israel-Palästina-Problems engagierte und den US-Präsidenten um diesbezügliche diplomatische Unterstützung bat.

Bei der Neuwahl des Bundestages im Oktober 2009 konnte die CDU/CSU in kleiner Koalition mit der FDP die Mehrheit erreichen. Angela Merkel behielt das Kanzleramt.

Durch die sich verschlechternde Wirtschaftslage wurden es nicht weniger, sondern mehr Arbeitslose. Die Unterhaltung der nicht integrierbaren Zuwanderer – zwei Drittel von ihnen zahlen nichts in die deutschen Sozialkassen ein, sondern kosten uns Milliarden pro Jahr! – belastete den Staatshaushalt immer mehr. Schon am 20. November 2004 hatte die *FAZ* geschrieben: „*Die multikulturelle Gesellschaft ist grandios gescheitert.*“ Im August 2010 erschien Dr. Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“.

Die BBC brachte am 17. Oktober 2010, daß Frau Merkel an diesem Tag in Potsdam zu Mitgliedern der Junge Union (CDU/CSU) sprach und dabei feststellte, daß das „sogenannte ‚Multikulti-Konzept – nach dem die Menschen glücklich ‚Seite an Seite miteinander leben‘ – nicht funktioniere“. Die Kanzlerin sagte gerade heraus, daß der Versuch, eine multikulturelle Gesellschaft aufzubauen „gänzlich gescheitert“ sei. Des weiteren führte sie aus, daß wir uns dem christlichen Konzept der Menschheit verbunden fühlen. Jemand, der das nicht akzeptiert, sei hier am falschen Platz. Immigranten sollten sich integrieren und deutsche Kultur und Wertvorstellungen annehmen.

Während einer Pressekonferenz am 2. Mai 2011 erklärte Frau Merkel, daß sie Barack Obama ihren und Deutschlands Respekt für die gelungene Tötung von Osama bin Laden mitgeteilt habe. Eine Frage, ob diese gezielte Tötung auch von deutschen Sicherheitskräften zum Vorgehen gegen Terroristenchefs verwendet werden sollte, beantwortete sie ausweichend. – War es nun wirklich bin Laden, den man so eilig ins Meer warf? Warum wurde er nicht gefangenengenommen und vor ein Kriegsgericht gestellt?

Am 7. Juni 2011 erhielt Angela Merkel während ihres Staatsbesuches in den USA von Barack Obama die höchste zivile Ehrung, die Freiheitsmedaille, die in letzter Zeit nur Papst Johannes Paul II., Nelson Mandela und Helmut Kohl als Nichtamerikaner erhalten hatten. Der Besuch Merkels stand unter dem Zeichen von Zuckerbrot und Peitsche, wie ein US-amerikanischer Reporter sehr richtig bemerkte. Die ganzen Lobhudeleien Obamas liefen darauf hinaus, Europa unter „deutscher Führung“ weiterhin unverbrüchlich an die USA und ihre angestrebte Welt dominanz zu binden. Man war in den USA irritiert von der in Deutschland zunehmenden Ablehnung des Afghanistaneinsatzes, von Deutschlands Stimmhaltung zum NATO-Beschluß des militärischen Eingreifens in Libyen, den auch Rußland und China abgelehnt hatten, und von Deutschlands engen Handelsbeziehungen zum Iran. Weiter mißfällt den USA, daß Deutschland im Gegensatz zu den USA einen erheblichen Export-Überschuß erzielen konnte, was besonders im Handelsaustausch mit China aufscheint.

Der US-Finanzminister Timothy Geithner bemängelte, daß Deutschland den „kranken“ europäischen Staaten (Griechenland, Spanien, Italien) nicht großzügiger unter die Arme greift. Der größte Stolperstein aber dürfte der Nahe Osten gewesen sein. Während die USA den Versuch der Palästinenser, mit Hilfe der UNO die eigene Staatlichkeit zurückzuerhalten, stärkstens boykottierten, artikulierte Angela Merkel während der Pressekonferenz in Washington den deutschen Standpunkt wie folgt: *„Wir befürworten einen jüdischen Staat Israel und daneben einen palästinensischen Staat. Einseitige Maßnahmen helfen der Sache nicht; wir verpflichten uns, eng an einer Lösung mitzuarbeiten.“* Eigenartigerweise findet man diesen Satz in dem im Computer abrufbaren deutschen Video nicht, dagegen aber in dem ebenfalls ab-

rufbaren US-Video, nebst dem vollen Abdruck des Konferenztextes unter www.whitehouse.gov/photos-and-video/2011/06/07.

Dieser deutsche Fauxpas, sich für eine friedliche und gerechte Lösung des schwelenden Konfliktes einzusetzen, ist nun mit der Lieferung des sechsten, atomar bestückbaren U-Bootes der Dolphin-Klasse an Israel im Dezember 2011 revidiert worden. Während die ersten zwei dieser Boote, von Deutschland voll bezahlt, nach dem 1. Golfkrieg an Israel geliefert wurden, übernahm bei Lieferung des dritten Deutschland die Hälfte der Kosten, bei den nachfolgenden dann je ein Drittel.



Am 20. Januar 2011 wurde Dr. Angela Merkel in Berlin vom American Jewish Committee (AJC) als „ein Licht unter den Völkern“ mit dem „Light Unto the Nations Award“ für „ihr starkes Engagement für die besonderen Beziehungen zu Israel wie auch für eine lebendige Kultur der Erinnerung an den Holocaust“ ausgezeichnet. Insbesondere ihr couragiertes Eintreten gegen Antisemitismus, gegen die Leugnung und Verharmlosung des Holocaust und gegen alle Formen von Rassismus sei zu würdigen, so AJC-Geschäftsführer David Harris.

Am 16. März 2008 versicherte Angela Merkel anlässlich ihres Besuches in Israel zu dessen 60-jährigem Staatsjubiläum: *„Die Verantwortung für Israels Sicherheit ist Teil der deutschen Staatsräson.“* Man fragt sich, wie U-Boote der Sicherheit eines Landes dienen sollen, dessen relativ kurze Seeküste nicht an einem Weltmeer, sondern am Mittelmeer liegt. Starke Abwehrsysteme würden der Sicherheit des Landes weit zuträglicher sein als U-Boote, die nicht ein Abwehr- sondern ein Angriffspotential haben.

Im Englischen heißt es *„Right or wrong, my country!“*.⁹⁹ Während dies für Israel Gültigkeit zu haben scheint, wird es bei anderen Ländern, den sogenannten „Schurkenstaaten“, nicht anerkannt, sondern dient dazu, einen Krieg heraufzu-

99 Dt., „Recht oder Unrecht, (es ist) mein Vaterland!“

beschwören. Es wird allerdings gesagt, daß Frau Merkel die anhaltenden Siedlungsexpansion Israels mißbillige. Man spricht in diesem Zusammenhang nicht zu Unrecht von einem gewissen Zick-Zack-Kurs der deutschen Außenpolitik.

Am 8. November 2011 wurde die erste der zwei parallel geführten Ostsee-Pipelines von Dmitri Medwedew und Angela Merkel in Wiborg feierlich eröffnet, von wo aus sie über Lubmin weiter nach Belgien, Dänemark, Frankreich, die Niederlande, England und andere Ländern geführt werden kann. An der Spitze der 400 geladenene Gäste standen Frankreichs Präsident, François Fillon, und Mark Rutter, der Präsident der Niederlande. Die Nord Stream AG ist ein Gemeinschaftsunternehmen von Rußlands Gazprom (51 %), Deutschlands Wintershall und Deutschlands E.ON Ruhrgas (je 15,5 %), der N.V. Nederlands Gasunie sowie von Frankreichs GDF Suez (je 9 %). Merkel sagte während der Eröffnung, die Pipeline verkünde für die Zukunft eine sichere, tragfähige Partnerschaft mit Rußland und werde für Jahrzehnte wesentlich zu einer zuverlässige Energieversorgung Europas beitragen. Medwedew erklärte: *„Mit dem Öffnen der Pipeline setzen wir den ersten Meilenstein zu einer neuen Partnerschaft zwischen Rußland und der EU.“* Die zweite Pipeline soll im letzten Vierteljahr 2012 in Betrieb genommen werden, mit ebenfalls einer Kapazität von etwa 27,5 Kubikmeter pro Jahr. Eines der Hauptgasfelder, das mit mehr als 1000 Billionen Kubikmeter Reserve für das Projekt zur Verfügung steht, liegt in Juschno-Russkoje im Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen in Sibirien. Das Gasfeld selbst wird gemeinsam von Gazprom, E.ON Ruhrgas und Wintershall erschlossen.

Am 16. September 2011 stimmten die Anteilseigner von Gazprom sowie von Eni (Italien), EdF (Frankreich) und Wintershall (Deutschland) für die Zusammenarbeit bei der Konstruktion der South Stream-Pipeline, die von Rußland durch das Schwarze Meer nach Österreich geführt werden soll. Am 28. Dezember 2011 erklärte die Türkei ihr Einverständnis zur Verlegung der Pipeline durch türkisches Wasserterritorium Der Konstruktionsbeginn dieses zweiten großangelegten Projektes zur Gasversorgung Europas durch Rußland ist von Wladimir Putin auf Ende 2012 vordatiert worden. Das gleichzeitig laufende Project der Nabucco-Pipeline, die auf dem Landweg von der Türkei nach Österreich führen sollte, wurde damit hinfällig.

Es war ohnehin noch offen, welche Gasquellen verwendet werden würden. Sehr wahrscheinlich wollte man die russischen umgehen.

Vielleicht kann man in dieser deutsch-russischen Zusammenarbeit eine Anlehnung an den Rapallo-Vertrag sehen, der 1922 zwischen Deutschland und Rußland als Handelsvertrag abgeschlossen wurde und der bis 1941 beiden Nationen zugute kam, indem russische Rohstoffe und Handelsgüter gegen deutsche technische Entwicklungen ausgetauscht wurden. Dies könnte zu einer Lockerung der Einbindung Deutschlands in das Machtstreben westlicher Großmächte führen, denn Deutschlands Zukunft sollte nicht weiterhin von den Machenschaften der Kreditinstitute im In- und Ausland und auch nicht von den um Öl und Weltherrschaft geführten Kriegen in Afrika und Asien abhängig sein.

15. Schlußbetrachtung

Wir leben in der Zeit eines großen Umbruches, in einer Zeit, da der Materialismus versucht, alles, was sich seinem brutalen Machtstreben entgegenstellt, zu überrollen, einzuvernehmen, mit falschen Parolen zu verwirren und, wenn nötig, völlig zu vernichten. Er arbeitet aber gegen die Gesetze des Göttlichen, die sich uns in der Natur und im wahren Menschentum offenbaren.

Es ist höchste Zeit, daß wir dies klar erkennen – wir, die Söhne und Töchter des einst weltweit geschätzten und geachteten Landes der Dichter und Denker. Fleiß, Ordnungssinn und Zuverlässigkeit sind noch immer bei uns zuhause, aber auch eine gewisse Naivität gegenüber dem völkischem Selbstverständnis. Wie Napoléon schon vor zweihundert Jahren sehr richtig konstatierte: *„Es gibt kein gutmütigeres, aber auch kein leichtgläubigeres Volk als das deutsche. Keine Lüge kann grob genug ersonnen sein, die Deutschen glauben sie ... Um eine Parole, die man ihnen gab, verfolgten sie ihre Landsleute mit größerer Erbitterung als ihre Feinde.“*

Aber die Deutschen fanden auf höherer Ebene immer wieder zu sich selbst.

Immanuel Kant faßte es 1788 in die Worte: *„Zwei Dinge erfüllen das Gemüt mit immer neuer und zunehmender Bewunderung und Ehrfurcht, je öfter und anhaltender sich das Nachdenken damit beschäftigt: der bestirnte Himmel über mir und das moralische Gesetz in mir.“*¹⁰⁰

Und Ludwig van Beethoven sagte voller Inbrunst: *„Wenn ich am Abend den Himmel betrachte und das Heer der ewig in seinen Grenzen sich schwingenden Lichtkörper – Sonnen oder Erden genannt –, dann schwingt sich mein Geist über diese so viele Millionen entfernten Gestirne hin zum Urquell, aus dem alles Erschaffene strömt und aus welchem ewig neue Schöpfungen entströmen werden.“*¹⁰¹

100 „Kritik der praktischen Vernunft“, Beschluß.

101 Leitzmann, Albert: „Beethovens Persönlichkeit – Urteile der Zeitgenossen. 2. Band, 1817-1827“; Insel-Verlag, Leipzig, 1914, S. 316.

Eingesponnen in den Taumel der Geschehnisse, die sich weltweit abspielen, *„belagert, wie wir durch Radio, Fernsehen und gedruckte Fantasie und Reklame sind, die meist falsche Vorstellungen projizieren, ist es heute nicht leicht, das Echte vom Blendwerk zu trennen. In Politik, Wirtschaft, Sport und Unterhaltung werden uns Bilder vorgesetzt, die von den machthungrigen Erzeugern als das vom Publikum Gewünschte deklariert werden, – aber eben Blendwerk sind. Und wir scheinen das zu akzeptieren. Bewußt oder unbewußt richten wir uns danach. Irgendwo aber geht auf diese Art unser wahres SEIN verloren“*, schrieb Pat Murphy, Herausgeber einer kanadischen Zeitung, schon 1987.

Nachdem nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf bereits 500 Millionen Menschen weltweit an irgendeiner Form von geistiger Störung leiden, muß das von Pat Murphy beschriebene Blendwerk endlich allgemein erkannt und bloßgestellt werden.

Der Zoologe und Verhaltensforscher Konrad Lorenz hat mit Recht die Forderung erhoben, Kultur und Geist und das derzeitige kollektive Verhalten zu untersuchen, wobei er die Möglichkeit einer totalen Steuerung des Menschen durch das herrschende Milieu in Abrede stellt. Er studierte den Unterschied zwischen „einschleichenden Reizen“ und dem über Generationen hin Erlernten und sah die beste Abwehr gegen verderbliche Einflüsse im ererbten Verhalten. Deshalb sei eine Rückkehr zur Eigenbesinnung von Nöten.

Der vor Franco nach England emigrierte nationalliberale spanische Autor und Diplomat Salvador de Madariaga y Rojo, er lebte von 1886 bis 1978, ruft uns in „Portrait Europas“, Stuttgart, 1939, zu:

„Deutschland bildet das Herz Europas, ist in der Mitte seines Körpers, am Scheitelpunkt seines Geistes, in den innersten Kammern seines bewußten und unbewußten Daseins: es ist der Urquell seiner hervorragendsten Musik, Philosophie, Naturwissenschaften, Geschichte, Technik – all dieses ist unvorstellbar ohne Deutschland. Wenn Deutschland fällt, fällt Europa. Wenn Deutschland aus dem Gleichgewicht gerät, gerät auch Europa aus dem Gleichgewicht. Die moralische Gesundheit der Deutschen Nation ist eine der Hauptvoraussetzungen für die moralische Gesundheit Europas, in der Tat für seine wirkliche Existenz.“

Hier nun liegt die große Aufgabe des deutschen Volkes, sich und die Welt von der geistigen Verdummung, Vergiftung und Versklavung zu befreien, indem es dem weltweiten Materialismus den Deutschen Idealismus entgegensetzt und dadurch den „einschleichenden Reizen“ der gemachten Zersetzung mit Geist und Seele entgegenwirkt.

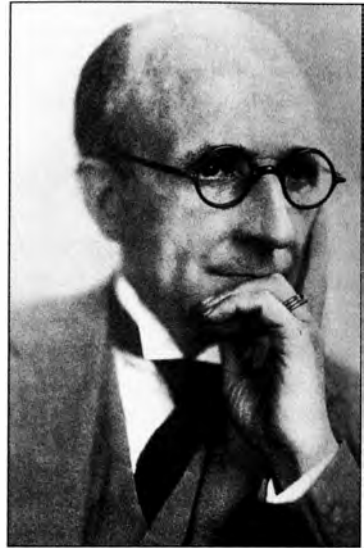
Wir alle sind gefragt, gegen die um sich greifende Dekadenz und Flachheit, gegen die Auflösung von Sitten und Moral, gegen Lügen und Irreführungen Stellung zu nehmen. Unsere Ehrfurcht vor dem Göttlichen und unsere Liebe zur Natur und allen ihren Geschöpfen wird uns helfen, um in freier Pflichterfüllung den uns bestimmten Weg zu gehen, damit es wieder hell werde auf dieser Welt.

„Ich konnte einfach nicht anders handeln, als ich es tat, um der in mir wirkenden Lebenskraft zu genügen“, so bekennt der irisch-britische Dramatiker, Politiker, Satiriker, Musikkritiker und Pazifist George Bernard Shaw (1856 -1950), der 1925 den Nobelpreis für Literatur erhielt.

Diese Lebenskraft ist eine gottgegebene, die nicht zur Ausbeutung anderer, sondern zur Selbstfindung und zu der Erkenntnis führt, daß wir alle ein Teil vom Ganzen sind, und daß sich nur im Gemeinwohl das eigene Wohl voll entfalten kann.

Gibsons, im April 2012.

Christine Kluge



Selbst der aufseiten der roten Republikaner stehende, anti-frankistische spanische Diplomat und Schriftsteller Salvador de Madariaga y Rojo (1886-1978) wußte um die prägende und stabilisierende Rolle Deutschlands für die abendländische Kultur und Zivilisation.

erhielt.

Anhänge

A) Richard von Weizsäckers Familie im Spiegel der Zeit – 1894 bis 1994

Urgroßvater Karl Heinrich Weizsäcker (1822-1899) war Theologe, Professor in Tübingen und von 1894 Staatsrat in Württemberg. Großvater Karl Hugo Weizsäcker (1853-1926) war Ministerpräsident und enger Berater des württembergischen Königs. 1916 wurde ihm für seine vaterländischen Verdienste der erbliche Titel „Freiherr“ verliehen.

Karl Hugo hatte drei Söhne. Der älteste, Carl Viktor (1880-1914), **fiel am 4. September 1914 an der Westfront**. Der jüngste, Viktor (1886-1957), war Neurologe und Internist, Professor in Heidelberg, ab 1941 (im Krieg) in Breslau, ab 1946 wieder in Heidelberg, Vertreter der Psychosomatik. Viktor hatte keine Verbindung zum „Widerstand“.

Der mittlere, Ernst (1882-1951), stand seit 1920 im diplomatischen Dienst des Reiches. Seit 1936 war er Chef der Politischen Abteilung und seit 1938 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, 1943-1945 Botschafter beim Vatikan und stellvertretender Außenminister. Er hatte den Rang eines SS-Generals im persönlichen Stab von Heinrich Himmler. 1949 wurde er in Nürnberg im „Wilhelmstraßenprozeß“ von den Alliierten zu sieben Jahren Haft verurteilt und 1950 vorzeitig entlassen. Inwieweit seine „Erinnerungen“ zur Existenz-erhaltung seiner Familie geschrieben wurden, kann nicht ermessen werden.

Ernst von Weizsäcker war mit Marianne von Graevenitz verheiratet. Sie hatten drei Söhne.

1) Carl Friedrich (1912-2007), Atomphysiker und Philosoph, Studium in Berlin, Göttingen und Leipzig, u. a. bei Heisenberg und Bohr; Forschungstätigkeit in Leipzig (1933-1936) sowie an den Kaiser-Wilhelm-Instituten für Chemie und Physik in Berlin; 1942-1945 – während des Krieges – Professor für theoretische Physik in Straßburg. Carl Friedrich hatte keine Verbindungen zum „Widerstand“. Sein Werdegang nach dem Krieg: Professor in Göttingen, Leiter des von ihm neu gegründeten Max-Planck-Institutes. Er erhielt viele Ehrungen und genoß große Anerkennung.

Ausarbeitungen: 1935 Bethe-Weizsäcker-Formel (Tröpfchenmodell); 1937/38 Bethe-Weizsäcker-Zyklus (Strahlungsenergie der Sterne; Kernumwandlungsprozesse im Inneren der Sterne). Später widmete er sich der Umweltfrage und politischen Fragen, insbesondere der Friedensforschung. 1994 erschien sein Buch „Der bedrohte Friede – heute“.

2) Heinrich (1917-1939) *fiel am 2. September 1939 in Polen.*

3) Richard (geb. 1920), Wirtschaftsjurist, 1955 zum Doktor der Jurisprudenz promoviert. 1939 bis 1945 Soldat der deutschen Wehrmacht, zuletzt als Hauptmann. Richard hatte keine Verbindungen zum „Widerstand“.

1962 bis 1967 Teilhaber am Pharmakonzern Boehringer-Ingelheim. Laut einem Artikel des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* von 1991 lieferte Boehringer-Ingelheim 1967 eine Menge von 720 Tonnen Trichlorphenolatlauge, ein Zwischenprodukt für die Herstellung des hochgiftigen, von der US-Armee in Vietnam zur Entlaubung der Wälder eingesetzten chemischen Kampfstoffes „Agent Orange“, an Dow Chemical.¹⁰²

Funktionen Richard von Weizsäckers:

1964-1970 Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages

1969-1981 Mitglied des Bundestages (CDU)

1979-1981 Bundestagsvizepräsident

1981-1984 Regierender Bürgermeister von Berlin

1984-1994 Präsident der Bundesrepublik Deutschland

102 Schnibben, Cordt: „Der Tod aus Ingelheim“, in: *Der Spiegel*, Nr. 32, 1991, S. 102 ff.

B) Auszug aus dem „Höchenschwander Tagebuch“

Geschrieben und gezeichnet von *Fritz von Graevenitz* und mit Abbildungen seiner Gemälde und Skulpturen bereichert. Als Tornisterschrift Nr. 87 im Kriegsjahr 1940/41 durch den Belser-Verlag, Stuttgart, herausgegeben.

Widmung:

*„Meiner Schwester Marianne
im Andenken an ihren Sohn Heinrich,
der am 2. September 1939 in der
Tucheler Heide fiel.“*

Seite 43:

„Es gibt Menschen, die ihr Leben lang unverdrossen kämpfen um das Rechte und dennoch immer wieder rückschauend sich fragen, ob ein grüner Zweig erreicht ist, ob nicht ebensoviel verloren als gewonnen wurde. Es gibt Menschen, die ein solches Maß von Lauterkeit und Klarheit mit auf die Welt bringen, die so zielbewußt ihren Weg gehen, daß man sie für Unangefochtene halten möchte.“

Ich denke an einen jungen Leutnant, der, seinem Zug vorausstürmend, als erster seines Regimentes am 2. September 1939 in Polen fiel.

Was gab Dir Deine Wirkung im Kreis der streitenden Knaben, Heinrich! Wer hing Dir, Mann geworden, den unsichtbaren Ordensmantel um, daß Du schweigend den Kameraden Beispiel wurdest?

*Wer lenkt heute die Gespräche an Deinem Grab, das ein schlichtes Holzkreuz aus der Tucheler Heide schmückt? Du bist der Auserwählten einer, vom Geist umfangen. Ewig ist der Geist. **So lebst Du weiter unter uns, toter Held, helfend dem, der Dich sucht.***

*Du aber, Schwester, die Du das größte Opfer einer Mutter brachtest: **Er wird weiterleben ...“***

Es ist schier unglaublich!

Marianne von Graevenitz und Ernst von Weizsäcker waren die Eltern *des gefallenen Heinrichs* wie auch des nachmaligen Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Richard.

Der eine Bruder starb für sein deutsches Vaterland, der andere bejubelte die Sieger als „Befreier“ und half mit, den unseligen Schuldkomplex in die Seelen seines Volkes zu pflanzen!

Die oben *fett und kursiv* gestellten Tatsachen sind aus der Erinnerung gelöscht, sie sind im Orwellschen „Gedächtnisloch“ verschwunden.

Das Andenken der Gefallenen wird von Unwürdigen entehrt und geleugnet.

C) „Bombing Vindicated“ – „Rechtfertigung des Bombenkrieges“

Dieses Buch von James Molony Spaight (1877-1968), C.B., C.B.E., das 1944 von Geoffrey Bles, London, herausgegeben wurde, ist unter

<http://www.jrbooksonline.com/spaight.htm>

im Netz zu finden und kann im englischen Originaltext ausgedruckt werden. Mein Dank geht an C. W. Porter für die Überlassung der Originalfassung.

Es ist höchst aufschlußreich, wie J. M. Spaight – er war als Unterstaatssekretär erster Ministerialsekretär des Britischen Luftwaffenministeriums – fröhlich die geplante Bombardierung nicht-militärischer Ziele zugibt und dieses Kriegsverbrechen als wundervollen Fortschritt im zwischenstaatlichen Verkehr zu verkaufen versucht. Es war nach Spaight eine „glänzende Entscheidung“ [S. 74], die internationalen Gesetze zu verletzen. Spaight behauptet, daß dies alles in Ordnung war, solange es auf kaltblütige, vorbedachte Weise geschah. Er sagt auch, daß alles schon vor dem Anfang des Krieges geplant gewesen war. Außerdem fragt er sich, wie es die Deutschen wagen können, sich darüber zu beklagen.

Spaight: *„Adolf Hitler befahl die Bombardierung britischer ziviler Ziele widerstrebend, nachdem die RAF begonnen hatte, deutsche zivile Ziele zu bombardieren ...“*

„Hitler wäre jederzeit bereit gewesen, die Schlächterei zu beenden. Hitler war aufrichtig darum bemüht, mit England zu einer Übereinkunft zu kommen, um den Luftkrieg auf die Kampfzonen zu begrenzen.“¹⁰³

Von dem französischen Moralisten François VI. de La Rochefoucauld (1613-1680) stammt der Satz: *„L'hypocrisie est un hommage que le vice rend à la vertu.“* (dt., „Die Scheinheiligkeit ist der Tribut des Lasters an die Tugend.“)

103 McWilliam, Kenneth: „Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges“.

Spaights Buch umfaßt 157 Seiten und ist im folgenden nur auszugsweise in deutscher Übersetzung unter Angabe der Buchseite [] wiedergegeben. Bemerkungen des Übersetzers sind in Klammern () gesetzt. Alle Hervorhebungen, außer die der Zwischenkapitel, stammen vom Übersetzer.

Im übrigen: es ist trotz des deutschfeindlichen und propagandistischen Untertons im ganzen Buch kein Hinweis auf sogenannte deutsche „Vernichtungslager“ zu finden, deren Existenz ja angeblich schon damals gewissen Kreisen bestens bekannt gewesen war und als eleganteste Rechtfertigung für die Totalbombardierung Deutschlands hätte dienen können.

Wir zitieren nun ab S. 14 aus Spaights Buch „Bombing Vindicated“:

Verluste an Menschenleben, 1939-1943

Es kann sein, daß wir vor Beendigung des gegenwärtige Krieges Verluste an Menschenleben zu verzeichnen haben, die mit denen von 1914-18 vergleichbar sind. Im Kampf in Rußland hat der Tod schon eine gewaltige Ernte gehalten. Auch wir werden vielleicht schreckliche Verluste in Bodengefechten verzeichnen müssen, die schon in Europa begonnen haben und in denen viele Tausende das Leben verlieren werden, bevor das Ende da ist. Man wird mir vielleicht vorhalten: Sie sprachen zu früh. Dem ist nicht so: nichts, das noch auf uns zukommen mag, kann die Tatsache ändern, daß wir in den ersten vier Kriegsjahren hier in Britannien nicht dasselbe Abschlachten und dieselbe Verstümmelung einer ganzen Generation erlebt haben, wie wir sie 1914-1918 sahen. Es hat, zumindest im Westen, keinen solchen Blutverlust gegeben wie damals. Was leider Gottes noch kommen wird – noch kommen muß, wenn die Kraft der deutschen Armeen gebrochen werden soll –, wird eine Parallele zu den Todesopfern sein, die wir im Endstadium des Krieges von 1914-18 bringen mußten, und welche der Preis des Sieges waren, zu dem unsere früheren Opfer nichts Nennenswertes beigetragen hatten.

Wir sind zumindest dem Holocaust von 1915-1917 entkommen. (Indem die Engländer einen unaussprechlichen Holocaust in Deutschland verursachten; d. A.)

Durch unsere Luftangriffe und unsere Blockade haben wir Deutschland zumindest so verletzt wie damals. Wir erreichten das mit Verlusten an britischen Leben, die nahezu unbedeutend sind, verglichen mit dem, was wir bezahlen mußten, bevor wir in die Schlußphase 1918 eintraten.

[Seite 15]

Die Bedrohung aus der Luft

Die Propheten der Katastrophe, die ihre Gedanken, unter Ausschließung nahezu alles anderen, auf die Bedrohung aus der Luft fixierten, waren in Wirklichkeit Sklaven einer fixen Idee. Sie konnten sich nicht von der Idee freimachen, daß Luftkrieg notwendig das Ende der Zivilisation bedeutet, wenn wir es überhaupt dazu kommen lassen würden. Ihre Gedanken konzentrierten sich auf die Bedrohung durch den Bomber. Krieg wäre augenscheinlich nicht so schlecht, wenn jenes besondere Instrument verbannt würde. In der berühmten Rede vom 10. November 1932, die bereits erwähnt wurde, war die feste Behauptung aufgestellt worden, daß im nächsten Krieg „die europäische Zivilisation ausgelöscht würde ... und durch keine andere Streitmacht als durch jene Macht“ – das heißt durch die Streitmacht aus der Luft. Aus diesem Grund wurden 1932 Anstrengungen in Genf gemacht, Luftstreitkräfte insgesamt abzuschaffen. Dabei wurde anscheinend in Genf vergessen, daß die praktische Frage nicht das Verbot aller Luftstreitkräfte war, sondern die Durchführung einer bereits beschlossenen Abschaffung einer bestimmten Luftstreitmacht.

Man wußte (sic; d. A.) damals schon, daß die alleinige Gefahr eines größeren europäischen Krieges von einem wiederbewaffneten Deutschland ausginge (sic; d. A.), und es wurde Deutschland durch den Vertrag von Versailles verboten, eine Luftwaffe zu besitzen. Die Zivilisation wurde tatsächlich nicht bedroht, weil die jüngeren Männer zögerten, eine neue Entscheidung zu treffen, sondern weil die älteren Männer, die Männer, die an der Macht waren, sich fürchteten, eine Entscheidung, die 1919 gemacht worden war, durchzudrücken.

[Seite 22]

Der Bomber als Retter der Zivilisation

Der grundlegende Fehler jener, die den Luftkrieg zu einem Schreckgespenst machten, war, daß sie ihn immer aus der Sicht des möglichen Feindes betrachteten; und für uns in England bedeutete das, ihn von der Seite des wahrscheinlichen Angreifers (!) zu sehen. Es wäre besser gewesen, ihn auch von der Seite des Opfers der Aggression (!) aus zu betrachten.

So gesehen, war und ist eine Luftstreitmacht nicht der Zerstörer, sondern der Retter der Zivilisation (!). Endlich beginnen wir diese Tatsache zu verstehen. Ob eine Luftstreitmacht allein eine Entscheidung im gegenwärtigen Kampf zu unseren Gunsten herbeiführen kann, ist eine unwichtige Frage. ... Was ohne Furcht vor Widersprüchlichkeit gesagt werden kann, ist, daß eine Luftstreitmacht ein absolut wesentlicher Faktor in der Kombination ist, die uns den Sieg bringen wird; und den innersten Kern der Luftstreitmacht bildet die Strategische Offensive. Diese Angelegenheit wurde durch Mr. Churchill in seiner großen Rede in Ottawa am 30. Dezember 1941 in die richtige Perspektive gerückt. „Während eine stetig anwachsende Bombenoffensive gegen Deutschland eine der grundlegenden Methoden bleiben wird, um diesen Krieg zu beenden,“ sagte er, „ist sie nicht die einzige, mit deren wachsender Stärke wir rechnen können.“

Diese Ansicht wird nun akzeptiert, so scheint es, von allen, die der Wirklichkeit gegenüber nicht blind sind. Sie wurde von Stellen gutgeheißen, die nicht verdächtigt werden können, unangemessen extremistischen oder doktrinären Gedankengängen anzuhängen. Leitartikel in der Presse reflektieren diese Reaktion.

„Wir haben uns zu der durchgreifenden Flächenbombardierung Deutschlands als Teil unserer Strategie zur Gewinnung des Krieges entschlossen,“ schrieb die Daily Mail am 18. September 1942, „und es besteht keine Frage, daß sich diese Politik bezahlt macht, indem sie die Wirtschaftskraft des Feindes schwächt und sein tägliches Leben aus den Fugen bringt. (Dies war in der Tat der wahre Kriegsgrund; d. A.) Es ist zweifelhaft, ob dieser Einsatz der Luftwaffe den Krieg allein gewinnen kann, [S. 23] aber es ist sicher, daß wir ihn nicht ohne ihn gewinnen können.“

„Es gibt noch immer jene, die sich selbst irreführen, indem sie die Frage nachplappern: ‚Kann der Krieg durch die Bombardierung Deutschlands gewonnen werden?‘“ schrieb der Daily Telegraph am 19. September 1942. „Niemand, der es weiß und beurteilen kann, hat je daran gedacht, über eine solche Möglichkeit zu spekulieren. Der Grund, warum das Vereinigte Oberkommando Deutschland mit aller verfügbaren Kraft bombardieren muß, ist, daß ohne eine solche ununterbrochene und sich steigernde Offensive der Krieg überhaupt nicht gewonnen werden kann.“ Diese Schlußfolgerung wird von niemandem angefochten werden, der noch einen Sinn für richtige Proportionen besitzt. Es ist ein Folgerung, die, wenn sie allein stehen würde – und sie steht nicht allein –, genügt, um zu beweisen, daß der Bomber in der Tat der Retter der Zivilisation ist.

[S. 29]

1936 reorganisierten wir unsere Gliederung der Luftverteidigung angesichts der neuen Bedrohung. Zu diesem Zeitpunkt wurden die aggressiven Absichten Deutschlands klar, und das neue Modell (Spaight meint damit eventuell den 1936 entwickelten Typ eines viermotorigen Langstreckenbombers, Handley Page Halifax; d. A.) war eines, das der beunruhigendsten Entwicklung Rechnung trug. (1936 war das Jahr, in dem in Deutschland die Olympiade, „das Fest der Völker“, gefeiert wurde, unter dem Jubel aller Beteiligten des In- und Auslandes; d. A.)

Im Juli 1936 wurde das ehemalige Kommando „Luftverteidigung Großbritannien“ aufgeteilt, und an seine Stelle traten drei neue aktionsbereite Kommandos: „Bomber“, „Kampfflieger“ und „Küsten(wache)“. Ein Trainingskommando wurde ebenso aufgestellt. Die Reorganisation war wichtig und durchgreifend. Tatsächlich stellte sie das Muster des kommenden Krieges in der Luft dar, soweit er durch Großbritannien geführt werden würde. Ein schicksalhafter Blick konnte darin das sich entfaltende Panorama der gewaltigen Anstrengungen des Luftkrieges erkennen, der heute die Kräfte der Aggression (!) in den Schatten stellt.

Infolge der Pläne der Weiterentwicklung, die allmählich im Umfang wuchsen, wurde, wie bald ersichtlich war, die Betonung auf die Bomber-Ge-

genoffensive (Falsch! Es handelte sich um eine Bomber-Offensive, wie ja Spaight selbst zugibt; d. A.) gelegt, und der Antrieb, eine mächtige Bombermacht zu schaffen, war das ersichtlichste Kennzeichen jedes der folgenden Programme. Die Zahl der Bomber-Schwadrone, die es erstellen sollte, betrug fast das Doppelte der Jagdflieger-Schwadrone. Es wurde erwartet, daß sie wie 1917-18 von französischen Flugplätzen aus operieren würden, aber es wurde auch die Möglichkeit in Betracht gezogen, daß sie mit der Zeit in der Lage sein würden, ihre Angriffe von Basen in England aus zu führen. – Am Schluß der Ansprache von Generalmajor R. J. Collins vor der Royal United Service Institution am 23. November 1938 sagte der Marschall der R.A.F. zusammenfassend: „Der Gegenangriff (Falsch, es war ein Angriff; d. A.) wird größtenteils von den Heimatbasen der Bomber unternommen werden und in Zukunft möglicherweise gänzlich von diesen.“

[S. 30]

Deutschlands Wahl

Eine ganz andere Politik wurde von den Gründern der wieder erschaffenen deutschen Luftwaffe angewendet. Ihre Vorstellung über die Rolle der Luftwaffe in einem zukünftigen Krieg war in krassem Gegensatz zu der, die sich Sir Hugh Trenchard und den Strategen des Luftkrieges angeboten hatte, die unter seinem Einfluß standen. Die britische Vorstellung einer Luftstreitmacht, gleichberechtigt zu den anderen Streitkräften und möglicherweise vorherrschender Partner in kriegerischen Unternehmungen, in denen ihnen untergeordnete Rollen zufielen, würde den höheren deutschen Strategen fast als Ketzerei erschienen sein.

Die Philosophie des Luftkrieges, die 1936 (!) unsere Umorganisation aufgelöst hatte, war ihrer Gedankenwelt gänzlich fremd. Sie bildeten keine solchen funktionellen Kommandos, wie wir es taten. Stattdessen schufen sie eine Anzahl von Luftflotten – es gibt jetzt (1943) fünf davon, die auf einer territorialen, anstatt auf einer funktionellen Grundlage organisiert sind und auf Zusammenwirkung anstatt auf Spezialisierung. Es hat nie zuvor ein zentrales Bomberkommando in Deutschland gegeben, auch jetzt nicht. Diese Tatsache ist von großer Bedeutung.



Der reichstreue und daher antiparlamentarisch eingestellte Generaloberst Johannes Friedrich Leopold von Seeckt (1866-1936) war General im Ersten Weltkrieg, 1920 bis 1926 Chef der Heeresleitung der Reichswehr und von 1930 bis 1932 Mitglied des Reichstages. In den Jahren 1933 bis 1935 hielt er sich mehrere Male in der Republik China als Militärberater von General Chiang Kai-shek auf.

Es wurde oft gedacht, daß der grundlegende Fehler, den die Alliierten 1919 machten, der war, daß sie Deutschland erlaubten, den Kern einer Militärmacht zu unterhalten, und damit eine Möglichkeit ignorierten, die militärische Tradition des deutschen Volkes (!) zu brechen. Das Ergebnis war, daß eine Anzahl von fähigen Offizieren der alten Schule in der Lage war, allmählich den Rahmen einer Armee zusammenzufügen, der mit der Zeit ausgefüllt und vergrößert werden konnte.

Unter diesen Offizieren befand sich General von Seeckt, dem, mehr als jedem anderen, das Verdienst gehört, das Wrack Deutschlands alter Armee gerettet und [S. 31] in ein neues militärisches Gebäude eingebaut zu haben, das zuerst bescheiden war, doch wenigstens als Fundament für einen Hort bewaffneter Stärke diente, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hatte. „Es ist von Seeckt, dem die Deutschen es am meisten verdanken, daß er die Struktur des Militärs nicht nur lebendig hielt, sondern auch ihren Geist, der sie bewegte: den Geist, über dem Staat zu stehen mit einer strikten inneren Kohärenz ... Seine Gedanken als Soldat sind aufschlußreich: ‚Die Armee steht über den Parteien‘, sagte er, aber er ging weiter: ‚Die Armee ist der Staat‘, schließt er, und kein Deutscher wußte das besser als er. Es ist diese Schlußfolgerung, die Ausdehnung bedeutet, denn die Armee ist keine Macht innerhalb des Staates, sondern das Haupt einer Nation unter Waffen in Friedenszeiten. Eroberung mit Waffengewalt ist das unvermeidliche

Ziel, denn die Versuchung, sich auszudehnen, ist vorhanden.“ Zitat aus „Deutschland zügellos“ von E. Hambach, 1938. (Die „Eroberungen“ Deutschlands in jenen Jahren waren ausschließlich Rückführungen urdeutscher Lande; d. A.)

Es stimmt, daß der Zweite Weltkrieg nicht stattgefunden hätte, wenn Deutschland nach dem ersten wirkungsvoll entmachtet worden wäre, aber das ist nicht der Punkt, den ich hier betonen möchte. Es ist eher so, daß die Folge war, daß der Drang nach Ausdehnung auf eine besondere Weise kanalisiert wurde. Die Tatsache, daß die militärische Kaste im Sattel blieb, hatte einen sehr wichtigen Bezug auf die Natur von Deutschlands Wiederbewaffnung in der Luft. Sein Effekt war, daß die Stimme des Generalstabes der Armee weiterhin das beherrschende Merkmal blieb in Sachen des Reiches: „Colonel Blimp“ behielt seine Macht, und „Colonel Blimp“ ist immer und von seiner Herkunft her für neue Ideen nicht zu haben. Für ihn war die Armee das berufene und zweckmäßige Instrument, das Symbol und die Manifestation einer deutschen Nation in Waffen. Durch diese Macht triumphierte Friedrich der Große. (Er führte nur Erbfolge-Kriege um die deutsche Provinz Schlesien und regierte danach 23 Jahre lang vorbildlich und weltweit geachtet; d. A.)

Es war Friedrichs späteren Nachfolgern überlassen, daß die scharfe und bewährte Klinge sich noch einmal einen Pfad zum Ruhm bahnte. Es würde eine neue Armee sein, modernisiert und mit den letzten Waffen und Erfindungen ausgerüstet, aber sie würde noch immer [Seite 32] im Kern die alte Armee bleiben, deren Geschichte unvergänglich in den Annalen der Nation eingepägt war. Eine ihrer Waffen würde das Flugzeug sein, aber es würde nur eine Waffe der Wehrmacht sein, die überwiegend die Verkörperung der deutschen Landmacht war. Die Idee einer Luftwaffe als Rivale oder der Landarmee gleichgestellt, bewegte sich jenseits des Verständnisses von Soldaten, die mit einer Philosophie des Krieges durchdrungen waren, die mit der deutschen Mentalität übereinstimmte.

Hitler über den Schild der Armee

Nicht die Luftwaffe, sondern die mächtige deutsche Armee würde der Schild des Reiches sein. Ihr würde die Aufgabe zufallen, die Feinde des Vaterlandes weit von den Grenzen des deutschen Reiches zu halten. Das, wie wir aus „Mein Kampf“ wissen, war ein Ziel, auf das Hitler großen Wert legte ... Hitler schien dem Luftkrieg wenig Bedeutung beigemessen zu haben, aber er bezieht sich darauf im Zusammenhang mit der Gefahr, die „französische

Flugzeuge und Fernkampf Batterien“ für Englands lebenswichtige Zentren darstellen würden. Aus dem, was er schreibt, ist ersichtlich, daß er die Gefahr, die von der U-Bootwaffe ausging, für weit ernster hielt.

Tedder über die Luftherrschaft

Die Sache ist die, daß die Deutschen nie wirklich die Bedeutung der Luftwaffe verstanden. Sie verstanden nicht, wie man eine Luftmacht als Waffe benutzt: Air Chief Marshal Sir Arthur Tedder stellte in einem Rückblick auf den Feldzug in Nordafrika am 15. Mai 1943 fest: „Sie mißbrauchten sie.“ Sie wußten nicht, wie man eine Luftwaffe richtig einsetzt. Vier Monate zuvor, am 9. Januar, sagte Sir Arthur in Kairo: „Wir haben diese neue Art der Kriegführung gelernt, und die Amerikaner lernen sie. Der Hunne und der Jap müssen sie noch lernen.“ „Heute,“ sagte er, „kann England als einzige unter den kriegführenden Nationen auf eine Angriffswaffe in der Luft sehen, die entfesselt und ungehemmt durch Engstirnigkeit und vorgefaßte Ideen ist, frei von glatten Phrasen wie ‚Luftunterstützung‘ und ‚Kampfflieger-Unterstützung‘ – eine Luftwaffe, die den Himmel beherrscht.“

Der gefesselte Arm der Luftwaffe

Sir Arthurs Bezugnahme auf die Amerikaner ist interessant im Hinblick auf die Tatsache, daß ihre Organisation der Luftmacht im allgemeinen das ist, was wir 1918 ablekten. Obwohl sie das ist, gibt es nichtsdestoweniger keinen Zweifel daran, daß die Amerikaner fest an die strategische Anwendung der Luftmacht glauben. Das war nicht immer so.

Daß die Luftstreitkräfte unterstützend und operativ der Armee untergeordnet sein sollten, war die Ansicht, die vom Vertreter des Generalstabs der Armee der Vereinigten Staaten stark befürwortet wurde, als er 1925 Zeugnis [S. 34] vor dem Dwight Morrow-Komitee ablegte. Es ging um die Frage, ob eine unabhängige Luftstreitmacht in den Vereinigten Staaten eingerichtet werden sollte.

„Es gibt keine separate Verantwortung, keinen separaten Auftrag oder ein separates Operationsgebiet, das einer solchen separaten Streitkraft zuge-

wiesen werden kann“, stellte dieser Offizier fest. Ein anderer Offizier, Generalmajor C. P. Summerall, der das 2. Korps kommandierte, bezeugte: „Soweit es uns betrifft, ist im Krieg das einzige Ziel die Armee des Gegners. Wenn das fehlschlägt, schlägt alles fehl ... Ein Bombenangriff muß deshalb unternommen werden als etwas, das mit den feindlichen Streitkräften zusammenhängt.“ In dieser Feststellung war eine Nichtanerkennung der Konzeption einer Luftstreitmacht im vollsten Sinne enthalten, wie auch eine Bestätigung der Doktrin der Land-Luft-Macht, was etwas sehr anderes ist

Land-Luft-Macht und Luftmacht

In Deutschland wurde die Betonung auf die Land-Luft-Macht gelegt. In England wurde sie zuerst auf die Luftmacht gelegt, danach auf die See-Luft-Macht und schließlich auf die Land-Luft-Macht als ziemlich unbedeutendem Konkurrenten. Der Unterschied spiegelte sich in der Zusammensetzung der betreffenden Luftstreitkräfte, in der Organisation der höheren Kommandostellen und besonders in der Haltung der Regierungen gegenüber den Hauptstrategien, die die wissenschaftliche Studie des Luftkrieges vorlegten.

Die deutsche Luftwaffe war ein Instrument, das bewundernswert für die Ausübung der Luftpolitik geeignet war, die die deutschen militärischen Autoritäten angenommen hatten. Sie war ein nahezu idealer Arm für die Zusammenarbeit mit den Landstreitkräften. Sie bestand aus einem hohen Prozentsatz an Sturzkampfbombern (Junkers 87) und von Transportflugzeugen (Junkers 52). Unsere eigene Luftstreitmacht war in diesen zwei Kategorien schwach.

[S. 35]

Unsere Wellington war ein besserer schwerer Bomber als irgend etwas, was die Deutschen hatten, und wir waren ihnen bestimmt in der Klasse der Jagdflugzeuge voraus. Sie hatten in der Messerschmidt einen ziemlich guten Abfangjäger, aber er war deutlich unseren Hurricane oder Spitfire unterlegen.

Der große Bruch von 1918

In Deutschland wie in England bildet die Luftwaffe einen separaten Arm der Streitmacht, aber sie war nie in der Lage, sich vom Einfluß der Armee in gleichem Maße zu befreien. Unsere eigene Luftwaffe befreite sich von der Armee mehr als einundzwanzig Jahre vor Beginn des gegenwärtigen Krieges. Das Datum des 1. April 1918 verzeichnet im Kalender epochemachend den Tag des Konfliktes zwischen britischer Luftmacht und deutschem militärischem Ehrgefühl.

Die anderen besonders wichtigen Daten sind der 11. März 1940, als wir unsere strategische Luftoffensive gegen das Reich eröffneten und der 27. September 1940, als das Fighter Command in der Schlacht um England den letzten großen Sieg über die Luftwaffe gewann.

Die Geburt des Riesenbombers

Das Ergebnis der Neuorganisation von 1918 war, daß dem Luftkommando sein verdienter Platz im Schema der nationalen Verteidigung gesichert wurde. [S. 38] Dies ermöglichte ein systematisches Vorausdenken im Bereich der Luftverteidigung (bzw. des strategischen Luftangriffes durch Fernbomber; d. A.). Das ist der wirkliche Grund, warum heute riesige viermotorige Bomber das Herz des industriellen Deutschland herausreißen. Diese Bomber gehen in ihrer Entstehung auf einen geistreichen Einfall britischer Experten im Jahre 1936 zurück, während Deutschland nur in Richtung von Kurzstreckenbomben und vor allem an Sturzkampfbomber dachte, um mit seiner schlagkräftigen Armee eingesetzt zu werden.

Die Idee hinter der „Spezifizierung B. 12/36“ war, daß, wenn der nächste Krieg käme, England einen schweren Langstreckenbomber benötigen würde, der eine größere Ladung von Sprengbomben über längere Strecken führen konnte als eine ganze Schwadron zu jener Zeit. Dieser Fortschritt wurde als Resultat der Entwicklung neuer Konstruktionstechniken ermöglicht. Verschiedene Verbesserungen wurden gemacht in den Entwürfen und im Bau von Rumpf und Motoren ... Der Avro Lancaster ist der beste schwere Bomber der heute existiert ... Deutschland hat nichts, das unseren Bombern

nahe kommt. Und sie sind nicht das letzte Wort von Englands Anstrengungen in der Luft. Mächtiger Bomber sind bereits in der Entwicklung.

Die Deutschen werden besorgt

Vielleicht gab Hitlers berühmte Intuition ihm ein Gefühl der letztendlichen Bedeutung dessen, was England 1935-36 zu tun begann. [S. 39]

Im Mai des vorhergehenden Jahres drückte er seine persönliche Besorgnis über das Thema des Fernbombardements gegenüber Mr. Edward Price Bell aus, dem bekannten Pressekorrespondenten. ... Hitler fürchtet sich vor dem Luftkrieg. Er zeigte es wieder, als er 1935 und 1936 Vorschläge vorbrachte, Bombardements außerhalb von Kampfgebieten zu verbieten. Nochmals, es war nichts Neues an der Idee eines solchen Verbotes (zum Schutze der Zivilbevölkerung; d. A.). Es war einfach ein weiteres Beispiel des Fortbestehens des militärischen Denkens. Es reflektierte die Ansicht, die in Deutschland im vorherigen Krieg frühzeitig geäußert wurde, daß die richtige Rolle der Luftwaffe die einer weitreichenden Artillerie sei.

Das Flugzeug als weitreichende Artillerie

In jenem Krieg brachte General von Hoepfner, Chef der deutschen Kampfflieger, schriftlich die Ansicht vor, die sich die militärische Hierarchie zu eigen machte, daß „die Waffen, die durch das internationale Gesetz genehmigt sind, in Übereinstimmung mit den Gepflogenheiten des Landkrieges, gegen Befestigungen und wichtige militärische Ziele im eigentlichen Kriegsschauplatz angewendet werden können, das heißt, in den Gebieten, in denen die Kampfhandlungen stattfinden. England ging darüber hinaus. Im Herbst 1914 zerstörte es das Luftschiff Z 11 in seinem Hangar in Düsseldorf, griff Friedrichshafen an und attackierte militärische Ziele, die weit außerhalb der militärischen Operationen lagen. Aber zu jener Zeit [S. 40] übte es Rücksicht auf die friedliche Bevölkerung. Frankreich ging einen anderen Weg. Am 4. Dezember 1914 griff es das vollkommen unverteidigte Freiburg im Breisgau an, achtzig Kilometer hinter den Fronten und brachte dadurch die Schrecken des Luftkrieges zum ersten Mal in ein vollkommen friedliches Gebiet.“ (Aus: „Deutschlands Krieg in der Luft“, von Hoepfner, 1920)

Der deutsche Versuch, Bombardierungen zu begrenzen

Die Ruhr und das Rheinland sind die Heimat von Deutschlands Schwerindustrie, und beide sind Gebiete, die besonders gegen Angriffe aus der Luft anfällig sind. Die Begrenzung des Bombenkrieges, die die Deutschen in das internationale Gesetz 1914-18 hineinzulesen versuchten (die Begrenzung war in der Haager Landkriegsordnung verankert, mußte also nicht „hineingelesen“ werden; d. A.) und die sie 1935 und 1936 zum Subjekt einer internationalen Übereinkunft zu machen versuchten, hätte Deutschland großartig ins Konzept gepaßt. Das würde die Ruhr, das Rheinland und andere Zentren der deutschen [S. 41] Industrie geschützt haben, während sie die deutsche Luftwaffe nicht daran gehindert hätte, Ziele in Gebieten zu bombardieren, in denen die deutsche Armee operierte.

Ich persönlich bin davon überzeugt, daß der Vorschlag ernst gemeint war, d. h. er war darauf berechnet, angenommen zu werden. Ich kann mich nicht der Ansicht anschließen, daß Hitler ihn 1935 und 1936 vorbrachte, ohne es ehrlich zu meinen. Er würde es unendlich vorgezogen haben, den Krieg auf eine andere Weise auszukämpfen, eine Weise, die nicht unsere Weise war, sondern seine Weise. Das ist der Grund, warum es richtig und passend ist, daß er unsere Art von Krieg bekommt von jetzt an bis zum Ende (ein bemerkenswertes Eingeständnis, was die Engländer unter dem Begriff „fairness“ verstehen; d. A.).

So wenig fand er Geschmack an der Fernbombardierung, daß er in den ersten zehn oder mehr Monaten des Krieges keinen solchen Angriff anordnete. Die deutsche Luftwaffe war damals die stärkste der Welt. Ihre Bomber mögen individuell nicht so gut wie unsere gewesen sein, aber es gab mehr als zweimal so viele; und unsere Luftverteidigung war am Anfang des Krieges bekannterweise schwach.

Damals, wenn je, wäre es Zeit gewesen, massierte Angriffe auf England zu starten. [S. 42] Keine solchen Angriffe kamen. Nachdem Polen besiegt worden war, erwarteten wir, daß das Gewicht des deutschen Schlages aus der Luft uns treffen würde: Er kam nicht. Warum? Die Erklärung war wirklich einfach. Ich bin nicht „gescheitert“ als andere; ich tappte wie jedermann im

Dunkeln hinsichtlich der Gründe für die deutsche Flaute in der Luft. Es war deshalb, weil – wenn dieses Land im Zusammenhang mit einer versuchten Landung bombardiert worden wäre – es aus deutscher Sicht ein Mißbrauch der Luftwaffe zu einem Zweck gewesen wäre, für den sie nicht gedacht war.

Es würde militärisch unpassend gewesen sein; es war keine Frage ethischer oder menschlicher Hemmungen (die für Spaight und Konsorten offensichtlich nicht existieren; d. A.).

Es war einfach deshalb so, weil die Rolle der „Strategischen Luftoffensive“ außerhalb des Charakters des germanischen Luftkrieges gewesen wäre. (Motto: Kein Krieg gegen Frauen und Kinder; d. A.)

Warschau – Rotterdam – London

Eins ist sicher, die Bombardierung von Warschau oder Rotterdam war nicht gleich der von London. Ein amerikanischer Journalist und Herausgeber hat geschrieben: „Im Monat September (1940; Spaight) verfehlte Hitler, seinen Vorteil wahrzunehmen und verlor seine Gelegenheit, die Art von Blitzkrieg zu gewinnen, der ihm Polen und Norwegen und Holland einbrachte ... Von nun an muß er andere Wege finden, diesen schändlichen Krieg zu gewinnen.“

Diese Feststellung verrät einen Mangel an Verständnis der wirklichen Lage. Der Angriff auf London war kein Blitzkrieg. Blitzkrieg ist die Kombination von schnellen mechanisierten Angriffen sowohl aus der Luft wie auch auf der Erde. Er ist eine Angriffstechnik, die den Angreifer im Besitz des Zieles läßt ...

[S. 43]

Als Warschau und Rotterdam bombardiert wurden, standen die deutschen Armeen vor den Toren der Städte. Das Luftbombardement war eine Operation der taktischen Offensive. Es war deshalb für die deutschen „cocker“ (dt., ein Gebot von militärischer Zweckmäßigkeit; d. A.). Die Deutschen dachten, daß ihnen diese sehr heftigen Bombardements nachgesehen wür-

den, nur weil die Bomber mit einer Belagerungsarmee zusammenarbeiteten, und noch an dem de facto-Verbot der Bombardierung von Zielen außerhalb der Kampfzone festhielten.

Sie wurden bald aufgeklärt. Sie sind, au fond (dt., tiefer betrachtet, d. A.), ganz dumme Leute. Sie zeigten ihre Dummheit, als die Angriffe auf London begannen und sie die alte Leier anstimmten, über das Revanche-Element in den Aktionen der Luftwaffe. Tatsächlich fuhrn sie fort zu zetern: wir schlagen euch, weil ihr uns zuerst geschlagen habt. Wenn ihr aufhört, uns zu bombardieren, werden wir aufhören, euch zu bombardieren.

Ähnlich waren auch die wiederholte Töne in Hitlers periodischen Brandmarkungen unserer Luftoffensive. Er fügte seinen Schmähungen eine Menge von Wehklagen über Krieg und Frauen und Kinder bei – so, als ob deutsche Piloten nie mit Maschinengewehren die erbärmlichen Flüchtlinge, die die Straßen in Frankreich verstopften, beschossen hätten. (Der angebliche Bordwaffenbeschuß französischer Flüchtlingskolonnen ist eine der vielen Propagandalügen der Alliierten, mit denen sie das tatsächlich Geschehene verdrehen; d. A.)

Hitler über die britische Luftoffensive

In einer Rede während der Kampagne des Winterhilfswerks am 4. September 1940 sagte er, daß die Engländer tagsüber nicht über das Reich fliegen könnten und deshalb in der Nacht kämen, wo sie ihre Bomben wahllos und planlos auf zivile Wohngebiete, Bauernhöfe und Gebäude werfen.

Drei Monate lang hatte er nicht auf diese Angriffe reagiert, weil er dachte, daß sie damit aufhören würden, aber jetzt würden die Briten wissen, daß „wir ihnen unsere Antwort Nacht für Nacht geben“.

[S. 44]

Am 9. November 1940 stellte Hitler in München fest, daß die deutsche Luftwaffe keine Nachtangriffe auf Polen, Norwegen, Holland, Belgien oder Frankreich unternommen hatte. „Dann plötzlich ließ Churchill Bomben

auf die deutsche Zivilbevölkerung werfen. Ich wartete geduldig und dachte, der Mann ist verrückt, denn eine solche Aktion würde nur zur Zerstörung Englands führen, und ich machte meinen Friedensvorschlag. Jetzt bin ich entschlossen, bis zum letzten zu kämpfen.“

Am 31. Dezember 1940 stellte Hitler in einer Neujahrsansprache an die Nationalsozialistische Partei wieder fest, daß die Briten deutsche Städte dreiundeinhalb Monate lang bombardierten, bevor Vergeltungsaktionen unternommen wurden. Im Mai begann England seine Angriffe auf Freiburg. Nun, seit Mitte September muß es erkannt worden sein, daß es nichts als menschliche Gefühle waren, die eine frühere Antwort auf „Churchills Verbrechen“ verhinderten. Für jede Bombe würden zehn oder, wenn es nötig ist, einhundert von der deutschen Luftwaffe abgeworfen werden.

In einer Rede vor dem Reichstag am 4. Mai 1941 in der Kroll-Oper in Berlin sagte Hitler: „Churchill, dieser Amateurstrategie, begann seinen Nachtluftkrieg. Was kümmerte es ihn, ob dieser Krieg die Zerstörung von Städten, Kulturdenkmälern, Schätzen bedeutete, die von den Völkern über Jahrhunderte gesammelt wurden? Churchill ist entschlossen, diese Art von Krieg fortzusetzen. Wir sind auch entschlossen, weiterzumachen und hundertfach zurückzuschlagen, bis England sich von diesem Kriminellen und seinen Methoden befreit hat.“

[S. 45]

In einer Rede vor dem Reichstag am 26. April 1942 sagte Hitler: „Sollte sich die Idee der Bombardierung von Zivilisten in Großbritannien ausbreiten, möchte ich dies vor der ganzen Welt sagen: Churchill begann den Luftkrieg 1940 und begann dann zu stöhnen. Von nun an werde ich Schlag um Schlag zurückgeben, bis ich diesen Kriminellen und seine Werke gebrochen habe.“

Hier unterbreche ich den Hitlerschen Wortschwall, um einige Worte zu zitieren, die Mr. Churchill in seiner Rede in der County Hall in London am 14. Juli hielt: „Wir bitten den Feind um keine Schonung. Wir ersuchen ihn nicht um Reue. Im Gegenteil, wenn heute Nacht die Menschen Londons

darüber abstimmen sollten, ob eine Übereinkunft angestrebt werden sollte, die Bombardierung aller Städte einzustellen, würde die überwältigende Mehrheit rufen: „Nein, wir werden den Deutschen Gleiches zurückzahlen und mehr als das, was sie uns zugemessen haben.“ Diese Feststellung wurde mit Hochrufen begrüßt. Es war nicht viel Stöhnen zu vernehmen. (Die Engländer wurden bis heute nicht darüber aufgeklärt, daß ihr Land den Luftkrieg begonnen hatte; d. A.)

Bei der Eröffnung der Winterhilfskampagne am 30. September 1942 sagte Hitler im Berliner Sportpalast: „Neben der zweiten Front verwenden unsere Feinde ein weiteres Mittel, den Krieg fortzusetzen, nämlich die zivile Bevölkerung zu bombardieren. [S. 46] Der Mann, der den Bombenkrieg erfand, erklärt nun, daß der Bombenkrieg in der Zukunft verstärkt an Gewalt zunimmt. Im Mai 1940 sandte Churchill die ersten Bomber gegen die deutsche Zivilbevölkerung. Ich warnte ihn damals und ich fuhr vier Monate fort, ihn zu warnen, aber vergebens. Dann schlugen wir hart zurück. Als wir es taten, begannen sie zu weinen und zu winseln. Es war die Rede von Barbarei und ekelhafter Unmenschlichkeit. Ein Mann, der abgesehen vom Hauptkriegstreiber Roosevelt der Hauptverbrecher ist, gab vor, unschuldig zu sein, und heute fahren sie wiederum mit diesem Bombenkrieg fort. Ich möchte sagen: auch diesmal wird die Zeit kommen, wo wir antworten werden.“

In München sagte Hitler im November 1942: „Glauben Sie nicht, daß ich mich verzehre, wenn ich an die britischen Angriffe auf Deutschland denke? Wir warfen nicht eine einzige Bombe auf Paris. Bevor ich Warschau angriff, forderte ich fünfmal die Kapitulation und nur dann tat ich, was unter den Regeln des Krieges erlaubt ist. Heute ist es genau das gleiche. Ich vergesse nicht, ich merke mir das alles. Sie werden in England herausfinden, daß der deutsche Erfindergeist nicht geschlafen hat, und sie werden eine Antwort bekommen, die ihnen den Atem verschlagen wird.“

Hitlers Ziel

Verschiedene Leute werden zu anderen Folgerungen aus der Auswahl der oben angeführten Äußerungen kommen. (Sicherlich; d. A.)

Ich kann sie nur auf eine Art verstehen und zwar so: was immer Hitler wollte oder nicht wollte, er wollte ganz sicher nicht, daß das gegenseitige Bombardieren weitergehen sollte. Er hatte nie gewollt, daß es begann. (sic!; d. A.)

Er wollte es, nachdem es begonnen wurde, einstellen. Er wußte, daß unsere Luftoffensive letztlich, sollte sie den Krieg für uns nicht gewinnen, ganz sicher Deutschland daran hindern würde, ihn (selbst) zu gewinnen. Daß dies, und nichts anderes, sein Leitmotiv war, wird auch durch andere Ereignisse bewiesen.

Eines war die Einstimmigkeit, mit der der Chor der Presse und des Rundfunks in Deutschland ständig wiederholte, daß Fernbombardierung nutzlos sei und daß der richtige Platz für die Luftwaffe die Nähe des Schlachtfeldes sei. Eine falsche britische (Radio)station wurde eingerichtet, um den Chor zu verstärken. Unglücklicherweise konnten die deutschen Propagandisten mit einer gewissen Menge Unterstützung ihrer Kampagne aus diesem Land der Redefreiheit rechnen. Daß es nur die Unterstützung eines winzigen Teiles der Bevölkerung war, wurde offenbar, als am 29. April 1942 Mr. Rhys Davies, ein pazifistisches Mitglied des Parlaments, den Minister für Luftrüstung über den kürzlichen Angriff auf Lübeck befragte und in einer ergänzenden Frage andeutete, daß die Luftoffensive eingestellt werden sollte.

Es gab einen tosenden Beifall im ganzen Parlament, als Sir Archibald Sinclair erwiderte: „Die beste Weise, diese Zerstörung zu verhindern, ist, den Krieg so schnell als möglich zu gewinnen.“

Ein paar Wochen später, am 16. Juni, fragte ein anderes sozialistisches Mitglied, R. R. Stokes, nach den kürzlichen „Tausend Bomber“-Angriffen und ihrem Nutzen. Mr. Attlee, stellvertretender Premierminister, lehnte es ab, die Frage mit ihm zu diskutieren.

Der folgende Auszug aus dem offiziellen Bericht ist interessant, da er zeigt, wo die Sympathien des Parlaments (und des Landes) waren. Mr. Ellis Smith: „Möge mein ehrenwerter Freund sich erinnern, daß diese gut organisierten Angriffe die Bewunderung des ganzen Volkes haben?“

Mr. Stokes: „Ist sich mein ehrenwerter Freund im klaren, daß es eine beträchtliche Minderheit gibt, die wahllose Angriffe dieser Art höchst unmoralisch findet?“

Mr. Evelyn Walkden: „Ist sich mein ehrenwerter Freund im klaren, daß der Rest des Volkes in diesem Land die Royal Air Force bewundert?“

Mr. Attlee: „Mein ehrenwerter Freund repräsentiert wahrscheinlich genauer die Ansichten dieser Leute als das ehrenwerte Mitglied für Ipswich (Mr. Stokes).“

Nicht entmutigt kehrte Mr. Stokes am 27. Mai 1943 zu der Anklage zurück. Nachdem der stellvertretende Premierminister, Mr. Attlee, ihn in der Antwort auf die ursprüngliche Frage informiert hatte, daß wir nicht durch neutrale oder andere Vertreter von unserer Politik davon abgelenkt würden, das Kriegspotential der Achsenmächte zu bombardieren, fragte Mr. Stokes, ob es nicht eine stetig zunehmende Meinung in diesem Land gebe, die die unterschiedslose Bombardierung von zivilen Gebieten sowohl als moralisch falsch als auch strategischen Wahnsinn betrachtet.

Mr. Attlee erwiderte: „Nein, es gibt kein unterschiedsloses Bombardieren.“ (Beifall) „Wie wiederholt in diesem Haus festgestellt wurde, werden solche Ziele bombardiert, die am wirkungsvollsten vom militärischen Standpunkt aus sind.“ (Beifall)

Ein anderes Mitglied fragte, ob Mr. Attlee sich im klaren sei, daß seine Antwort von allen vernünftigen Leuten in diesem Land gewürdigt würde. ...

Warum Deutschland kein Gas anwendete

Ob Deutschland Gas anwenden wird, bevor dieser Krieg endet, kann offensichtlich noch nicht gewußt werden. Eines ist jedoch gewiß, die zuversichtliche Erwartung, daß es den Krieg mit einer Serie von Gasangriffen beginnen würde, wurde durch die Ereignisse als falsch erwiesen. Damals, wenn überhaupt, war die Gelegenheit dazu. Deutschland war weit stärker in der Luft, als wir es waren.

Warum wendete es nicht Gas gegen London an? Die Wahrscheinlichkeit ist, daß es nie die geringste Absicht hatte, es zu benutzen: was nicht heißen

soll, daß es nicht schließlich angewendet werden wird – aber nur als eine verzweifelte letzte Zuflucht. Es ist bedeutsam, was Mr. George Sava aufgezeigt hat: „In umfangreichen Analysen der militärischen Probleme, die in Nazideutschland veröffentlicht wurden, gab es eine nahezu völlige [S. 60] Übereinstimmung über die Nutzlosigkeit von Giftgas. Tatsächlich bildet Gas kein folgerichtiges Element in dem Rezept für einen Krieg, der seine Anwendung im Blitzkrieg hat.“

Hitlers psychologischer Sieg

Das Abstandnehmen Deutschlands sowohl von strategischem Bombardements wie dem Einsatz von Gas sollte uns nicht wirklich überrascht haben, wenn wir die Art des Luftkrieges genau danach eingeschätzt hätten, wie es die Vorherrschaft der militärischen Gedankenschule in Deutschland bereits skizziert hatte. Es sollte augenscheinlich sein, daß taktische und nicht strategische Bombardierung Hitlers *arcantum vincendi* (dt., Geheimnis des Sieges; d. A.) war oder zumindest eine seiner *arcana* (dt., eines seiner Geheimnisse; d. A.). Es gab reichliche Beweise, daß er nicht wollte, daß die letztere Art der Bombardements die Praxis wurde. Er hat sein Bestes getan, sie durch ein internationales Übereinkommen zu verbieten.

Während der ersten achteinhalb Monate des Krieges sah es so aus, daß das Ziel, das er nicht durch ein ausdrückliches Übereinkommen erreichen konnte, nun durch eine Art von stillschweigender Einwilligung erreicht wurde.

Wir in England hatten ein Bomber Command organisiert. Der ganze *Raison d'être* (dt., Existenzgrund für; d. A.) jenes Bomber Command war, Deutschland zu bombardieren, sollte es unser Feind werden.

Wir bombardierten es nicht. Wir waren äußerst sorgfältig, es nicht zu bombardieren. Was war dann der Sinn des Bomber Command? Seine Lage war eine nahezu lächerliche. Es schien sich vom Krieg fernzuhalten, neutral zu verhalten, zu verhalten als ob es einen Separatfrieden gemacht hätte. Wurde es – schrecklicher Gedanke – von einem Insekt aus Irland gebissen? Was war die Erklärung? Es sah wirklich so aus, als ob die Politik von München, des Appeasement, immer noch in dieser besonderen Sphäre kriegsähnlicher

Aktivität oder Untätigkeit verfolgt wurde. Hitler muß ein glücklicher Mann gewesen sein in jenem ersten Winter, glücklicher als er es jetzt ist. Im wesentlichen hatte er einen großen psychologischen Sieg gewonnen, oder schien ihn gewonnen zu haben; vielleicht lächelte ihm hier wieder das Schicksal, nur, um ihn zu verraten. Die Lancaster, Stirling und Halifax wurden [S. 61] die ganze Zeit über gebaut. Zumindest bedeutete das, daß während der Flaute in der Luft der Bau unserer großen Bomber ungestört vorangehen konnte.

Das Ende der Flaute in der Luft

Dreieinhalb Monate vergingen von dem Zeitpunkt an, als Mr. Churchill sprach, bis er und seine Kollegen im Kriegskabinett es weise fanden, die Politik des Wartens, wie er es erklärte, zu ändern. Die im Mai (1940; d. A.) vorgenommene Änderung wurde am 10. des Monats (dem Regierungsantritt Churchills als Premierminister; d. A.) durch das Außenministerium in einer Erklärung bekanntgegeben.

Sie begann damit, daß man sich auf die dem Präsidenten der Vereinigten Staaten gegebene Versicherung bezog, wonach die Royal Air Force Befehle erhalten hatte, die Bombardierung auf streng militärische Ziele zu begrenzen und stellte weiter fest, daß seiner Majestät Regierung „jetzt öffentlich bekannt macht, daß sie sich das Recht vorbehält, [S. 68] jede Handlung zu unternehmen, die sie als angemessen ansieht im Falle einer Bombardierung der Zivilbevölkerung durch den Feind ...“

Die Feststellung des Außenministeriums war gleichbedeutend mit einer Ankündigung, daß unsere Regierung sich nicht mehr an die Beschränkung gebunden fühlte, die sie sich selbst auferlegt hatte, als der Krieg begann. Jene Beschränkung bedeutete in der Praxis in Wirklichkeit ein Verbot der Bombardierung militärischer Ziele in Deutschland. So kam es, daß die Zeit des „Scheinkrieges“ in der Luft beendet wurde.

Einige offizielle Erklärungen

Auf die Warnung folgte schnell die Handlung, und es war eine Handlung von unserer Seite.

Wir begannen, Ziele in Deutschland zu bombardieren, bevor die Deutschen damit begannen, Ziele in England zu bombardieren. Das ist eine geschichtliche Tatsache, die öffentlich zugegeben wurde.

Der Luftkrieg wird nach Deutschland getragen

In einem Artikel schrieb Luftmarschall Sir Arthur Harris, der Oberkommandierende des Bomber Commands, in der amerikanischen Zeitschrift Flying im September 1942: „Die ersten britischen Bomben fielen in der Nacht vom 11. Mai 1940 auf deutschen Boden, als eine Schwadron von 18 Whitley-Bombern die Eisenbahnverbindungen hinter der Front der deutschen Linien in Flandern und den Niederlanden angriffen. Leichte Bomber des Kommandos, diesmal Blenheims, versuchten ebenfalls die Wucht des (deutschen; d. A.) Angriffes zu hemmen, indem sie verzweifelte und kostspielige Einsätze auf unmittelbar drohende feindliche Konzentrationen flogen.

Daß unsere Aktion trotz starker französischer Einwände unternommen wurde, wird in der offiziellen Broschüre des Bomber Command festgestellt. Der folgende Auszug daraus ist aufschlußreich, indem er den miesmacherischen (!) Geist jener Zeit, der Frankreichs Kriegsanstrengungen zum Scheitern brachte, aufzeigt. [S. 70]

Die Angelegenheiten gingen somit weiter [d. h. nur Aufklärungsflüge über Deutschland wurden unternommen], bis die deutsche Offensive gegen Frankreich begann. In der Zwischenzeit jedoch hatte der Angriff auf Norwegen bei dem französischen Oberkommando wieder einmal die Frage nach der Verwendung unserer Bombermacht ausgelöst. Am 14. April wurde das Bomber Command informiert, daß, außer einer kleinen Abzweigung nach Norwegen, Dänemark und Norddeutschland, beabsichtigt war, im Falle eines deutschen Angriffes, unsere volle offensive Stärke anzuwenden in dem Gebiet des feindlichen Vormarsches und in den Gebieten östlich des Rheins, durch die seine Nachrichtenverbindungen und Nachschublinien laufen.

Am nächsten Tag entschied das Comité de guerre (dt., das Französische Kriegskomitee; d. A.): Da Todesopfer unter der Zivilbevölkerung verursacht werden könnten, sollten Bombenangriffe auf feindlich Konzentrationen in

Deutschland nicht gemacht werden, solange die Deutschen sie nicht auf die Alliierten machten. Diese Entscheidung begrenzte sofort mögliche Ziele auf die feindlichen Kolonnen auf dem Marsch. General Gamelin wurde darauf aufmerksam gemacht, daß solche Ziele für unsere schweren Bomber ganz ungeeignet waren, da sie für einen ganz anderen Zweck entworfen wurden. General Gamelin war nicht überzeugt. Der deutsche Angriff entwickelte sich mit Macht am 10. Mai 1940. Der alliierte Oberkommandierende verweigerte es noch immer, Ziele in Deutschland oder deutsche Truppen auf dem Vormarsch in ihrem eigenen Land zu bombardieren.

Es war nicht vor dem Nachmittag des 10., daß die Vorausabteilung der (englischen) Luftmacht deutsche Kolonnen bombardierte, die durch Luxemburg auf dem Vormarsch waren, und es war nicht vor dem nächsten Tag, daß Angriffe auf feindliche Truppen und Nachrichtenverbindungen durch unsere mittelschweren und schweren Bomber gemacht wurden.“

Die Maginotsche Luft(waffen)-Mentalität

Wie in der gleichen Broschüre erklärt wurde, hatte unglücklicherweise der französische Generalstab schon immer eine Konzeption [S. 71] des Luftkrieges, die der des deutschen Generalstabes ähnelte und verschieden von der des britischen Luftstabes war.

Sie sahen mit größter Befürchtung jeden Plan an, durch den Bomber benutzt würden, um die deutsche Industrie anzugreifen, und sie zögerten nicht, das zu sagen. Es war ihre wohl erwogene Ansicht, daß es wirklich nur den einen Grund für den Einsatz einer Bomberflotte gab, nämlich die Reichweite der Artillerie zu verlängern, die die Armeen im Feld unterstützt. Solch eine Doktrin der Luftmacht, oder eher der Land-Luftmacht, mußte Konsequenzen haben, die so katastrophal waren wie die Auffassung der Verteidigung durch den französischen Stab, der sich auf die Maginot-Linie verließ. In der Luft wie auf der Erde war Frankreich strategisch dekadent (!), zumindest in seinen hohen Stäben.

Wir wußten das nicht vor Juni 1940. Wir erfuhren es dann, zu unserer Bestürzung und beinahe zu unserem Verderben.

Trotz Gamelin ging das Bomber Command dennoch am 11. Mai 1940 in den Krieg. Bis dahin hatte es mit der Idee des Krieges erst sozusagen geliebäugelt. Das ist das große Datum in seiner Kriegsgeschichte: nicht, weil sofort irgendetwas Eindrucksvolles erreicht wurde, sondern wegen dessen, was darauf mit der Zeit folgte. In der Entscheidung vom Mai 1940 war der Untergang Deutschlands enthalten, obwohl wir es damals kaum vermuteten.

Der Angriff auf Hannover

Unsere Angriffe im Mai/Juli 1940 schienen die Deutschen nicht ernstlich gestört zu haben; ihr Radio und ihre Presse breiteten sich über die Nutzlosigkeit solcher Kriegsmethoden und die Leiden der Zivilbevölkerung aus, aber im allgemeinen gab es keine heftige Reaktion auf diese frühen Angriffe. In der Nacht vom 1. August 1940 ereignete sich [S. 72] etwas, das die Autoritäten wirklich in Alarm versetzte.

Unsere Bomber besuchten in jener Nacht eine Anzahl von Städten, einschließlich Hannover. Sie mußten ein wirklich wichtiges Resultat erreicht haben. Am nächsten Tag, dem 2. August (1940; d. A.), fanden die deutschen Zeitungen zum ersten Mal seit Beginn der britischen Offensive Platz für Nachrichten über Luftangriffe auf ihren Vorderseiten. Sie prangerten den Angriff auf Hannover als Gewalttat gegen die Menschlichkeit an. „Britannien verliert seine Ehre“, verkündete die Bremer Zeitung der Welt.

[S. 74]

Wahrscheinlich wären unsere Hauptstadt und industriellen Zentren nicht angegriffen worden, wenn wir davon Abstand genommen hätten, jene in Deutschland anzugreifen. Ohne Zweifel werden einige Leser sagen, daß ich hier zuviel annehme, und daß Deutschland London und unsere Provinzstädte auf jeden Fall angegriffen hätte.

Vielleicht – ich kann nur meine eigene Ansicht äußern, daß es das wahrscheinlich nicht getan hätte, einmal, weil es nicht in seine militärische Strategie paßte und zum anderen, weil es die langfristigen Folgen fürchtete.

Nachdem die Angriffe in der Tat begonnen hatten, hätte Deutschland nach Möglichkeit eine Waffenruhe bezüglich dieser wechselseitigen Angriffe der britischen und deutschen Bomber gefordert; Deutschland forderte diese tatsächlich, wann immer es die kleinste Chance dafür sah. Diese Art von Kriegführung zahlte sich einfach für sie nicht aus. Menschliche Erwägungen hatten überhaupt nichts mit der Sache zu tun. (Welch' erbärmlicher Gedankenflug; d. A.)

Aber weil wir im Zweifel über den psychologischen Effekt der propagandistischen Entstellung der Wahrheit waren, nämlich daß wir es waren, die die strategische Offensive begonnen hatten, sind wir davor zurückgeschreckt, unserer großartigen Entscheidung vom Mai 1940 die öffentliche Verbreitung (engl., publicity; d. A.) zu geben, die sie verdient hätte. Das war gewiß ein Fehler. Es war eine glänzende Entscheidung.

Wir hätten es von den Dächern schreien sollen, statt Stillschweigen darüber zu bewahren.

[S. 115]

Die wahren Nichtkämpfer

Rüstungs- und Transportarbeiter, wie auch alle die Zivilisten, die zum Dienst der passiven Verteidigung verpflichtet waren, wie z. B. die Feuerwehrmänner, die Feuerwachen, die Rettungsmannschaften, die Abbruch-Trupps, können nicht anders eingestuft werden als Krieger in der neuen Art des Krieges, in der ihre Arbeit so wichtig und im Prinzip so kriegsähnlich ist wie die der Soldaten, Matrosen und Piloten. Niemand würde ihretwegen Tränen vergießen, wenn sie alleine die Leidtragenden in den Luftangriffen wären. (Welch' diabolisches Denken; d. A.)

Leider gibt es andere Opfer, deren Verknüpfung mit den Feindseligkeiten zu entfernt ist, um zu rechtfertigen, sie in die gleiche Kategorie zu bringen, – und die auf keinen Fall den Wunsch oder das Interesse eines Feindes auf sich lenken, sie zu töten oder zu verstümmeln. ***Kein ritterlicher Pilot wünscht Großmütter oder Kleinkinder zu töten. Das Tragische dabei ist, daß er***

es vielleicht tut, wenn er versucht, andere kampfunfähig zu machen. Das ist eine unbeabsichtigte, schreckliche, bedauerliche Begleiterscheinung des Krieges; aber das zu sagen, bedeutet deshalb nicht gleich, die Luftbombardements zu verdammen. (Diese im ganzen Denkansatz abstruse Passage ist ein typischer Ausfluß der Cant-Mentalität der englischer „upper class“. Man könnte „cant“ als eine pseudo-moralisch getarnte Kombination von Nichtwissen-Wollen, Heuchelei und Zynismus bezeichnen; d. A.)

[S. 120]

Es ist für die Kritiker nicht ungewöhnlich, daß sie, wenn sie in ihrem Versuch gescheitert sind, strategisches Bombardieren auf der menschlichen oder ethischen Ebene zu rügen, dann auf das Argument der militärischen Zweckmäßigkeit zurückgreifen. Bombardieren, versichern sie manchmal, ist kein profitables Unternehmen im Hinblick auf die schweren Verluste, die die Angreifer erleiden und das vergleichsweise kleine Ausmaß des Schadens, den sie einem Land zufügen können, das auf totalen Krieg eingerichtet ist. Zivilisten werden getötet und verstümmelt, aber das Kriegspotential des Feindes wird nicht ernsthaft berührt. Dies ist eine völlig falsche Ansicht.

Es gibt nicht den geringsten Zweifel, daß die strategische Bombenoffensive des Bomber Command der Royal Air Force und des Bomber Command der 8. Army Air Force der Vereinigten Staaten ein militärisch gewinnbringendes Unternehmen ist. Da das so ist, ist es kaum vernünftig, [S. 121] sie als Kriegführende zu bitten, den Gebrauch einer Kriegsmethode zu vermeiden, für die das einzige übriggebliebene Argument, das nachdrücklich betont werden kann, das humanitäre oder ethische ist. Solch ein Argument hat sich nie gegen das militärische Interesse durchgesetzt. (Korrekt, jedenfalls nicht bei den Alliierten; d. A.)

Wenn die Ergebnisse der Anwendung einer Waffe oder Methode der Kriegführung der Mühe wert sind, werden die Kriegführenden sie nicht auf den Müll werfen. Nur wo sie nicht profitabel sind, d. h. wo ihre Nichtanwendung nicht ins Gewicht fällt, hat der humanitäre Einwand gewonnen (sic!). Zu erwarten, daß Staaten, die so mächtig in der Luft sind wie wir und die Vereinigten Staaten, nun das Bombardieren bei allen Geschehnissen

des gegenwärtigen Krieges aufgeben, heißt, ein Wunder zu erwarten. Das wird einfach nicht geschehen. (Von dieser menschenverachtenden Art der Kriegsführung sind die Heilsbringer der Demokratie und Menschenrechte bis heute nicht abgegangen; d. A.)

Ein Dementi

Lassen Sie mich dieses Kapitel mit einem Dementi beenden. Es scheint, daß ich die militärische Zweckmäßigkeit zu sehr betont und das menschliche Motiv vernachlässigt habe ... aber totaler Krieg bedeutet nicht totale Zerstörung. Augenscheinlich denken manche Leute in diesem Land, daß er es ist oder sein sollte. Ich habe den Ruf nach „Einstellung der Bombardierung von Zivilisten“ erwähnt. Es ist nur recht und billig, auch den Ruf nach „Keine Einstellung der Bombardierung von Zivilisten“ anzuführen. Er wurde in rauhem Ton von einem Sonntagsjournal gebracht, [S. 122] ein paar Tage nachdem Captain Harold Balfour dem Unterhaus versichert hatte, daß wir nicht unterschiedslos die Frauen und Kinder in Deutschland bombardieren.

Die Zeitung zeigte keine Geduld mit dieser ängstlich-zögernden (engl., namby-pamby) Einstellung zu dieser Frage. In einem Leitartikel mit der Überschrift „Entschuldigungen für unsere Bomben“ wollte sie wissen, warum wir so besorgt wegen der Zivilbevölkerung im Reich wären. Es wäre recht, daß die deutschen Zivilisten den Geruch des Todes unmittelbar wahrnehmen sollten. „Jetzt bekommen sie seinen Gestank zu riechen.“ Das war hervorragend – wenn nur unsere Regierung nicht zu sehr geneigt wäre, barmherzig zu sein. Mittelbar, wenn auch nicht ausdrücklich, forderte die Zeitung die wahllose Bombardierung der deutschen Städte.

Eine Idee wird geboren

Es wäre möglich, daß Mrs. Carrie Nations die Saat pflanzte, die im jetzigen Krieg üppig in der anglo-amerikanischen Bombenoffensive aufging. Sie, die gute Dame, hatte natürlich keine Ahnung davon, und wir selbst verschwendeten keinen Gedanken an sie, als wir unsere Bomber nach Deutschland sandten, noch taten es die Amerikaner, als sie folgten.

Vor ungefähr vierzig Jahren ging sie daran, den Alkoholhandel in Kansas zu unterbinden. Was tat sie? Sie kletterte in ihren Wagen, nahm einen guten Vorrat an Backsteinen [alle sorgfältig in Zeitungspapier gewickelt] mit, fuhr an allen Kneipen vorbei und zerschmetterte deren Inhalt, Gläser, Flaschen, Spiegel, alles, zu Trümmern. Sie war sehr aggressiv und aufs ganze gehend in ihren Methoden, aber sie war gewiß von Herzen demokratisch. Sie dachte stets an das größte Wohl für die Mehrheit.

Zeitweise hatte sie großen Erfolg mit ihrer Arbeit. Sie behinderte praktisch die Kneipen in Kansas in ihrem Geschäft, schloß sie, machte sie lächerlich. Und das ist mehr oder weniger, was die Luftmacht der großen Demokratien der Art und Weise des Krieges des Angreifers angetan haben. (Frage: Wer hatte wem den Krieg erklärt? d. A.)

Wie sie auf die Alkoholindustrie mit Backsteinen einschlug, so hat die Luftmacht mit Bomben auf die Kriegsindustrie eingeschlagen. Der Zweck war, die jeweilige Industrie der Lächerlichkeit preiszugeben. (Mit Mord und Totschlag von Millionen Zivilisten? d. A.) Ganz gewiß wird das feine alte Geschäft mit dem Krieg nie wieder das gleiche sein können. (Aber sicher und lukrativ ist es es; d. A.) [S. 142]

Das Bombardieren ist eine ernste Angelegenheit, eine schreckliche Angelegenheit. Der Krieg scheint wahrscheinlich im allgemeinen Gespött unterzugehen, einfach weil die Luftmacht die beste Weise entdeckt hat, mit ihm umzugehen, indem sie Backsteine oder Schraubenschlüssel oder Bomben oder was auch immer in sein Getriebe schleudert.

Nun, der Krieg kann einfach nicht weitergehen, sobald diese Art von Sachen begonnen haben. (Das ist reiner Hohn, siehe Jugoslawien, Afghanistan, Irak etc.; d. A.)

Es gab einmal einen Weg, durch den sich die Besitzlosen den Besitz der glücklicheren Nationen aneignen konnten. (War und ist es nicht immer gerade umgekehrt: die „glücklicheren Nationen“ vereinnahmten auch noch den Besitz der „Besitzlosen“? d. A.)

Jetzt, da die letzteren größere Hilfsquellen zur Verfügung haben, müssen sie zuletzt die Oberhand in einem Krieg der massenhaft hergestellten Waffen gewinnen. Die Habenichtse (engl., dispossessed) bleiben am Ende Habenichtse, wenn das letzte Wort gesprochen ist. Der aggressive Krieg hat in der Tat keine Zukunft. (Es sei denn für die „glücklicheren Nationen“; d. A.)

Nur wenn die besitzenden Nationen unverantwortlich sorglos sind oder so dumm, daß der eigene Parteienhader sie blind [S. 143] gegenüber der Notwendigkeit der nationalen Verteidigung macht, kann damit Schluß sein, daß die Habenichtse den Kürzeren ziehen. (Sehr interessantes Eingeständnis; d. A.)

Wie die Religions- und Erbfolgekriege sich überlebten, so scheint es, daß auch die Kriege, die für politische und wirtschaftliche Zwecke geführt werden, ebenso verschwinden müssen. Sie werden es, denn was der einfache Mann in jedem Land heute will, ist soziale Sicherheit, und Krieg bedeutet soziale Unsicherheit. Sie wurde zu einer universellen Plage (die im Deutschland der dreißiger Jahre bereits völlig überwunden war; d. A.). Sie wird in einem britischen Wohlfahrtsstaat nach Beveridges Plan nicht geduldet werden. (Erst nach Kriegsende war also ein großzügiges Sozialprogramm geplant; d. A.)

Ideen zur Luftmacht

Es ist Englands Verdienst, die Veränderungen, auf die ich eingehen werde, zustande gebracht zu haben. Es ist die britische Art gewesen, die Luftmacht zu nutzen, um den Krieg zu revolutionieren.

In einem Buch, das ich nicht lesen konnte, bevor ich die ersten Kapitel meines eigenen fertig hatte, faßte der anonyme, offensichtlich gut informierte Verfasser in einer höchst interessanten Textstelle die Unterschiede zwischen den britischen, französischen und den deutschen Vorstellungen der Luftstreitmacht zusammen.

„Während die Briten den Bomber als eine offensive Waffe ansahen, die dazu gebaut wurde, um wirtschaftliche Hilfsquellen des Feindes tief im Inneren

seines Landes anzugreifen,“ schreibt er, „und die Deutschen den Bomber als eine offensive Waffe ansahen, um einen Pfad für eine vormarschierende Armee freizumachen, wollten die Franzosen den Bomber als eine defensive Waffe, eine Unterstützung oder einen Zusatz zu den unbeweglichen Kanonen der Maginot-Linie verwenden. ... Für Deutschland war der Bomber die Artillerie für die schnell beweglichen Truppen; für die Franzosen war der Bomber die Artillerie für unbewegliche Truppen, die in ihren Befestigungen eingegraben waren ...

Aber England ist eine Seemacht und ein Weltreich; unsere Bomber mußten deshalb wie eine Kriegsflotte funktionieren, die (englische) Macht in entlegene Teile der Welt oder gegen eine Nation auf dem Festland tragend, und damit langsam den Reichtum des Feindes vermindern.“ („Bombers Battle“ von „A Wing Commander“, 1943, S. 47/48)

Die letzten sechs Worte würde ich durch [S. 144] „die Fähigkeit des Feindes zerstörend, Krieg zu führen“ ersetzen, aber ich stimme vollkommen mit dem Vergleich zwischen den britischen, deutschen und französischen Ansichten der Luftmacht überein. Deutschland und Frankreich benutzten die neue Waffe einfallslos. Wir erkannten ihre Möglichkeiten. Sie waren festgebunden durch die Riemen und Fesseln der militärischen Tradition. Wir waren das nicht.

Wir hatten die See in unserem Blut, und da war es wahrscheinlich, warum wir irgendwie in der Lage waren, uns selbst zu befreien von den Hemmnissen, die sie plagten. (Dieses enthemmte Verhalten ist ein Ausfluß der britischen Piraten- und Freibeutermentalität; d. A.)

Fast eineinhalb Jahrhunderte zuvor schlugen wir Napoléon, indem wir die See gegen ihn benutzten. (Napoléon wurde 1815 bei Waterloo von Wellington und Blücher auf dem Land geschlagen; d. A.)

Hitler begann nie, die Luft zu verstehen. Seine Stukas und Junkers 52, sogar seine Junkers 88 und Dornier 217 waren Waffen einer Ersatzluftwaffe. Wir hatten die wirkliche Rüstung.

Die Deutschen und der Luftkrieg

Es würde möglicherweise keine strategische Bombardierung in diesem Krieg gegeben haben, wenn sie von den Generalstäben befehligt worden wäre. Es war eine Neuerung der Ankömmlinge, der Amateure [aus der Sicht eines Berufssoldaten], der Luftstäbe und vor allem, des brilliantesten und wirkungsvollsten unter ihnen, des Luftstabes, den Trenchard schuf und begeisterte. Sie waren es, die eine nette, ordentliche Sache in Unordnung brachten. Sie verdarben den Krieg, den guten, alten Krieg. Nirgendwo war dieses Gefühl größer als in Deutschland.

In jenem Land schien die neue Art von Krieg tatsächlich kein Krieg zu sein, sondern seine Perversion, eine Erfindung, die teuflisch von Leuten erfunden wurde, die nicht verstehen, was Krieg ist. In einem Artikel der offiziellen deutschen Nachrichtenagentur gegen Ende Juni 1943 findet man [S. 145] diese Feststellung: „An der europäischen Luftfront hat der Konflikt Formen angenommen, die nichts mehr mit Krieg gemein haben.“

Der diplomatische Korrespondent von The Times, der diese Feststellung zitierte, sagte, daß hiermit die deutsche Presseagentur das Thema entwickelte, das einen Unterschied zwischen „Krieg“ und „Bombardierung“ macht. „Viele Zeitungen, ängstlich darauf bedacht, die deutsche militärische Tradition aufrecht zu erhalten, versuchen zu zeigen, daß die alliierte Bombardierung nicht die Folge deutscher Aggression (!), sondern etwas Unfares und sogar Unglaubliches ist.“

Die Deutschen, eine Nation von im Stehschritt marschierenden Starrköpfen (engl., blimps), konnten nicht erkennen, daß der Bomber in Wirklichkeit die alte Art des Krieges zu Fall brachte. Er hat eine Art von Chemotherapie gegen die Krankheit derjenigen internationalen Konflikte angewandt, für die der Krieg von 1914-18 das auffallendste Beispiel ist.

Wir haben eine Revolution durchlebt, und wir waren zu nahe, es zu erkennen. Das abgesonderte Schlachtfeld gibt es nicht mehr. Es ist den Weg der Turnier-Anlagen von Camelot und Carcassonne gegangen. Armeen setzten den Ort der Auseinandersetzung fest.

Das tun jetzt Luftflotten. Sie tragen ihre Schlachtfelder mit sich. [S. 146]
Was wirklich geschah, ist, daß die Luftmacht das Unbeteiligtsein im Krieg ausgelöscht hat. Das ist eine verblüffende Tatsache für jene von uns, die im Krieg Unbeteiligte waren. Wir befinden uns jetzt alle mitten drin in dem Dilemma.

Natürlich ist es für jene, die sich nicht daran gewöhnt haben, nicht länger Unbeteiligte zu sein, nur eine Besitzstörung, ein Übergriff, eine Verletzung, eine Gewalttat, wenn der Krieg in ihre Häuser und Heime eindringt. Es ist mehr als das – es ist ein Greuel, eine nutzlose Grausamkeit, eine schreckliche Travestie (dt., Umkehrung des Wesens; d. A.) des Krieges, wenn Bomben auf ihre Häuser fallen, wenn Menschen im Schlaf getötet werden, wenn Tod und Untergang ihre Welt überwältigen.

Das, so schreien sie, ist nicht Krieg – es ist Mord. Aber es ist Krieg – die neue Art von Krieg.

Er ist verkehrt, schrecklich, unerträglich, aber er war unvermeidbar. Unbeschreibliche Katastrophen haben die Städte und Ortschaften befallen, weil ehrgeizige und verantwortungslose Männer die Regeln der alten Strauchritter und Wegelagerer in einer Zeit des mechanisierten Krieges wiederentdeckt hatten und sahen, daß sie nur in den Bevölkerungszentren die Arbeitskräfte finden konnten, um massive Rüstungen zu produzieren, sollten ihre Ziele erreicht werden. (Nun versucht Spaight, die Verantwortung auf die Deutschen abzuwälzen; d. A.)

[S. 147]

Anzunehmen, daß die „süße Sicherheit der Straßen“ in irgendeiner Stadt überleben könnte, in der tödliche Instrumente hergestellt oder aufbewahrt oder befördert werden (das erinnert an die Geschichte der „Massenvernichtungswaffen“ im Irak; d. A.), war und ist eine Illusion.

[S. 152]

Der Bomber hat sich selbst rehabilitiert. Er sollte der Zerstörer der Zivilisation sein. In Wirklichkeit ist er der Retter der Zivilisation gewesen (!).

Wenn es ihn nicht gegeben hätte, hätten wir in England diesen Krieg kaum überlebt, und ganz sicher würde unsere und Amerikas Aufgabe zur Besiegung Deutschlands und Japans unendlich schwieriger gewesen sein. Die Bombardierung war uns sehr dienlich. Dies zu sagen, heißt nicht, einen Fetisch daraus zu machen.

Bombardements sind eine schreckliche Sache. Die Bombe als solche ist mehr diabolus als deus ex machina (ist mehr ein teuflischer als ein göttlicher Mechanismus; d. A.). Sie ist eine mörderische Waffe. Ihr einziges Verdienst ist, daß sie den Krieg totschiagen kann.

[S. 153]

Was für eine außergewöhnliche Wendung das Rad des Schicksals genommen hat! Eine vieldiskutierte Frage in den Jahren von 1933-39 war, ob es unser Vorbehalt gegen „Polizei-Bombardements“ war, der die Abschaffung des Bombers 1932-33 in Genf blockierte.

Beachten Sie die folgende Textstelle aus den Debatten im Parlament am 18. Februar 1937:

Mr. A. V. Alexander: „Wenn Abgeordnete der Gegenpartei bei der Abrüstungskonferenz nicht so töricht gewesen wären, hätten wir den Einsatz der Bombenflugzeuge abschaffen können?“

Ehrenwertes Mitglied: „Nein.“

Mr. Churchill: „In dieser Feststellung ist nicht ein wahres Wort.“

Ich weiß nicht, vielleicht würde Mr. Churchill heute bereit sein, weiter zu gehen und sogar erklären, daß das Aufgeben der Bomber damals ein so unglücklicher Entschluß für uns gewesen wäre, wie es fünf oder sechs Jahre später war, die irischen Häfen aufzugeben.

Vielleicht werden unsere Handlungen aus den Jahren 1932-33 in der Zukunft energischer verteidigt und gar mit dem berühmten Argument Ciceros

in Pro Milone verglichen werden. Dieses Argument ist wie folgt zusammengefaßt worden: „Milo hat Clodius nicht getötet. Hätte er Clodius getötet, so hätte er etwas Gutes vollbracht.“

*

Für eine genaue Übersetzung der vorstehenden Auszüge aus „Bombing Vindicated“ aus dem Englischen ins Deutsche nach bestem Wissen und Gewissen zeichnen

CK und WR.

Nachwort

Es ging und geht den anglo-amerikanischen Vertretern eines heuchlerischen Puritanismus immer um das Töten und Vernichten von sogenannten „Feinden“: „Feinden der Freiheit“, „Feinden der Demokratie“, „Feinden der Neuen Weltordnung“ – heute nennt man sie auch „Terroristen“. Ein Streben nach höheren, idellen Werten als denen, die von der materialistischen Oligarchie vorgegeben sind, ist nirgends ersichtlich.

Deshalb sind die Herrschaftsansprüche des „Großen Bruders“ letztlich und endlich nicht realisierbar, sondern zum Scheitern verdammt.

*Die ungeschriebenen Gesetze
und Zwänge der Natur
werden letztendlich
dasjenige Volk belohnen,
das sich allen Widerwärtigkeiten
zum Trotz erhebt,
um gegen Ungerechtigkeit,
Lügen und Chaos anzukämpfen.*

*Das war stets so in der
Geschichte, und so wird's
immer sein.*

*Weder uns noch unseren
Nachkommen wird dieser
Kampf ums Überleben
erspart bleiben.*

Immanuel Kant
(1724-1804)

Warum dieses Buch?

Das vorliegende Buch ist die Zusammenfassung von jahrzehntelangen Studien und Beobachtungen unseres Zeitgeschehens und den daraus resultierenden Folgerungen.

Geschrieben wurde es von mir, Christine Kluge, einer gebürtigen Dresdnerin. Nach dem Terrorangriff am 13./14. Februar 1945 lebte ich noch ein Jahr in der sowjetisch besetzten Zone, bevor ich „schwarz“ mit 24 Jahren nach Württemberg, die Heimat meiner Vorfahren, „übersiedelte“.

Dort baute ich mir zusammen mit meinem Mann eine neue Existenz auf, nach dem Schiller-Wort in „Wilhelm Tell“, IV, 2: *„Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit, Und neues Leben blüht aus den Ruinen.“*

Mit den Erzeugnissen eines eigenen, kleinen Textil-Unternehmens halfen wir, die Nöte des allgemeinen Mangelzustandes der Nachkriegszeit zu überbrücken. Wir gründeten eine Familie im neu erstellten Eigenheim, eine arbeitsreiche Zeit folgte. Die Politik nahmen wir nur am Rande wahr, bis uns dann Mitte der fünfziger Jahre die Wiedereinführung des Wehrdienstes, die Suezkrise und der ins Leere laufende Aufstand in Ungarn zum Aufhorchen brachten.

1957 emigrierten wir mit Sohn und Töchterlein nach Kanada, ins „Land der Freien“, wo wir noch einmal von vorne angingen. Erst nach dem Tode meines Mannes (1987) beschäftigte ich mich intensiv mit der Frage: *„Was wird auf dieser Welt eigentlich gespielt?“*

Außer dem selbst Erlebtem und Gewußtem in Vergangenheit und Gegenwart fanden sich beim Lesen und Verarbeiten von deutschen wie auch englischsprachigen Quellen Antworten auf diese Frage. Nach Jahren kritischer Auswertungen und Überlegungen ist dieses Buch nun das Resultat.

Gibsons, im September 2007.
Christine Kluge

Zur Autorin

Christine Kluge, die Autorin dieses Buches, wurde vier Jahre nach Ende des ersten „Großen Krieges“ in Dresden geboren. Durch die Inflation hatten beide großelterlichen Familien ihr Vermögen verloren, was es den Eltern der Verfasserin erschwerte, ihr Textilwaren-Einzelhandelsgeschäft im Zentrum der Stadt zu etablieren. Deshalb wohl wuchs Christine ohne Geschwister auf, aber half schon bald im Geschäftshaushalt mit. Doch lassen wir Frau Kluge selbst erzählen:



Die Autorin mit einem ihrer Urenkel.

„Wir haben sehr einfach gelebt. Meine Mutter ging ab und zu aufs Land, um zu hamstern, wie so viele. Der große Wirtschaftsaufschwung nach 1933 verbesserte auch unsere Lebensumstände erheblich. Es ist meinen Eltern zu danken, daß sich bei mir durch Wochenend- und Feriengestaltung eine tiefe Liebe zur Natur entwickelte, was mir noch heute, im hohen Alter, glückliche Erfüllung bringt. Die ersten vier Schuljahre – Freistelle in einer Privatschule, dann Höhere Mädchenbildungsanstalt und von der Quinta bis zum Abschluß Wirtschaftsoberschule. Geprägt wurde ich auch durch Dresdens reiches kulturelles Leben: Oper, Schauspielhaus, Konzerte, Gemäldegalerie u. a.

Der ländliche Arbeitsdienst hätte mich fast vereinnahmt, aber ich wurde im väterlichen Geschäft gebraucht und arbeitete halbtags bei Zeiß Ikon als technische Zeichnerin. Den Terrorangriff auf Dresden im Februar 1945 überlebten wir, da wir Jahre zuvor aus der Innenstadt umgezogen waren. Meine Mutter und ich flüchteten zu meiner Großmutter aufs Land; der Vater war noch eingezogen. Die russische Besetzung verlief für uns ohne Schrecken, drei Monate später kehrten wir nach Dresden zurück. Es war zerstört wie unser ganzes Land, aber wir gaben nicht auf. Ich verließ Dresden 1946 und baute mit meinem zukünftigen Mann eine Handdruckfirma außerhalb Stuttgarts auf. Einige Jahre später konnten wir mit Hilfe eines

Bausparvertrages an den Bau eines Eigenheims denken, und dann an den Nachwuchs.

Wir wurden mit einem Sohn und einer Tochter glückliche Eltern; es war eine arbeitsreiche, erfüllte Zeit bis 1956. Da ereigneten sich für uns bedrohliche Dinge: die Suezkrise, der mißglückte antisowjetische Aufstand in Ungarn und vor allem die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Deshalb wanderten wir 1957 nach Vancouver, Kanada, aus. Der Anfang war schwer: mein Mann half zunächst an einer Tankstelle, und ich verdingte mich als Putzfrau. Aber nach zwei Jahren hatten wir wieder festen Boden unter den Füßen. Wir waren beide berufstätig, die Kinder gingen zur Schule, wir wohnten im eigenen Haus.

Es störte uns, wenn die deutschen Illustrierten Unwahres über unsere Vergangenheit in die Welt setzten, aber die deutsche Botschaft hatte taube Ohren. Persönlich wurden wir nie angefeindet; die Hetze gegen Deutschland lief erst seit etwa 1970 richtig an, aber unser harmonisches Familienleben wurde dadurch nicht gestört. Wir besuchten die alte Heimat in regelmäßigen Abständen und pflegten alte und neue Freundschaften. Nach abgeschlossenem Studium und Eintritt ins Berufsleben heirateten beide Kinder. Sie gründeten ihre Familie, hatten Kinder und sind nun schon selbst Großeltern. 1978 suchten wir uns einen hübschen Ort für unseren Ruhestand und haben dort noch einmal gebaut; das untere Stockwerk wurde für Besuche der Kinder eingerichtet. Wir durften acht Jahre lang sehr glücklich leben.

Nach dem Tod meines Mannes habe ich mich in das Studium mitteleuropäischer alter und neuer Geschichte vertieft, unter Verwendung unzähliger deutscher und englischsprachiger Quellen. Das half mir, zunächst die Serie „Wer Wir Sind“ zu schreiben – und nun dieses Buch, das versucht aufzuzeigen, wieso und warum unsere Welt so auf dem Kopf steht, warum sie so verkehrt geworden ist. Es soll Denken und Handeln anregen, um dem tödlichen Verfall von Sitte, Moral und Recht entgegenzuwirken, wo immer wir dessen gewahr werden – zum Wohle unserer Kinder und Kindeskinde.

Gibson, im März 2012.
Christine Kluge geb. Stark

Personenverzeichnis

- Abbas, Mahmud 284
Abdallah, Abu 275
Abdullah II., König 280
Ackermann, Josef 287
Adams, John 14
Adenauer, Konrad 12, 128, 157,
178-179, 181-183, 195-197,
214, 218-220, 243-244, 254
Adler, Hans-Günther 171, 174
Adorno 286
Aguinaldo, Emilio 209
Aideed, Mohamed Farah 256
al-Assad, Baschar 281
al-Assad, Hafiz 280
al-Aziz, König Abdullah ibn Abd
273-274
al-Bakhit, Dr. Maruf Sulayman
279-280
al-Baschir, Umar Hasan Ahmad
276
al-Chasauneh, Aun Schaukat 280
Aldrich, Nelson Wilmarth 26
Alexander der Große 259
Alexander, A. V. 36, 121, 153-154,
259, 334
al-Gaddafi, Muammar 235, 276-
277
al-Ghannouchi, Rachid 272
al-Hariri, Rafiq 281
Ali, Ben 272, 274
Allen, Gary 27, 31, 44
Allen, Martin 94, 97
Andersen, H. C. 189
Apeldern, Albert von 189
Arndt, Ernst Moritz 17-19, 148
ar-Rifa'i, Samir 279
Attlee, Clement Richard 156, 158,
319-320
Atzmon, Gilad 283-284
Bacque, James 165, 167, 177
Badoglio, Pietro 117
Bahr, Egon 221-222, 224
Bainville, Jaques 43
Baker, James A. 236
Balfour, Harold 328
Balfour, James 35
Balthasar, Wilhelm 110
Bannes, Joachim 119-120
Bao Dai, Kaiser 202
Barkhorn, Gerd 131-132
Barnes, Prof. H. E. 29, 70, 80, 113,
169-170
Barrett, Thomas P. M. 170
Barth, Karl 160-161
Baruch, Bernard 27, 72, 149
Barzel, Rainer 223
Batista, Fulgencio 211
Bebel, August 22
Beck, Józef 69-70, 72, 80
Beethoven, Ludwig van 16, 250,
293
Begin, Menachim 283
Bell, Edward Price 91, 313
Ben Ali, Zine el-Abidine 272, 274
Beneš, Edvard 65, 101, 152-153
Ben-Gurion, David 182, 283
Bernadotte, Graf Folke 200
Bernetti, Urs 251

Bernhard, Prinz 229, 249
 Bethmann Hollweg, Theobald v. 25
 bin Isa, König Hamad 275
 bin Laden, Osama 260, 289
 Bird, Vivian 136, 150
 Bismarck, Otto v. 20-23, 61, 98
 Bles, Geoffrey 302
 Blix, Hans 263
 Blomberg, Werner v. 60
 Blücher, Gebhard Leberecht v. 331
 Blumentritt, Günther 87
 Blunck, Hans Friedrich 38
 Bodelschwingh, Dr. v. 58
 Bouaziz, Mohamed 270
 Bouteflika, Abd al-Aziz 273
 Brandeis, Dembitz 35
 Brandt, Willy 6, 220-224
 Braun, Wernher von 166
 Brehm, Bruno 174
 Breuel, Birgit 252
 Brockdorff-Rantzau, Graf v. 41
 Brooke, Rupert 32
 Brüning, Heinrich 52, 54, 70
 Brzeziński, Zbigniew 230-234,
 270, 285
 Bullit, William Christian 72
 Burns, US-Botschafter 177
 Bush jun., George W. 231, 259,
 262-263, 268, 271, 285-286
 Bush sen., George 235-238, 250,
 256, 259-260, 271, 285
 Butler, R. A. 28, 97
 Byrnes, James F. 139, 176
 Canaris, Wilhelm 113
 Caprivi, Leo v. 23
 Carnegie, Andrew 210
 Carter, Jimmy 6, 231-232, 234
 Castro, Fidel 211
 Céline, L. F. 174
 Chamberlain, Neville 65-66, 73,
 78-79, 81, 85, 91, 114
 Chirac, Jacques 285
 Chomeini, Ajatollah 232
 Christo, Javacheff 253
 Chruschtschow, Nikita 197, 200,
 202
 Churchill, Winston 33, 67, 72-73,
 78, 83-86, 90-94, 97, 102-103,
 108, 115-116, 118, 120-122,
 132, 138-141, 155-156, 158,
 195, 305, 316-318, 322, 334
 Clark, Mark 146, 167
 Clark, Ramsay 237
 Clark, Wesley 258-259
 Clausewitz, Carl v. 17
 Clay, Lucius D. 178, 215
 Clemenceau, Georges 39
 Clinton, Bill 256, 261, 271
 Clostermann, Pierre 130
 Collins, R. J. 307
 Columbus, Christopher 209
 Conant, James B. 188
 Constable, Trevor J. 110, 129
 Coudenhove-Kalergi, Graf 51, 115,
 255
 Crémieux, Adolphe Isaac Moïse 27
 Crow, Sir Eyre 25
 Cuno, Wilhelm 51
 Czesany, Maximilian 80-81, 84, 92,
 109-110, 140, 146
 Dahlerus, Birger 75-76
 Dahlmann, Friedrich Christoph 19

Daladier, Édouard 75, 81
 Dall, Curtis 92, 106, 108, 145
 Darius I. 259
 Darré, Dipl.-Volksw. Walter 58
 Davies, Rhys 319
 de Gaulle, Charles 134, 137
 de Tocqueville, Jean 206
 Delmer, Sefton 125, 164
 Desgranges, Pierre 38
 Dewey, D. 210
 Diepgen, Eberhard 252
 Dietl, Eduard 112
 Disraeli, Benjamin 23-24
 Diwald, Hellmut 51-53, 55, 59,
 64, 84, 153-155, 175, 180-181,
 196-197, 222
 Dönitz, Karl 65, 149, 155, 168-
 169
 Dostojewski, Fedor M. 191
 Douglas, Sir William Sholto 163
 Droysen, Johann Gustav 19
 Dulles, Allen Welsh 11, 40, 47,
 126, 177, 180, 202
 Dulles, John Foster 11, 40, 47,
 126, 177, 180, 202
 Edelman, Josef 159
 Eden, Anthony 85, 200
 Ehrenburg, Ilja 116-117, 150
 Ehrt, Adolf 52
 Eichhorn, General v. 37
 Eichmann, Adolf 113
 Eisenhower, Dwight D. 150, 155,
 158-159, 166-167, 169, 197,
 199-200, 202, 211
 Elisabeth, Gattin v. Franz Joseph 31
 Elisabeth I., Zarin 149
 Engels, Friedrich 22
 Erhard, Ludwig 110, 214, 220
 Erzberger, Matthias 38
 Fechenbach, Felix 41
 Fillon, François 291
 Fischer, Joschka 159, 285-286
 Forbes, B. C. 76
 Ford, Gerald 206, 231, 235
 Ford, Henry 27
 Forrestal, James 78
 Franklin, Benjamin 14, 92-93, 106,
 122, 149
 Franz Ferdinand, Erzherzog 31
 Franz II., Kaiser 16
 Franz Joseph, Kaiser 31
 Freiherr vom Stein 17
 Friedrich August I. 13
 Friedrich der Große 13-14, 287,
 309
 Friedrich Wilhelm IV. 19
 Friedrich, Carl Joachim 13-16, 18-
 19, 22, 38, 58, 151, 153, 164,
 178, 194, 215, 287, 298, 308-
 309
 Fritsch, Werner v. 60
 Fuller, J. F. C. 72, 82
 Gagern, Heinrich v. 19
 Galland, Adolf 111
 Gamelin, Maurice 324-325
 Gautier, Philippe 88, 136
 Geier, Leonora 156
 Geithner, Timothy 289
 Genscher, Hans-Dietrich 224-225,
 250
 George, David Lloyd 43, 63
 George, Heinrich 172

Gerő, Ernő 198
 Gibs, Sir Philip 63
 Giesler, Hermann 88
 Glaspie, April 236
 Gneisenau, August Neidhardt v. 17
 Goebbels, Joseph 68
 Goethe, Johann Wolfgang v. 16
 Goldhagen, Daniel 98, 115
 Goldman, Dr. Nahum 183
 Goldmann, Erwin 32, 61, 136
 Goldwater, Barry 231
 Gorbatschow, Michail 235, 239,
 247-250, 260
 Göring, Hermann 54, 68, 109-110
 Graevenitz, Fritz v. 300
 Graevenitz, Marianne v. 298, 301
 Grandinette, Ralph 113
 Gray, Andrew 176-177
 Grażyński, Michał 71, 74
 Grimm, Hans 24-25, 53
 Grimm, Jakob 19
 Grimm, Prof. Dr. Friedrich 164
 Gromyko, Andrej 223
 Grotewohl, Otto 179
 Gruchmann, L. 109
 Grueber, Heinrich 157
 Guderian, Heinz 86, 150
 Guillaume, Günter 28, 224
 Gurion, David Ben 182-183, 283
 Gustloff, Wilhelm 67, 148
 Habermas 286
 Habsburger 18, 188, 193
 Hácha, Emil 65
 Hadi, Abed Rabbo Mansur 274
 Halifax, Lord 64, 71, 77, 83, 97,
 306, 322
 Halimi, Anwar 240
 Hambach, E. 308
 Hamilton, Lord 97
 Hamsun, Knut 85
 Hansen, Erika 172
 Hardenberg, Karl August v. 17, 140
 Harris, Sir Arthur 122-123, 145,
 290, 323
 Hart, Liddell 81, 87, 92
 Hartmann, Erich 127-130, 132
 Hastings, Warren 24
 Hatta, Mohammed 208
 Hauschildt, Chris 171
 Hedin, Sven 43, 78, 116
 Heise, Karl 100
 Hellberg, Rolf 155, 157, 173
 Henderson, Sir Nevile 70-71, 75
 Herrhausen, Alfred 252
 Herter, Christian 47
 Herzl, Theodor 34
 Heß, Rudolf 87, 97-98, 170
 Heuss, Prof. Dr. Theodor 55, 179
 Heydrich, Reinhard 112-113
 Hilder, Anthony 106
 Himmler, Heinrich 68, 298
 Hindenburg, Paul von 54-55, 59-
 60
 Hitler, Adolf 53-55, 59-60, 63-64,
 66-70, 72-78, 81-82, 84, 86-89,
 91-94, 97-98, 100-101, 106,
 113, 118, 125, 133-134, 146,
 148-149, 222, 278, 302, 309,
 313-319, 321-322, 331
 Ho Chi Minh 202
 Hoare, Sir Samuel 94
 Hoepfner, General v. 313

Hofer, Andreas 17
 Hoffmann von Fallersleben 18
 Hoggan, David 170, 179
 Hohenzollern, Dynastie 18, 20,
 216
 Honecker, Erich 225, 248-249
 Hooft, W. A. Visser't 160
 Hooton, Ernest Albert 114
 Hopkins, Harry 72, 234
 House, Edward Mandel „Colonel“
 29-31, 35, 37, 44, 46-47, 64, 72,
 149
 Hugenberg, Alfred 55
 Hull, Cordell 107
 Humboldt, Wilhelm v. 18
 Hunzinger, General 89
 Hussein, Saddam 236, 239, 261-
 268
 Hutten, Ulrich v. 174
 Jabotinsky, Wladimir 78
 Jahn, Friedrich Ludwig 18
 Jefferson, Thomas 14
 Jenkins, Simon 268
 Jenninger, Dr. Philipp 248
 Jodl, Alfred 138, 170
 Johann, Erzherzog v.Österreich 19
 Johannes Paul II., Papst 289
 Johnson, Lyndon B. 203-204
 Johnson, Vizemarschall 127
 Joyce, William 172
 Jung, Edgar 53
 Kádár, János 259
 Kahr, Ritter v. 53
 Kant, Immanuel 10, 293, 337
 Karami, Omar 281
 Kareski, Georg 61
 Karl IV. 65, 191
 Katharina die Große 191
 Kaufman, Theodore N. 98-99, 115
 Keitel, Wilhelm, 89, 170
 Keller, Gottfried 24, 171
 Kennedy, Joe 78
 Kennedy, John F. 202-203, 211-
 212
 Kent, Tyler 93
 Kerenski, Alexander 36
 Kern, Erich 8, 46, 126, 305, 308-
 309
 Kesselring, Albert 118
 Khazim, Mariam 267
 Kiesinger, Dr. Kurt Georg 220-221
 King, William Mackenzie 278
 Kissinger, Henry 204-205, 234
 Kleist, Peter 134
 Knut der Große 189
 Koch, Dr. Heinrich 152
 Kofler, J. A. 8, 73
 Kohl, Dr. Helmut 225, 243-247,
 249-256, 286, 289
 Köhler, Dr. Erich 178
 Körner, Theodor 17
 Kraft, Joseph 21, 41, 46, 56, 58,
 67-68, 84, 121, 134, 161, 165,
 179, 181, 216, 232, 273, 287,
 303, 306
 Krenz, Egon 249
 Kuhn (Bankier) 26, 31
 Laden, Osama bin 260-261, 289
 Lang, R. Clarence 161, 246
 Lecache, Bernard 78-79
 Lehman, Herbert 149
 LeMay, Curtis 146

Lenin, Wladimir Iljitsch 36, 150
 Leopold III., König von Belgien 87
 Leopold, Kronprinz von Hohenzollern 20, 308
 Ley, Dr. Robert 56
 Lieberman, Avigdor 283
 Limbach, Jutta 257
 Lindemann, Frederick Alexander 121
 Lippmann, Walter 47, 164
 Lipski, Józef 76
 List, Friedrich 18
 Loeb, Jaques 26
 Löhr, Alexander 154
 Löns, Hermann 174
 Lorenz, Konrad 294
 Lothian, Lord 64
 Lubbe, van der 55
 Lucas, James 154
 Ludendorff, Erich 53
 Luise, Königin von Preußen 16
 Luther, Martin 192
 Lützow, Major v. 17
 MacArthur, Douglas 107, 201
 Macdonald, Ian V. 121, 278
 Madariaga y Rojo, Salvador de 294-295
 Magellan, Fernão 209
 Major, John 11
 Mandela, Nelson 289
 Mann, Thomas 149, 151
 Mannerheim, Carl G. E. 83
 Manstein, Erich v. 86
 Manteuffel, Hasso v. 138
 Marcos, Ferdinand 209
 Marcossohn, Isaak 36
 Margolis, Eric 208
 Maria Antoinette 15
 Maria Theresia, Kaiserin 13, 15
 Marseille, Hans J. 127, 132
 Marshall, George 89, 106, 176-177, 215, 255
 Marx, Karl 22
 Max von Baden, Prinz 38, 42
 Maximilian, König von Mexiko 31, 80-81, 84, 92, 109, 146
 Mayardit, Salva Kiir 276
 McChrystal, Stanley 268
 McKee 145
 McKinnon, David 268
 Medwedew, Dmitri 291
 Merkel, Dr. Angela 286, 288-291
 Metternich, Fürst 18-19
 Migeod, Dr. Heinz-Georg 164
 Milch, Erhard 48, 110, 162
 Milner, Lord Alfred 46
 Milošević, Slobodan 258
 Mirbach, Botschafter 37
 Mitterrand, François 250, 253-255
 Model, Walther 138
 Modrow, Hans 250
 Mohammed IV., König 273
 Mölders, Werner 111
 Molotow, Wjatscheslaw 93-94, 102, 197
 Moltke, Helmuth v. 21, 29
 Morgan, J. P. 26, 31, 46
 Morgenthau, Henry 27, 107, 163-164, 176
 Morrow, Dwight 310
 Mosley, Sir Oswald 91, 172
 Mrozowicka, Zofja Zelska 74

Mubarak, Husni 273
 Muench, A. J. 157
 Müller, Ludwig 36, 58
 Mussolini, Benito 95, 117-118,
 173
 Myers, Kevin 126-127
 Nagy, Imre 198
 Napoléon Bonaparte 16
 Napoléon III. 20, 31
 Nasser, Gamal Abdel 199, 211
 Natan, Alex 121
 Nations, Carrie 267, 290, 328
 Naumann, Dr. 57
 Ngo Dinh Diem 202
 Niemöller, Martin 161
 Nikolaus II., Zar 36
 Nixon, Richard 204-205, 235
 Noriega, Manuel 236
 Nowotny, Walter 112
 Nugent, John 166, 169
 Obama, Barack 7, 266-268, 271,
 277-278, 280, 288-289
 Oberth, Hermann 166
 Ochs, Adolph 27
 Odom, US-General 244
 Odorfer, Richard 213, 218, 250
 Orwell, George 173, 246
 Oswald, Lee Harvey 91, 212
 Paletta, Leon 267
 Papen, Franz v. 54
 Parler, Peter 191
 Patton, George 167
 Peck, Jeffrey 115
 Persico, Joseph E. 126
 Pétain, Philippe 88-89, 136
 Peter der Große 191
 Petraeus, David 268
 Phillip II. 209
 Pieck, Wilhelm 179, 222
 Piłsudski, Józef 60, 69
 Porter, C. W. 302
 Pound, Ezra 172-173
 Preradovich, Dr. Nikolaus v. 153
 Prieß, Benno 172
 Princip, Gavrilo 31
 Pugh, H. L. 170
 Putin, Wladimir 285-286, 291
 Quigley, Prof. 26
 Quisling, Vidkun 84
 Ramsay, A. H. M. 91, 237
 Rath, Ernst v. 67
 Rathenau, Walther 25, 29, 37, 39,
 41-42, 50, 99
 Rätsel, H. J. 79
 Reagan, Ronald 6, 75, 233-235,
 239, 245-246, 271
 Reich, Seymour 252
 Reuter, Fritz 18, 163, 259
 Rhodes, Cecil 46, 229, 256
 Robespierre, Maximilian de 15
 Robinson, Prof. John 47
 Rochambeau, Comte de 14
 Rockefeller, David 26, 31, 229-231
 Röhm, Ernst 60
 Rohwedder, Detlev 252
 Rommel, Erwin 95, 109, 117, 134
 Roosevelt, Franklin Delano 69, 92-
 93, 102, 106-107, 111, 115-116,
 118, 122, 139-140, 145, 149,
 159, 318
 Roosevelt, Theodore 210
 Rothschild, Lord 26, 35, 46, 230

- Rouke, John T. 227
Rousseau, Jean-Jacques 186-187
Rudel, Hans-Ulrich 34, 99, 129-130, 132, 245
Rudolf, Sohn von Kaiser Franz Joseph 31
Rudolph, Arthur 166
Runciman, Lord Walter 65
Rundstedt, Gerd v. 87, 138
Rutter, Mark 291
Rydz-Śmigły, Edward 69, 73, 80
Sack, John 171
Said, Qabus ibn 200, 274
Saleh, Ali Abdullah 274
Sand, Shlomo 284
Sander, Helke 160
Sarrazin, Dr. Thilo 288
Saud Nasir al-Sabah, Nayirah 238
Saud, Abd al-Aziz ibn 274
Sava, George 321
Schabowski, Günter 249
Schacht, Hjalmar 49-50, 57
Scheidemann, Philipp 38, 41-42
Schenkendorf, Max v. 17
Schiebler, Rolf 73, 222
Schiff, Jacob 27
Schill, Ferdinand v. 17
Schiller, Friedrich 15, 338
Schillinger, Konsul 76
Schirach, Baldur v. 62
Schleicher, Kurt v. 54
Schmidt, Dolmetscher 75
Schmidt, Helmut 224-226, 243
Schneller, Jakob 140
Scholler, J. 171
Schön, Heinz 148
Schörner, Ferdinand 130, 150
Schröder, Gerhard 249, 285-286
Schumacher, Kurt 182, 195
Schwarzkopf, US-General Norman 240-241
Scott, John C. 82
Seeckt, General v. 308
Seeger, Karl 77, 84
Seidl, Dr. jur Alfred 87
Seldte, Franz 55
Seraphim, Prof. Dr. H.-J. 101
Shaw, Bernard 295
Shirer, William L. 88
Sinclair, Sir Archibald 121, 319
Skorzeny, Otto 118
Spaight, J. M. 8, 10, 59, 86, 90-91, 97, 110, 120, 126, 132, 140-141, 237, 266, 302-303, 306-307, 315, 333
Speer, Albert 62, 88
Speidel, Hans 134
Springenschmid, Karl 174
Stalin, Josef 73, 83, 94, 102-103, 115-116, 118, 130-131, 139-140, 150, 156, 159, 197
Stark, Harold R. 107
Steuben, Friedrich Wilhelm v. 14, 148
Stillman, Edmund 28, 30
Stimson, Henry Lewis 106
Stokes, R. R. 319-320
Strauß, Franz Josef 225, 243
Stresemann, Gustav 51-52, 69
Suharto, Mohammed 209
Sukarno, Achmed 208-209
Summerall, C. P. 311

Sunday, Billy 34, 126
 Suworow, Victor 101
 Taft, William H. 26-27
 Taylor, A. J. P. 81, 101
 Tedder, Sir Arthur 310
 Thatcher, Margaret 234, 250
 Thieu, Nguyen Van 204-206
 Tirpitz, Alfred v. 28-29
 Tito (Josip Broz) 96, 138, 153,
 154, 159, 161
 Todt, Dr.-Ing. Fritz 56, 111
 Tolifer, Raymond F. 110
 Trenchard, Sir Hugh 307, 332
 Truman, Harry 139, 149, 151,
 156, 174
 Twain, Mark 210
 Udet, Ernst 110-111
 Uhland, Ludwig 19
 Ulbricht, Walter 179-180, 222
 Unter(e)myer, Samuel 78
 Vansittart, Sir Robert 73, 100, 114
 Veale, F. J. P. 90, 141
 Verrier 123
 Viereck, George 31
 Viet-Minh 202
 Viktoria, engl. Königin 24-25
 Wagener, Dr. Otto 60
 Wagner, Richard 19
 Walberer, Dr. Hans 87
 Walkden, Evelyn 320
 Warburg, Felix 26
 Warburg, Paul 26
 Wartenburg, Ludwig Yorck v. 17
 Washington, George 14, 63
 Wehner, Herbert 221
 Weishaupt, Adam 47
 Weizmann, Chaim 35, 79
 Weizsäcker, Ernst v. 298, 301
 Weizsäcker, Karl Heinrich 298
 Weizsäcker, Karl Hugo v. 298
 Weizsäcker, Richard v. 244-246,
 298-299
 Wellington, Arthur 331
 Wennersturm, C.F. 170
 Westerling, Raymond 209
 Westmoreland, William C. 203
 Wever, Walter 110
 Weyler, US-General 210
 Weymar, Paul 219-220
 Wheatcroft, G. 122
 White, Harry Dexter 72, 107
 Wiegand, Karl Henry von 72
 Wiesel, Eli 288
 Wierfeldt, M. 174
 Wilhelm I. 20, 23
 Wilhelm II. 23, 40, 49
 Wilson, Woodrow 27, 29-31, 33,
 35, 38-39, 44, 102
 Wise, Stephen 78
 Wollmann, Rudolf 174
 Woltersdorf, H. W. 165
 Wyndham, Lewis 146
 Zakaria, Fareed 278
 Zentner, Kurt 71



Noack, Markus: Die frohe Botschaft vom Deutschen Reich – Eine Schrift für international anerkanntes Staats- und Völkerrecht

Warum ist die Kapitulationserklärung vom 8. Mai 1945 gleichzeitig die „Frohe Botschaft vom Deutschen Reich“?

In der am 8. Mai 1945 unterzeichneten Kapitulationserklärung verzichteten die Vier Siegermächte offiziell auf jegliches Recht in bezug auf das Deutsche Reich („Berlin und Deutschland als Ganzes“). Insofern haben die Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht ehrenhaft und zum Wohle des deutschen Volkes und des Reiches den „Act of Military Surrender“ unterzeichnet.

Einzig und allein der Gemeinschaft der 46 Staaten (den späteren Vereinten Nationen, also der UNO) war es nämlich ausweislich § 4 der von der deutschen Wehrmacht unterzeichneten Kapitulationsurkunde erlaubt, weitere Forderungen an Deutschland und seine Wehrmacht zu stellen.

Insofern ist es unfassbar, daß selbst versierte Völker- und Staatsrechtler übersehen haben, daß die vier alliierten Mächte das Deutsche Reich im eigenen Namen besetzten und sich eigene Besatzungsverwaltungen, z. B. das Land Niedersachsen (lt. Militär-Verordnung Nr. 55 vom 1. November 1946), errichteten, obwohl ihnen diese Handlungen **völkerrechtlich verboten** waren!

Die schockierende Wahrheit ist: Wenn wir uns nicht in geordneten Bahnen von den alliierten Vorgaben befreien, werden auch in Zukunft Milliardensummen mit aberwitzigen Argumenten in wankende Systeme gepumpt, und wir rutschen schlußendlich in die Pleite.

Machen Sie sich Ihr eigenes Bild! Mit der vorliegenden Studie, die im wesentlichen auf der Auswertung von bislang der Bevölkerung unbekanntem Dokumenten basiert, ist das nun möglich. Es werden neben den politischen und den normativen Vorgaben des Völkerrechtes die Umsetzung der völkerrechtswidrigen Besatzungsmaßnahmen untersucht.

Sie lesen einen spannenden, real-politischen, historischen und gleichzeitig höchst aktuellen Politkrimi. **Staats- und Völkerrecht – nicht kompliziert ex cathedra doziert, sondern einmal ganz klar und praktisch!**

256 S., s/w-Abbildungen, Broschur. ISBN 978-3-941730-00-7

€ 19,95

Klosterhaus Versandbuchhandlung

Klosterhof 4

37194 Wahlsburg-Lippoldsberg

Tel.: 05572 - 7310

Fax: 05572 - 99 98 23

klosterhausverlag@gmx.de



Zips, Alfred E.: Kriegsursachen – Kriegsschuld – Kriegsverbrechen – Kriegsfolgen

Die Zukunft und damit ein dauerhafter Frieden kann nur auf das einzig tragende Fundament gestellt werden: Die WAHRHEIT. Die in dieser Broschüre angeführten Zitate vermitteln ein anderes als das zum Dogma der Siegermächte und der „political correctness“ erhobenes Geschichtsbild. Sie sind zugleich unwiderlegbare Beweise gegen die *Lüge von der Alleinschuld Deutschlands an beiden Weltkriegen*.

88 S., kart., ISBN 978-3-941730-01-4

einzeln – € 6,80
ab 10 Expl. – € 6,00



Glagau, Erich: Der Babylonische Talmud

Dieses Buch setzt sich kritisch mit dem Talmud, der bedeutendsten Zusammenfassung der Lehren, Vorschriften und Überlieferungen des biblischen Judentums, auseinander. Alle orthodoxen Juden schöpfen ihre Moral- und Weltanschauung aus dem Talmud. Er ist somit Richtschnur für das ganze jüdische Leben. Auch heute noch wird der Talmud an jüdischen Schulen gelehrt und besitzt damit nach wie vor Gültigkeit. Von dem Theologen Reinhold Mayer wird ein sogenannter „Querschnitt“ des Talmuds angeboten. Dieser ist jedoch völlig einseitig und erfüllt keineswegs den Anspruch auf erschöpfende Informationen. Der Autor dieses Buches hat sich deshalb um eine Ergänzung bemüht und fand sie in der 1926 vom Gericht in Budapest als korrekt anerkannten Übersetzung des Ungarn Luzsenszky. In neuer Form hat der Autor einen Beitrag geleistet, der notwendig

ist, den unvollständigen „Querschnitt“ zu erweitern, um diesen hohen Anspruch zu erfüllen.

288 S., zahlreiche s/w-Abbildungen, kartoniert.

€ 19,80

Klosterhaus Versandbuchhandlung

Klosterhof 4

37194 Wahlsburg-Lippoldsberg

Tel.: 05572 - 7310

Fax: 05572 - 99 98 23

klosterhausverlag@gmx.de



Meiser, Hans: Ratzeputz – Die Kräuterhexe Fabelhafte Geschichten

Jeden Abend spielt sich in deutschen Kinderhaushalten die gleiche Szene ab: „Sind die Zähne geputzt? – Jetzt aber schnell und dann ab in die Betten. Es ist schon spät!“ Und etwas später bettelt es dann aus kuscheligen Federn: „Bitte, bitte, erzähl‘ uns noch eine Geschichte! Aber die von der Hexe!“

Natürlich erfüllen Vati oder Mutti, hin und wieder auch die liebe Oma oder der Großvater, den „lebensverlängernden“ Wunsch. Dabei sind Grimms Märchen eine unerschöpfliche

Fundgrube. Aber auch der Phantasie des Erzählers sind keine Grenzen gesetzt, zumal nicht immer nur von bösen Hexen die Rede sein sollte. Und so ließ sich der Autor vor vielen Jahren – „Es war einmal!“ – bei seinen Enkelkindern die Geschichte von einer guten Kräuterhexe einfallen, die Abend für Abend einer Besuchswoche ihre Fortsetzung forderte und beim nächsten Mal und immer wieder von vorn erzählt werden mußte. Bis ihm eines Abends der Gedanke zuflog, die Geschichten zu Papier zu bringen. Schon eilten die Finger wie verhext über die Tasten, und eine gute Fee malte dazu Bilder im anmutigen Stil des 19. Jahrhunderts. Bald schon erzählten die Enkel die einzelnen Geschichten an Hand der Bilder. – Wortgetreu! Oder sie begannen, den Text zu buchstabieren.

Und, oh Wunder: Die Buben tranken nun freudig ihren Kräutertee, und die Mädels kochten ihre ersten Suppen. Natürlich Kräutersuppen mit Kräutern, die die Oma garantiert im Wald bei der Kräuterhexe gekauft hatte. Das schmeckte allen fabelhaft! – Probieren auch Sie es einmal! Ihre Kinder bzw. Enkelkinder werden es Ihnen danken.

72 S., mit zahlreichen farbigen Zeichnungen. Für Jungen und Mädchen ab 4 Jahren.

Festeinband, Fadenheftung, durchgehend farbig auf Bilderdruckpapier.
ISBN: 978-3-941730-06-9

€ 13,80

Mit Hör-CD!

Klosterhaus Versandbuchhandlung

Klosterhof 4

37194 Wahlsburg-Lippoldsberg

Tel.: 05572 - 7310

Fax: 05572 - 99 98 23

klosterhausverlag@gmx.de

Dieses Buch befaßt sich mit der Erscheinung der geplanten Vernichtung eines ganzen Volkes – nämlich des deutschen – und spannt dabei den Bogen gekonnt vom Westfälischen Frieden bis zur Rechtfertigung des Bombenterrors gegen wehrlose Frauen und Kinder. Dazu bedient es sich treffsicher der Quellen des Gegners.

Vor allem bestechen die klar erkannten und ebenso knapp wie präzise nachgezeichneten geschichtlichen Wechselwirkungen, was dem Kenner wie dem Laien ein rasches Zurechtfinden in scheinbar verwirrenden Vorgängen erlaubt. Das Gewebe der geschichtlichen Ereignisse wird sichtbar, weil das zeitgleiche Wirken aller Mächte in Vergangenheit und Gegenwart geschildert wird.

Die Autorin, eine geborene Dresdnerin, lebte nach dem Terrorangriff am 13./14. Februar 1945 noch ein Jahr in der russisch besetzten Zone, bevor sie nach Württemberg, der Heimat ihrer Vorfahren, übersiedelte. Dort baute sie zusammen mit ihrem Mann eine neue Existenz auf – nach dem Goethewort „... und neues Leben blüht aus den Ruinen“. Die Erzeugnisse eines kleinen Textilunternehmens halfen, den allgemeinen Mangelzustand der Nachkriegszeit zu überbrücken. Es folgte eine arbeitsreiche Zeit und die Familiengründung im neu erstellten Eigenheim. Die Politik nahm Christine Kluge nur am Rande wahr, bis sie dann Mitte der fünfziger Jahre die Wiedereinführung des Wehrdienstes, die Suez-Krise und der Aufstand in Ungarn zum Aufhorchen brachten.

1957 emigrierte die Familie nach Kanada, um noch einmal von vorn anzufangen. Erst nach dem Tode ihres Mannes (1987) beschäftigte sich die Autorin intensiv mit der Frage: „Was wird auf dieser Welt eigentlich gespielt? Nach Jahren kritischer Auswertung und Überlegungen ist dieses Buch das Resultat.“



9 783941 730076